

**ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR OSTEUROPAFORSCHUNG**

FORSCHUNGSBERICHTE UND UNTERSUCHUNGEN ZURZEITGESCHICHTE NR. 24

HERAUSGEGEBEN VON DIETRICH GEYER

**DIE SOWJETISCHE  
DEUTSCHLAND-POLITIK  
IM JAHRE 1952**

VON

**GERD MEYER**



TÜBINGEN 1970

AUSLIEFERUNG: BÖHLAU VERLAG • KÖLN GRAZ

*Meinem Freund Gerd Wasserhövel f*



Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung der Arbeitsgemeinschaft für Osteopaforschung ist es auch nicht gestattet,  
diesen Band oder Teile daraus auf photomechanischem Wege

(Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

Satz und Druck: Buchdruckerei Eugen Göbel, Tübingen

**DIE SOWJETISCHE  
DEUTSCHLAND-POLITIK  
IM JAHRE 1952**

**DISSERTATION**

ZUR

ERLANGUNG DES DOKTORGRADES

DER

PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT

DER EBERHARD-KARLS-UNIVERSITÄT ZU TÜBINGEN

VORGELEGT

VON

**GERD MEYER**

AUS BERLIN

1970

Gedruckt mit Genehmigung der Philosophischen Fakultät  
der Universität Tübingen

Hauptberichterstatter: Professor Dr. Klaus von Beyme  
Mitberichterstatter: Professor Dr. Dietrich Geyer  
Dekan: Professor Dr. Gerhard Müller-Schwefe  
Tag der mündlichen Prüfung: 22. Juli 1969

Böhlau Verlag Köln Graz  
Satz und Druck: Buchdruckern Eugen Göbel, Tübingen

## VORWORT

Die vorliegende, historisch-politikwissenschaftliche Untersuchung soll zu einer Neubewertung der sowjetischen Deutschlandpolitik im Jahre 1952 beitragen. Sie stellt indirekt eine Kritik der damals von der Bundesregierung und den Westmächten gegebenen Analyse und Beurteilung der Deutschlandinitiative der UdSSR dar. Sie wendet sich aber auch gegen die allzu einfache Auffassung, im Frühjahr 1952 sei die Sowjetunion unter bestimmten Bedingungen zu einer „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“ nach den damals im Westen herrschenden Vorstellungen bereit gewesen. Vielmehr soll versucht werden, auf Grund einer genauen Analyse und Interpretation der sowjetischen Vorschläge im Kontext der innenpolitischen und internationalen Situation der UdSSR, insbesondere der gesamteuropäischen Strategie ihrer Außenpolitik Anfang der 50er Jahre, Inhalt und Absicht des sowjetischen Angebots in seiner Ambivalenz darzustellen. Dabei sollen vor allem die Aktions- und Verhandlungsspielräume, die Flexibilität der sowjetischen Deutschlandpolitik aufgezeigt werden. Es geht hier weniger darum, „Optimisten“ oder „Pessimisten“ Recht zu geben, sondern durch den aufhellenden Blick zurück damals oder noch heute gültige Perzeptionen in Frage zu stellen und durch kritisches Differenzieren die Suche nach neuen Wegen zur Lösung der deutschen Frage im Rahmen einer gesamteuropäischen Wiederannäherung zu fördern.

Der Verfasser dankt besonders Prof. Klaus v. Beyme und Prof. Dietrich Geyer für Kritik, Rat und Anregung bei der Erarbeitung dieser Studie in ihrer endgültigen Fassung. Herrn Dr. G. Wettig (Köln) bin ich für eine Reihe kritischer Hinweise dankbar ebenso wie Herrn Dr. W. Eichwede (Tübingen), der sich freundlicherweise der Durchführung des Druckes annahm. Mein Dank gilt auch dem Herausgeber für die Aufnahme dieser Arbeit in die Reihe der „Forschungen und Untersuchungen zur Zeitgeschichte“.

Cambridge (Mass.)  
März 1970

GERD MEYER

## INHALT

Vorwort . . . . .	V
A. Einleitung: Gegenstand und Methode der Untersuchung . . . . .	1
B. Die UdSSR und das internationale System 1950-1952 . . . . .	12
I. Bedingungen und Faktoren einer partiellen Neuorientierung der Außenpolitik der UdSSR 1949-1952 . . . . .	12
1. Das Ende der militant-expansionistischen Phase der sowjetischen Politik in Europa (1946-1949). . . . .	12
(2. Die Veränderung der Position der UdSSR in Europa: Kooperation, Integration und Aufrüstung der Staaten Westeuropas unter der Führung der USA . . . . .	13
3. Die Rüstungsanstrengungen der UdSSR: Atomwaffenbesitz und militärisches Gleichgewicht . . . . .	15
4. Probleme und Projekte der sowjetischen Innenpolitik . . . . .	16
5. Die Konsolidierung und Integration des Ostblocks unter der Führung der UdSSR . . . . .	16
6. Die wachsende Bedeutung Asiens für die sowjetische Außenpolitik . . . . .	17
II. Defensive und offensive Elemente der sowjetischen Politik in Europa 1950-1952. . . . .	19
1. Die sowjetische Perception der Struktur und der Entwicklungstendenzen des internationalen Systems 1950-1952. . . . .	19
2. Die Strategie der sowjetischen Außenpolitik in Europa 1950-1952 . . . . .	21
a) Definition und Funktion der Begriffe Strategie und Taktik in der sowjetischen Außenpolitik . . . . .	22
b) Hauptziele und allgemeine Strategie der sowjetischen Politik in Europa 1951-1952. . . . .	24
aa) Ziele der sowjetischen „Friedenspolitik“ und das Prinzip der friedlichen Koexistenz. . . . .	24
bb) Die sowjetischen Vorschläge zur Abrüstung und für einen Fünf-Mächte-Friedenspakt . . . . .	27
cc) Die Funktion einer begrenzten Zusammenarbeit in Diplomatie und Außenhandel . . . . .	28
dd) Die Ausnutzung der inneren Widersprüche des Kapitalismus und die Verhinderung der westlichen Militärallianzen . . . . .	29
ee) Die Funktion der sowjetischen Neutralisierungsvorschläge . . . . .	30
ff) Die Aufgaben der Friedensbewegung und die Rolle der kommunistischen Parteien . . . . .	32

CyDie sowjetische Deutschlandpolitik im Jahre 1952 . . . . .	34
I. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1950-1951. . . . .	34
1. Phasen und Schwerpunkte der sowjetischen Deutschlandpolitik 1949 bis 1951. . . . .	34
2. Die Konsolidierung der DDR. . . . .	36
3^ Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage. . . . .	37
a) Das Verfahren für die Wiedervereinigung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages. . . . .	37
b) Der militärische Status und die innere Ordnung eines wiedervereinigten Deutschland. . . . .	39
c) Die Territorialgrenzen und die Stellung eines wiedervereinigten *— Deutschland im internationalen System . . . . .	42
II. Die Entwicklung der westeuropäischen Integration 1951/52 und die Aus- gangsposition für die sowjetische Deutschlandnote vom 10. März 1952 . . .	43
Iii. Strategie und Taktik der sowjetischen Deutschlandpolitik: Die Vorschläge der UdSSR und der DDR zur Lösung der deutschen Frage im Jahre 1952 . . . . .	48
1. Die sowjetische Perzeption der politischen Entwicklung Deutschlands 1949-1952. . . . .	48
a) Die Perzeption der Deutschlandpolitik der drei Westmächte und der BRD. . . . .	48
b) Die Perzeption der Deutschlandpolitik der UdSSR und der DDR . . . .	50
c); Stalins Prognose für die politische Zukunft Deutschlands. . . . .	51
2. Aspekte des Entscheidungsprozesses: Divergenzen im Ostblock? . . . .	53
(3) Zum Verhältnis von Propaganda und Diplomatie in der sowjetischen Deutschlandpolitik 1952. . . . .	58
a) Argumente gegen die „Ernsthaftigkeit“ des sowjetischen Angebots . . .	58
b) Argumente für die „Ernsthaftigkeit“ des sowjetischen Angebots . . . .	61
IV. Die Vorschläge der UdSSR und der DDR zur Lösung der deutschen Frage. . . . .	65
1. Das Verfahren für die Wiedervereinigung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages. . . . .	66
j a) Vorspiel: Die Scheininitiative der DDR. . . . .	66
1 b) Rechtsgrundlagen: Potsdamer Abkommen und Viermächtekontrolle . . .	67
c) Die Reihenfolge der Schritte zur Wiedervereinigung Deutschlands . . .	67
d) Die Tagesordnung für eine Viermächtekonferenz. . . . .	69
e) Freie, gesamtdeutsche Wahlen . . . . .	70
aa) Das politische Problem. . . . .	70
bb) Einigung über die Modalitäten - Probleme einer „gesamtdeutschen Beratung“. . . . .	72
cc) Prüfung der Voraussetzungen: Aufgaben, Befugnisse und Zusam- mensetzung einer Prüfungskommission. . . . .	73
dd) Modalitäten und Garantien freier, gesamtdeutscher Wahlen — Die sowjetische Konzessionsbereitschaft . . . . .	75
f) Gesamtdeutsche Organe: Nationalversammlung und Regierung . . . .	84
g) Ausarbeitung und Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland . .	85
h) Viermächteverantwortung und Selbstverständigung der Deutschen in den Verfahrensvorschlägen der DDR und der UdSSR. . . . .	86

2. Die innere Ordnung und der militärische Status eines wiedervereinigten Deutschland. . . . .	91
a) Die innere Ordnung eines „demokratischen“ Deutschland. . . . .	93
aa) Wirtschaftsordnung . . . . .	95
bb) Politisches System und gesamtgesellschaftliche Entwicklung . . . . .	97
b) Der militärische Status Gesamtdeutschlands. . . . .	102
3. Die Grenzen eines wiedervereinigten Deutschland. . . . .	106
4. Die Stellung eines wiedervereinigten Deutschland im internationalen System . . . . .	107
a) Die sowjetische Definition der Neutralisierung und der Neutralitätspolitik Gesamtdeutschlands. . . . .	108
aa) Bündnisverbot und Bündnisfreiheit Gesamtdeutschlands . . . . .	108
bb) Die sowjetische Konzeption einer Neutralitätspolitik Gesamtdeutschlands. . . . .	110
cc) Neutralisierung und Neutralitätspolitik in der politisch-rechtlichen Theorie der sowjetischen Außenpolitik. . . . .	111
b) Die Neutralisierung Gesamtdeutschlands und die Strategie der sowjetischen Politik in Europa. . . . .	114
V. Funktion und Taktik der kommunistischen Politik in der BRD. . . . .	123
VI. Funktion und Taktik der Politik der UdSSR und der SED in der DDR nach der II. Parteikonferenz der SED (Juli 1952). . . . .	129
VII. Zusammenfassung: Die Flexibilität der sowjetischen Deutschlandpolitik 1952. . . . .	131
Anmerkungen. . . . .	154
Bibliographie. . . . .	174
Namenregister. . . . .	182



## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BRD	Bundesrepublik Deutschland
COMECON	Council for Mutual Economic Assistance (auch: Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe - RGW)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (sog. Montan-Union)
ERP	European Recovery Program (sog. Marshall-Plan)
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KVP	Kasernierte Volkspolizei
NVA	Nationale Volksarmee
OEEC	Organization for European Economic Cooperation
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKKD	Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozeßordnung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
WEU	Westeuropäische Union
ZK	Zentralkomitee

## A. EINLEITUNG

### GEGENSTAND UND METHODE DER UNTERSUCHUNG

Seitdem die USA, Frankreich und Großbritannien mit Zustimmung der Bundesregierung die Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage zurückgewiesen haben, die die UdSSR zwischen März und August 1952 in insgesamt vier Noten unterbreitete, hat es in der Forschung wie in der Publizistik, in Parlamentsdebatten wie in zahlreichen Erklärungen führender Politiker eine heftige Auseinandersetzung darüber gegeben, was die UdSSR angeboten und gewollt hat, und ob dieses Angebot eine für die Westmächte und die Deutschen annehmbare Lösung der deutschen Frage enthielt. Der Streit um Ausmaß und Art der sowjetischen Konzessionsbereitschaft sowie der häufig erhobene Vorwurf, die damalige Bundesregierung habe „eine Chance für die Wiedervereinigung verpaßt“, weisen bereits auf zwei wichtige Aspekte der Interpretationsproblematik hin.

Die vorliegende historisch-politikwissenschaftliche Untersuchung beschränkt sich auf eine Analyse der Strategie und Taktik der sowjetischen Deutschlandpolitik im Jahre 1952. Unerörtert bleibt die weitergehende Frage, ob die sowjetischen Vorschläge annehmbar waren, d. h. wie sie nach damals oder heute vorhandenen, anerkannten oder umstrittenen Prinzipien, Zielen, Werten, Forderungen, Erfahrungen und Einsichten einer westlichen Deutschlandpolitik zu beurteilen sind. Auch braucht der internationale Interaktionszusammenhang hier nur durch eine grobe, vorwiegend deskriptive Skizze der Deutschlandpolitik der westlichen Mächte angedeutet zu werden: Sie enthält alle für Analyse und Verständnis der sowjetischen Deutschlandpolitik unerläßlichen Daten. Aus diesen Gründen enthält die Arbeit auch keine ausgeführte Analyse und Kritik der Reaktion der westlichen Mächte auf die sowjetischen Angebote. Komplexität, Umfang und methodische Schwierigkeiten einer kritischen Untersuchung dieser Fragen (Bestimmung der Handlungsfreiheit der Akteure, besonders der damaligen Bundesregierung, als Grundlage jeder kritischen Analyse; Prognose der Ergebnisse alternativer Konzeptionen und Strategien westlicher Politik; vor allem aber Wertungsfragen bei der Festsetzung der Kriterien für die Annehmbarkeit der sowjetischen Vorschläge) würden den hier gesetzten Rahmen sprengen und erfordern eine getrennte Studie.

Hier soll danach gefragt werden, welche Konzeption zur Veränderung bzw. Stabilisierung des Status quo in Mitteleuropa ein einzelner, besonders wichtiger Akteur des internationalen Systems der Nachkriegszeit, die UdSSR, zu einem bestimmten Zeitpunkt und im Rahmen eines bestimmten außenpolitischen Bezugssystems hatte. Für eine solche situationsbezogene Konzeptionsanalyse ist es in dem hier gesetzten Rahmen weder möglich noch erforderlich, systematisch alle diejenigen allgemeinen geographischen, strategisch-militärischen, wirtschaftlichen, ideologischen und historisch-politischen Faktoren und Strukturen darzustellen, die die Deutschlandpolitik der UdSSR im Rahmen des Ost-West-Konflikts bedingten und bestimmten. Die Arbeit versucht, im einzelnen folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche situationsspezifischen Faktoren, Strukturen und Entwicklungstendenzen der Innenpolitik der UdSSR und des internationalen Systems bedingten und bestimmten die Konzeption, die Strategie und Taktik der sowjetischen Deutschlandpolitik 1949-1951 und besonders 1952?
2. Welche Perzeption der Position und der Rolle der UdSSR im internationalen System sowie der politischen Entwicklung Deutschlands liegt der sowjetischen Deutschlandpolitik zugrunde? Welche Rolle spielen dabei ideologisch-theoretische Grundannahmen des Marxismus-Leninismus-Stalinismus?  
Ist die offiziell publizierte Perzeption identisch mit der in der Praxis tatsächlich effektiven? Gibt es Auseinandersetzungen innerhalb der KPdSU und der SED um den jeweiligen Kurs der Deutschlandpolitik?
3. Welche Funktion hat die sowjetische Deutschlandpolitik im Jahr 1952 für Strategie und Taktik der von Moskau aus dirigierten Politik der Kommunisten in Europa, insbesondere in Mittel- und Westeuropa? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es in der Strategie und Taktik, in den Grundsätzen und den Methoden zwischen der Europa- und der Deutschlandpolitik der Sowjetunion?
4. Welche Bemühungen hatte die UdSSR vor 1952 unternommen, um die Entwicklung in ganz Deutschland in ihrem Interesse zu beeinflussen? Welche Erfolge konnte sie erzielen? Warum und inwiefern unterschieden sich die Vorschläge von 1952 von den früheren?
5. Hat die UdSSR im Frühjahr 1952 ein ernsthaftes Interesse an Verhandlungen mit den drei Westmächten zur Lösung der deutschen Frage gehabt oder war ihre Deutschland-Initiative lediglich ein Stör-, Tarn- und Täuschungsmanöver für eine unnachgiebig-offensive Politik in Deutschland?
6. Welche Vorschläge für eine friedensvertragliche Regelung der deutschen Frage hat die UdSSR mit welchen kurz-, mittel- und langfristigen Zielen, mit welchem Grad an Präzision und Eindeutigkeit und mit welchem Verhandlungs- und Aktionsspielraum zu den folgenden Themen unterbreitet:

- Verfahren für die Wiedervereinigung Deutschlands, einschließlich der Modalitäten und Bedingungen freier gesamtdeutscher Wahlen,
  - Verfahren für die Ausarbeitung und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland,
  - Innere Ordnung (sozio-ökonomisch, politisch) eines wiedervereinigten Deutschland,
  - Militärischer Status Gesamtdeutschlands,
  - Grenzen Gesamtdeutschlands,
  - Stellung eines wiedervereinigten Deutschland im internationalen System?
7. Wie und in welchem Ausmaß wären Vertreter der beiden deutschen Staaten bei der Festlegung und Durchführung der prozeduralen und materiellen Bestimmungen für eine Neugestaltung des Status Gesamtdeutschlands beteiligt gewesen? Wieweit sollte nach sowjetischer Auffassung das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen vor, während und nach Abschluß eines Friedensvertrages gehen? Inwieweit und unter welchen Bedingungen war die UdSSR bereit, das sozialistische System der DDR zur Disposition zu stellen?
- Wie und in welchem Ausmaß wollte sich die UdSSR vor, während und nach Abschluß eines Friedensvertrages Einfluß auf die innen- und außenpolitische Entwicklung in Deutschland sichern? Welche möglichen, wahrscheinlichen und notwendigen Folgen hätte eine Annahme der sowjetischen Vorschläge für die Zukunft eines wiedervereinigten Deutschland in Europa und auf dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts gehabt?
8. Welche Funktion hatte die seit Juli 1952 forcierte Politik der Separation, Konsolidierung, Aufrüstung, Sozialisierung und Integration der DDR im Rahmen der gesamteuropäischen Strategie der sowjetischen Deutschlandpolitik?
9. Welche Funktion hatte die kommunistische Politik in der BRD für die Durchsetzung der sowjetischen Vorschläge? Welche Taktik wandten KPD und SED an?
10. Welche Flexibilität (Bedingungen, Positionswandel, Bereiche, Methoden) zeigte die sowjetische Deutschlandpolitik 1952?

Die Arbeit untersucht nicht chronologisch die Entwicklung, sondern systematisch den Funktionszusammenhang der Konzeption der sowjetischen Deutschlandpolitik. Es gibt kaum Anzeichen dafür, daß sich diese Konzeption bei weitgehend unveränderten Handlungsbedingungen im Verlauf des Jahres 1952 im wesentlichen gewandelt hat. Eine Ausnahme bildet in gewisser Hinsicht allein der Beschluß der SED im Juli 1952, unverzüglich mit dem „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR zu beginnen. Die Maßnahmen zur Durchführung dieses Beschlusses beeinflussten jedoch nicht so sehr den Inhalt der

sowjetischen Pläne für Deutschland als die Bedingungen ihrer Verwirklichung. Außerdem ist zu beachten, daß die Verständigungs- und vermutliche Konzessionsbereitschaft der UdSSR nach den Vertragsunterzeichnungen Ende Mai in Bonn und Paris wohl abnahm. Der Ton der beiden letzten der vier sowjetischen Noten vom 24. Mai und vom 23. August 1952 war ebenso wie die Propaganda in diesen Monaten wesentlich aggressiver und fordernder als noch im Frühjahr. Dennoch blieben die sowjetischen Vorschläge unverändert gültig, ja wurden z. T. noch präzisiert und erweitert. Ebenso nahm die Verhandlungsbereitschaft der UdSSR und die Intensität der gesamtdeutschen Verständigungsversuche seitens der DDR nicht ab. Gleichzeitig setzte die UdSSR ihren Kampf gegen die Ratifizierung der Verträge fort, indem sie die Politik der Westmächte angriff und ihre Alternativangebote aufrechterhielt.

Kritisch-politisches und wissenschaftliches Erkenntnisinteresse sind in Ziel und Ergebnis dieser Untersuchung identisch: Sie stellt eine Kritik nicht nur der offiziellen Analyse und Beurteilung der sowjetischen Vorschläge durch die Adressaten im Jahre 1952, sondern auch der meisten der bisher in Forschung, Publizistik und parteipolitischer Diskussion vorherrschenden Auffassungen zu diesem Thema dar. In der parteipolitischen ebenso wie in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung ist häufig zu beobachten, daß eine allgemeine, vorgegebene, politische Einstellung des Interpreten, die von ihm mit seiner Äußerung verfolgten, politischen Zwecke oder eine ideologische und psychologische Prädisposition seiner Interpretation unreflektiert und unkritisch als implizite, nicht weiter begründete Wertungen zugrundeliegen. Gerade die mangelnde methodische Reflexion des Verhältnisses empirischer, kritisch-wertender und prognostischer Aussagen, ihrer individuellen Bedingungen und Grenzen ebenso wie der Möglichkeit ihrer Verbindung hat oft zu einseitigen Urteilen geführt. Diese Problematik soll daher einleitend kurz erörtert werden. Obwohl weder erkenntnistheoretisch noch tatsächlich eindeutig und zweifelsfrei im einzelnen nachweisbar, soll zunächst dennoch der Versuch gemacht werden, eine Reihe subjektiver Prädispositionen kritisch zu betrachten.

Zunächst wären alle jene Interpreten zu kritisieren, die opportunistisch die „Chance von 1952“ überbewerten, um so ihre Kritik an der Politik der Partei und der Person des damaligen Bundeskanzlers noch besser zu fundieren, oder um den Eindruck eines wachsam-besorgten Patrioten zu erwecken, der keine auch noch so geringe Chance für das „vornehmste nationale Ziel“ außer acht läßt, oder um darüber hinweg zu täuschen, wie risikvoll das sowjetische Angebot auch war, und so die DDR und die UdSSR als bedingungslose Anhänger von „Demokratie, Freiheit und nationaler Einheit“ darzustellen. Aber nicht nur dem Optimismus jener Interpretationen, die im Grunde nur rechtfertigen wollen, und jener Publizisten wie Paul Sethe, die, zutiefst vom Wunsch nach Wiedervereinigung, nach Frieden und Ausgleich mit dem Osten

erfüllt, das Ziel näher wähten, als es wohl tatsächlich war, muß man mit Skepsis begegnen'. Von größerer historisch-politischer Bedeutung war jener auch heute noch vorhandene, ideologisch fixierte Antikommunismus, der alle Angebote von jenseits der Elbe als Propaganda- oder Täuschungsmanöver, als diplomatische Tricks dämonisierter Protagonisten der Weltrevolution, als raffiniertes Lockmittel mit dem Ziel totaler Unterwerfung abtat.

Ebenso zu kritisieren sind jene Politiker der damaligen Regierungsparteien, die das sowjetische Angebot sofort und pauschal als ein „nicht ernst gemeintes“ Propaganda- und Störmanöver zurückwiesen. Die damalige Bundesregierung - so schien es - war weder fähig noch bereit, die in den sowjetischen Vorschlägen möglicherweise vorhandenen Verhandlungsspielräume, Chancen und alternativen Ordnungsmodelle für eine Wiedervereinigung in einer öffentlichen Diskussion differenziert und nicht von vornherein einseitig zu analysieren und sie - gegebenenfalls in Verhandlungen - auf ihre Substanz hin zu prüfen. Denn nicht das Streben nach Wiedervereinigung verbunden mit weitgehender Kompromißbereitschaft bestimmte in Wahrheit - wie damals so oft behauptet - die außen- und deutschlandpolitische Praxis der Bundesregierung als vorrangiges Ziel. Die Regierungsparteien gaben vielmehr der Integration des westdeutschen Teilstaates in eine westeuropäische Gemeinschaft höchste Priorität in ihrer Außenpolitik. Ebenso kompromißlos hielten sie an den ideologischen Prinzipien, den sozio-ökonomischen Strukturen und den politischen Institutionen der im Aufbau befindlichen, inneren Ordnung der BRD als dem verbindlichen Modell für ein wiedervereinigtes Deutschland fest. Eine solche Politik war aber — wie wir heute wissen, und wie viele Kritiker schon damals ausführten - unvereinbar mit dem Ziel der Wiederherstellung der nationalen Einheit durch einen Interessenausgleich mit der UdSSR. Obwohl oder vielleicht auch gerade weil die Erfolglosigkeit der Wiedervereinigungspolitik der damaligen Bundesregierung offensichtlich war, vertrat sie die Auffassung, daß die Wiedervereinigung auf indirektem Wege über die Westintegration der BRD, die Erhöhung der „Stärke“ und der „Attraktivität“ des Westblocks und schließlich durch einen „Anschluß“ der DDR an die BRD nach unbestimmter Zeit erreicht werden könne.

Die von der Bundesregierung offiziell gegebene Interpretation der sowjetischen Vorschläge erfüllte nicht nur objektiv, sondern wohl teilweise auch subjektiv gewollt drei Funktionen: Sie sollte erstens eine Störung oder Infragestellung der Außen- und Deutschlandpolitik der Regierung Adenauer durch die Diskussion möglicher Alternativen verhindern; sie sollte zweitens die Unvereinbarkeit der gleichzeitig verfolgten Ziele, d. h. die inneren Widersprüche dieser Politik nicht zu offensichtlich werden lassen; und schließlich sollte sie die Unklarheit und partielle Verschleierung der tatsächlichen Prioritäten der Deutschlandpolitik der Regierung aufrechterhalten. Die vorliegende Arbeit wird auch versuchen, einen Teil der kognitiven Grundlagen und damit

einige der subjektiven Prädispositionen in Frage zu stellen, auf denen eine Reihe wichtiger Annahmen und Grundsätze dieser Deutschlandpolitik teilweise beruhte. Dennoch geht es hier in erster Linie nicht darum, Bedingungen und Inhalte einer solchen verengten Perzeption kritisch darzustellen, wie das K. Erdmenger bereits ausführlich getan hat<sup>2</sup>.

In dieser Studie soll vielmehr versucht werden, möglichst frei von solchen Prädispositionen bzw. nur so, daß sie als Wertungen gleich welcher Art gekennzeichnet, reflektiert und hinreichend rational begründet sind, eine gerechtere Beurteilung der sowjetischen Angebote von 1952 zu geben. Die allgemeinen Grundsätze der kritischen Darstellung der Politik der damaligen Bundesregierung sind von mehreren Autoren ausführlich begründet und entwickelt worden und brauchen hier nicht wiederholt zu werden, da sie nicht unmittelbar Gegenstand der Untersuchung sind<sup>3</sup>. Eine Übernahme dieser Kritik sollte jedoch nicht voreilig zu der Annahme führen, daß eine ähnliche Prädisposition nur entgegengesetzter politischer Richtung beim Verfasser vorliege.

Kritisch-wertende Urteile sind weitgehend auf die bisherigen Ausführungen beschränkt, die entweder die mögliche Relevanz der erarbeiteten Ergebnisse für die politische und wissenschaftliche Diskussion andeuten sollten oder aber als Hypothesen zu verstehen sind, die erst noch im Laufe der Untersuchung selbst empirisch überprüft und präzisiert werden müssen.

Die Konzeption der sowjetischen Deutschlandpolitik selbst wird nicht kritisch diskutiert, vielmehr richtet sich die Kritik gegen eine undifferenzierte, einseitige Perzeption des sowjetischen Verhaltens. Unsere Analyse versucht, den funktionalen Zusammenhang einer vieldeutigen, außenpolitischen Konzeption, d. h. ihre Bedingungen und Zielsetzungen, ihre Strategie und Taktik systematisch zu beschreiben und zu erklären. Die wissenschaftslogische Aussageebene dieser Untersuchung ist relativ niedrig. Als primär immanente Analyse beschränkt sie sich im allgemeinen auf empirisch verifizierte Existentialurteile über Individualphänomene, auf diese angewandte kausale oder probabilistische Erklärungen sowie auf vorsichtige prognostische Aussagen. Die Schwierigkeit dieses Themas liegt gerade in der Formulierung eindeutiger, hinreichend abgesicherter, interpretatorischer Aussagen über empirisch beobachtbare, zielgerichtete, weitgehend nur verbal manifestierte Verhaltensweisen einer Weltmacht im internationalen System. Daher war es im Rahmen dieser Studie auch nicht möglich, die Ergebnisse dieser empirischen Untersuchung - etwa nach Art einer Fallstudie - zur Verifikation bzw. Falsifikation bereits vorhandener, empirisch-systematischer Theorien über das Verhalten der UdSSR im internationalen System, insbesondere in Europa und in der deutschen Frage, zu benutzen. Dennoch versteht sich diese Arbeit politikwissenschaftlich als Baustein für eine solche empirisch-systematische Theorie. Trotz ihrer Begrenztheit erlauben nämlich das verfügbare Datenmaterial, der methodische Ansatz und die Ergebnisse der Analyse eine Reihe von Aussagen,

die zugleich Gegenstand einer empirischen Theorie der sowjetischen Außen- und Deutschlandpolitik wären.

Als Informationsgrundlage wurden beinahe ausschließlich in verschiedener Form veröffentlichte, offizielle Erklärungen und Materialien von Regierungen, Parteien, Organisationen oder Einzelpersonen benutzt. Unzugänglich blieben alle Akten, insbesondere aus bekannten Gründen die sowjetischen. Außerdem wurden Zeitungen und in einigen Fällen private oder offiziöse, allgemein zugängliche Berichte gut informierter Beobachter ausgewertet. Nach Meinung des Verfassers reicht das verfügbare Datenmaterial aus, um eine ziemlich detaillierte, wenn auch unvermeidbar nicht immer ganz eindeutige Analyse der sowjetischen Deutschlandpolitik zu geben und insbesondere seine von der bisherigen Forschung teilweise abweichende Interpretation - auch ohne Erschließung neuer Quellen - ausreichend zu begründen. Die Ergiebigkeit der Quellen ist jedoch aus einer Reihe von Gründen geringer als sonst üblich bei historisch-politikwissenschaftlichen Untersuchungen. Es scheint eine der Eigenarten der sowjetischen Politik und Publizistik in den letzten Lebensjahren Stalins zu sein, daß es nur relativ wenige, tatsächlich maßgebende und inhaltlich relevante Erklärungen der politischen Führung der UdSSR zu einem bestimmten Thema der Außenpolitik gibt; demgegenüber beschränkt sich nahezu die gesamte übrige Publizistik des Ostblocks auf die Wiederholung, Paraphrase und Interpretation der autoritativen Äußerungen, ohne substantiell Neues oder anderes zu bieten. Dabei kommen den offiziellen Verlautbarungen der SED bzw. der DDR-Regierung für die Konkretisierung und Präzisierung der sowjetischen Vorschläge bisweilen besondere Bedeutung zu. Doch bis auf wenige Ausnahmen stimmen alle wichtigen Erklärungen der KPdSU, der SED und der KPD zu Fragen der Deutschlandpolitik in Stil, Denkweise und Inhalt überein. Daher können auch nahezu alle offiziellen Dokumente dieser drei Parteien bzw. der von ihnen angeleiteten Staatsorgane zur Interpretation, Ergänzung und Präzisierung der sowjetischen Deutschlandvorschläge herangezogen werden, selbst wenn diese Dokumente einen unterschiedlichen machtpolitischen Hintergrund haben.

An einigen Stellen wurden zur Verdeutlichung der Ziele und Absichten, der Tendenzen und möglichen Optionen der sowjetischen Deutschlandpolitik hilfsweise Quellen aus den Jahren 1949-1951 und 1953/54 benutzt. Sie wurden nur dann hinzugezogen, wenn die allgemeine Tendenz einer offiziellen Erklärung des Jahres 1952 relativ klar erkennbar war, wenn die Umstände oder die sachliche Problematik relativ unverändert und die möglichen Optionen für die sowjetische Führung begrenzt waren. Wo das nicht der Fall war, wird die Problematik der Benutzung dieser Quellen im einzelnen erörtert. Die Ergebnisse der Untersuchung sind jedoch bis auf wenige Ausnahmen nicht abhängig von diesen - in ihrem Aussagewert gewiß niedriger einzustufenden - zeitlich früheren oder späteren Quellen.



Für die Analyse dieses Datenmaterials wurde neben den hermeneutischen sowie sprach- und quellenkritischen Methoden der Geschichtswissenschaft eine Kombination politikwissenschaftlicher Methoden zur Analyse der internationalen Beziehungen, hier genauer: der Außenpolitik eines Landes in einem bestimmten geographischen Raum angewendet. Der Verfasser ist sich bewußt, daß die heutige Methodendiskussion über das Verhältnis der Geschichtswissenschaft zu den Sozialwissenschaften und über den Zusammenhang von historisch-empirischer Analyse, kritischer Wertung und theoretisch begründeter Prognose eine ausführliche theoretisch-methodologische Erörterung erforderlich machen würde. Sie ist jedoch in diesem Rahmen nicht möglich; auch sind diese Fragen in der Forschung noch keineswegs genügend geklärt. Trotzdem soll hier - im Gegensatz zu beinahe allen vorliegenden Untersuchungen - eine solche Methodensynthese versucht werden. Das Fehlen einer ausführlichen Erörterung ihrer Problematik vermag vielleicht auch deshalb die Gültigkeit der Untersuchungsergebnisse nicht entscheidend zu beeinflussen, weil die Arbeit keine unmittelbar theoretischen Aussagen anstrebt und überdies nur relativ gut bewährte theoretische Ansätze und relativ einfache Kategoriensysteme benutzt. Doch können auch diese theoretischen Ansätze hier nur durch die Aufzählung ihrer jeweils zentralen Begriffe angedeutet werden. Es handelt sich zunächst um die analytischen Kategorien der als nationalstaatliche Machtpolitik aufgefaßten Außenpolitik eines Landes, so u. a. Macht: Stärke, Schwäche, Gleichgewicht; Interesse: Interessenlage, Interessenausgleich; friedlicher Wandel, Status quo, Konfrontation; Bündnis, Block, Begriffe aus der Diplomatie und Verhandlungstechnik etc. Eher vom Behaviorismus und z. T. auch von der Theorie der Entscheidungsprozesse her kommen solche Begriffe wie: Verhalten, Absicht, Motiv, Faktoren; Handlung: Akteur, Situation, Handlungsbedingungen, Handlungsfreiheit, Spielraum, Perzeption, Konzeption, Strategie und Taktik, Ziele, Mittel, Zweckrationalität, Prioritäten, Kurswechsel, „timing“; Entscheidung: Entscheidungsprozeß, Kompetenz, Führungsgruppen. Schließlich wurde auch das Instrumentarium moderner Systemanalyse (System, Struktur, Funktion, Rolle, Position, Interaktion, Integration) benutzt. Hinzu kommen Untersuchungen über die Rolle der Ideologie und der Rechtstheorie, der Propaganda und psychologischer Kalkulationen in der sowjetischen Deutschlandpolitik. Eine Inhaltsanalyse begegnet nicht nur technisch-organisatorischen Schwierigkeiten, wenn ein einzelner sehr umfangreiche Materialien quantitativ analysieren soll, sondern bei unserem Thema auch einer Reihe gravierender, methodischer Einwände, die eine solche Analyse im ganzen als nicht sehr fruchtbar erscheinen lassen. So erlauben die quantitativ-sprachlichen Befunde gerade wegen der Ambivalenz, wegen des häufig implizierten, großen politisch-semanticen Spielraums und wegen des situationsgebundenen, strategischen und taktischen Funktionswertes zentraler Begriffe in den sowjetischen Erklärungen nur sehr begrenzt Rückschlüsse auf tatsächliche Absichten und

Prioritäten, auf mögliche Konzessionen und die zukünftige Haltung der sowjetischen Führung in ihrer Deutschlandpolitik. Versuche mit dieser Methode zeigen, daß sich allenfalls thematische Schwerpunkte der z. T. stark propagandistisch ausgerichteten Erklärungen der UdSSR, genauer: Hauptaugenmerk und Hauptziele der sowjetischen Angriffe und Forderungen sowie die formelhafte Kürze und Unbestimmtheit ihrer Vorstellungen für die Lösung der deutschen Frage aufweisen lassen. Sowohl die beabsichtigten propagandistischen Wirkungen als auch beinahe alle anderen wahrscheinlichen Ergebnisse einer qualitativen Inhaltsanalyse lassen sich aber genausogut oder meist besser mit den genannten Methoden in qualitativen Aussagen feststellen. Vor allem aus technisch-organisatorischen Gründen konnten ferner solche Methoden nicht benutzt werden, die die gerade hier auftauchenden Probleme der Prognose bzw. Projektion von Systemveränderungen und Verhaltensweisen z. B. durch Simulation und statistische Wahrscheinlichkeitsberechnungen (Wählerverhalten) hätten vielleicht besser lösen können.

Die Analyse der sowjetischen Vorschläge von 1952 begegnet spezifischen methodischen, hermeneutischen wie sachlichen Schwierigkeiten. Das hat u. a. zur Folge, daß der Grad empirisch bewährter Sicherheit bzw. Wahrscheinlichkeit *unserer deskriptiven und erklärenden Aussagen sehr unterschiedlich sein kann und daher häufig im einzelnen genau angegeben werden muß. Es ist ein Mangel der bisherigen Forschung, die spezifischen Unsicherheitsfaktoren und Probleme bei der Interpretation der sowjetischen Angebote von 1952 nicht genügend bedacht zu haben.*

Da es 1952 nicht zu Verhandlungen über die sowjetische Offerte kam, können wir im Bereich der diplomatischen Erörterung der deutschen Frage nur ein verbal in Aussicht gestelltes, nicht aber ein tatsächliches Verhalten der UdSSR am Konferenztisch analysieren. Daraus ergibt sich ein erster Unsicherheitsfaktor für die Interpretation: Ernsthaftigkeit und Substanz der sowjetischen Erklärungen sind nur ungenügend empirisch überprüfbar; es fehlt die erst in Verhandlungen zu erwartende und feststellbare Präzisierung und Eindeutigkeit der sowjetischen Absichten. Die Analyse der offiziellen Erklärungen können wir jedoch dadurch ergänzen, daß wir Erfahrungen und Kenntnisse

- über das frühere Verhalten der Sowjetunion in ähnlichen Situationen und Sachfragen,
- über die allgemeinen Ziele und Methoden ihrer Außenpolitik,
- über ihre damals gültige Generallinie und vor allem
- über ihre damalige Strategie und Taktik in Europa, besonders gegenüber Westeuropa, in der DDR und im Ostblock

mitverwerten.

Eine zweite Schwierigkeit ergibt sich aus der semantischen Vieldeutigkeit **1** zahlreicher von der UdSSR benutzter Begriffe und Formeln, wie z. B. „demo-

kratisch", „friedliebend", „unabhängig", „einheitlich", „militaristisch" u. a. m. Zwar kann man aus dem Sprachgebrauch der russischen und der deutschen Kommunisten, aus Lexika und ideologischen Standardwerken, durch positive oder negative Identifikationen mit tatsächlichen Zuständen häufig durchaus klare Bedeutungsinhalte ermitteln; trotzdem bleibt offen und unklar, ob sich die UdSSR hier nicht bewußt einen semantisch-politischen Verhandlungsspielraum belassen hatte, den sie ohne Schwierigkeit nach Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit interpretieren und ausnutzen konnte. Das wurde möglich durch die Verwendung von Begriffen, die auch in den „bürgerlich-kapitalistischen" Demokratien der westlichen Staaten gebraucht wurden, und die in der Deutschlandpolitik ihrer führenden Politiker häufig eine ebenso zentrale Rolle spielten. Solche Begriffe und Formeln sollten wohl nicht nur propagandistisch wirken, sondern konnten vielleicht - wenn auch zunächst ideologisch ausgefüllt - dennoch auf Chancen für ernsthafte diplomatische Verhandlungen hinweisen.

Der Aussagewert des verfügbaren Datenmaterials und die semantische Vieldeutigkeit sind zusammen mit der Ambivalenz der allgemeinen Strategie der UdSSR in Europa, die offensive und defensive Elemente zu verbinden suchte, ein ernster Hinweis darauf, daß eine eindeutige, empirisch vollkommen abgesicherte Analyse der sowjetischen Deutschlandpolitik 1952 nicht immer möglich ist. Auch wenn diese Hypothese noch im einzelnen zu belegen ist, so soll doch schon jetzt auf drei Grundsätze der Interpretation hingewiesen werden:

1. Der mangelnden Eindeutigkeit der sowjetischen Politik wird nur eine Interpretation gerecht, die die sowjetische Deutschlandpolitik nicht vereinfacht, auf eine einzige Linie festgelegt und in ihrer Strategie und Taktik von vornherein für unveränderlich hält; sie müßte vielmehr eine Skala der in den sowjetischen Angeboten enthaltenen Möglichkeiten zeigen, Verhandlungs- und Aktionsspielräume aufweisen und behutsam variable und invariable Elemente der sowjetischen Politik unterscheiden. In zahlreichen Fällen sind zwar die Absichten und Ziele eines Vorschlags deutlich zu erkennen. Absicht und Spielraum sind jedoch nicht identisch. Auf Grund mancher Unbestimmtheit in der Formulierung wie in der Sache ist eine mehr oder minder große Flexibilität der UdSSR in einer Reihe wichtiger Fragen auf dem Hintergrund ihrer ambivalenten Strategie und Taktik in Deutschland nicht nur möglich, sondern häufig sogar auch wahrscheinlich. Dennoch ist es weder möglich noch erforderlich, sich in vielen Fällen für eine einzige der möglichen Interpretationen zu entscheiden. Eine einseitige j Option würde der Vielfalt und der Mehrdeutigkeit der hermeneutischen Aspekte nicht gerecht.
2. Die Mehrzahl der Aussagen und Urteile über Inhalt und Absicht der

sowjetischen Initiative sind durch offizielle Erklärungen gut zu belegen; dennoch bleibt ein wichtiger Rest offener Fragen. Fehlende Präzisierungen dürfen jedoch nicht spekulativ ergänzt werden. Da wir dennoch zu einer Reihe offener Probleme der Intentionen der sowjetischen Politik Aussagen machen wollen und müssen, können wir bisweilen nicht mehr als gut begründete Vermutungen und durch Erfahrung gesicherte, wahrscheinliche Deutungen geben. Manchmal sind sichere Aussagen nicht möglich und nicht erlaubt.

Die wissenschaftliche Darstellung kann dabei nur von demjenigen Bild rationaler Zuordnung strategischer und taktischer Elemente der sowjetischen Deutschlandpolitik ausgehen, wie es sich auf Grund einer zusammenfassenden Auswertung aller Quellen als sachlogischer, „objektiver“ Funktionszusammenhang darbietet. Ob die sowjetische Führung selbst Strategie und Taktik ihrer Politik tatsächlich ebenso systematisch-konsistent, funktionsgerecht und detailliert - wie es unsere Darstellung versucht - durchdacht und konzipiert hat, kann letztlich nicht entschieden werden. Damit eng verbunden ist die in sozialwissenschaftlichen Analysen übliche, aber nicht unproblematische Annahme, die untersuchten Akteure handelten subjektiv zweckrational bei jeweils gegebenen Umweltbedingungen und Zielprojektionen nach dem Prinzip der Nutzenmaximierung. Es ist hier jedoch nicht möglich, die damit zusammenhängenden, theoretischen Probleme zu diskutieren. Beide Annahmen sind nicht so sehr unumstößliche, generelle Prämissen, sondern vielmehr Hypothesen, die durch die Untersuchung zu verifizieren sind.

### 3. In der sowjetischen Deutschlandpolitik sind „Propagandadiplomatie“ und „Verhandlungsdiplomatie“ nicht zu trennen<sup>4</sup>.

Da Inhalt und Funktion der Propaganda in der sowjetischen Initiative bereits genügend untersucht sind, ist dieser Aspekt nur knapp und im Zusammenhang mit den Zweck-Mittel-Relationen in der sowjetischen Deutschlandpolitik zu behandeln<sup>5</sup>. Der Schwerpunkt der Interpretation liegt bei jenen Elementen, die wahrscheinlich als ernstzunehmende Vorschläge der UdSSR für Verhandlungen und Übereinkommen in der deutschen Frage zu betrachten sind.

Da der Umfang der Arbeit noch weiter angewachsen und die Darstellung schwerer lesbar geworden wäre, vor allem aber um den Interpretations- und Argumentationszusammenhang nicht dauernd unterbrechen zu müssen, wurde bewußt auf eine ausführliche Darstellung der bisherigen Forschung und auf eine explizite, ausführliche Auseinandersetzung mit einzelnen Autoren verzichtet. Die Arbeit berücksichtigt und verwertet nahezu alle bisher vorgelegten Untersuchungen und enthält implizit eine umfassende, kritische Erörterung der meisten bisher in der Forschung vertretenen Ansichten und Thesen.

## B. DIE UdSSR UND DAS INTERNATIONALE SYSTEM 1950-1952

### I. BEDINGUNGEN UND FAKTOREN EINER PARTIELLEN NEUORIENTIERUNG DER AUSSENPOLITIK DER UdSSR 1949-1952

#### *1. Das Ende der militant-expansionistischen Phase der sowjetischen Politik in Europa (1946-1949)*

In den Jahren 1946-1948 war es der Sowjetunion gelungen, ihren unmittelbaren Einfluß- und Herrschaftsbereich in Mittel- und Südosteuropa auszuweiten und zu festigen. Das geschah meist so, daß die UdSSR - besonders durch die Rote Armee - die häufig sehr geschickt und rücksichtslos operierenden kommunistischen Parteien bei ihrer Machtübernahme mehr oder minder direkt und wirksam unterstützte. Nur im Falle der SBZ übte die Sowjetunion eine unmittelbare Besatzungsherrschaft aufgrund völkerrechtlicher Rechtstitel durch die sowjetische Militäradministration aus. In den Jahren 1948 und besonders 1949 zeigte es sich jedoch, daß die Versuche der Sowjetunion, ihren Einflußbereich durch militärische, politische, propagandistische, psychologische und wirtschaftliche Pressionen sowie durch kommunistisch geführte Umsturzversuche im Innern der betroffenen Länder zu erweitern - außer in der Tschechoslowakei - im ganzen keinen Erfolg hatten.

Im Laufe des Jahres 1948 hatte sich die Auseinandersetzung zwischen der UdSSR und Jugoslawien so zugespitzt, daß Jugoslawien aus dem Ostblock ausschied (Ausschluß aus der Kominform Juni 1948) und auch durch militärischen und wirtschaftlichen Druck nicht wieder einzugliedern war. Für den Ostblock brachte dieser Bruch einen erheblichen, machtpolitisch-strategischen Verlust mit sich.

Ende 1949 war der Versuch der Kommunisten, in Griechenland durch einen Bürgerkrieg an die Macht zu kommen, endgültig gescheitert. Im Laufe des Jahres 1947 hatten sich die KPs in Italien, Österreich, Frankreich und Belgien aus den Regierungen zurückgezogen. In den folgenden Jahren versuchten sie - im ganzen - vergeblich, ihre Anhängerschaft durch eine militante innenpolitische Taktik zu vergrößern. Doch aus einer Reihe von Gründen konnten sie ihre Position nicht verbessern, ja häufig ging ihr Einfluß erheblich zurück.

In Deutschland hatte die Sowjetunion 1945-1947 vergeblich versucht, über

den Kontrollrat auf der Grundlage der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens Einfluß zu nehmen auf die innenpolitische Entwicklung der Westzonen (einschließlich Westberlins) und auf deren sich immer deutlicher abzeichnende Eingliederung in den sich bildenden Block westeuropäischer Staaten. Die UdSSR war besonders stark an einer Vier-Mächte-Kontrolle über das Ruhrgebiet interessiert. Als sie jedoch im Kontrollrat und auf zahlreichen Außenministerkonferenzen erkennen mußte, daß sich auf rechtlich-institutionellem und diplomatischem Wege diese Interessen kaum durchsetzen ließen, verzichtete sie auf die Fortsetzung der Mitarbeit im Alliierten Kontrollrat und der Alliierten Kommandatura für Berlin (März bzw. Juli 1948) und griff zu härteren Maßnahmen. Doch konnte die UdSSR auch mit der Blockade Westberlins die dadurch direkt oder indirekt angestrebten Ziele nicht durchsetzen. Die Aufhebung der Blockade und der vergebliche Versuch, auf der Außenministerkonferenz im Mai/Juni 1949 in Paris die Wiederherstellung der Vier-Mächte-Kontrolle über ganz Deutschland zu erreichen, stellten eine deutliche Niederlage der Sowjetunion dar, die beispielhaft das Scheitern ihrer expansionistischen Strategie in Europa demonstrierte. Für die Sowjetunion lag die Konsequenz nahe, die Ziele sowie die Strategie und Taktik ihrer Politik in Europa zu überprüfen und neu zu orientieren.

## ***2. Die Veränderung der Position der UdSSR in Europa: Kooperation, Integration und Aufrüstung der Staaten Westeuropas unter der Führung der USA***

Die Versuche der Sowjetunion, ihren Einflußbereich auszudehnen, beantworteten die drei westlichen Großmächte und eine Reihe westeuropäischer Staaten seit ca. 1947 mit einer Verstärkung ihrer militärischen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit, mit immer engeren organisatorischen Zusammenschlüssen und schließlich mit einer umfangreichen Aufrüstung. Ohne eine ungefähre Kenntnis des Umfangs, der Art, der Entwicklung und des Standes dieses Integrationsprozesses in den Jahren 1949-1952 kann die sowjetische Politik in Europa nicht verstanden werden.

Ende 1949 war der Prozeß der Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland als beschränkt souveräner Staat abgeschlossen. Für die Bundesrepublik galt ein Besatzungsstatut der drei westlichen Alliierten, das sie der Kontrolle der Sowjetunion völlig entzog und es den Westmächten überließ, wann und in welchem Umfang sie diesem Staat seine innen- und außenpolitische Handlungsfreiheit wiedergeben wollten. Der Aufstieg der BRD zum quasi-autonomen Verhandlungspartner der Westmächte, die Herausbildung eines eigenen politischen Willens der BRD in weithin unversöhnlicher Gegnerschaft zur UdSSR und DDR komplizierte und behinderte die Verwirklichung der sowjetischen Pläne für ein sozialistisches Gesamtdeutschland. Nach der im Sep-

tember 1950 geplanten und im März 1951 durchgeführten, sog. kleinen Revision des Besatzungsstatuts, die der BRD begrenzte außenpolitische Befugnisse übertrug, beabsichtigten die Westmächte seit September 1951, die volle Souveränität und Gleichberechtigung der BRD mit der wichtigen Einschränkung sog. Vorbehaltsrechte wiederherzustellen. Noch im Laufe des Jahres 1952 sollte ein „Vertrag über die Beziehungen der BRD und der Drei Mächte“ (der sog. Generalvertrag) abgeschlossen werden.

Jeder Schritt auf diesem Wege war aber für die BRD mit erheblichen Verpflichtungen und Auflagen verbunden. Ende 1949 hatte die BRD das Ruhrstatut unterzeichnet, das ihre Kohle- und Stahlproduktion einer supranationalen Organisation unterstellte (EGKS; 1951/2 modifiziert); die BRD war Mitglied der OEEC bzw. des ERP geworden, so daß ihr die Hilfe des sog. Marshall-Planes weiterhin zugute kam; die BRD hatte den Plan für das Industrieniveau Westdeutschlands zu akzeptieren. Das Potential und der Beitrag der BRD für die Bildung und Festigung eines Blocks der westeuropäischen Staaten gegen den Ostblock und besonders die UdSSR wurde den Westmächten schon bald immer wichtiger. Die ohnehin gegebene, wirtschaftliche Abhängigkeit der BRD wurde nun durch eine weit engere Verflechtung ergänzt. Die ausgeprägte politische Loyalität der Regierung in Bonn sicherte den Westmächten überdies die strategische und wirtschaftliche Nutzung des Landes. Der seit 1950 diskutierte Plan eines westdeutschen, militärischen Verteidigungsbeitrags im Rahmen einer voll integrierten Europa-Armee unter Nato-Oberbefehl war ein konsequenter Schritt in dieser Entwicklung. Im November und Dezember 1950 einigten sich die Vertreter Frankreichs, Italiens und der Beneluxstaaten grundsätzlich über den Plan einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Die Bundesregierung hatte im Herbst 1950 ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Mitarbeit bei der Verwirklichung dieser Pläne erklärt. Sie sahen am Ende die vollständige Wiederaufrüstung Westdeutschlands (u. a. mit einem Heer von 12 Divisionen) vor.

Die Sowjetunion hatte durch ihre militante Außenpolitik eine Entwicklung ausgelöst, die die Bedingungen und Möglichkeiten ihrer eigenen Deutschlandpolitik erheblich veränderte und einschränkte. Das ständig wachsende Militärpotential und die immer intensivere Zusammenarbeit der Staaten Westeuropas und der USA waren die entscheidenden Ursachen für die partielle Neuorientierung der sowjetischen Außenpolitik 1949/50 und bestimmten von da an wesentlich das Verhalten der UdSSR. Ihr Hauptziel in den Jahren 1949-52 war es, diese - wie sie es nannte - „Bedrohung durch den aggressiven, imperialistischen Westblock“ mit allen Mitteln abzuwehren und zu vermindern, insbesondere die politische und wirtschaftliche Integration und die Wiederaufrüstung Westdeutschlands zu verhindern. Dieses Ziel konnte jedoch mit den bisherigen Methoden und Zielprojektionen der sowjetischen Außenpolitik nicht erreicht werden.

### *3. Die Rüstungsanstrengungen der UdSSR: Atomwaffenbesitz und militärisches Gleichgewicht*

Seit 1945, als die militärische Überlegenheit der USA durch den Besitz und die Anwendung der Atombombe offenbar geworden war, unternahm die UdSSR erhebliche Anstrengungen, um diesen Rückstand aufzuholen. Im Sommer 1949 explodierte die erste Atombombe in der UdSSR, doch hütete sich Stalin, Bedeutung und Umfang dieser Errungenschaft nach außen hin allzu sehr zu betonen. Stalin kannte sehr wohl die Bedeutung der Nuklearwaffen<sup>6</sup>, aber er fürchtete wohl eine weitere Verschärfung der internationalen Lage, die eine erneute Erhöhung der Rüstungsausgaben der USA und damit auch der UdSSR hätte zur Folge haben können. Noch forciert vor allem durch die Wiederaufrüstung des Westens, die Hilfslieferungen im Koreakrieg und die Ankündigung der USA, man arbeite mit großem Einsatz an der Entwicklung einer noch stärkeren Nuklearwaffe, der H-Bombe, setzte die UdSSR unter Stalin nun alles daran, diese Lücke - es war im einzelnen offen, wie groß sie war - unbedingt zu schließen. Die UdSSR besaß zwar eine große, gut gerüstete Landarmee mit einem erheblichen, vom Westen wohl überschätzten Abschreckungspotential; dennoch steigerte die Sowjetunion seit 1949 (und wahrscheinlich noch einmal verstärkt seit 1952) ihr Rüstungsprogramm erheblich (Düsenjäger und Langstreckenbomber, Luftabwehr, Flottenbau, Raketen, A- und H-Bomben; Förderung der zivilen und militärischen Forschung). Eine so umfangreiche Aufrüstung und die damit notwendig verbundene Betonung der Schwerindustrie mußte die ohnehin schon angespannte Lage in der sowjetischen Wirtschaft weiter verschärfen. Es sprach also einiges dafür, daß die Sowjetunion nach 1949 und besonders im Jahre 1952 im eigenen Interesse eine Politik einschlug, die im Unterschied zu ihrem früheren Verhalten möglichst alles unterließ, was die Gegensätze und Spannungen in der internationalen Politik erhöhte und also den Rüstungswettlauf erneut weitertrieb. Auch wenn es hier nicht möglich ist, einen genauen Vergleich des militärischen Potentials in Ost und West anzustellen, so läßt sich wohl doch sagen: Die Sowjetunion sah sich gezwungen, das militärische Gleichgewicht im internationalen System zu wahren und befand sich 1949-1952 zwar nicht in einer Periode der Schwäche, aber wohl doch in einer Phase relativer Verletzlichkeit und vorübergehender Unterlegenheit in einer Reihe wichtiger Waffengattungen. Auch aus diesem Grund also mußte die sowjetische Außenpolitik nach 1950 stärker als bisher defensive Elemente enthalten. Die Weltmachtstellung der Sowjetunion schien zwar in den Jahren 1950-1952 nicht wesentlich gefährdet, war aber für die Zukunft keineswegs ausreichend gesichert.



#### ***4. Probleme und Projekte der sowjetischen Innenpolitik***

Es waren jedoch nicht nur die verstärkten Rüstungsanstrengungen, die die sowjetische Wirtschaft in dieser Zeit (1948-1952) in Schwierigkeiten brachten. Die landwirtschaftliche Produktion erreichte bei weitem nicht die erforderliche Höhe; es gab erhebliche Auseinandersetzungen über die Struktur und Organisation der Landwirtschaft, insbesondere der Kolchosen. Hinzu kam, daß der Plan für die Jahre 1951-1955 erst Mitte 1952 endgültig aufgestellt werden konnte und seine erfolgreiche Durchführung keineswegs sicher schien. Die verstärkte Rüstung und der entwicklungsbedingte Ausbau der Investitionsgüterindustrie einerseits und das Streben der erschöpften und müden Bevölkerung nach höherem Lebensstandard andererseits führte zu schwierigen Grundsatzdiskussionen über das Primat der Schwerindustrie und die Rolle der Konsumgüterindustrie. Stalin selbst wies darauf hin, daß die UdSSR nicht gleichzeitig die Streitkräfte verstärken und die Kriegsindustrie ausbauen könne, ohne die großen, zivilen Bauvorhaben, besonders die riesigen, neuen Wasserkraftwerke an den großen Strömen, und den Wiederaufbau zerstörter Gebiete und Einrichtungen zu gefährden. Er betonte in diesem Zusammenhang nachdrücklich die Friedensbereitschaft der Sowjetunion. Damit gab er unausgesprochen zu, daß diese ihre Ursache nicht zuletzt in den Schwierigkeiten der damaligen Wirtschaftssituation und in der relativen wirtschaftlichen Schwäche des Landes hatte<sup>7</sup>. Ideologische Auseinandersetzungen (J. Vargas Thesen über die Zukunft des Kapitalismus; N. A. Vosnessenskij's Thesen über Rationalisierung, Reformen und Prioritäten der Sowjetwirtschaft; der Kampf gegen „Kosmopolitismus“ und „ideologische Nachlässigkeit“), Führungsrivalitäten (u. a. die sog. Leningrader Affäre 1949), Parteisäuberungen und umfangreiche Umbesetzungen in Partei und Staat trugen nicht eben zur Stabilität und Aktionsfähigkeit des Sowjetsystems bei. Es ist schwer, die Bedeutung der genannten Schwierigkeiten für die Außenpolitik abzuschätzen. Sicher ist aber, daß besonders die wirtschaftliche Lage eine Politik erforderte, die alles vermied, was die innere Konsolidierung gefährden konnte, und die die sowjetische Wirtschaft durch eine flexible Außenpolitik einschließlich verstärkter Außenhandelskontakte entlastete und in ihrer Entwicklung förderte.

#### ***5. Die Konsolidierung und Integration des Ostblocks unter der Führung der UdSSR***

Angesichts der immer stärkeren Integration Westeuropas unter der Führung der USA strebte auch die Sowjetunion danach, die von ihr unmittelbar kontrollierten Länder Osteuropas zu einem Block unter sowjetischer Führung zusammenzufügen. Trotz einer unbestrittenen, auf mehrfache Weise gesicherten Vorherrschaft der UdSSR hatte der Ostblock um 1949 noch keineswegs

das von der Sowjetunion gewünschte Maß an Stabilität, Homogenität und Integration erreicht. Vor allem der Bruch mit Jugoslawien brachte erhebliche Unruhe und Unsicherheit in den Ostblock. Das jugoslawische Modell wirkte als ein gefährliches, ideologisch-politisches Ferment im sozialistischen Lager. Der Kampf gegen den Titoismus und in dessen Gefolge die umfangreichen Säuberungen und Schauprozesse gegen angeblich titoistische Spitzenfunktionäre führte 1949-1952 in beinahe allen osteuropäischen Ländern zu erheblichen Erschütterungen. Hinzu kam, daß die Strukturveränderungen bei der sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaftsordnung, besonders aber die Kollektivierung in der Landwirtschaft, in zahlreichen Ländern zu erheblichen Produktionseinbußen und Funktionsstörungen führten. Daran änderten auch die Gründung des COMECON (Jan. 1949) und eine umfangreiche Wirtschaftshilfe der UdSSR nur wenig. Die Jahre 1949-1952 waren gekennzeichnet durch den Versuch der Sowjetunion, die z. T. noch sehr heterogenen, in sich labilen Staaten des Ostblocks noch enger an sich zu binden, sie in ihren Aktionen politisch, wirtschaftlich und ideologisch miteinander zu koordinieren und sie zu integrieren. Dieser Prozeß der Konsolidierung verlangte eine Außenpolitik, die mehr als bisher einen ruhigen, kontinuierlichen Verlauf des Integrationsprozesses gewährleistete und die Festigung der sowjetischen Kontrolle über Osteuropa nicht gefährdete.

#### *6. Die wachsende Bedeutung Asiens für die sowjetische Außenpolitik*

Mit dem Sieg der chinesischen Kommunisten und der Konstituierung der Volksrepublik China erhielt die Sowjetunion einen neuen Partner im Fernen Osten. Im Februar 1950 schlossen beide Staaten einen Freundschafts- und Beistandsvertrag ab, der die Sowjetunion zur Rückgabe von Dairen, Port Arthur, der Mandschurischen Eisenbahn und gleichzeitig zur Gewährung langfristiger Finanz- und Wirtschaftshilfe verpflichtete. Die Unterstützung beim Wiederaufbau und der Industrialisierung der Volksrepublik China einerseits und die Koordinierung der eigenen Politik in Asien mit dem neuen Partner andererseits standen für die Sowjetunion zunächst im Mittelpunkt ihres Interesses. Dieser bedeutende Machtzuwachs und die Ausweitung der Operationsbasis verschaffte dem sozialistischen Lager unter der Führung der UdSSR noch bessere Möglichkeiten, direkt oder indirekt Einfluß zu nehmen auf die Entwicklung in Südostasien, Korea und Japan. Der Versuch, diese neuen Chancen im Fernen Osten auszunützen, nahm 1950-1952 einen wichtigen Teil der Kräfte der UdSSR in Anspruch und ließ sie in ihrer Aufmerksamkeit dauernd zwischen Europa und Asien hin- und herschwanken. Die UdSSR unterstützte und dirigierte die außer in Malaysia und Indochina ziemlich erfolglos operierenden KPs Südasiens. Noch wichtiger aber schien es zu verhindern, daß Japan ein Verbündeter der USA gegen die Sowjetunion

würde. Trotz intensiver, propagandistischer und diplomatischer Bemühungen konnte es die UdSSR dennoch nicht verhindern, daß am 8. September 1951 gegen ihren Willen nicht nur ein Friedensvertrag mit Japan abgeschlossen wurde, sondern sich die USA in einem Sicherheitsvertrag das Recht auf Stationierung starker Streitkräfte in Japan und rings um das chinesische Festland sicherten. Auch in der Folgezeit versuchte die UdSSR vergebens, durch die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit, Souveränität und Neutralisierung für Japan dessen Abhängigkeit von den USA wenigstens zu vermindern: Japan blieb ein Satellit des Gegners. Doch glaubte offenbar die sowjetische Regierung im Jahre 1950, in Korea sei eine Chance zur territorialen Expansion ohne zu großes Risiko gegeben. Die Voraussetzungen, in einem begrenzten, überfallartig begonnenen Krieg zu einem schnellen Erfolg zu kommen, ohne selber unmittelbar in eine globale Auseinandersetzung verstrickt zu werden, schienen günstig. Der Abzug aller Besatzungstruppen der Alliierten im Juli 1949, die innenpolitische Labilität und militärische Schwäche des südkoreanischen Regimes, die vermutete Handlungsunfähigkeit der Vereinten Nationen und die mangelnde Bereitschaft der USA zu einer militärischen Verteidigung Südkoreas, das die USA im Mai 1950 offiziell als „militärisch unhaltbar“ bezeichneten<sup>1</sup> - alle diese Momente ließen Südkorea als ein Vakuum erscheinen, in das nordkoreanische Truppen im Juni 1950 vorstießen. Ohne die Materiallieferungen und die politische Rückendeckung durch die UdSSR und die Volksrepublik China wäre dieser Expansionsversuch nicht möglich gewesen. Das Zustandekommen des Eingreifens der Vereinten Nationen und der USA und der Kriegsverlauf bis hin zum sowjetischen Angebot von Waffenstillstandsverhandlungen im Juni 1951 müssen hier als bekannt vorausgesetzt werden. Die kommunistischen Länder verteidigten mit äußerster Härte und großem Einsatz den Status quo ante, wollten Nordkorea also auf keinen Fall aufgeben oder in folgenden Verhandlungen Positionseinbußen hinnehmen. Die Sowjetunion erklärte sich in diesem Konflikt offiziell als neutral und nicht beteiligt, da es sich um einen Bürgerkrieg handle. Doch als die sowjetische Führung sah, daß ein militärischer Erfolg unmöglich war, daß die UNO sich als ein kraftvolles Instrument der Politik des Gegners erwies, daß die Aufrüstung in Westeuropa und die Aufwertung Westdeutschlands immer größere Fortschritte machte, daß die Friedensbewegung die Angst der Gegner vor einem sowjetischen Angriff in Europa oder z. B. gegen Persien nicht vermindern konnte, als das Bild des „friedliebenden“ Ostblocks in den Augen der westlichen Nationen immer kriegerische Züge annahm - da bot die UdSSR Verhandlungen an und versuchte, die negativen Folgen dieses Krieges abzumildern. Ihre Politik blieb in dieser Frage unnachgiebig, gab sich nach außen hin aber trotz feindseliger Propaganda flexibler und grundsätzlich verhandlungsbereit. Das Verhalten der UdSSR im Korea-Konflikt zeigte, daß die Sowjetunion auch 1950-1951 zur Offensive, zur gewaltsamen

Expansion bereit war, wenn ihr die Chance nur günstig genug erschien. In Europa jedoch war ein weiteres Vordringen vorläufig kaum möglich. Das starke Engagement in China, der Mißerfolg in Korea, die infolgedessen wachsende Festigung und Stärkung der westlichen Allianz ließen seit Mitte 1951 die sowjetische Bereitschaft zu einer Politik der friedlichen Koexistenz und des Verhandelns, der nur noch indirekten Einflußnahme und Veränderung deutlich wachsen.

Die Darstellung der veränderten Bedingungen und der neuen Faktoren, die die Formulierung der sowjetischen Außenpolitik in den Jahren 1949-1952 mitbestimmten, sollte zeigen, warum eine partielle Neuorientierung der Politik der UdSSR in Europa im Sinne einer Defensivstrategie seit 1949/50 notwendig wurde. Sie sollte auch zeigen, wie die Dynamik der internationalen Politik die Voraussetzungen schuf für eine wahrscheinlich größere Flexibilität und Verhandlungsbereitschaft in der deutschen Frage. Die Grundzüge dieser seit 1949/50 partiell neuorientierten Politik der UdSSR in Europa sind nun näher zu erläutern.

## II. DEFENSIVE UND OFFENSIVE ELEMENTE DER SOWJETISCHEN POLITIK IN EUROPA 1950-1952

### *1. Die sowjetische Perzeption der Struktur und der Entwicklungstendenzen des internationalen Systems 1950-1952*

Ohne eine Darstellung der Grundzüge der spätstalinistischen Theorie der sowjetischen Außenpolitik, genauer: ihrer analytischen und prognostischen Theoreme zur Situation und Entwicklung der sowjetischen Außenpolitik in den Jahren 1945-1952, besonders 1950-1952, können Zielsetzung, Strategie und Taktik der Politik der UdSSR in Europa nicht verstanden werden.

Als Quellen für diesen Grundriß dienen zunächst Stalins Werke, besonders seine letzte Schrift „ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ (Oktober 1952) sowie seine Interviews und offiziellen Äußerungen aus den Jahren 1950-1952. Obwohl der XIX. Parteitag der KPdSU erst vom 5. bis 14. Oktober 1952 stattfand, also beinahe am Ende der von uns untersuchten Periode liegt, können die hier gehaltenen Reden dennoch als autoritative Interpretation und Systematisierung der Generallinie der sowjetischen Außenpolitik auch der Jahre 1950-1952 gelten. Wie auf einer Reihe von Parteitagen vor- und nachher, so wurden auch hier die Grundlinien jener Politik, wie sie sich schon seit mindestens eineinhalb Jahren in Theorie, Praxis und Experiment gezeigt hatten, im Zusammenhang formuliert, als Rechtfertigung bisheriger Praxis ex post offiziell gebilligt und zur zukunftsweisenden Generallinie der KPdSU erhoben.

Hauptziele der sowjetischen Außenpolitik sind - in dialektischer Einheit und Dynamik verbunden - die revolutionäre, sozialistische Umgestaltung der Gesellschaftsordnung in möglichst vielen Staaten der Welt einerseits und die Sicherung und Stärkung der Aktionsbasis dieser Bewegung, der UdSSR andererseits<sup>9</sup>. Die Tatsache, daß viele Jahre hindurch die Sicherung der Staats- und Wirtschaftsordnung der UdSSR in Theorie und Praxis den Vorrang erhalten hatte, bedeutete keineswegs den Verzicht auf das zweite Ziel. Das Ausmaß und das Tempo, in dem es sich realisieren ließ, richtete sich nach den objektiven und subjektiven Bedingungen, nach den Gezeiten von „Ebbe und Flut der Revolution“<sup>10</sup>.

Die ersten Jahre unmittelbar nach Kriegsende stellten zweifellos eine Zeit der Flut, der günstigen Expansionschancen für die UdSSR dar. Und die damaligen, sowjetischen Überlegungen sind in der folgenden Analyse vermutlich richtig wiedergegeben: Nach einer kommunistischen Machtübernahme in einigen Ländern werden sich die übrigen Länder „einige Jahre nach Kriegsende vorübergehend stabilisieren, und es wird eine Ebbe in den Gezeiten der Revolution einsetzen. Die revolutionären Gewinne des 2. Weltkrieges müssen deshalb konsolidiert sein, bevor diese Ebbe beginnt. Das macht in gewissem Maße die Anwendung revolutionärer Taktiken in der unmittelbaren Nachkriegszeit notwendig.“ „Der Erfolg dieser Taktik würde - gemäß Stalins Revolutionstheorie - teilweise davon abhängen, in welchem Ausmaß die betreffenden Gebiete von äußeren, der Revolution entgegengesetzten Einflüssen freigehalten werden könnten.“<sup>11</sup>

Die Revolutionierung, Isolation und Konsolidierung des Ostblocks reflektierte die Theorie von der Herausbildung zweier feindlicher Lager nach dem 2. Weltkrieg: das „friedliebende, demokratische, antiimperialistische Lager der sozialistischen Staaten“ unter der Führung der UdSSR auf der einen Seite, das „aggressive, imperialistische, antidemokratische Lager der kapitalistischen Staaten“ unter der Führung der USA auf der anderen Seite<sup>12</sup>. Im Selbstverständnis der sowjetischen Führung stellte sich die internationale Situation folgendermaßen dar: Obwohl die politische, wirtschaftliche und militärische Stärke und Einheit des von den USA beherrschten kapitalistischen Staatensystems im Augenblick (1950-1952) einen Höchststand erreicht habe, seien die innere Krise und die Schwächen des Kapitalismus dennoch offensichtlich. Da der Weltmarkt nach 1945 erheblich geschrumpft und die Kaufkraft der Massen gesunken seien, habe ein harter Kampf um die Märkte eingesetzt. Seit ca. 1948 seien überall im Kapitalismus große, noch immer nicht überwundene, ökonomische Schwierigkeiten aufgetreten. Den USA sei es nur durch die wirtschaftliche, politische und militärische Unterwerfung der anderen kapitalistischen Staaten einschließlich Westdeutschlands und Japans; durch eine imperialistische Strategie (Militärstützpunkte, Bündnissysteme, Besatzungsherrschaft) der Eindämmung des ideologisch verteufelten Kommunismus; durch eine aggressive

Politik der Kriegstreiberei, die zur Militarisierung der Industrie, zu größeren Profiten für die Rüstungsmonopole geführt habe; und schließlich durch die Unterdrückung des Proletariats seitens der herrschenden Klasse der Großbourgeoisie gelungen, die innere Krise und die nationalen Gegensätze des kapitalistischen Staatensystems vorübergehend zu mildern bzw. zu verdecken.

Die USA seien „ein neues Zentrum der Reaktion und der Aggression, von dem jetzt die Hauptgefahr für die Sache des Friedens, für die Sache der Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit der Völker ausgeht“<sup>13</sup>. Und Malenkov klagte die USA an: „Mit der Remilitarisierung Westdeutschlands und Japans stellen die herrschenden Kreise der USA und ihre Anhänger vor den Augen der Welt jene zwei Herde des Zweiten Weltkrieges wieder her, für deren Beseitigung die Völker in diesem Kriege ihr Blut vergossen haben.“<sup>14</sup> Besonders nach dem Koreakrieg ließen sich aber die Massen der von den USA unterjochten Länder nicht mehr so leicht in einen Krieg hineinziehen, wollten sie ihr Land von den USA nicht länger als Militärbasis und Ausbeutungsobjekt behandeln lassen. So verschärften sich die Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen den „demokratischen, friedliebenden Kräften“ und den „mit den mit dem US-Imperialismus verbündeten Regierungen der herrschenden Kreise“, aber auch zwischen den kapitalistischen Staaten selbst, zwischen Siegern und Besiegten. Früher oder später, so prophezeiten die Sowjets und besonders Stalin in seiner letzten Schrift, würden sich Großbritannien und Frankreich, aber auch Japan, Westdeutschland und Italien gegen den US-Imperialismus wenden und ihre Befreiung versuchen. Immer stärker werde der Ruf nach nationaler Unabhängigkeit, nach einer „unabhängigen Friedenspolitik“ in diesen Ländern. Die Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus aber könne leicht zu einem neuen Krieg führen. Ja, ein Krieg zwischen kapitalistischen Staaten sei gegenwärtig wahrscheinlicher als ein Krieg zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Lager. Denn ein Angriff der USA auf die UdSSR bedeute die Selbstvernichtung des Kapitalismus. Trotzdem wurde die Gefahr eines von den USA ausgelösten Krieges, wurde die erste Bedrohung der UdSSR und des Ostblocks von allen Seiten sehr stark hervorgehoben und wurde von der sowjetischen Führung wohl auch weithin ernst genommen. Dennoch schlug die Sowjetunion keine offen militante Außenpolitik ein, die die Spannungen und damit die allgemeine Aufrüstung direkt erhöht hätte.

## *2. Die Strategie der sowjetischen Außenpolitik in Europa 1950-1952*

Für das Verständnis der sowjetischen Außenpolitik hatte es im Bereich der Analyse der Strukturen und Entwicklungstendenzen des internationalen Systems meist genügt, die Deutung und das Selbstverständnis der sowjetischen Führung in diesen Fragen wiederzugeben. Für die Darstellung der Konzeption

der sowjetischen Außenpolitik und des tatsächlichen Verhaltens der UdSSR in Europa 1950-1952 muß die sowjetische Sicht in jedem Falle durch eine kritische Interpretation des außenstehenden Beobachters ergänzt werden. Denn es ist z. B. möglich, daß Ideologie und Propaganda sich militanter und aggressiver geben als die tatsächliche, außenpolitische Praxis.

a) Definition und Funktion der Begriffe Strategie und Taktik in der sowjetischen Außenpolitik

Die Bedeutung der Begriffe „Strategie“ und „Taktik“, wie sie hier gebraucht werden sollen, deckt sich nicht mit der der stalinistischen Theorie<sup>15</sup>. Dort werden sie unbedenklich vom militärischen auf den politischen Bereich übertragen und beziehen sich vor allem auf den Bereich des revolutionären Kampfes im Innern eines Landes. Als handlungsbezogenes Begriffsinstrumentarium für den Bereich der zwischenstaatlich-diplomatischen und sozialen Beziehungen sind sie unzureichend. Für die Zwecke dieser Untersuchung soll der Begriff Strategie im Sinne einer vorwiegend operationalen Definition mit Bezug auf die sowjetische Europa- und Deutschlandpolitik folgende Bedeutungselemente enthalten:

1. Die räumliche, zeitliche und materielle Präzisierung der ideologisch-programmatisch fixierten, langfristigen Zielsetzungen (z. B. Sturz des Kapitalismus) als mittelfristige (ca. 1-5 Jahre; z. B. Befreiung Westeuropas und Japans aus der Abhängigkeit von den USA) und als kurzfristige (bis ca. zwölf Monate; z. B. Verhinderung der Ratifizierung des EVG-Vertrages in Frankreich und Westdeutschland).
2. Die Einschätzung der machtpolitischen und sozialen Dynamik der Strukturen, Kräfteverhältnisse und Entwicklungstendenzen des internationalen Systems der letzten bzw. der nächsten fünf bis sieben Jahre, besonders unter dem Gesichtspunkt der Realisierbarkeit der Ziele der eigenen Außenpolitik in Europa und besonders in Deutschland.
3. Die Maximierung, Einschätzung und Verteilung der verfügbaren Mittel und Reserven sowie der Bündnispartner (z. B. eigene Aufrüstung, Ausbildung der Kader, Konsolidierung und Integration des Ostblocks, Stärkung der KPs und der Friedensbewegung).
4. Allgemeine Handlungs- und Verhaltensgrundsätze mit relativ ausgedehntem zeitlichem, räumlichem und sachlichem Geltungsbereich (hier im allgemeinen beschränkt auf Deutschland sowie Mittel- und Westeuropa), besonders für den zweckrational optimierten Einsatz der Mittel und die in einer bestimmten Periode richtige Behandlung des Gegners (z. B. Anwendung einer eher offensiv oder einer eher defensiv konzipierten Strategie; die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, des kooperativen Wettbewerbs, der Entspannung; das Ausnützen der Widersprüche im kapitalistischen Staaten-

system, Grundsätze der Vorschläge zur Abrüstung; „nationale Befreiung“ und Neutralisierung von Staaten; das Ausnutzen des Nationalismus; der Grundsatz der freundschaftlichen Beziehungen der sozialistischen Staaten; Wahl der Bündnispartner).

Entsprechend und ergänzend soll der Begriff Taktik folgende Bedeutungselemente enthalten:

1. Festlegung von kurzfristigen Zielen (bis ca. 12 Monate; z. B. Einberufung einer Viermächte-Konferenz über die deutsche Frage) für einen beschränkten, geographischen und sachlichen Geltungsbereich (z. B. Bildung einer Kommission zur Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland).
2. Bestimmung der Kräfteverhältnisse und der Chancen für die Durchsetzung der eigenen Politik in einer bestimmten Situation (z. B. Chancen für die Verzögerung der Westintegration der BRD durch das Angebot vom 10. März 1952 im Frühjahr 1952).
3. Kurzfristige Mobilisierung, Verstärkung und Verteilung der verfügbaren Mittel (z. B. Kampagne für die Aktionseinheit der Arbeiter in Westdeutschland). Bestimmung der konkreten Formen des Kampfes und der Organisation, der Intensität und der Methoden der Agitation und Propaganda.
4. Praktische Konkretisierung und Anwendung der oben unter 4. genannten Grundsätze einer strategischen Periode (z. B. die Formulierung des März-Angebotes zur Neutralisierung und Wiedervereinigung Deutschlands; die Vorschläge zur Abrüstung von 1952); einzelne Handlungen und Maßnahmen mit beschränktem Geltungsbereich und beschränkter Zielsetzung (z. B. die Reise der Volkskammer-Delegation nach Westdeutschland; die Absperrmaßnahmen um Berlin im Juni 1952); der Versuch, begrenzten Vorteil aus einer Situation zu ziehen (z. B. die internationale Wirtschaftskonferenz in Moskau im April 1952); z. T. das Verhalten in Prozedurfragen.

Die Taktik umfaßt also alle Aktionen innerhalb einer vorher festgelegten Strategie; sie ist dieser untergeordnet, noch flexibler und situationsgebundener sowie begrenzter in ihren Wirkungen. In manchen Fällen ist es nicht leicht festzustellen, ob es sich um einen taktischen oder einen strategischen Kurswechsel der sowjetischen Außenpolitik handelt. Die Beantwortung einer solchen Frage mag bisweilen willkürlich und ohne heuristischen Wert sein. Dennoch ist es häufig wichtig zu wissen, ob und inwiefern ein grundsätzlicher oder nur ein oberflächlicher, kurzfristiger Kurswechsel stattgefunden hat. Überdies weist solche Ambivalenz darauf hin, daß auch die sowjetische Außenpolitik keineswegs immer auf einer vollkommen durchkalkulierten Strategie <sup>n</sup> hoher Erfolgsgarantie beruht, ja beruhen kann. Auch die sowjetische <sup>n</sup>unrung kann in ihrer Außenpolitik Experimente, Tastversuche, Inkonse-



quenzen, plötzliche Kurswechsel, Mißerfolge und bisweilen verlustreiche Lernprozesse, Instabilität und Unklarheit nicht vermeiden. Flexibilität und Härte, Prognose und Ergebnis, Ideologie und Praxis stehen keineswegs immer in dem von der Sowjetführung angestrebten Verhältnis. Gerade in den Zeiten sich wandelnder Strategie (z.B. von 1949-1952) und vielfältiger taktischer Manöver (z. B. in der deutschen Frage) kann nicht ausgeschlossen werden, daß trotz eines gegenteiligen äußeren Eindrucks die Linie, die Ziele und die Methoden des Vorgehens auch in wichtigen Fragen (wie z. B. der Lösung der deutschen Frage) nur sehr allgemein festgelegt waren und ein teils bewußt eingeplanter, teils nolens volens zugestandener Spielraum für Verhandlungen wie Aktionen bestand. Doch war es ein Kennzeichen der sowjetischen Außenpolitik der spätstalinistischen Ära, daß Risiken und Chancen z. B. einer diplomatischen Initiative genau bedacht zu sein schienen, daß Unbestimmtheit keineswegs primär Unsicherheit, sondern kühl berechnete Taktik war.

Diese Begriffserklärung und die folgenden allgemeinen Beobachtungen zur sowjetischen Außenpolitik sollen zunächst dazu dienen, die allgemeine Strategie der sowjetischen Politik in Europa zu skizzieren als analytischen und tatsächlichen Bezugsrahmen der sowjetischen Deutschlandpolitik.

Der folgende Abschnitt soll zugleich die Grundlage für die These schaffen, daß die sowjetische Politik in der zentralen Frage einer Regelung des Deutschlandproblems nach denselben oder mindestens sehr ähnlichen Grundsätzen handelte wie in ihrer allgemeinen Europapolitik der Jahre 1950-1952. Ohne diesen Bezug auf die Generallinie und die Strategie der sowjetischen Außenpolitik in ganz Europa ist eine Interpretation der Deutschland-Initiative von 1952 kaum möglich.

#### b) Hauptziele und allgemeine Strategie der sowjetischen Politik in Europa 1951/52

Für die Deutschlandpolitik der UdSSR im Jahre 1952 waren vor allem jene allgemeinen Tendenzen der sowjetischen Außenpolitik bestimmend, die sich - wenn auch schon vorher in vielfacher Hinsicht vorhanden - seit dem Frühjahr 1950 besonders deutlich herausbildeten.

Die partielle Neuorientierung der sowjetischen Außenpolitik seit 1949/50 bestand darin, daß die UdSSR unter den gewandelten Bedingungen des internationalen Systems nunmehr vor allem mit einer JDefensivstrategie versuchte, ihre langfristig unverändert fortbestehenden, revolutionär - expansiven Ziele in Europa durchzusetzen.

#### aa) Ziele der sowjetischen „Friedenspolitik“ und das Prinzip der friedlichen Koexistenz

Die neue Defensivstrategie wollte zunächst unbedingt jeden bewaffneten Konflikt zwischen Ost und West vermeiden, was nach Stalins Auffassung durchaus

zu erreichen war. Die nicht befristete friedliche Koexistenz der beiden Blöcke und die Entschärfung des Ost-West-Konflikts in Europa sollten der Sowjetunion die Möglichkeit geben, in einer Periode begrenzter Entspannung die eigenen Kräfte zu konsolidieren und zu verstärken. Vor allem brauchte die UdSSR außenpolitische Ruhe und Entlastung für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und die Durchführung der umfangreichen Hilfsprogramme. Die verstärkte Aufrüstung der UdSSR 1951/52 und die Betonung der Sicherheitsprobleme auf dem XIX. Parteitag deuteten darauf hin, daß die Furcht vor dem „aggressiven Imperialismus“ nicht nur propagandistisch gemeint war. Zugleich ging die UdSSR jedoch daran, eine Position überlegener Stärke gegenüber dem Westen aufzubauen, d. h. eine neue Offensivphase vorzubereiten. Das beweisen eindeutig die 1951/52 geplanten und begonnenen, 1953-1958 erfolgreich durchgeführten, großen Rüstungsprojekte. Diese Politik nach dem Grundsatz „il faut reculer pour mieux sauter“ schloß also keineswegs eine Politik der indirekten, diplomatischen Offensiven und eine militante, geschickt ansetzende Propaganda-Aktivität gegenüber dem Westen aus. So sagt Shulman von dieser Politik treffend, daß „... die rechte Politik der fünfziger Jahre nicht so sehr einen Rückzug darstellte, sondern viel eher ein Manöver, das eine kurzfristige Defensive mit einer langfristig angelegten Vorwärtsbewegung verband“<sup>16</sup>. Sie suchte die Chancen für weitere Fortschritte zu verbessern, strebte diese aber nicht selbst direkt an. Hierzu gehörte der Versuch, die Massen in Westeuropa gegen die westlichen Militärbündnisse und die Aufrüstung der BRD zu mobilisieren und dann im Wege eines scheinbaren Interessenausgleichs machtpolitische Vakua in Europa zu schaffen, in die die UdSSR dann früher oder später möglichst risikolos eindringen könnte.

Im ganzen zeigte sich die sowjetische Führung - in unübersehbar propagandistischer Absicht - außerordentlich optimistisch und ging von der Annahme aus, der Kapitalismus werde auf Grund seiner inneren Krise bald zusammenbrechen und könne dem ständig erstarkenden Lager des Sozialismus auf die Dauer nicht widerstehen. Die offensichtlichen Mängel der sowjetischen Perzeption (Ökonomismus, Theorie der verdeckten inneren Krise und der ständigen Erhöhung der inneren Widersprüche des kapitalistischen Staatensystems) verhinderten jedoch nicht, daß die Sowjetunion die Kräfteverhältnisse in Europa wohl doch realistisch einschätzte. Der Streit um E. Vargas Thesen über die Zukunft des Kapitalismus zeigte ebenso wie die vorherrschende Defensivstrategie, daß es Differenzen der Rationalität innerhalb der Theorie wie vor allem zwischen Theorie und Praxis der sowjetischen Außenpolitik gab.

Die indirekte und langfristige Offensivstrategie wurde deutlich überlagert von den Elementen der kurz- und mittelfristig konzipierten Defensivstrategie der Jahre 1950-1952. Ihre drei ersten Ziele waren im sowjetischen Selbstverständnis:

1. „... den Kampf gegen die Vorbereitung und Entfesselung eines neuen Krieges weiterzuführen; die mächtige demokratische Front gegen den Krieg zur Festigung des Friedens zusammenzuschließen; die Bande der Freundschaft und der Solidarität mit den Friedenskämpfern in der ganzen Welt zu festigen ...“<sup>17</sup>
2. Die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit und der Wirtschaftsbeziehungen.
3. Die Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu den sozialistischen L. Ländern.

Eine umfangreiche Propagandatätigkeit der UdSSR und aller kommunistischer Organisationen versuchte - verstärkt seit 1949 -, die Völker in Ost und West vom Friedenswillen des Ostblocks und den kriegerischen Absichten des ständig aufrüstenden Westblocks zu überzeugen. Die Sowjetunion erschien als ein Staat, der allein zur Selbstverteidigung, widerwillig und bloß in Reaktion auf die westliche Bedrohung seine Streitkräfte verstärken müsse. Der Westblock unter der Führung der USA erschien als der Feind des friedlichen Wiederaufbaus und der Zusammenarbeit, der die kleineren Nationen für die Weltkriegs- und „Befreiungs“pläne der USA benutze. Solche Propaganda sollte die langfristigen, expansionistischen und revolutionären Ziele der UdSSR verdecken, die sowjetische Mitverantwortung für das Wettrüsten verleugnen, die Sowjetunion von äußeren Pressionen verschonen und ihr zugleich erhöhte politische Attraktivität sichern. Vor allem aber sollte sie die weltweite Unzufriedenheit über die Fortdauer des Kalten Krieges auf die westlichen Nationen lenken. Die UdSSR verteidigte sich, indem sie verbal angriff, ihre eigenen Ziele verschleierte und möglichst viele Kräfte im neutralen und gegnerischen Lager gegen die Regierungen und politischen Eliten der Staaten des Westblocks mobilisierte. Die Forderung nach Erhaltung des Friedens hatte nicht nur allgemein humanitären Charakter, sondern stellte in sowjetischer Sicht eine uneigennützig Aufforderung an die Welt dar, den angeblichen Kriegsvorbereitungen des Westens Einhalt zu gebieten. Die UdSSR als Garant für den Frieden - die USA als Gefahr für den Frieden; das war der eine Grundsatz der sowjetischen „Friedenspolitik“.

Der andere war das Prinzip der friedlichen Koexistenz der beiden antagonistischen Gesellschaftssysteme im politischen, wirtschaftlichen und militärischen, jedoch nicht im ideologischen Bereich. Seit November 1949<sup>18</sup>, verstärkt seit dem Frühjahr 1950<sup>19</sup>, wurde die Bereitschaft der UdSSR zur Verständigung und zur Zusammenarbeit betont. Wichtig und kennzeichnend war auch der Abdruck eines bisher unveröffentlichten Interviews Lenins von 1920 in der Prawda vom 22. April 1950<sup>20</sup>. Darin betonte er das Primat des friedlichen, wirtschaftlichen Aufbaus für die UdSSR, besonders der Energiebasis, die Bereitschaft zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen, die

Möglichkeit größerer Zugeständnisse in diesem Bereich und die Friedensliebe der UdSSR. „Als Übergang vom Krieg zum Frieden" betrachte er den „Status quo" als „befriedigend"<sup>21</sup>. Ganz ähnlich äußerte sich knapp ein Jahr später J. Stalin, der die Bereitschaft zur Koexistenz ebenfalls primär mit den Erfordernissen eines umfassenden Wirtschaftsaufbaus begründete<sup>22</sup>. Als praktische, sehr bedeutsame Maßnahme muß das sowjetische Angebot für Waffenstillstandsverhandlungen im Korea-Krieg vom 23. Juni 1951 gewertet werden<sup>23</sup>. Es wurde ausdrücklich mit der sowjetischen Bereitschaft zur Koexistenz begründet. Allerdings wurde gerade hier auch die Fragwürdigkeit und die Ambivalenz dieser Formel in der sowjetischen Außenpolitik sichtbar. Als letzte wichtige Äußerung ist das Interview Stalins vom 2. April 1952 hervorzuheben, das nicht nur durch seine Prägnanz und Authentizität, sondern auch durch seine zeitliche Nähe zur sowjetischen Deutschlandinitiative für unsere Untersuchung Bedeutung hat<sup>24</sup>. Es soll daher ungekürzt zitiert werden:

Frage: Ist ein dritter Weltkrieg gegenwärtig näher als vor zwei oder drei Jahren?

Antwort: Nein, das ist nicht der Fall.

Frage: Würde eine Zusammenkunft der Regierungschefs der Großmächte von Nutzen sein?

Antwort: Sie würde möglicherweise von Nutzen sein.

Frage: Halten Sie den gegenwärtigen Moment für eine Vereinigung Deutschlands geeignet?

Antwort: Jawohl.

Frage: Auf welcher Grundlage ist ein Nebeneinanderbestehen des Kapitalismus und des Kommunismus möglich?

Antwort: Ein friedliches Nebeneinanderbestehen des Kapitalismus und des Kommunismus ist durchaus möglich, wenn auf beiden Seiten der Wunsch nach Zusammenarbeit und die Bereitschaft, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen vorliegt. Bedingung wäre Einhaltung des Prinzips der Gleichheit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten.

Trotz der fortgesetzten, scharfen Angriffe und Kampagnen gegen den „US-Imperialismus", gegen die „Kriegstreiberei" und die bürgerlichen Regierungen, trotz bloß propagandistisch gemeinter Beteuerungen muß die Bereitschaft der UdSSR zur friedlichen Koexistenz und zur Zusammenarbeit dennoch unbedingt ernst genommen werden, weil zu viele objektive Bedingungen eine solche Politik notwendig machten.

bb) Die sowjetischen Vorschläge zur Abrüstung und für einen Fünf-Mächte-Friedenspakt

So schlug die UdSSR einen Fünf-Mächte-Friedenspakt, eine Art erneuerten Kellogg-Pakt zwischen den vier Siegermächten und der Volksrepublik China vor, der letztlich nur der Stabilisierung und Anerkennung des Status quo in Europa und Asien um 1950 dienen sollte.

Am 19. März 1952 übermittelte die UdSSR der Abrüstungskommission der UNO einen Arbeitsplan<sup>25</sup>, der u. a. folgende Abrüstungsmaßnahmen vorsah:

1. Eine Konvention über das Verbot der Atomwaffe, der Einstellung ihrer Produktion und der Verwendung vorhandener Bomben allein zu friedlichen Zwecken.
2. Verminderung der Rüstungen und Streitkräfte aller Gattungen der oben genannten fünf Mächte um ein Drittel innerhalb eines Jahres.
3. Vorlage vollständiger, offizieller Unterlagen über den Stand der Rüstungen und Streitkräfte, einschließlich der Atomwaffen und der Militärstützpunkte im Ausland.
4. Verbot des bakteriologischen Krieges und Bestrafung Zuwiderhandelnder.
5. Für die Durchführung aller Maßnahmen sollte ein „internationales Kontrollorgan“ beim Sicherheitsrat der UNO geschaffen werden.

In Verbindung mit der Forderung auf Abzug der Besatzungsstreitkräfte aus Deutschland, der Auflösung der westlichen Militärallianzen und den Neutralisierungsvorschlägen für eine Reihe von Staaten am Rande des sowjetischen Einflußbereichs wurde das Kalkül dieser Vorschläge deutlich: die UdSSR betonte ihren Friedenswillen und ihre Verständigungsbereitschaft, verband damit jedoch die Absicht, die Westmächte durch die Festsetzung und Kontrolle der Art, der Höhe und der geographisch-strategischen Dislokation der gestatteten Streitkräfte sowie der Reihenfolge der Abrüstungsmaßnahmen so zu schwächen, daß die UdSSR erhebliche, sicherheitspolitische Vorteile und Expansionsmöglichkeiten erhalte.

cc) Die Funktion einer begrenzten Zusammenarbeit in Diplomatie und Außenhandel

Sollten die sowjetischen Vorschläge den Frieden durch einen generellen Nichtangriffspakt und Abrüstungsmaßnahmen militärisch-sicherheitspolitisch kooperativ sichern, so mußte die UdSSR versuchen, auch die politischen Beziehungen zwischen Ost und West nach den Grundsätzen der Anerkennung des Status quo, der friedlichen Koexistenz und der begrenzten Kooperation zu gestalten. In Europa, wo durch direkte Aktionen keine Positionsgewinne mehr möglich waren, mußte die UdSSR darauf bedacht sein, wenigstens eine Verschlechterung ihrer Position zu verhindern. Die vergeblichen Bemühungen, die Gründung der BRD und der NATO zu verhindern, das Patt in Korea und die wachsende Stärke der westlichen Allianz haben sehr wahrscheinlich entscheidend dazu beigetragen, daß die Sowjetunion außenpolitische Pressionen immer mehr vermied. Das ermöglichte zweierlei: einmal erhöhte sich langsam die Verhandlungs- und Kooperationsbereitschaft im Westen; zum anderen schien es einigen westlichen Regierungen nicht mehr so notwendig, nach außen hin Stärke und Geschlossenheit zu demonstrieren, d. h. die inneren Gegensätze der westlichen Allianz konnten wieder deutlicher hervortreten. Diese Strategie verschaffte der sowjetischen Politik in Europa neue Chancen.

Die Diplomatie wurde von der Sowjetunion weiter aufgewertet, um auf

diesem Wege durch Gespräche, Erklärungen, Vorschläge, taktische Manöver, durch Verhandlungen und Konferenzen, durch vorteilhafte Arrangements und Abkommen indirekt Fortschritte zu erzielen. Ein Beispiel für solche diplomatischen Versuche war die (gescheiterte) Konferenz der Stellvertreter der Außenminister in Paris vom 5. März bis 21. Juni 1951.

Die neue Flexibilität der sowjetischen Außenpolitik zeigte sich auch deutlich bei der Veranstaltung der Internationalen Wirtschaftskonferenz von Moskau vom 3. bis 12. April 1952. Als ihr Zweck wurde zunächst ganz allgemein und ohne politisch eindeutige Ausrichtung die Verbesserung der „Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Systemen“ angegeben<sup>26</sup>. Die UdSSR betonte gegenüber den zahlreich erschienenen Kaufleuten aus dem Westen ihr lebhaftes Interesse an der Ausweitung des Handels, und zwar nicht nur auf dem Gebiet der Investitionsgüter, sondern besonders nachdrücklich auch auf dem Konsumgütersektor. Ein offizieller, sowjetischer Vertreter sprach von der Möglichkeit, daß die UdSSR 1953-1955 Konsumgüter für ca. 2 Mrd. Mark in Deutschland, für 2,5-4 Mrd. US-Dollar im übrigen Ausland kaufe<sup>27</sup>. Nicht nur der eigene Nutzen und die Absicht, das allgemeine politische Klima zu verbessern, standen hinter diesen Bemühungen, sondern auch das ganz konkrete Bestreben, die westlichen Embargo-Bestimmungen zu lockern. Die zahlreichen Abschlüsse und die Aussichten auf eine Ausweitung des Handels sollte die handelspolitische Isolierung der Sowjetunion überwinden und zugleich die Kaufleute und die öffentliche Meinung gegen die Regierungspolitik der kapitalistischen Staaten mobilisieren.

dd) Die Ausnutzung der inneren Widersprüche des Kapitalismus und die Verhinderung der westlichen Militärallianzen

Die Ausnutzung der inneren Widersprüche des kapitalistischen Staatensystems war 1950-1952 einer der wichtigsten Grundsätze der sowjetischen Strategie in Europa. Die Hoffnung auf die Desintegration des Westblocks und die unvermeidlich ausbrechende, große Krise des Kapitalismus bildete einen wichtigen Ausgangspunkt der sowjetischen Pläne für Europa. Die inneren Widersprüche des Kapitalismus 1950-1952 waren in sowjetischer Sicht folgende:

1. Zwischen dem Selbstbewußtsein der europäischen Nationen und dem imperialistischen Herrschaftsanspruch der USA; zwischen dem Streben nach nationaler Unabhängigkeit und der tatsächlichen Abhängigkeit von den USA (Antiamerikanismus).
2. Zwischen dem Mißtrauen der westlichen Völker gegenüber einem remilitarisierten Westdeutschland, gegenüber dem aggressiven Militarismus der Deutschen und gegenüber einem zu mächtigen wiedervereinigten Deutschland, das eine neue „Rapallo-Politik“ betreiben könnte (Antideutsche Ressentiments, Streben Frankreichs nach anglo-amerikanischen Garantien im Falle eines eventuellen Austritts der BRD aus der EVG) und den Be-

- strebungen besonders der USA, Westdeutschland wiederaufzurüsten und als selbständigen Partner und Machtfaktor im westlichen Bündnissystem anzuerkennen und für ihre Ziele einzusetzen.
3. Zwischen den einzelnen Regierungen hinsichtlich der Einschätzung der kommunistischen Bedrohung.
  4. Zwischen den einzelnen Regierungen hinsichtlich der Behandlung kolonialer (Indochina) und nationaler Probleme (Saarfrage).
  5. Zwischen den militaristischen Regierungen und den „friedliebenden, demokratischen Massen“; zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat mit seinem niedrigen Lebensstandard; zwischen der Tragweite der Entscheidungen auf Regierungsebene und den knappen, parlamentarischen Mehrheiten in Frankreich, Italien und der BRD.

Die Sowjetunion schätzte die westeuropäischen Staaten nun nicht mehr nur als Satelliten der USA ein, sondern betrachtete sie seit 1951 auch zunehmend als relativ bedeutende, potentielle oder tatsächliche Träger von Widersprüchen im kapitalistischen Lager. Geschickt nutzte die sowjetische Diplomatie und Propaganda diese Spannungen aus. Seit 1950 erinnerte sie Frankreich und Großbritannien an die während des 2. Weltkrieges abgeschlossenen Freundschaftsverträge; sie zeigte sich ihnen gegenüber verhandlungs- und kooperationsbereit<sup>28</sup>. Überall unterstützte sie die Forderung nach „nationaler Unabhängigkeit“, nach „Befreiung vom US-Imperialismus“, nach einer „unabhängigen Friedenspolitik“ der westlichen Staaten. Wo möglich, benutzte sie den Nationalismus, antideutsche oder antiamerikanische Gefühle, um die Differenzen und Spannungen zu erhöhen. „Die Macht des Westblocks zu fragmentieren und zu vermindern“, blieb dabei das Hauptziel der Sowjetunion<sup>29</sup>.

Als konkretes Ziel strebte die Sowjetunion vor allem die Verhinderung des Ausbaus der NATO, des Ausbaus einer integrierten europäischen Armee (EVG), der wirtschaftlichen Integration (EGKS) und des Wiederaufstiegs der BRD zu einem souveränen Staat an. Vergeblich versuchte die UdSSR 1951, die NATO, die amerikanischen Militärstützpunkte und die Remilitarisierung Westdeutschlands zum Thema einer Außenminister-Konferenz zu machen. Vergeblich waren ihre Proteste und Propagandakampagnen, die direkten Aktionen der KPs wie deren heftige Angriffe in den Parlamentsdebatten der westeuropäischen Länder. Eines der Hauptziele der gesamteuropäischen Strategie nämlich, die Veränderung des Mächtegleichgewichts in Mitteleuropa durch Diplomatie und Propaganda zu verhindern, konnte in den Jahren 1950-1952 nicht erreicht werden.

#### ee) Die Funktion der sowjetischen Neutralisierungsvorschläge

Die Absicht, den Gegner politisch und militärisch-strategisch zu schwächen, wurde auch sichtbar in den sowjetischen Bemühungen, einen Gürtel von

Staaten am Rande ihres Herrschaftsbereiches dem amerikanischen Einfluß möglichst weitgehend zu entziehen, vor allem aber dessen Eingliederung in die NATO zu verhindern.

Diesem - dem Ostblock vorgelagerten - cordon sanitaire sollten zunächst die vier skandinavischen Staaten angehören, dann Deutschland und Österreich, weiterhin Jugoslawien, Griechenland, die Türkei und Persien, schließlich Japan. Umfang und Intensität der sowjetischen Bemühungen der Jahre 1951/52 waren dabei sehr unterschiedlich. Der Plan einer faktischen Neutralisierung eines zweiten cordon sanitaire erschien als eine neue Grundfigur der indirekten Offensivstrategie der UdSSR in der Koexistenzphase. Sie trug sicherheitspolitisch zunächst stark defensive Züge. Die Isolation, die mögliche innere Schwäche und unklare Mittelstellung dieser Staaten sollten der UdSSR im Wege eines scheinbaren Interessenausgleichs zugleich aber auch die Chance verschaffen, diese Länder durch eine geschickte Bündnis- und Verständigungspolitik nach einer kürzeren oder längeren Übergangsphase auf ihre Seite zu ziehen. Diese nur teilweise präzisierten Vorschläge sollten neue Mobilität in die erstarrten Linien der Ost-West-Konfrontation bringen und die westliche Militärallianz von den Grenzen des Ostblocks fernhalten.

Besonders im Jahre 1952 unternahm die Sowjetunion zahlreiche Vorstöße, um die Neutralität ganz Skandinaviens zu erreichen. Am 23. Januar 1952 machte der finnische Ministerpräsident Urho Kekkonen den Vorschlag, ganz Skandinavien solle „nach dem Vorbild der gesicherten Neutralität Schwedens“ neutral werden<sup>30</sup>. Die Sowjetunion unterstützte diesen Vorschlag nachdrücklich<sup>31</sup>, die Adressaten selbst zeigten Zurückhaltung oder Ablehnung. Die UdSSR wandte sich u. a. nachdrücklich gegen die Mitgliedschaft Dänemarks und Norwegens in der NATO, gegen die Stationierung ausländischer Streitkräfte in Dänemark<sup>32</sup> sowie gegen den angeblichen Bruch des Spitzbergenstatuts durch Norwegen<sup>33</sup> und gegen die Abhaltung von NATO-Manövern in der Ostsee<sup>34</sup>. Sie erhob heftigen Protest gegen die Bildung des Nordischen Rats, gegen die Nichtbeteiligung Finnlands und die Mitgliedschaft Schwedens<sup>35</sup>. Der Nordische Rat gefährde nicht nur die schwedische Neutralität, sondern könne sich in eine gegen die Sowjetunion gerichtete Organisation verwandeln<sup>36</sup>. Auch für Österreich zeichnete sich eine Neutralitätslösung ab. Die UdSSR zeigte sich 1952 im Falle Österreichs wohl u. a. deshalb so wenig verhandlungsbereit, weil sie, wohl primär aus sicherheitspolitischen Erwägungen, zuerst die deutsche Frage lösen wollte. Die UdSSR protestierte sofort gegen angebliche Pläne der USA für eine Westintegration des Landes<sup>37</sup>. Ebenso protestierte die UdSSR gegen die amerikanische Hilfe für Jugoslawien, die Einbeziehung der Türkei und Griechenlands in die NATO im Februar 1952<sup>38</sup>, die Pläne für eine Balkanentente dieser drei Staaten und vor allem gegen die geplante Errichtung eines Nahostkommandos der NATO<sup>39</sup>. Die UdSSR bestand darauf, daß sich Persien ebenso wie die Länder des Nahen



Ostens weiterhin neutral verhalte und keine Hilfe auf Grund des Mutual Security Act annehme<sup>40</sup>.

Für Japan sahen die sowjetischen Vorschläge<sup>41</sup>, ähnlich wie für Deutschland, eine Neutralisierung des Landes, Abzug aller Besatzungstruppen innerhalb eines Jahres und eine begrenzte Bewaffnung vor. Die Problematik des Angebots für Deutschland wird später zu erörtern sein.

#### ff) Die Aufgaben der Friedensbewegung und die Rolle der KPs

Die Sowjetunion war in den Jahren 1951/52 nicht an einer Verschärfung der internationalen Spannungen interessiert. Die KPs der westeuropäischen Länder vermieden es daher, Sozialrevolutionäre Ziele durch direkte Aktionen unmittelbar zu propagieren und zu verfolgen. Und auch die UdSSR selbst forderte kaum noch den direkten Sturz des Kapitalismus, den baldigen Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie, sondern erklärte, sie wolle keinem Land ein ihm fremdes System aufzwingen. Man könne die Revolution nicht exportieren<sup>42</sup>.

Die innere Situation der meisten Länder war ohnehin nicht revolutionär, so daß die KPs einen scheinbar reformistischen Kurs (Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Löhne, Kampf für die Bewahrung der bürgerlichen Freiheiten) vertraten.

Sie versuchten statt dessen, ganz im Sinne der sowjetischen Absichten, eine möglichst breite Front gegen den US-Imperialismus und die Wiederbewaffnung Westdeutschlands, gegen Nuklearwaffen und die NATO, gegen Militärstützpunkte und Militarismus zu mobilisieren. Diese „Front der demokratischen Einheit“ (oder später „Vereinigte Nationale Front“) trat ein für nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, für Frieden und friedliche Koexistenz, für Abrüstung und Zusammenarbeit, für den Fünf-Mächte-Friedenspakt und einen Friedensvertrag mit Deutschland<sup>43</sup> und nicht zuletzt für Verständigung und freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion. International trat diese Bewegung als „Friedensbewegung“ mit Weltfriedenskongressen und einem Exekutivorgan, dem Weltfriedensrat, auf. Kern und Führer der Bewegung sollten die KP-Mitglieder sein, ohne jedoch nach außen hin als dominierend aufzutreten. Um diesen Kern versuchten die KPs zunächst die Aktionseinheit der einzelnen Arbeiter, nicht ihrer Organisationen und deren Führungen, also eine „Einheitsfront von unten“ zu organisieren. Darüber hinaus war es das Hauptziel der KPs, national, neutralistisch oder pazifistisch eingestellte Bürger aus allen Schichten, Konfessionen, Parteien und Organisationen für die erwähnten Ziele zu gewinnen und zu mobilisieren. Da auch Sozialisten und Liberale, Großbürgertum und Mittelstand mitarbeiten sollten, da die Verbreiterung der Massenbasis für relativ allgemeine Ziele im Vordergrund stand, konnte diese Bewegung von vornherein nicht den Kampf für den Sozialismus aktivieren, sondern sie wollte vor allem auf

die Außenpolitik der westlichen Regierungen Einfluß nehmen. Eine intensive, weltweite Propaganda und der Druck der „friedliebenden, demokratischen Massen“ sollte die Kriegsgefahr mindern, von weiterer Aufrüstung oder gar der Anwendung von Nuklearwaffen abhalten, die Regierungen zwingen, einen Kurs der Verständigung und der Verhandlungsbereitschaft gegenüber der UdSSR einzuschlagen. Die Sowjetunion sollte als „Hort des Friedens und der Völkerfreundschaft“ erscheinen. Innenpolitisch sollte die Isolierung der KPs überwunden, wenn möglich Parlamentssitze erobert und bürgerliche Regierungen gestürzt werden. Die Friedensbewegung benutzte alle vorhandene politische Unzufriedenheit, den Nationalismus und die nationalen Ressentiments, um - scheinbar überparteilich - de facto aber die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion zu fördern. Tatsächlich gelang es den KPs und der Sowjetunion, die Friedensbewegung national (besonders in Frankreich) und international zu einem wichtigen, nicht ganz wirkungslosen Instrument ihrer Außenpolitik zu machen. Es war ein Instrument des „Friedenskampfes der Völker“, nicht des Klassenkampfes, das neben der Diplomatie einen bedeutenden Rang einnahm.

In dieser gesamteuropäischen Strategie nahm Deutschland eine Schlüsselstellung ein. Die Einbeziehung Westdeutschlands in das westliche Verteidigungssystem hätte die strategische, militärische, wirtschaftliche, politische und psychologische Position des Westens an der Stelle unmittelbarster Konfrontation erheblich verbessert. Ohne die Integration der BRD blieb die westeuropäische Integration Stückwerk. Die UdSSR mußte daher alles daran setzen, durch eine Kombination vielfältigster strategischer und taktischer Maßnahmen diesen entscheidenden Schritt zur Veränderung des Status quo in Mitteleuropa zu verhindern. Die Auseinandersetzungen innerhalb des kapitalistischen Staatensystems, die weitverbreitete Ablehnung einer deutschen Wiederaufrüstung, die Variations- und Dispositionsmöglichkeiten der Deutschlandpolitik der UdSSR selbst boten ihr genügend Chancen zu indirekter und direkter Einflußnahme.

## C. DIE SOWJETISCHE DEUTSCHLANDPOLITIK IM JAHRE 1952

### I. DIE SOWJETISCHE DEUTSCHLANDPOLITIK 1950/51

Der folgende Abschnitt soll zeigen, welche konkreten Bemühungen die UdSSR und die DDR in den Jahren 1950/51 unternahmen, um die deutsche Frage in ihrem Sinne zu lösen. Die Ergebnislosigkeit dieser Versuche war einer der wichtigsten Gründe für den partiellen Kurswechsel der sowjetischen Deutschlandpolitik im Frühjahr 1952. Zugleich soll dieser Abschnitt die historischen Voraussetzungen geben, um die Frage nach dem Ausmaß der Flexibilität der Deutschlandpolitik der UdSSR und der DDR zu beantworten.

#### *1. Phasen und Schwerpunkte der sowjetischen Deutschlandpolitik 1949-1951*

Die kommunistische Deutschlandpolitik der Jahre 1949/50 war gekennzeichnet durch den Versuch der UdSSR und der SED, einerseits in der DDR die zentrale Staatsmacht zu konsolidieren und unter der Führung der SED alle Voraussetzungen zum „umfassenden Aufbau des Sozialismus“ zu schaffen, andererseits aber durch die Wiederherstellung der Vier-Mächte-Kontrolle über Deutschland und Berlin mehr Einfluß auf die Entwicklung in Westdeutschland zu bekommen. Solange die beiden deutschen Staaten in ihrer inneren Ordnung wie in ihrer außenpolitischen Integration noch nicht konsolidiert waren, versuchten die Kommunisten, die noch unentschiedene Entwicklung in Deutschland in ihrem Sinne zu beeinflussen, indem sie vor allem die „Demokratisierung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ sowie „nationale Einheit und Unabhängigkeit“ als vorrangige Ziele ihrer Deutschlandpolitik propagierten. Gleichzeitig legte die Nationale Front der DDR umfangreiche Programme für die Wiedervereinigung, für die erste Stufe einer sozialistischen Umgestaltung Gesamtdeutschlands zu einem „demokratischen, friedliebenden Staat“ und für die „Befreiung Westdeutschlands vom US-Imperialismus“ vor<sup>44</sup>.

Im Jahre 1951 verstärkten die Kommunisten den Kampf gegen die sich abzeichnende Wiederbewaffnung und Westintegration der BRD (Aktivierung der Friedensbewegung und der Nationalen Front) durch verstärktes Drängen auf den Abschluß eines Friedensvertrages, d. h. auf eine endgültige, umfassende Regelung der deutschen Frage i. S. der UdSSR (implizite Aufgabe der Forde-

rung nach Vier-Mächte-Kontrolle). Man versuchte, dieses Ziel zu erreichen durch eine intensive Propaganda für die deutsche Einheit und schließlich durch immer präzisere Vorschläge für das Verfahren und gesamtdeutsche Institutionen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

In den kommunistischen Vorschlägen zur Lösung der deutschen Frage war nach der Konferenz der Außenminister der Ostblockstaaten in Prag vom 20./21. Okt. 1950 außerdem eine Schwerpunktverlagerung zu beobachten. Zielen die Vorschläge bis dahin vor allem auf die Entmilitarisierung Deutschlands, den Abzug aller Besatzungstruppen und die Errichtung einer „wahrhaft demokratischen Ordnung“ in ganz Deutschland, so rückte danach vor allem die umfassende Regelung des sicherheitspolitischen und internationalen Status Deutschlands in den Vordergrund. Machtpolitische und strategische Gesichtspunkte begannen angesichts der bevorstehenden Einbeziehung Westdeutschlands in die geplante EVG deutlich die eher ideologisch geprägten, gesellschaftspolitischen Ziele in den Hintergrund zu drängen. Das zeigte deutlich Reihenfolge und Inhalt des sowjetischen Vorschlags einer Tagesordnung für eine Außenministerkonferenz der Großmächte<sup>44</sup> ebenso wie die Tendenz der sowjetischen Politik, die prospektiven Friedensvertragsverhandlungen von der Frage des Verfahrens für die Wiedervereinigung zu entlasten. So blieb die zeitliche, materielle und institutionell-prozessuale Zuordnung der Wiedervereinigung, die von der UdSSR zunehmend als Aufgabe vor allem der Deutschen bezeichnet wurde, zu Verfahren und Aufgaben einer friedensvertraglichen Regelung teilweise unklar. Immer stärker wurden die Bereitschaft und das Drängen der UdSSR, durch Verhandlungen mit den Westmächten über einen Friedensvertrag und durch gesamtdeutsche Gespräche als Instrumente der Konfliktregelung wie der Einflußnahme über die Zukunft Deutschlands mitzubestimmen.

Dazu diente auch der Ausbau und die Festigung der eigenen Aktionsbasis in Deutschland, der DDR. Jedoch zeigten sich die Führungen der KPdSU und der SED zurückhaltend gegenüber einer endgültigen Umgestaltung der DDR zu einem vollsozialistischen Staatswesen. Der Grund dafür mochte vor allem in der Labilität der inneren Verfassung der DDR gelegen haben. Vielleicht hat hier aber auch die Überlegung mitgespielt, den Spielraum für Verhandlungen mit dem Westen durch eine schwer reversible Präjudizierung der Gesellschaftsordnung im zukünftigen Gesamtdeutschland nicht von vornherein zu sehr einzuengen. Man beschränkte sich zunächst darauf, die Ausgangspositionen und diejenigen Machtträger in der DDR (Partei, Armee, Verwaltung, Wirtschaft) zu konsolidieren, die während des Prozesses der Wiedervereinigung zugunsten einer sozialistischen Politik wirksam werden könnten. Die Kommunisten setzten wohl nicht zuletzt auf die Dynamik und die Chancen der zu erwartenden, innerdeutschen Auseinandersetzungen, für die sie sich nun rüsteten.

## 2. Die Konsolidierung der DDR

Zunächst galt es, den Prozeß der staatlichen Konstituierung der DDR durch die Abhaltung von Wahlen (15. Okt. 1950) und die Bildung der „Regierung der DDR“ abzuschließen. Massiver Druck auf die beiden großen, „bürgerlichen“ Parteien CDU und LDPD bis hin zu ihrer faktischen Gleichschaltung, eine große Säuberung innerhalb der SED mit dem Ziel ihrer Umwandlung in eine (Kader-) „Partei neuen Typs“ und schließlich Einheitslisten und Wahlmanipulationen sicherten der SED eine uneingeschränkte Vormachtstellung.

Um das strategisch wichtige Territorium der DDR zu sichern und die Abwehrkraft des Ostblocks zu stärken, wurden die militärischen Verbände der DDR seit 1949 erheblich und kontinuierlich verstärkt (Juni 1949 Säuberung von „unzuverlässigen Elementen“, seit August 1949 Aufbau eines Offizierskorps, Ausbau des Staatssicherheitsdienstes, Ende 1950 ca. 80 000 Mann Heeresverbände, Beginn des Aufbaus von Luft- und Seestreitkräften).

Zugleich strebte die DDR in einem Zwei-Jahr-Plan für 1949 und 1950 eine erhebliche Steigerung ihrer Industrieproduktion an. Die Planwirtschaft mit einem bedeutenden, privaten Sektor zeigte beachtliche Erfolge, die durch die Minderung der Reparationslasten und erste Rückgaben von SAG-Betrieben noch erhöht wurden. Anfang 1951 legte die Staatliche Plankommission einen Fünf-Jahr-Plan vor, der die Verdoppelung der Industrieproduktion vorsah. Auch wurde die DDR zunehmend in das Wirtschaftssystem des Ostblocks eingegliedert; ihren institutionellen Ausdruck fand diese Entwicklung in der Mitgliedschaft der DDR in dem - damals allerdings noch nicht sehr effektiven - COMECON (29. Sept. 1950).

Auch außenpolitisch hatte die DDR durch Abkommen mit Polen (sog. Görlitzer Abkommen vom 6. Juli 1950) und der Tschechoslowakei (23. Juni 1950), die die bestehenden Grenzen als endgültig anerkannten, für Ausgleich und politischen Rückhalt gesorgt. Als gleichberechtigtes Mitglied nahm die DDR an der Prager Außenministerkonferenz von 1950 teil. Danach versuchte sie, vor allem durch Vorschläge für direkte Gespräche mit der Regierung der BRD und für die Konstituierung paritätisch besetzter, gesamtdeutscher Gremien weitere Anerkennung und politische Positionsgewinne zu erreichen. Diesem Ziel sollte auch jene Rollenverteilung zwischen der UdSSR und der DDR dienen, die die DDR als den Hauptträger deutschlandpolitischer Initiativen erscheinen ließ, welche ihren Schwerpunkt häufig in Vorschlägen zur künftigen inneren Ordnung Gesamtdeutschlands hatten. Die UdSSR äußerte sich dagegen seltener und weniger ausführlich zu diesen Fragen und bemühte sich vor allem um eine Neuregelung des sicherheitspolitischen und internationalen Status Deutschlands.

Trotz dieser Anstrengungen und Erfolge, trotz der relativen Konsolidierung der Herrschaft der SED und der neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

konnte die innere Ordnung der DDR nicht ohne Einschränkung als stabil gelten. Der mangelnde politische Konsens zwischen politischer Führung und Bevölkerung, die weitverbreitete Ablehnung der sowjetischen Besatzungsherrschaft, die fortgesetzte Erschwerung gesamtdeutscher Kontakte durch die SED, die forcierte Umwandlung großer Teile der Wirtschafts- und Sozialordnung des Landes verbunden mit der Unterdrückung jeder politischen Opposition, die anhaltende Fluchtbewegung, die schlechte Versorgungslage und der Mangel an Hoffnung auf grundlegende Änderung der wirtschaftlichen und politischen Gesamtlage bei vielen DDR-Bürgern - alle diese und noch zahlreiche weitere Faktoren machten die DDR zu einem zwar militärisch gut abgesicherten, aber politisch und wirtschaftlich wenig stabilen und keineswegs immer zuverlässigen Vorposten und Partner für die sowjetische Deutschlandpolitik.

### *3. Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage*

In den Jahren 1949 bis 1951 machten die Führungen der KPdSU, der SED und der Nationalen Front eine große Zahl z. T. sehr umfangreicher Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage. Die zahlreichen Gemeinsamkeiten sollen hier ebenso wie Akzentverschiebungen und inhaltliche Abänderungen in einem Überblick dargestellt werden.

- a) Das Verfahren für die Wiedervereinigung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages

Die Regierungen der acht Ostblockstaaten (UdSSR, Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Albanien, Tschechoslowakei, DDR) traten im Kommuniqué ihrer Konferenz von Prag (20./21. Okt. 1950) ein für die „Bildung eines gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands“<sup>44</sup>. Am 30. Nov. 1950 richtete der Ministerpräsident der DDR, O. Grotewohl, ein Schreiben an die Regierung der BRD und forderte sie auf, ebenso wie die DDR sechs Vertreter für die sofortige Aufnahme von Verhandlungen beider Regierungen zur Bildung eines gesamtdeutschen Konstituierenden Rates zu ernennen. In Übereinstimmung und Ergänzung zu den Beschlüssen von Prag präziserte er die Aufgaben dieses paritätisch zusammengesetzten Gremiums:

1. Vorbereitung der „Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen friedliebenden Provisorischen Regierung“ und Unterbreitung „der entsprechenden Vorschläge“ an die vier Großmächte „zur gemeinsamen Bestätigung“.
2. Konsultation der vier Großmächte „bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages“.

Danach heißt es: „Über diesen Vorschlag kann unter Umständen eine Befragung des deutschen Volkes durchgeführt werden.“

3. „Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung“<sup>47</sup>.

Nach der Ablehnung dieses Vorschlages durch die Bundesregierung verstärkte die DDR unter der Parole „Deutsche an einen Tisch“ ihre Bemühungen, zu einer direkten Verständigung mit der Bundesregierung zu kommen. Wohl als Reaktion auf die Erfolglosigkeit ihrer Politik, auf die Fortschritte in der EVG-Planung und die Popularität der Forderung nach freien Wahlen modifizierte die Volkskammer der DDR am 15. Sept. 1951 ihre bisherigen Vorschläge<sup>48</sup>. Zunächst sollte wiederum ein gesamtdeutsches Organ aus Vertretern der DDR und der BRD gebildet werden - jedoch nicht mehr unbedingt auf paritätischer Grundlage und nun unter der Bezeichnung „gesamtdeutsche Beratung“. Als erster Schritt sollte nun nicht mehr die Bildung einer Provisorischen Regierung für ganz Deutschland erfolgen; vielmehr sollte die „gesamtdeutsche Beratung“ „freie, allgemeine, gleiche, direkte, geheime und demokratische Wahlen für eine Nationalversammlung“ in ganz Deutschland vorbereiten. Und am 10. Jan. 1952 billigte die Volkskammer einen Wahlgesetzentwurf für die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung<sup>49</sup>. (Der Inhalt dieses Entwurfes wird noch später zu diskutieren sein.) Am 2. Nov. 1951 richtete der Präsident der DDR, W. Pieck, ein Schreiben an den Präsidenten der BRD, Th. Heuss, in dem er ein Treffen vorschlug „zur Erörterung der Möglichkeiten, eine gesamtdeutsche Beratung zur Vorbereitung freier Wahlen einzuberufen“<sup>50</sup>. Die DDR-Regierung sei mit der „Überprüfung der Voraussetzungen freier Wahlen in ganz Deutschland einverstanden. Sie ist aber der Meinung, daß eine solche Überprüfung am besten von den Deutschen selbst durchgeführt werden könnte durch eine aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zusammengesetzte Kommission unter der Viermächtekontrolle von Vertretern der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs.“ Implizit wurde hier der von den Westmächten und der BRD initiierte Beschluß der UNO vom 20. Dez. 1951 abgelehnt, der die Einsetzung einer UNO-Kommission zur Überprüfung der Voraussetzungen freier Wahlen in ganz Deutschland (BRD, DDR, Berlin) vorsah. Unter Verweis auf Art. 107 der UN-Charta wies die DDR dieses Ansinnen als einen Eingriff in innerdeutsche Angelegenheiten und als eine beleidigende Bevormundung eines seit Jahrzehnten demokratisch regierten Volkes zurück<sup>51</sup>.

Eine Einigung über die Modalitäten der Wiedervereinigung kam nicht zustande. Die UdSSR und die DDR lehnten freie Wahlen nach dem Vorbild der BRD als ersten Schritt zur Wiedervereinigung ebenso wie die Einreise einer UNO-Kommission in die DDR strikt ab - offenbar, weil sie das politische System der DDR nur begrenzt dem Risiko eines von ihnen nicht genügend

kontrollierten Mehrheitsentscheidungen des deutschen Volkes aussetzen wollten. Und ebenso strikt lehnten die Westmächte und die Bundesregierung die Vorschläge der DDR aus einer Reihe von Gründen ab, die hier nicht näher erörtert werden können, die aber ähnlich in dem Notenwechsel der vier Großmächte zur deutschen Frage wiederkehrten. Wie war in den sowjetischen Vorschlägen dieses Verfahren für die Wiedervereinigung dem Verfahren für den Abschluß eines Friedensvertrages zugeordnet?

O. Grotewohl hat von dem geplanten Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat behauptet, er schaffe „sofort die Voraussetzung für die unverzügliche Aufnahme der Beratungen zum Abschluß eines Friedensvertrages“<sup>52</sup>. Die Politik der UdSSR, vor allem ihr Drängen auf Verhandlungen besonders über den militärischen und internationalen Status Deutschlands erweckten im ganzen jedoch nicht den Eindruck, als wollte sie den Beginn von Verhandlungen von dieser Voraussetzung abhängig machen<sup>53</sup>. Auch blieben Zeitpunkt, Ausmaß und Gewicht der deutschen Beteiligung an den geplanten Friedensvertragsverhandlungen ungeklärt.

Die Pariser Vorkonferenz der stellvertretenden Außenminister (5. März bis 21. Juni 1951) hatte sich nicht über eine Tagesordnung für eine Sitzung des Außenministerrates einigen können, zu der aber alle Teilnehmer grundsätzlich bereit waren. Auf ihr, so hatte die UdSSR vorgeschlagen, sollte als zweiter Tagesordnungspunkt die „Frage des beschleunigten Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und des Abzugs aller Besatzungstruppen aus Deutschland“ behandelt werden<sup>54</sup>. Schon früher hatte die UdSSR die Westmächte angeklagt, sie „... hintertreiben den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und suchen die Okkupation Westdeutschlands möglichst lange auszudehnen“<sup>55</sup>.

#### b) Der militärische Status und die innere Ordnung eines wiedervereinigten Deutschland

Der Abschluß eines Friedensvertrages „auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens“<sup>56</sup> erschien primär als ein Instrument der Sicherheitspolitik der Sowjetunion, da er immer eng verknüpft war mit den Forderungen nach Entmilitarisierung Westdeutschlands bzw. nach einer Regelung des militärischen Status Gesamtdeutschlands. Folgende Forderungen standen in beinahe allen Dokumenten an erster Stelle:

1. Konsequente Durchführung der Potsdamer Beschlüsse über die Entmilitarisierung Deutschlands und die Vernichtung des deutschen Kriegspotentials auch in Westdeutschland.
2. „Gemeinsame Erklärung der vier Großmächte über das Verbot einer Remilitarisierung Deutschlands und seiner Einbeziehung in jegliche Aggressionspläne“<sup>57</sup>.



3. Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland „binnen Jahresfrist“<sup>58</sup> oder „innerhalb einer festgesetzten kurzen Frist“<sup>59</sup> nach Unterzeichnung des Friedensvertrages.
4. Verbesserung der Lage in Europa durch „Verminderung der Rüstungen und Streitkräfte“<sup>60</sup>.

L

So relativ bestimmt diese sicherheitspolitischen Forderungen waren, so unklar war dagegen die sowjetische Konzeption für die innere Ordnung eines wiedervereinigten Deutschland. Die Formel lautete: „Verwirklichung des Potsdamer Abkommens“, „das die Schaffung eines einheitlichen, unabhängigen, friedliebenden und demokratischen Deutschland vorsieht“<sup>61</sup>.

Zunächst wurde die Wiederherstellung der politischen (Vereinigung von BRD, DDR, Berlin; Aufhebung der Saaraautonomie) und der wirtschaftlichen (Währungs- und Zolleinheit, freier Waren- und Reiseverkehr) Einheit Deutschlands gefordert<sup>62</sup>. Das Adjektiv „einheitlich“ bezieht sich jedoch auch auf die Frage der inneren Struktur (zentralistisch oder föderalistisch) des künftigen Staates. Lediglich eine offizielle Stellungnahme<sup>63</sup> zu den sog. Londoner Empfehlungen vom 7. Juni 1948<sup>64</sup> gab Aufschluß über die Tendenz der sowjetischen Haltung in dieser Frage. Man wandte sich gegen das dort vorgesehene Ausmaß an Föderalisierung des neuen Staates. Einerseits forderte man implizit mehr Befugnisse für die Zentralmacht, andererseits „die Wiederherstellung der Dezentralisierung der Verwaltung“, „der Landtage und der beiden gesamtdeutschen Kammern“, vielleicht nach dem Vorbild der ersten Verfassung der DDR. Der Verfassungswandel in der DDR im Jahre 1952 zeigte aber eine ausgeprägte Neigung zum zentralisierten Einheitsstaat.

Die Forderung nach Unabhängigkeit wurde präzisiert als „Wiederherstellung der vollen Souveränität der deutschen Nation unter Anerkennung des Rechts auf selbständige Außenpolitik und selbständigen Außenhandel; freie und unabhängige Entwicklung des deutschen demokratischen Staates und des deutschen Volkes nach Abschluß des Friedensvertrages“<sup>65</sup>. An anderer Stelle verstand man darunter auch die „Schaffung einer Verfassung für ganz Deutschland, die die demokratische Gestaltung eines unabhängigen, nationalen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens gewährleistet“<sup>66</sup>. Diese Forderungen richteten sich gegen die angebliche Unterdrückung und politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle „Überfremdung“ Westdeutschlands durch die „westlichen Imperialisten“<sup>67</sup>.

Ein „demokratisches und friedliebendes Deutschland“ sollte zunächst durch die freie Betätigung aller „demokratischen Parteien und Organisationen“, sodann durch die Zusammensetzung der Provisorischen Regierung garantiert sein, die „eine dauerhafte Friedenspolitik gewährleisten muß“<sup>68</sup>. Da nach kommunistischer Auffassung die Politik eines Staates von der demokratischen Struktur seiner Wirtschaft abhängt, wurde den „Kapitalisten“, den „Ruhr-

magnaten und Bankiers", den „Spekulanten" und „Großgrundbesitzern" der Kampf angesagt. So trat man ein für die „freie Entwicklung der Produktion für alle friedlichen Zwecke aus eigener Kraft durch Arbeiter, Techniker, Bauern, Handwerker und Unternehmer unter Ausschluß der kapitalistischen Monopolherren und Großgrundbesitzer" <sup>69</sup>.

Außerdem wurde eine „gerechte Bodenzuteilung an Bauern und Umsiedler" <sup>70</sup> vorgeschlagen, darüber hinaus allgemein „durchgreifende demokratische Umgestaltungen". Immer wieder wurde in diesem Zusammenhang auf das Vorbild der DDR verwiesen, ohne es jedoch als verbindliches Modell zu postulieren. Überdies war man bereit, zahlreiche Grundrechte für die Zukunft zu garantieren (u. a. Presse- und Versammlungsfreiheit, Schutz des Privateigentums, Freizügigkeit) <sup>71</sup>. Dabei fiel auf, daß im Jahre 1949 Vorstellungen dieser Art noch sehr viel präziser formuliert wurden als in den Jahren 1950/51.

Durchgehend war zu beobachten, daß die SED und ihr Instrument, die Nationale Front der DDR, häufig sehr stark die nationalen Gefühle der Deutschen anzusprechen versuchten. Dahinter stand die Absicht, den Wunsch nach Einheit, nach nationaler Würde und Unabhängigkeit, nach nationalen Traditionen zu benützen, um ihre Vorstellungen von einem wiedervereinigten Deutschland zu propagieren. Sie boten sich an als Patrioten mit einer politischen Alternative für die ganze Nation und erklärten sich bereit, „jedwede Form der Zusammenarbeit patriotischer Kräfte... zu unterstützen" <sup>72</sup>. Die meisten Erklärungen und Vorschläge zeigten eine Mischung von Anklagen und Forderungen mit Beteuerungen der Verhandlungs- und Verständigungsbereitschaft. Zu dieser Bündnispolitik auf breiter Grundlage gehörte auch, daß sich die DDR bereit erklärte, einen Schlußstrich unter die Entnazifizierung zu ziehen und allen ehemaligen Nationalsozialisten (außer den rechtskräftig Verurteilten) das volle Stimmrecht zu gewähren <sup>74</sup>.

Eine noch breitere Unterstützung für ihre Politik erhoffte sich die DDR und die KPD auch von der Aktivierung der Friedensbewegung in ganz Deutschland. So beschloß man auf dem propagandistisch groß herausgestellten „1. Kongreß der westdeutschen Bevölkerung gegen die Remilitarisierung und Wiederaufrüstung" (28. Jan. 1951) in Essen, eine „Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages". Sie wurde von der Bundesregierung verboten, in der DDR jedoch „erfolgreich" (95% Ja-Stimmen) durchgeführt. Und auch eine Intensivierung des Kampfes gegen die EVG und den geplanten Generalvertrag seit Herbst 1951 brachte keine sichtbaren Erfolge. Immer wieder wandte man sich gegen die „Unterdrückung der Friedenskämpfer und demokratischer Organisationen" in Westdeutschland.

c) Die Territorialgrenzen und die Stellung eines wiedervereinigten Deutschland im internationalen System

Die UdSSR, Polen und die DDR hatten ebenso wie alle anderen Ostblockstaaten keinerlei Zweifel daran gelassen, daß sie die Grenzen der DDR gegenüber Polen (Oder-Neiße-Linie) und der Tschechoslowakei für endgültig und unveränderlich hielten. Die Umsiedlung der Deutschen 1944-1946 sei ein Faktum; die Konferenz von Potsdam habe die Oder-Neiße-Linie als polnische Grenze festgelegt. Ihre Anerkennung sei im Interesse des Friedens und der Freundschaft aller Völker Europas notwendig und rechtmäßig<sup>75</sup>.

Zu der Frage, welche Stellung ein wiedervereinigtes Deutschland im internationalen System haben sollte, gab es keine sehr präzisen offiziellen Vorstellungen der UdSSR und der DDR. Die Forderung nach „einer befristeten und sachlich begründeten Viermächtekontrolle über die friedliche, wirtschaftliche und politische Entwicklung Deutschlands“ war nach der Konferenz von Prag stillschweigend fallengelassen worden<sup>76</sup>. Einig war man sich, daß Deutschland und das hieß für das Jahr 1951: Westdeutschland nicht in „aggressive Militärblocks, in die Europa-Union und in den Nordatlantikpakt“<sup>77</sup> einbezogen werden dürfe. Der Kampf galt den „deutschen Agenten des amerikanischen Imperialismus“<sup>78</sup>, dem Wiedererstehen des deutschen Militarismus und des deutschen Aggressionspotentials. Man trat ein für die „Zusammenarbeit und Freundschaft Deutschlands mit allen friedliebenden Völkern“ und besonders für eine „enge und unzerstörbare Freundschaft Deutschlands mit der großen Sowjetunion“<sup>79</sup>. Ebenso forderte die DDR den „freien und ungehinderten Zugang Deutschlands zu den Weltmärkten“ und die „besondere Förderung der Handelsbeziehungen Deutschlands mit der Sowjetunion, China und den Ländern Ost- und Südosteuropas als den natürlichen Handelspartnern Deutschlands“<sup>80</sup>. Damit wurde die Tradition der Rapallo-Politik wiederbelebt, die als die Politik der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Volk interpretiert wurde. Allein freundschaftliche Beziehungen zur UdSSR könnten das deutsche Volk seinen nationalen Zielen näherbringen. Sie dienten am besten den nationalen Interessen eines an Stabilität und Unabhängigkeit interessierten Gesamtdeutschland<sup>81</sup>. Neutralität wurde als weltpolitische Position zwischen den Blöcken abgelehnt, ohne daß damit eine Lösung vorgeschlagen wurde, die auch für den Westen hätte annehmbar sein können. Die Auffassung, „im Kampf um den Frieden dürfe niemand neutral sein“, weil eine solche Haltung nur „die Absichten des Monopolkapitals erleichtere“<sup>82</sup> und dem deutschen Volke schade, hatte sich in der DDR erst Ende 1949 endgültig durchgesetzt. Zuvor, d.h. seit März 1949 war eine Neutralisierung Deutschlands in der DDR lebhaft diskutiert, wenn auch nie zur offiziellen Politik erhoben worden. In Westdeutschland förderte man auch nach der verbindlichen Ablehnung durch das Kominform (Dez. 1949) neutralistische

Strömungen, um die Gegnerschaft zur Westintegration der BRD zu fördern. Im ganzen gab es jedoch keine konkrete Konzeption für die internationale Stellung eines wiedervereinigten Deutschland.

Für die UdSSR und die DDR sah die Bilanz ihrer Deutschlandpolitik Anfang 1952 keineswegs günstig aus. Sie mußten erkennen, daß eine gesamtdeutsche Verständigung in den materiellen wie prozessual-institutionellen Fragen der deutschen Wiedervereinigung nicht möglich war. Ebensovienig waren internationale Verhandlungen über einen Friedensvertrag zur umfassenden Regelung der deutschen Frage zustande gekommen. Statt dessen bemühten sich die BRD und die Westmächte erfolgreich, ihre Pläne für EVG, Generalvertrag und Westintegration zu realisieren. Und trotz intensiver, geschickt ansetzender Propaganda war die Bevölkerung der BRD nicht gegen die Politik der Bundesregierung und für die Ziele der Deutschlandpolitik der UdSSR und der DDR zu mobilisieren. Die bisherigen Möglichkeiten der sowjetischen Deutschlandpolitik waren erschöpft. Nur eine Revision der Verhandlungsbasis selbst konnte rebus sie stantibus vielleicht etwas ändern.

## II. DIE ENTWICKLUNG DER WESTEUROPÄISCHEN INTEGRATION 1951/52 UND DIE AUSGANGSSITUATION FÜR DIE SOWJETISCHE DEUTSCHLANDNOTE VOM 10. MÄRZ 1952

Neben der Erfolglosigkeit der Deutschlandpolitik der UdSSR und der DDR in den Jahren 1950/51 war eine Reihe weiterer Faktoren maßgebend für die Revision der sowjetischen Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage gerade in den ersten Monaten des Jahres 1952. Der wichtigste von ihnen waren die großen Fortschritte in der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Integration Westeuropas und in der Ablösung des Besatzungsregimes in Westdeutschland. In dem hier gesetzten Rahmen ist nur eine kurze Skizze der wichtigsten Entwicklungen und Daten möglich, die für das Verständnis der Chronologie und der Inhalte der sowjetischen Deutschlandpolitik unerlässlich sind.

Der Machtzuwachs, der sich aus der Einbeziehung der BRD in das westliche Verteidigungssystem ergab, mußte für die UdSSR gerade Ende Februar 1952 besorgniserregend sein. Die volle Entfaltung und Nutzung, aber auch die weitgehende Kontrolle des westdeutschen Wirtschaftspotentials im Rahmen der westeuropäischen Integration waren gesichert durch die Mitgliedschaft der BRD in der OEEC und im ERP, sowie in der EGKS (Unterzeichnung 16. April 1951, in Kraft getreten 18. Juni 1952), durch die das Ruhrstatut abgelöst und die Beschränkungen der deutschen Stahlindustrie ebenso wie schon zuvor (3. April 1951) beinahe alle der zivilen Industrie aufgehoben

wurden. Die beiden Außenministerkonferenzen von Ottawa (10.-14. Sept. 1951) und Washington (15.-20. Sept. 1951) trafen die endgültige Grundsatzentscheidung der Eingliederung der BRD in das westliche Verteidigungssystem; aber die ab 1. Oktober 1951 geführten Verhandlungen der zukünftigen EVG-Partner, Großbritanniens und der USA stießen doch auf große Schwierigkeiten. Erst die Londoner Außenministerkonferenz der drei Westmächte, zeitweise mit Beteiligung der BRD (17.-19. Febr. 1952), und die NATO-Konferenz von Lissabon (20.-25. Febr. 1952) konnten die schwierigen finanziellen, organisatorischen, institutionellen, militärtechnischen und politischen Probleme der Neugestaltung der westlichen Militärallianz weitgehend lösen. Gerade Ende Februar 1952 einigte man sich u. a. <sup>83</sup> über die vorliegenden Pläne für die EVG, über das Verhältnis von EVG und NATO (gegenseitige Sicherheitsgarantien), über den „raschesten Aufbau kollektiver Streitkräfte“ der NATO und der EVG (Planziel für Ende 1952 50, realisierbar wohl ca. 25 Divisionen<sup>84</sup>), über die Höhe des finanziellen Beitrags und der Rüstungsproduktion der BRD und schließlich über eine effektive Organisation der NATO. Von großer Bedeutung waren auch der in Lissabon beschlossene Beitritt Griechenlands und der Türkei zur NATO und der Plan eines Nahost-Kommandos der NATO, die zusammengenommen die Vorherrschaft der NATO im Mittelmeerraum gewährleisten sollten. Die auf Regierungsebene erzielten Ergebnisse und die unmittelbar bevorstehende Unterzeichnung des Vertragswerks der EVG fanden jedoch keineswegs die einhellige Zustimmung der Parlamente in Frankreich und in der Bundesrepublik. Die Parteien beider Länder stellten zahlreiche, häufig konträre Bedingungen für eine Ratifikation und im März 1952 begannen erneut Expertenverhandlungen, um das wiederum bedrohte Projekt zu retten. Am 15. April gab Großbritannien seine Zusage zu engster Zusammenarbeit mit der EVG im Kriegsfall wie im Frieden. Der französische Wunsch nach anglo-amerikanischen Garantien, besonders im Falle eines Ausscheidens der BRD aus der EVG, konnte nur etappenweise und mit Mühe gerade noch am Tage der Unterzeichnung des EVG-Vertrages (27. Mai 1952) befriedigt werden. Und noch vom 19.-21. Mai und am 23. Mai verhandelten die Partner hart über umstrittene Fragen.

Durch ein Junktum mit dem EVG-Projekt verbunden war die Neuregelung der Beziehungen der BRD zu den drei Besatzungsmächten. Der westdeutsche Beitrag zu einer integrierten Europa-Armee galt als Voraussetzung und Unterpfeiler zugleich für das Wiedererlangen staatlicher Souveränität. Hatten sich zwar die BRD und die Westmächte am 2. Nov. 1951 über die Grundzüge einer vertraglichen Regelung geeinigt, so blieb dennoch eine Reihe von Fragen (u. a. die sog. Bindungsklausel, alliierte Vorbehaltsrechte, Auflagen zur Entflechtung der Konzerne, Finanzierung der EVG) ungeklärt, die erst in langen, harten Verhandlungen im Frühjahr 1952, zuletzt noch Mitte Mai, gelöst werden konnten. Die sog. Bindungsklausel wurde sogar erst am 25. Mai, also

einen Tag vor der Unterzeichnung des Generalvertrags, gemäß den deutschen Wünschen endgültig formuliert.

Aber auch noch nach der Unterzeichnung der beiden großen Vertragswerke ging der heftige Kampf um die Ratifizierung weiter. In der BRD gab es neben materiellen Streitfragen, dem Problem der Mehrheit im Bundesrat, auch noch verfassungsrechtliche Schwierigkeiten für die Regierung Adenauer. In Frankreich fand sich von vornherein keine geschlossene Mehrheit für die EVG, und die Regierungen Schumann und Pinay hatten große Mühe, die Ratifikation auf einen günstigeren Termin im Jahre 1953 zu vertragen.

Generalvertrag und fortdauernde anglo-amerikanische Truppenstationierung in der BRD, EVG und Stärkung der NATO durch Reorganisation und neue Mitglieder, die Pläne für eine europäische politische Föderation oder Konföderation seit März/April 1952<sup>55</sup> - der bedrohliche Eindruck dieser Integrationsbewegung auf die UdSSR mußte noch weiter verstärkt werden durch die zunehmende, häufig allerdings nur verbale Militanz der amerikanischen Außenpolitik.

Die „policy of containment“ wurde von den Republikanern Eisenhower und Dulles vor allem aus innenpolitischem Kalkül durch eine „policy of liberation“ oder auch des „roll-back“, d. h. der „Befreiung der osteuropäischen Völker“ und der „friedlichen Zurückdrängung der UdSSR auf ihre Vorkriegsgrenzen“ ergänzt bzw. ersetzt. Eine Reihe konkreter Maßnahmen<sup>56</sup> verstärkte den Eindruck einer Politik der intensivierten Pressionen und Sanktionen gegenüber der Sowjetunion. Überdies gelang es den USA, im Fernen Osten und in Südostasien ihre militärische Position weiter auszubauen, u. a. durch das Inkrafttreten des japanischen Friedensvertrages (28. April 1952) und der Sicherheitsabkommen der USA mit Japan (28. April), den Philippinen, Australien und Neuseeland (1. Sept. 1952), die die vertraglichen Grundlagen für die mögliche Aufstellung einer verbündeten japanischen Nationalarmee und für den späteren Pazifikpakt schufen.

Obwohl die negativen Aspekte der vorhandenen oder zu erwartenden Ergebnisse dieser Entwicklung für die UdSSR zweifellos überwogen, gab es doch Ende Februar/Anfang März noch eine Reihe großer Schwierigkeiten zwischen den westlichen Parteien, die der UdSSR noch einige, vermutlich letzte Ansatzmöglichkeiten boten, die Westintegration der BRD zumindest zu verzögern, wenn nicht sogar aufzuhalten. Zu diesem Zeitpunkt waren u. a. noch folgende Streitfragen ungelöst:

1. Die anglo-amerikanischen Sicherheitsgarantien für Frankreich.
2. Die Frage der Höhe des finanziellen Beitrags der BRD für die EVG, später seiner Verteilung auf Stationierungskosten und die Kosten deutscher Kontingente für die EVG.
3. Der nachdrückliche Wunsch der BRD nach Garantie ihrer Souveränität, Gleichberechtigung und Handlungsfreiheit ohne weiterdauernde Auflagen.

4. Die zwischen der BRD und Frankreich heftig umstrittene Saar-Frage, die immer wieder Krisen erzeugte.
5. Der deutsche Wunsch nach Wiedervereinigung und Änderung des Status quo, die durch die geplanten Bindungen nicht negativ präjudiziert werden sollten (Problem der Bindungsklausel).

Besonders in Frankreich und der BRD waren die geplanten Verträge, wenn auch aus sehr verschiedenen Motiven, im Parlament wie in der Bevölkerung heftig umstritten: große Teile der Bevölkerung und starke Fraktionen, meist Sozialisten und Kommunisten, in Frankreich auch die Gaullisten waren mehr oder minder entschlossen Gegner dieser Projekte. Eine geschickte Propaganda, ein vielversprechendes Verhandlungsangebot der UdSSR konnte - zumindest in einem Land, der BRD - durchaus Erfolgchancen haben.

Grundsätzlich anders in Wirkungsweise und Ursprungsbereich als die eben beschriebenen externen Pressionen, denen sich die UdSSR ausgesetzt sah, war ein variabler Basisfaktor, der die Ausgangsposition und die Flexibilität der sowjetischen Deutschlandpolitik mitbestimmte: die Instabilität des DDR-Regimes. Doch können wir nur allgemein über seine wahrscheinliche, nicht aber über seine tatsächliche, punktuelle Wirksamkeit bei der Konzipierung und Durchführung der Strategie und Taktik der Deutschlandpolitik der UdSSR und der DDR im Frühjahr 1952 einige Überlegungen anstellen.

Die bereits dargestellte, relative Stabilität bzw. Instabilität des DDR-Regimes bestand unverändert gegenüber der Situation im Jahre 1951 auch im Frühjahr/Frühsummer 1952 fort. Das bedeutete aber keineswegs, daß die UdSSR und die DDR ihre Deutschlandpolitik in diesem Zeitraum aus einer Position der Schwäche oder gar dauernder, akuter Gefährdung der DDR heraus verfolgten. (Die Entwicklung nach dem Beschluß der SED auf ihrer II. Parteikonferenz im Juli 1952, unverzüglich mit dem Aufbau des Sozialismus in der DDR zu beginnen, wird in einem späteren Abschnitt dargestellt.) Die mangelnde Stabilität der neuen Ordnung in der DDR schränkte die Handlungsfreiheit und die Risikobereitschaft der KPdSU und der SED ein, denn sie mußten alles unterlassen, was den Fortbestand des bisher Erreichten gefährden konnte. Für die UdSSR durfte sich diese Position relativer Stärke - auch im Hinblick auf eine eventuelle Wiedervereinigung - auf keinen Fall in eine Position bedrohlicher Schwäche verwandeln. Eine solche Entwicklung würde dann wahrscheinlich zu unerwünschten Konflikten, Defensivreaktionen und diplomatischen Konzessionen führen. Ferner mußte die sowjetische Führung darauf bedacht sein, daß die von ihr - und noch sehr viel nachdrücklicher von der damaligen SED-Führung - verfolgte Politik der Separation und der forcierten Sozialisierung des Landes nicht die eigenen Dispositions- und Konzessionsmöglichkeiten in Verhandlungen mit dem Westen einschränkte. Denn auch wenn die DDR in den offiziellen Erklärungen als „Basis und sicherer

Garant für ein demokratisches und friedliebendes Deutschland" erschien, so war sie doch auch mindestens ebenso sehr ein nicht immer leicht berechenbarer Unsicherheitsfaktor und eine Belastung für die sowjetische Deutschland- und Europapolitik. Auch konnte sie sich für die UdSSR - begründet im Herrschaftsinteresse der etablierten Machtelite - zu einem potentiellen Hindernis für einen möglichen Interessenausgleich mit dem Westen entwickeln, der gerade in bezug auf die DDR erhebliche, sowjetische Konzessionen erforderlich machen könnte. Würden zum anderen die Unterschiede zwischen den beiden deutschen Staaten zu groß, so wäre im Falle einer Wiedervereinigung die Wiederangleichung erheblich erschwert und damit aber auch der Erfolg einer sowjetischen Strategie, die auf ein sozialistisches Gesamtdeutschland abzielte, sehr fraglich. Nicht zuletzt aber konnte die belastende Instabilität des DDR-Regimes es der UdSSR auch wiederum leichter machen, gerade in der Frage der inneren Ordnung eines wiedervereinigten Deutschland gegenüber den Westmächten Konzessionen zu machen, wenn diese in anderen Bereichen entsprechende, noch vorteilhaftere Kompensationen anbot.

Das bedeutet nun keineswegs, daß die UdSSR das DDR-Regime aufgeben und offen gegen die Interessen der SED-Führung handeln wollte, oder daß sie die bedeutende, für sie positive Rolle der DDR bei der Lösung der deutschen Frage unterschätzte und in ihrer Praxis nicht genügend realisierte. Der Aufbau eines Offiziers- und Unteroffizierskorps ohne einen seiner Stärke entsprechenden „Unterbau“ von rangniedrigeren Einheiten sowie der Ausbau der Nationalen Front und anderer Einrichtungen legten vielmehr die Vermutung nahe, daß die militärischen, ideologischen und organisatorisch-administrativen Kräfte der DDR schon jetzt (1951/52) soweit entwickelt werden sollten, daß sie im Falle einer Wiedervereinigung entscheidend zur Durchsetzung der von der KPdSU bzw. der SED/KPD verfolgten Politik beitragen könnten<sup>87</sup>. Der Aufbau einer Position relativer Stärke in der DDR hatte Ursache und Ziel nicht nur in einer primär defensiven Politik separater Konsolidierung eines zweiten deutschen Teilstaates, sondern sollte zugleich die Dispositions- und Einflußmöglichkeiten kommunistischer Politik im Ringen um eine Neugestaltung des Status Gesamtdeutschlands verbessern und erhöhen.

Die Stabilität bzw. Instabilität des DDR-Regimes konnte also auf sehr komplizierte Weise die Flexibilität der sowjetischen Deutschlandpolitik zugleich erhöhen und vermindern. Auf Grund unserer Analyse läßt sich immerhin soviel (aber auch nicht mehr!) sagen: Da die sowjetischen Angebote vom 10. März und 9. April 1952 eine - wie wir noch sehen werden - erheblich größere Flexibilität als frühere Vorschläge zeigten, dürften jene Momente der hier skizzierten Überlegungen, die auf eine potentiell größere Flexibilität und Konzessionsbereitschaft der sowjetischen Deutschlandpolitik hinwiesen, bei der Formulierung der sowjetischen Noten wahrscheinlich eine gewisse Rolle gespielt haben.



Bevor wir jedoch die sowjetischen Deutschlandnoten von 1952 untersuchen, muß geklärt werden, wie die UdSSR selbst die politische Situation Deutschlands am Anfang des Jahres 1952 einschätzte.

### III. STRATEGIE UND TAKTIK DER SOWJETISCHEN DEUTSCHLANDPOLITIK: DIE VORSCHLÄGE DER UdSSR UND DER DDR ZUR LÖSUNG DER DEUTSCHEN FRAGE IM JAHRE 1952

#### *1. Die sowjetische Perzeption der politischen Entwicklung Deutschlands 1949-1952*

Analyse, Bewertung und Prognose der politischen Entwicklung Deutschlands vor, während und nach der sowjetischen Deutschlandinitiative bildeten eine wichtige Grundlage der Deutschlandpolitik der UdSSR und der DDR. Die offiziellen Erklärungen<sup>88</sup> hatten jedoch gerade in diesem Falle auch ausgeprägt propagandistische Funktionen. Dennoch läßt sich durch kritisches Abwägen jener Kern von tatsächlich wirksamen Annahmen und Urteilen ermitteln, die der sowjetischen Deutschlandpolitik sehr wahrscheinlich zugrunde lagen. Sie sollen uns hier vor allem interessieren.

#### a) Die Perzeption der Deutschlandpolitik der drei Westmächte und der BRD

Im Mittelpunkt der meisten Analysen standen Planung, diplomatische Vorbereitung und Abschluß des Generalvertrags und der Vertragswerke der EGKS und der EVG. Umfang und Intensität der Behandlung dieser Themen zeigten die Bedeutung, die ihnen die kommunistische Seite beimaß. Sehr sorgfältig wurden von Anfang an alle Bemühungen „der anglo-amerikanischen und der französischen Imperialisten“<sup>89</sup> registriert, das militärische, wirtschaftliche und politische Potential Westdeutschlands für ihre „aggressiven Pläne“<sup>90</sup> zu benutzen. Die strategische Bedeutung der BRD wurde klar erkannt. Sie wurde als „Rekrutierungsgebiet, Truppenübungsplatz,... Aufmarschgelände“ und „Hauptangriffsbasis des US-Imperialismus“ bezeichnet<sup>91</sup>. Hinter den wiederholten Vorwürfen an die drei Westmächte und die BRD, sie bereiteten einen neuen Weltkrieg vor, sie strebten nach Eroberung, Revanche, Revision der bestehenden Grenzen (besonders der Oder-Neiße-Linie) und nach Unterwerfung fremder Völker, stand ein wohl tatsächlich vorhandenes Gefühl der Bedrohung, zumindest erheblich abnehmender, eigener Sicherheit aufgrund der westlichen Aufrüstung. Die Remilitarisierung der BRD, ihre Einbeziehung „in den aggressiven Nordatlantikblock“<sup>92</sup>, die Wiederherstellung ihres Kriegspotentials, die Straffreiheit für „faschistische Hitlergenerale“<sup>93</sup> wurden als Bruch des Potsdamer Abkommens, als „Wiedererstehung eines aggressiven

westdeutschen Militarismus" <sup>94</sup> interpretiert<sup>95</sup>. So wurden die Westmächte auf Grund ihrer gewaltsamen, überstürzten Integrations- und Separationspolitik für die Spaltung Deutschlands und für das „Wiedererstehen des deutschen Imperialismus" verantwortlich gemacht<sup>96</sup>. Die vollständige „Unterwerfung", „Abhängigkeit" und „Ausnutzung" Westdeutschlands würden gewährleistet durch den Generalvertrag einerseits und das Bündnis der Westmächte mit den „herrschenden, kapitalistischen und imperialistischen Kreisen Westdeutschlands" andererseits.

So erklärte die Regierung der DDR: „Dieser Generalvertrag beraubt Deutschland seiner souveränen Rechte auf dem Gebiete der Außen- und Innenpolitik. Durch den Generalvertrag stellt die Bonner Regierung das Gebiet Westdeutschlands ausländischen Truppen zur vollen Verfügung. Der Generalvertrag ist ein Versuch ... der Umwandlung einer zeitweisen militärischen Besetzung in eine tatsächliche und unbegrenzte Unterwerfung"<sup>97</sup>. Die sog. Vorbehaltsrechte des Generalvertrages gäben den Westmächten „die unbegrenzte Möglichkeit, ihre Truppen auf dem Territorium Westdeutschlands zu stationieren sowie zu beliebiger Zeit nach eigenem Ermessen den Ausnahmezustand ... zu verhängen und die gesamte Macht in ihre Hand zu nehmen"<sup>98</sup>. Diese neuen Bindungen „verstärkten" und „vertieften" die Spaltung Deutschlands<sup>99</sup>, förderten die Gegensätze und Spannungen zwischen den beiden Teilen und lieferten den „nationalen Interessen des deutschen Volkes" zuwider<sup>100</sup>. Die Westmächte seien an Verhandlungen über einen Friedensvertrag nicht interessiert und verschleierten mit der Forderung nach freien Wahlen die Tatsache, daß sie selbst „gegen den Willen des deutschen Volkes"<sup>101</sup> ihre imperialistischen Interessen durchsetzten. Das deutsche Volk müsse sich sehr schnell entscheiden, welchen Weg es gehen wolle: den des Friedens und der Einheit durch Verständigung mit der Sowjetunion oder den der fortdauernden Spaltung auf Grund der von der Regierung Adenauer unterstützten, imperialistischen Verträge<sup>102</sup>.

Als „Hauptverbündeter des amerikanischen Imperialismus"<sup>103</sup> in Europa mit „einer Vorrangstellung gegenüber den... westeuropäischen Staaten"<sup>104</sup> wurde der „westdeutsche Imperialismus" bezeichnet. Ungefähr seit Herbst 1951 zeichnete sich deutlich eine Neueinschätzung des Machtpotentials der BRD ab. Galt sie vorher noch als eine von den Besatzungsmächten unterdrückte, handlungsunfähige, ausgebeutete Quasi-Kolonie, so avancierte sie nun zu einem mächtigen, wirtschaftlich prosperierenden Verbündeten der USA, vor dessen Aggressivität man alle europäischen Länder warnte<sup>105</sup>. Der Widerspruch zwischen gleichzeitiger Macht und Ohnmacht der BRD wurde durch das Theorem von der Vorherrschaft des US-Imperialismus aufgelöst. Wurde hier auch die propagandistische Absicht deutlich (Erhöhung der Gegensätze in Westeuropa; „Aufbau" eines drohenden Gegners zur Integration des Ostblocks; Wiederbelebung antideutscher Ressentiments), so mußte diese nicht nur

rational begründete Furcht der UdSSR vor einer neuen deutschen Aggression doch als ein wichtiger Faktor, der die sowjetische Deutschlandpolitik mitbestimmte, ernstgenommen werden. Dem entsprach auch die von der UdSSR und der SED seit Juli 1952 eingeschlagene Politik der Verfestigung des Status quo.

Der Grund für das Wiedererstehen des Militarismus in der BRD lag für die UdSSR vor allem in der Restauration der kapitalistischen Machtverhältnisse, in der Wiederkehr der alten Machteliten, der „Rüstungsfabrikanten“ und „Bankiers“, der „Konzernherren“ und der „Hitler-Generale“ und ihrer politischen Handlanger. Eine kleine Minderheit der Großbourgeoisie unterdrückte die „demokratischen Organisationen“, die wirklichen „Patrioten und Friedenskämpfer“. Sie fälle unter „Mißachtung des Volkes und des Parlamentes“ - häufig noch im geheimen - wichtigste Entscheidungen, die die unaufgeklärte „große Mehrheit“ des Volkes nicht billige. Festzuhalten bleibt, daß die UdSSR die westdeutsche Demokratie im Innern wie in ihrer außenpolitischen Verflechtung als unfrei betrachtete.

#### b) Die Perzeption der Deutschlandpolitik der UdSSR und der DDR

Demgegenüber erschien die DDR als ein strahlendes Beispiel der Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft, der Demokratie und des Patriotismus<sup>106</sup>. Hatte schon Stalin die DDR als „einen Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland“<sup>107</sup> bezeichnet, so vertrat Malenkov kurz darauf die seitdem gültige Auffassung von der Rolle der DDR für eine Wiedervereinigung Deutschlands: „Die Gründung der DDR bedeutet, daß in Deutschland die wichtigsten Voraussetzungen für eine durchgreifende Lösung des deutschen Problems auf demokratischer Grundlage bereits geschaffen werden“<sup>108</sup>, oder wie es später hieß, „bereits vorhanden sind“<sup>109</sup>. Die UdSSR habe in der DDR das Potsdamer Abkommen als einzige Besatzungsmacht konsequent und zufriedenstellend durchgeführt. Die sowjetische Politik ziele auf den Abschluß eines Friedensvertrages, der dem deutschen Volk ein Leben in Frieden, Freiheit, Unabhängigkeit und Einheit sichern solle. Die kommunistische Überzeugung von dem zutiefst demokratischen Charakter der DDR und der Richtigkeit der Prinzipien der eigenen Politik für die Zukunft Deutschlands gehörten zu den Grundlagen des sowjetischen Verhaltens.

Lassen sich durch vorsichtiges Abwägen allenfalls die effektiven von den eher propagandistisch-ideologisch bestimmten Sätzen der Perzeption der sowjetischen Deutschlandpolitik unterscheiden, so gibt uns das zugängliche Material doch wenig Aufschluß über den Entstehungsprozeß der Perzeption und ihre Informationsgrundlagen, über tatsächliche Motivationen und interne Auseinandersetzungen, über Differenzierungen und Modifikationen. Kennzeichnend war jedoch nicht allein das ideologisch geglättete und propagandistisch gesteigerte Gesamtbild einer relativ undifferenzierten Perzeption,

sondern auch das in ihr enthaltene Maß an Rationalität, an klarer Erkenntnis dessen, was für Position und Verhalten der UdSSR und der DDR von Bedeutung war<sup>110</sup>. Das zeigte sich nicht zuletzt in dem klugen machtpolitischen, diplomatischen, militärischen und wirtschaftlichen Kalkül, das den sowjetischen Vorschlägen von 1952 zugrunde lag.

### c) Stalins Prognose für die politische Zukunft Deutschlands

Jene Vorschläge basierten wohl nicht zuletzt auf den Prognosen Stalins, die er in seiner letzten größeren Schrift „ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“<sup>111</sup> über die Zukunft Deutschlands und des kapitalistischen Staatensystems machte. Die zeitliche Nähe des Datums der Abfassung (1. Febr. 1952) - nicht der Erstveröffentlichung (2. Okt. 1952) - mit der ersten Initiative der DDR vom 13. Febr. 1952<sup>112</sup> und den beiden ersten Deutschland-Noten der UdSSR (10. März bzw. 9. April 1952) wies bereits auf einen inhaltlichen Zusammenhang hin. Stalin wandte sich in dieser Schrift gegen die These der Vermeidbarkeit von Kriegen zwischen kapitalistischen Ländern, wonach die „Gegensätze zwischen dem Lager des Sozialismus und dem Lager des Kapitalismus“<sup>113</sup> größer seien als die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern. Die allseitige Vorherrschaft der USA könne die „in der Tiefe wirkenden Kräfte“<sup>114</sup>, die auf Konflikt und Emanzipation drängten, nicht für immer halten. („Nach außen hin scheint alles ‚wohl geordnet‘ zu sein“<sup>115</sup>). Noch führten zwar „(West-)Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, die in die Klauen der USA geraten sind, ... gehorsam die Befehle der USA“<sup>116</sup> aus; dennoch könne man sicher sein, daß ebenso wie Frankreich und Großbritannien, auch „(West-)Deutschland und Japan“ versuchen werden, „wieder auf die Beine zu kommen, das ‚Regime‘ der USA zu durchbrechen und auf den Weg einer selbständigen Entwicklung vorzudringen“<sup>117</sup>. Es sei falsch anzunehmen, „Japan und Deutschland seien endgültig erledigt“<sup>118</sup>. Auch nach dem 1. Weltkrieg sei Deutschland wieder selbständig geworden - mit Hilfe Großbritanniens und der USA, die jedoch Deutschland gegen die UdSSR lenken wollten. Das Beispiel der späteren deutschen Aggression gegen diese beiden und viele andere kapitalistische Länder zeigte aber:

„Folglich erwies sich der Kampf der kapitalistischen Länder um die Märkte und der Wunsch, ihre Konkurrenten abzuwürgen, praktisch als stärker denn der Gegensatz zwischen dem Lager des Kapitalismus und dem Lager des Sozialismus.“ Und weiter: „Es fragt sich, welche Garantien gibt es, daß Deutschland und Japan nicht erneut auf die Beine kommen, daß sie nicht versuchen werden, aus der amerikanischen Knechtschaft auszubrechen und ein selbständiges Leben zu führen? Ich denke, solche Garantien gibt es nicht. Daraus folgt aber, daß die Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern bestehenbleibt“<sup>119</sup>.

Stalin sah also für die Zukunft ein Anwachsen der Spannungen und Konflikte innerhalb des kapitalistischen Staatensystems. Es war primär ökonomisch, aber auch stark politisch begründet durch das zunehmende Verlangen der von den USA bisher unterdrückten, kapitalistischen Staaten nach größerer Selbstständigkeit. Das bezog sich zunächst auch eindeutig auf „(West-)Deutschland“. Aus dem nachfolgenden, auffälligen Wechsel der Bezeichnung zu „Deutschland“ sollte man keine zu weitgehenden Schlußfolgerungen ziehen. Zunächst ist aufgrund der unterschiedlichen Verwendung im Zusammenhang zu bezweifeln, ob beim Autor eine genau berechnete Absicht, eine hinreichende Reflexion der Wortbedeutung und der möglichen Interpretationen der nacheinander gebrauchten Bezeichnungen vorhanden waren. Der Text selbst bietet mehrere Bedeutungsnuancen des Wortes „Deutschland“. Alle vier Nuancen waren im Wortgebrauch enthalten, traten aber verschieden stark hervor. „Deutschland“ bezeichnet

1. einen „Gegenstand“ historischer Erfahrungen,
2. eine Beispielfigur in quasi-gesetzmäßigen Entwicklungen innerhalb des kapitalistischen Staatensystems,
3. die militärische, politische und wirtschaftliche Potenz des gesamten Landes,
4. einen zukünftigen, wahrscheinlich erneut erstarkten Partner im internationalen System.

Auffällig ist, daß Stalin nicht ein einziges Mal in seiner Schrift auf die DDR Bezug nimmt und sie ebensowenig wie das Problem der Wiedervereinigung im Zusammenhang mit der Zukunft „Deutschlands“ erwähnt. Was das bedeutet, muß offen bleiben. Aus dem Text ist nur ersichtlich, daß Stalins Aufmerksamkeit bei der Abfassung der Schrift offenbar sehr viel stärker der weiteren Entwicklung „(West-)Deutschlands“ als der Ausgangsbasis eines erneut erstarkenden „Deutschland“ galt. Dieses „Deutschland“ wiederum wurde vorwiegend im Kontext des kapitalistischen Staatensystems wahrgenommen. Es läßt sich kaum mehr sagen, als daß Stalin und die sowjetische Führung mit dem Wiedererstehen eines machtpolitisch ernstzunehmenden Partners „Deutschland“ rechneten<sup>120</sup>. Wahrscheinlich, aber keineswegs sicher war damit ein wiedervereinigtes, unabhängiges Deutschland gemeint, dessen konkrete Gestalt aber nicht einmal angedeutet wurde. Als Wunsch und noch ziemlich unbestimmte Konzeption, die hinter diesen Ausführungen wie in den späteren Vorschlägen zu erkennen waren, stand wohl die Absicht der UdSSR, einerseits die Gegensätze und Spannungen innerhalb eines komplexen kapitalistischen Staatensystems zu erhöhen, andererseits aber von dieser Schwäche des gegnerischen Lagers zu profitieren und einen Partner und potentiellen Verbündeten für die eigene Politik zu finden, der zwar-besonders wirtschaftlich-bedeutend, aber aufgrund vertraglicher Beschränkung - besonders seines militärischen Machtpotentials - im ganzen nicht gefährlich werden konnte<sup>121</sup>. Stalins Thesen

mag die Annahme zugrunde gelegen haben, durch diese Emanzipationsbewegung besonders der besiegten, früheren Großmächte entstehe wieder ein nationalstaatliches Mächtesystem, das gewisse Ähnlichkeiten mit Konstellationen des internationalen Systems der Vorkriegszeit aufweise. Gerade die Frage nach möglichen Garantien gegen einen - potentiell auch für die UdSSR gefährlichen - Wiederaufstieg Deutschlands macht einen hier nur implizit angedeuteten Rückgriff Stalins auf Grundgedanken der „Rapallo-Politik“ wahrscheinlich.

## *2. Aspekte des EntScheidungsprozesses: Divergenzen im Ostblock?*

Die offizielle Darstellung der Perception und - wie wir noch sehen werden - auch der Konzeption der sowjetischen Deutschlandpolitik erweckten nach außenhin den Eindruck, als seien sie zwischen und innerhalb den Partei- und Staatsführungen des Ostblocks unumstritten.

Die vorliegende Untersuchung geht von der Annahme aus, daß die Deutschlandpolitik der DDR und der osteuropäischen Staaten mit der der Sowjetunion identisch war. Wir wissen aus dem Jahre 1952 so gut wie nichts über Divergenzen zwischen den Partei- und Staatsführungen der Länder des Ostblocks in Fragen der Deutschlandpolitik. Die damalige Machtverteilung innerhalb des Blocks, insbesondere die Besatzungsherrschaft der UdSSR in der DDR, machten es sehr wahrscheinlich, daß Strategie und Taktik der kommunistischen Deutschlandpolitik in allen wesentlichen Punkten zentral für alle Länder des Ostblocks von der sowjetischen Parteiführung geplant und formuliert wurden; auch wurde ihre Durchführung - falls delegiert - direkt oder indirekt von der KPdSU kontrolliert. Alle uns bekannten Informationen deuten darauf hin, daß die SED bzw. die DDR-Regierung in nahezu allen wesentlichen Fragen der Deutschlandpolitik den Weisungen der KPdSU bzw. der Regierung der UdSSR unterworfen war. Auch gibt es keine Anzeichen dafür, daß im Jahre 1952 die Länder des Ostblocks (auch nicht die DDR!) eine selbständige und aktive Rolle im außenpolitischen Willensbildungsprozeß der UdSSR, insbesondere bei der Ausarbeitung ihrer Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage spielten. Daraus darf man jedoch nicht schließen, daß die politische Führung der DDR - ebenso wie die anderer Ostblockstaaten - nicht Einfluß zu nehmen suchte auf die Formulierung der sowjetischen Deutschlandpolitik - wie und mit welchem Erfolg bleibt allerdings ungeklärt. Meist schien es so, als ob die DDR-Führung im Bereich der Deutschlandpolitik nicht mehr als ein unselbständiger Propaganda-, Gesprächs- und Verhandlungsagent der Sowjetunion war.

Dagegen gab es durchaus einige Anzeichen für Divergenzen *innerhalb* der KPdSU über die sowjetische Strategie und Taktik in Deutschland. Stalins persönlicher Wille war auch in diesen Fragen sicherlich absolut herrschend und

entschied zwischen möglichen Alternativen. Doch gab es auf dem Gebiet der Außenpolitik eine begrenzte Selbständigkeit und Verantwortlichkeit, vielleicht auch begrenzte Einflußmöglichkeiten seiner Mitarbeiter, die die Akzente innerhalb der Generallinie, besonders im Bereich der Durchführung und Interpretation von Beschlüssen, durchaus verschieden setzen konnten. Die uns zugänglichen Informationen reichen jedoch nicht aus, um über die Zusammensetzung und den tatsächlichen Einfluß von Gruppierungen im Jahre 1952, über Existenz, Inhalt und Ergebnis möglicher interner Auseinandersetzungen, über Verbindungen dieser Gruppen zu entsprechenden Exponenten und Fraktionen innerhalb der SED sichere Aussagen machen zu können. Wir können im wesentlichen nur aufgrund von Informationen aus früherer (1946-1950) und späterer Zeit (besonders aus dem Jahre 1953) Vermutungen über die in den Parteiführungen herrschenden Meinungsunterschiede und Richtungen in den Jahren 1951 und 1952 anstellen. Mit diesem wichtigen, allgemeinen Vorbehalt sind die folgenden Aussagen aufzunehmen.

Vor allem kann eine kurze Analyse der inner- und zwischenparteilichen Auseinandersetzungen der KPdSU und der SED um die Einführung des „Neuen Kurses“ im Jahre 1953 indirekt einigen Aufschluß geben, welche Richtungen und Gruppierungen es möglicherweise bereits 1952 in der sowjetischen Deutschlandpolitik gab. Vorsichtige Analogieschlüsse von den Verhältnissen des Jahres 1953 auf die von 1952 sind deshalb begrenzt möglich, weil in den Jahren 1952/1953 die invariablen Elemente der sowjetischen Deutschlandpolitik, so vor allem die Handlungsbedingungen (Struktur des internationalen Systems, Grundzüge der politischen Entwicklung in Deutschland) sowie die mittel- und langfristigen Zielprojektionen so dominant waren, daß - bei relativ starker personeller Kontinuität - das Spektrum möglicher, alternativer Lösungsvorschläge und Strategien relativ begrenzt und in seinen Grundmustern relativ unverändert blieb bzw. lediglich situationsbedingt revidiert, vervollständigt und präzisiert wurde. Das gilt grundsätzlich auch trotz des Führungswechsels nach dem Tode Stalins, trotz der zahlreichen und wichtigen neuen Elemente sowie der erheblichen, aber im ganzen nur partiellen Kurswechsel der sowjetischen Deutschlandpolitik in den Jahren 1952 und 1953.

Die Deutschlandpolitik der KPdSU und der SED im Jahre 1953 kann hier jedoch nur im Überblick und ohne ihren Zusammenhang mit der internationalen Politik und der inneren Entwicklung der UdSSR, insbesondere in ihrer Funktion für die Machtkämpfe in der sowjetischen Führungsspitze dargestellt werden. Ein summarischer Hinweis auf die vorliegende, umfangreiche Literatur muß hier genügen<sup>122</sup>. Die Revision der sowjetischen Außenpolitik und in ihrem Rahmen besonders die der Deutschlandpolitik des Jahres 1953, die stärker als bisher nach Entspannung, Verständigung und Ausgleich mit dem Westen strebte, wurde eingeleitet und maßgeblich bestimmt von G. M. Malenkov und L. P. Berija, die unmittelbar nach dem Tode Stalins zu den mächtigsten

Politbüro-Mitgliedern zählten. Sie gerieten dadurch wahrscheinlich in Konflikt mit den Vertretern einer unnachgiebigen Deutschlandpolitik. Der außenpolitische Kurswechsel zeigte sich zunächst in einer Reihe von neuen, noch eindringlicher als bisher formulierten Aufforderungen und Angeboten an die drei Westmächte, auf höchster Ebene über internationale Probleme, vor allem aber über die Lösung der deutschen Frage zu verhandeln. Eine Reihe von Gesten zur internationalen und innerdeutschen Entspannung sollte die Ernsthaftigkeit dieser Bemühungen unterstreichen; so z. B. die Zustimmung zur Ernennung Dag Hammarskjölds zum Generalsekretär der UNO, die Fortsetzung der Waffenstillstandsverhandlungen in Korea, die Vorbereitung und Einführung des Neuen Kurses in der DDR, Erleichterungen im innerdeutschen Reiseverkehr u. a. m. Die Angebote des Jahres 1952 wurden uneingeschränkt aufrechterhalten<sup>133</sup>. Stärker als zuvor betonte die sowjetische Führung nicht nur die Möglichkeiten und Chancen, sondern auch die Notwendigkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands. Der Neue Kurs in der DDR war vor allem notwendig geworden, um die tiefgreifende, wirtschaftliche und politische Krise zu meistern, in die die DDR durch den im Juli 1952 beschlossenen, anschließend forciert durchgeführten Aufbau des Sozialismus und durch die damit verbundenen Repressionen geraten war. Die Maßnahmen des Neuen Kurses ebenso wie indirekte Anzeichen und die Urteile gut informierter Beobachter zeigen deutlich, daß Malenkov, Berija und V. Semenov (als ihr engster Mitarbeiter, Berater und Exponent in der DDR) eine weitgehende Verlangsamung der Sozialisierung des Landes, den Abbau terroristischer Pressionen, im ganzen also eine Konsolidierung des DDR-Regimes anstrebten. Das Ziel dieser Politik war nicht ganz klar: sie konnte einerseits als Fortführung der bloß aus taktischen Gründen vorübergehend verzögerten Politik der Separation der DDR verstanden werden; andererseits konnte sie aber auch als ein bedeutender Beitrag zur Entspannung und zur Verbesserung der Voraussetzungen für eine von der sowjetischen Führung ernsthaft gewollte Wiedervereinigung angesehen werden. Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß Malenkov, Berija und Semenov vor dem 17. Juni 1953 tatsächlich zu erheblichen Konzessionen in der deutschen Frage bereit waren. Doch sind jene Informationen, die wir aus der späteren Charakterisierung und Verurteilung ihrer Standpunkte durch obsiegende Rivalen gewinnen, nur mit größter Vorsicht zu benutzen. Anklagen dieser Art erfüllen in kommunistischen Parteien meist eine Reihe von Funktionen, die die wahrheitsgetreue Wiedergabe der kritisierten Auffassungen oft erheblich beeinträchtigen. So war die Darstellung von Berijas Haltung in der deutschen Frage in einer Anklagerede O. Grotewohls vom Juli 1953 wahrscheinlich parteilich verzerrt. Er warf Berija eine „kapitulante-hafte Politik“ vor, „die zur Restaurierung des Kapitalismus“ hätte führen müssen. Er sei gegen die LPG und den Aufbau des Sozialismus in Deutschland aufgetreten. „Seine Kompromißbereitschaft in der Deutschlandpolitik hätte



zur Aufgabe der DDR führen können"<sup>124</sup>. Bemerkenswert sind auch die verstreuten Hinweise auf Pläne der KPdSU und der SED für gesamtdeutsche, freie Wahlen, deren hypothetischer Charakter allerdings nicht übersehen werden sollte<sup>125</sup>. Danach befaßten sich diese Pläne sogar mit der Politik der SED/KPD als Oppositionspartei in einem gesamtdeutschen Parlament. Nicht ganz geklärt ist ferner, ob und inwieweit die von Malenkov, Berija und Semenov vertretene Deutschlandpolitik auch von K. Zaisser (Chef des SSD der DDR) und R. Herrnstadt (Chefredakteur des ND), den beiden führenden Mitgliedern der innerparteilichen Rechtsopposition der SED unterstützt wurde. Einige Anzeichen sprechen dafür, daß es — wahrscheinlich über Semenov — ein gewisses Maß an Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Gruppen gegeben hat, die wohl grundsätzlich gleiche oder ähnliche Auffassungen von der notwendigen Revision der Deutschlandpolitik der UdSSR und der DDR hatten<sup>126</sup>. K. Zaisser und R. Herrnstadt — so meint M. Jänicke — seien für eine Reform der SED (die SED als Partei des Volkes, Wechsel in der Parteiführung), für eine stärkere Berücksichtigung des „Volkswillens“ (Souveränität der Massen, besonders der Arbeiter), gegen den überstürzten Aufbau des Sozialismus in der DDR und für eine entschiedene, konzessionsbereite Wiedervereinigungspolitik (eventuelle Bereitschaft zur Übernahme einiger demokratischer Prinzipien des Grundgesetzes der BRD in einem neutralisierten Gesamtdeutschland) eingetreten<sup>127</sup>. Da sie zusammen mit Semenov die Politik des Neuen Kurses nachdrücklich unterstützten, gerieten sie in Opposition zu W. Ulbricht, der die neue Politik der KPdSU-Führung ablehnte und bekämpfte — und so seine Position aufs äußerste gefährdete. Die wochenlangen, hartnäckigen Machtkämpfe dieser beiden Gruppen in der DDR wurden schließlich — vor allem infolge der Ereignisse des 17. Juni und des Sturzes Berijas — zugunsten W. Ulbrichts entschieden. In gesamtdeutschen Fragen gewann sehr viel stärker als in der Innenpolitik der DDR nun eine zwar noch relativ flexible, aber doch deutlich weniger konzessionsbereite Politik die Oberhand.

Diese Vorgänge und Auseinandersetzungen im Jahre 1953 zeigen nicht nur, daß sich die sowjetische Deutschlandpolitik — bei strukturell ähnlichen Bedingungen — in erheblichem Umfang ändern konnte, sondern auch welche alternativen Optionen 1953 vorhanden und damit für das Jahr 1952 zumindest denkbar und z. T. möglich waren. Sie zeigen weiterhin, wie sehr 1953 Strategie und Taktik der Deutschlandpolitik innerhalb der KPdSU und der SED umstritten waren und in welchem Ausmaß der schließlich eingeschlagene Kurs nicht nur von den Erfordernissen der Situation, sondern entscheidend von der jeweiligen Vorherrschaft einzelner Gruppen und Richtungen abhängig war. Es ist daher nur schwer vorstellbar, daß die aufsehenerregenden, neuen sowjetischen Angebote, insbesondere die Noten vom 10. März und 9. April 1952 in der sowjetischen Führung unumstritten waren. Man kann

vermuten, daß die 1953 in offenem Konflikt ausgetragenen Richtungskämpfe im Jahre 1952 bereits mehr oder minder ausgeprägt latent und virulent wirksam waren - wahrscheinlich in Fortsetzung ähnlicher Auseinandersetzungen in den Jahren 1946-1951. Allerdings gab es wegen der absolut dominierenden Rolle Stalins bis zu seinem Tode im März 1953 erhebliche Unterschiede im Charakter des außenpolitischen Entscheidungsprozesses in der sowjetischen Führung. Eine Reihe gut unterrichteter Beobachter spricht von zwei rivalisierenden Gruppierungen innerhalb der Führung der KPdSU im Jahre 1952<sup>125</sup>. Der einen Gruppe gehörten danach an: V. Molotov und A. Mikojan (Mitglieder des Politbüros), A. Vysinskij (Außenminister), G. Pervuchin (Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter, Leiter der Mission der UdSSR in Ost-Berlin), J. F. Semisasnov (Stellvertretender Vorsitzender der SKKD) und - nach 1949 entmachtet - S. Tulpanov (Leiter der KPdSU in der DDR). Sie vertraten eine eher „harte“, gegenüber dem Westen unnachgiebige Deutschlandpolitik: separate Entwicklung, schneller Aufbau des Sozialismus und dessen Konsolidierung in der DDR; Desinteresse an einer Wiedervereinigung ohne begründete Aussicht auf eine baldige sozialistische Umgestaltung Gesamtdeutschlands; im ganzen militante, wenig konzessionsbereite, primär nicht auf diplomatischen Ausgleich angelegte Politik gegenüber dem Westen. Der anderen Gruppe gehörten L. P. Berija, G. M. Malenkov (beide Politbüro-Mitglieder), G. Dekanosov (außenpolitischer Berater Berijas) und V. Semenov (Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter, führender politischer Berater des Chefs der SKKD, V. J. Cuikov) an. Sie - vor allem für Semenov ist das gut zu belegen - vertraten eine eher „flexible“, auf Verständigung mit dem Westen bedachte Deutschlandpolitik: Mit Rücksicht auf die Teilung des Landes und aus Skepsis gegenüber der inneren Stabilität der inneren Ordnung der DDR gegen einen forcierten Aufbau des Sozialismus; vielmehr allmähliche und möglichst reibungslose Konsolidierung der neuen Staats- und Gesellschaftsordnung; positive Bewertung der Nationalen Front als Instrument einer noch stärker als bisher überparteilich orientierten, gesamtdeutschen Politik der SED vor und nach einer durchaus nicht abgelehnten, eventuellen Wiedervereinigung; wahrscheinliche Bereitschaft zu erheblichen Konzessionen in bezug auf die innere Ordnung der DDR wie eines wiedervereinigten Deutschland wegen der zunehmenden Aufrüstung und Integration in Westeuropa. Stalin als „oberster Schiedsrichter“ läßt sich - besonders für das Jahr 1952 - nur schwer einer der beiden Richtungen zuordnen; er scheint aufgrund seiner bisherigen Haltung in der deutschen Frage und in der sowjetischen Außenpolitik eher der ersten Gruppe nahegestanden zu haben. Doch war gerade die unter Stalins Führung ausgearbeitete Deutschlandpolitik des Jahres 1952 in ihren Formulierungen so flexibel und vielfach ambivalent, daß sie - was noch zu zeigen ist - sowohl als bloß verbal-propagandistisch verbesserte Fortsetzung der bisherigen, unnachgiebigen Linie, aber auch als ein bedeutender, partieller

Kurswechsel interpretiert werden konnte. Bemerkenswert war, daß die beiden wichtigsten Vertreter der revidierten Deutschlandpolitik der UdSSR im Jahre 1953, G. M. Malenkov und L. P. Berija, und ebenso die offiziellen Verlautbarungen der SED unverändert die Formulierungen des Jahres 1952 neben der Sprache des „Neuen Kurses“ benutzten, um eine nun sehr wahrscheinlich erheblich flexiblere und konzessionsbereitere Politik zu propagieren. Die in den Angeboten von 1952 enthaltene, ein Jahr später aktualisierte Möglichkeit eines erheblichen Kurswechsels hat nicht nur Bedeutung für deren Interpretation, sondern könnte auch als ein Hinweis auf eine mögliche Einflußnahme Malenkovs und Berijas auf die Formulierung der sowjetischen Deutschlandpolitik im Jahre 1952 angesehen werden. Meissner spricht davon, daß der partielle Kurswechsel in der sowjetischen Deutschlandpolitik im Frühjahr 1952 „im innenpolitischen Bereich mit dem stärkeren Hervortreten der von Berija und Malenkov geführten Gruppe im Politbüro verbunden“ gewesen sei<sup>129</sup>.

Noch schwerer lassen sich Aussagen machen über mögliche Richtungen und Gruppierungen innerhalb der SED im Jahre 1952. G. Wettig hat versucht, nachzuweisen, daß in den Erklärungen führender SED-Politiker, besonders zwischen O. Grotewohl und W. Ulbricht, zur Frage der Wiedervereinigung bedeutsame Nuancen hinsichtlich ihrer Verständigungsbereitschaft und Flexibilität enthalten waren<sup>130</sup>. Aber es handelte sich hier wohl doch eher um bloße Akzentunterschiede, die keineswegs allein aus unterschiedlichen Auffassungen, sondern ebensogut auch situationsbedingt (Zeitpunkt, Zuhörerschaft, taktische Absichten, propagandistische Erwägungen) oder durch eine - bewußt oder unbewußt vorgenommene - Rollenverteilung erklärt werden können.

### **3. *Zum Verhältnis von Propaganda und Diplomatie in der sowjetischen Deutschlandpolitik***

In diesem Abschnitt soll die für die Beurteilung der sowjetischen Deutschlandinitiative des Jahres 1952 wichtige Frage behandelt werden, ob das sowjetische Angebot „ernst gemeint“ war oder nicht und welche Funktion die propagandistischen Elemente der zahlreichen Erklärungen der UdSSR und der DDR hatten. Oder anders gefragt: welche Gründe sprachen dafür, welche dagegen, daß die UdSSR tatsächlich an Verhandlungen auf der Grundlage der sowjetischen Vorschläge interessiert war und eine Verständigung mit dem Westen zur Lösung der deutschen Frage anstrebte?

a) Argumente gegen die „Ernsthaftigkeit“ des sowjetischen Angebots

Die „Ernsthaftigkeit“ des sowjetischen Angebots wurde häufig mit dem Argument angezweifelt, die Tatsache, daß die sowjetische Note gerade zu jenem Zeitpunkt veröffentlicht wurde, als die Verhandlungen der westlichen

Staaten über EVG und Generalvertrag vor dem Abschluß standen, beweise, daß es sich hier um ein bloßes Störmanöver handle. Die scheinbare Konzessionsbereitschaft habe nur das negative Ziel der Verhinderung, mindestens aber der Verzögerung der Vertragsabschlüsse gehabt. In zahlreichen Erklärungen sei dieses Ziel ausdrücklich an erster Stelle genannt<sup>131</sup>; es stünde im Mittelpunkt der gesamten Propaganda der UdSSR; mit diesem Thema setzten sich die kommunistischen Politiker am intensivsten, am aggressivsten und am ausführlichsten auseinander; und auch in der dritten und vierten Deutschlandnote der UdSSR nähme es breiten Raum ein. Wiederholt würden der Abschluß des Friedensvertrages und der Generalvertrag/EVG-Vertrag als sich ausschließende Alternativen dargestellt. Schon ein kleiner Aufschub, etwa durch die Suspension der Verhandlungen der westlichen Staaten untereinander zugunsten einer Viermächtekonferenz, hätte das ohnehin fragliche Inkrafttreten der geplanten Verträge um mindestens eineinhalb Jahre verzögert, besonders wegen der Präsidentenwahl in den USA Ende 1952. Mögliche Viermächteverhandlungen hätte die UdSSR ad infinitum verzögern können durch langwierige Debatten über Prozedurfragen, durch das Bestehen auf Einzelheiten, die Neuinterpretation ursprünglich attraktiver Vorschläge, das Aufstellen neuer Forderungen etc. Dabei müßte sie keineswegs an Ansehen verlieren und ihre Verständigungsbereitschaft ungläubwürdig werden. Die UdSSR habe mit einem scheinbar attraktiven Angebot besonders die BRD von den Verhandlungen mit den Westmächten weglocken wollen, indem sie ihr Hoffnungen auf eine baldige Wiedervereinigung zu günstigen Bedingungen machte. Die UdSSR habe nur die zwischen- und innerstaatlichen Auseinandersetzungen im westlichen Lager intensivieren wollen. Kurzum: Die Angebote vom März und April werden von diesen Interpreten als „Scheinofferten“, als taktische Maßnahmen gewertet, um die Pläne des Gegners zu durchkreuzen.

Daß die UdSSR tatsächlich verhandeln wollte, wird ferner bestritten mit dem Hinweis auf den generellen Charakter solcher Angebote in der sowjetischen Außenpolitik. Von solchen Vorschlägen sei das meiste an die breiten Massen gerichtete „Propagandadiplomatie“, auch wenn sie „in die Form einer diplomatischen Note gekleidet sind“<sup>132</sup>. In der sowjetischen „Deutschland-Kampagne“ fungierten die Noten „als Kampfmittel“ in der Form des „publizistische(n) Appell(s)“<sup>133</sup>. Sie dienten vor allem dazu, die Bevölkerungen jener Länder, in denen eine verstärkte Rüstung geplant werde, gegen die westlichen Pläne zu mobilisieren. Der Inhalt des sowjetischen Angebots sei im wesentlichen aus solchen propagandistischen Elementen zusammengesetzt. Man nutze den Nationalismus der Deutschen, ihre Sehnsucht nach Wiedervereinigung, Größe und Souveränität der Nation aus. Man stelle ihnen eine Einheit in Aussicht, die sie angeblich selbst herbeiführen können. Man erkläre sich verbal bereit, eine „demokratische Ordnung“ zu errichten - eine populäre, für viele selbstverständliche Forderung. Man benutze Begriffe und Formeln, die schein-

bar klare Bedeutungen im Sinne der westlichen Demokratie hätten, mit denen die KPdSU und die SED in Wirklichkeit aber etwas ganz anderes, ja diametral Entgegengesetztes meinten. Die Neutralisierung Deutschlands wolle den Wunsch vieler Deutscher, endlich Ruhe zu finden fernab von den internationalen Konflikten, nur scheinbar erfüllen und diene in Wahrheit nur dazu, die BRD aus dem westlichen Block herauszuberechnen. Man benutze den Mythos der deutsch-sowjetischen Freundschaft nach dem Vertrag von Rapallo, um die Deutschen für ein angeblich vorteilhaftes Zusammengehen mit der UdSSR zu gewinnen. Kurzum, die UdSSR habe auf sehr geschickte, für viele schwer durchschaubare Weise ein Angebot unterbreitet, dessen primäre Absicht die genau berechnete Propagandawirkung auf die breiten Massen und ihre Mobilisierung gegen die bestehende Regierungspolitik sei. Das lasse sich Abschnitt für Abschnitt nachweisen. Darüber hinaus wolle sich die UdSSR als die große Kämpferin für Frieden und Freiheit, für Demokratie und Fortschritt präsentieren und ihr eigenes Prestige erhöhen. Der Westen dagegen solle ins Unrecht gesetzt werden als „Kriegsbrandstifter“ und Unterdrücker „aller friedliebenden und demokratischen Menschen“. Man wolle genau jenes Bild der westlichen Politik bei den Massen erzeugen, das wir aus der bereits dargestellten, offiziellen sowjetischen Perzeption kennen.

Mit diesen Thesen wird dann häufig die Behauptung verbunden, diese Vorschläge seien gar nicht dazu bestimmt, angenommen zu werden; sie seien so formuliert, daß sie abgelehnt werden müßten; es wäre sogar höchst unerwünscht, wenn sie angenommen würden. Skeptisch müsse man gegenüber der Annahme sein, man könne „mit den Sowjets in den Kategorien der klassischen Diplomatie und auf der Basis eines ‚give and take‘ reden“, ihnen z. B. einen „Preis für ihr Sicherheitsbedürfnis“ zahlen, so daß die UdSSR dann „befriedigt“ und vor allem an Ruhe und Stabilität im internationalen System interessiert sei.

Überdies zeige der militante Antiamerikanismus, die Heftigkeit der Angriffe gerade gegen die angeblich umworbenen Verhandlungspartner, daß die sowjetische Außenpolitik lediglich die Methoden einer im Grunde offensiven Strategie und Taktik verbessert habe. Die Formel der „friedlichen Koexistenz“ könne die mangelnde Bereitschaft zum Ausgleich, den fortdauernden Willen zur Expansion und sozialistischen Revolutionierung nicht verschleiern. Nicht zuletzt aber seien der Inhalt und die Perspektiven der sowjetischen Vorschläge von vornherein für den Westen unannehmbar gewesen. Die Verschlechterung der militärischen Situation des Westens, die unklare, gefährdete Position eines neutralisierten Deutschland im Gravitationsfeld einer in Europa übermächtigen UdSSR, die mangelnde Garantie für Freiheit und Demokratie in einem wiedervereinigten Deutschland, das Fehlen freier Wahlen als erstem Schritt der Wiedervereinigung — all das habe den Westen von vornherein vom Verhandlungstisch fernhalten müssen. Die sowjetische Führung konnte und

mußte diese Reaktion im voraus kennen. Und gerade deshalb habe die UdSSR von vornherein nicht mit Verhandlungen gerechnet und sei nicht zu Konzessionen bereit gewesen. (Die Diskussion um Inhalt und Absicht der sowjetischen Vorschläge wird uns später noch ausführlicher beschäftigen.)

b) Argumente für die „Ernsthaftigkeit“ des sowjetischen Angebots

Es kann nicht bestritten werden, daß die UdSSR als zeitlich wie politisch-militärisch vordringlichstes Ziel die Verminderung oder mindestens die Verzögerung einer Entwicklung in Westeuropa anstrebte, die für sie tatsächlich bedrohlich und ernst geworden war. Es soll ebenfalls nicht bestritten werden, daß die sowjetischen Noten geschickt berechnete und durchaus wirkungsvolle Propagandainstrumente waren. Kam es nicht zu Verhandlungen, so konnte die in ihnen bekundete Verständigungsbereitschaft der UdSSR leicht zur Camouflage ihrer tatsächlichen Ziele und Absichten sowie zur Rechtfertigung ihrer in Wahrheit doch vorhandenen Unnachgiebigkeit dienen. Auch wird nicht übersehen, daß die hier so konsistent dargestellte Konzeption der UdSSR für eine Neugestaltung des Status Gesamtdeutschlands an zahlreichen Stellen so formuliert war, daß nahezu jederzeit eine Zurücknahme oder Neuinterpretation ursprünglicher Angebote seitens der UdSSR möglich war. Es war also keineswegs sicher, daß die Spielräume und Chancen der sowjetischen Politik auch vollkommen zugunsten des Westens ausgeschöpft würden: Jede einzelne der möglichen Konzessionen mußte ausgehandelt werden und setzte eine bewußte Option der UdSSR voraus. Die Sowjetunion strebte mit ihren Vorschlägen jedoch nicht nur propagandistische Wirkungen (Mobilisierung der Massen, Verminderung des westlichen Prestiges in der Weltöffentlichkeit), die Obstruktion der Integration und Aufrüstung in Westeuropa und die Verschleierung ihrer eigenen Interessen und ihrer langfristigen Offensivstrategie an. Das Gesagte ergänzend und korrigierend wird in dieser Untersuchung folgende zentrale These vertreten: Die Sowjetunion verband in Strategie und Taktik ihrer Deutschlandpolitik 1952 defensive und offensive Elemente, Obstruktion und Konstruktion, indem sie durch ein attraktiv wirkendes, wenn auch durchaus ambivalentes, wenigstens teilweise „ernstgemeintes“ Verhandlungsangebot eine - gegen die bedrohliche Politik der Integration und Aufrüstung im Westen gerichtete - Alternative für die politische Ordnung in Deutschland und Europa aufzeigen und den Status quo so verändern wollte, daß ihr trotz zahlreicher Kompromisse mittel- und langfristig mehr Vor- als Nachteile aus einer friedensvertraglichen Regelung der deutschen Frage erwachsen wären. \_J

Die folgende Argumentation soll in einem ersten Schritt diese These begründen und erläutern. Jene Faktoren, die die sowjetische Führung um 1950 veranlaßten, ihre Außenpolitik partiell neu zu orientieren sowie kurz- und mittelfristig vorwiegend eine Defensivstrategie zu verfolgen, waren auch noch und gerade im Jahre 1952 wirksam. Diese Defensivstrategie wurde, wie wir

gesehen haben, u. a. getragen von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, des Strebens nach diplomatischer Verständigung und wenigstens partiellem Interessenausgleich, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, des Verzichts der westeuropäischen KPs auf eine revolutionäre Politik, der weitgehenden Anerkennung des Status quo sowie der Verminderung der Spannungen und der Verhinderung von Konflikten „zwischen dem Lager des Kapitalismus und dem Lager des Sozialismus“. Zu jenen allgemeinen Faktoren kamen noch die besonderen Bedingungen der Situation im Frühjahr des Jahres 1952. Die bevorstehende Einigung des Westens über Generalvertrag und EVG, die Stärkung der NATO durch die Wiederaufrüstung in der BRD, den Beitritt der Türkei und Griechenlands sowie der Ausbau der amerikanischen Position im Fernen Osten waren für die UdSSR bedrohlich genug, um sie eine Politik der wirksamen Abwehr (Obstruktion) und zugleich des vorteilhaften Interessenausgleichs in einer Regelung der deutschen Frage (Konstruktion) einschlagen zu lassen. Gerade im geteilten Deutschland war die UdSSR in dieser Situation nicht allein auf eine Politik des Ausbaus ihrer Machtpositionen (Separation, Konsolidierung, Aufrüstung und Integration der DDR) angewiesen. Der Wunsch und Wille zur Wiedervereinigung besonders in der BRD einerseits, die günstige Ausgangsposition und die Dispositionsmöglichkeiten der UdSSR andererseits gaben ihr nämlich darüber hinaus die Chance, auf diplomatischem Wege eine Neubestimmung des Status Gesamtdeutschlands anzustreben, die der westlichen „Politik der Stärke“ einen wesentlichen Teil ihrer Basis entzogen und der UdSSR neue Einflußchancen in Mitteleuropa eingeräumt hätte. Diese zusätzliche Chance nahm die UdSSR im Frühjahr 1952 wahr, als sie - mit allerdings von vornherein begrenzten Erfolgsaussichten — den westlichen Staaten ein - wie sie meinte - für beide Seiten akzeptables Verhandlungsangebot für die deutsche Wiedervereinigung und die Neuordnung Mitteleuropas machte. Nachdem die bisherige Deutschlandpolitik und die Vorschläge der UdSSR und der DDR jedoch ohne Erfolg geblieben waren, mußte nun eine neue Initiative zugleich eine erhebliche, materielle Revision der bisherigen Verhandlungsbasis mit sich bringen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die UdSSR grundsätzlich an den allgemeinen Zielen ihrer bisherigen Deutschlandpolitik festhalten und ihre Position in Deutschland und Mitteleuropa nicht gefährden, sondern eher noch verbessern wollte. Unter diesen Voraussetzungen bestand aber für sie in der Situation des Frühjahrs 1952 nicht nur die Möglichkeit, sondern in einem erheblichen Maße auch die Notwendigkeit und ein ernsthaftes Interesse daran, den Westmächten ein so attraktiv wirkendes Verhandlungsangebot zu machen, daß immerhin der Beginn von Verhandlungen und damit eventuell schon das erste Ziel, die Störung und Verzögerung der westlichen Integrationspolitik, zumindest teilweise zu erreichen waren. Dieses Ziel war aber nur zu verwirklichen, indem die UdSSR eine akzeptable erscheinende Alternative für die politische Neuordnung Mitteleuropas aufwies.

Diese Veränderung des Status quo wiederum gab der UdSSR die Chance, ihre langfristige Offensivstrategie für Gesamtdeutschland allmählich durchzusetzen. Die Interpretation der Noten wird noch deutlicher zeigen, daß sie diese beiden Ziele erreichen wollte. Daher waren die sowjetischen Vorschläge von 1952 nicht nur propagandistisch gemeint, sondern stellten eine substantielle Verhandlungsbasis dar. Die offiziellen Erklärungen der UdSSR und der DDR im Jahre 1952 enthielten nur jenen Teil der Perzeption der internationalen Politik und der Konzeption der eigenen Deutschlandpolitik, der in taktischer Berechnung für die Regierungen und die Öffentlichkeit besonders der westlichen Mächte bestimmt war. Es finden sich darin kaum Hinweise auf jene sicherlich vorhandenen, internen Überlegungen, wie die Führungen beider Staaten die eigene Situation im Frühjahr und Sommer 1952, Kalkül und Ratio ihrer Angebote, ihre subjektive - möglicherweise vorher festgelegte - Konzessionsbereitschaft, vor allem aber die Chance einer Annahme ihrer Vorschläge durch den Westen bzw. die Aussichten von Verhandlungen in Ergänzung und kritischer Korrektur des öffentlich Erklärten tatsächlich analysierten und kritisch beurteilten. Sehr selten nur wird - von außen erkennbar - der Versuch unternommen, die unabdingbaren Grundsätze, die nationale und internationale Machtstruktur der westlichen Welt, die Ziele und Argumente des Gegners in ihrem inneren Zusammenhang adäquat darzustellen, zu verstehen und als zumindest vorläufig gegeben und nur durch beiderseitige, substantielle Konzessionen veränderbar anzusehen. Strategie und Taktik, Argumente und Ziele der eigenen Politik erscheinen in den offiziellen Erklärungen selten als situationsbedingt oder gar als partiell defensive Reaktion auf die Aktivitäten des Gegners. Vor allem aber wird nicht der Grund ihrer vollzogenen oder möglichen Anpassung an das Verhalten und an die Forderungen des Gegenübers in kritischer Abwägung der Zweck-Mittel-Relation des eigenen Vorgehens im einzelnen analysiert und öffentlich diskutiert. Aus dem Fehlen solcher Überlegungen in den offiziellen Erklärungen und deren häufig sehr aggressiven und fordernden Charakter konnte jedoch keineswegs der Schluß gezogen werden, die UdSSR und die DDR seien nicht zu ernsthaften Verhandlungen oder zu keinerlei Konzessionen bereit oder gar von vornherein weder fähig noch interessiert, einen kurz- oder mittelfristig dauerhaften, partiellen Interessenausgleich mit dem Westen zu erreichen. Auch wenn eine negative Antwort der westlichen Mächte beim damaligen Stand ihrer Integrationsbemühungen in Westeuropa wahrscheinlich war, so gibt es dennoch keinerlei Beweise für die Ansicht, die UdSSR habe von vornherein nicht mit der Annahme ihrer Vorschläge oder auch nur mit dem Beginn von Verhandlungen gerechnet. Die Vorschläge des Jahres 1952 mußten im Selbstverständnis der sowjetischen Führung keineswegs nur als „Scheinofferten“ oder als vorwiegend an die Massen in Westeuropa, besonders in der BRD, gerichtete, publizistische Kampfpappele gelten.



Die wiederholten Beteuerungen der UdSSR und der DDR, sie seien zu ernsthaften Verhandlungen bereit, mußten von den westlichen Regierungen zwar mit Skepsis aufgenommen werden; doch machten die außenpolitische Situation und die Interessenlage der UdSSR, wie wir gesehen haben, eine Bereitschaft zur Verständigung durchaus wahrscheinlich; und die Sprache der Noten, insbesondere der vom 10. März und vom 9. April, widerlegte diese Annahme nicht, sondern unterstützte sie eher. Die Art, wie diese beiden Noten formuliert waren, entsprach in ihrer Taktik genau den Absichten der sowjetischen Deutschlandpolitik in dieser Situation. Sie erörterten umfassend alle wichtigen Fragen in Grundzügen. Sie waren konkret genug, um die Verhandlungsbereitschaft des Partners zu wecken; aber nicht zu konkret, um selbst noch Spielraum für Verhandlungen zu behalten. Sie waren zugleich propagandistisch wirksam genug, um breite Massen politisch-emotional mobilisieren zu können; aber in den Formulierungen unbestimmt genug, um sich — beim Wort genommen — nicht selbst desavouieren zu müssen.

Die UdSSR - das ist eine weitere wichtige These - verfolgte also mit ihrer Deutschlandinitiative nicht ein einziges, begrenztes Ziel, sondern eine Reihe von defensiven und offensiven Zielen, die sich am besten auf einer Skala darstellen lassen, die mit den Minimalzielen beginnt und den Maximalzielen endet:

- Propagandistische Wirkungen (Mobilisierung von Massen gegen die Politik der Westmächte; Verbesserung des eigenen internationalen Prestiges; Aufwertung der DDR)
- Verzögerung und Obstruktion der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Integration in Westeuropa unter der Führung der USA
- Entlastung, Ruhe und kommerzielle Vorteile für den Wiederaufbau, die wirtschaftliche Weiterentwicklung und Integration des Ostblocks, besonders der UdSSR
- Erhöhung der inneren Gegensätze und Spannungen des kapitalistischen Staatensystems und dessen Schwächung
- Herausbrechen der BRD aus dem Westblock durch eine für die UdSSR vorteilhafte Neubestimmung des Status Gesamtdeutschlands mit dem Maximalziel einer sozialistischen Revolutionierung und Einbeziehung Gesamtdeutschlands in den Ostblock.

Die hier entwickelte Argumentation, insbesondere die Thesen über die Ziele und Absichten der UdSSR bedürfen nun einer noch besseren Fundierung und einer Präzisierung durch eine ausführliche Interpretation der sowjetischen Vorschläge. Zwar ist die Frage, ob die Sowjetunion im Frühjahr 1952 auch und gerade an Verhandlungen und einem - noch näher zu definierenden - Interessenausgleich in Europa interessiert war, schon aus den genannten Gründen (vorherrschende Defensivstrategie in Europa, bedrohliche Situation im Frühjahr 1952, Interesse an vorteilhafter Veränderung des Status quo) zu

bejahen. Ein solches Interesse war aber auch ebenso sehr begründet in den Vorteilen und Chancen, die sich für die UdSSR bei Annahme ihrer Vorschläge für die Regelung der deutschen Frage ergeben hätten.

Die bisherige Analyse bezog sich vor allem auf die allgemeinen Voraussetzungen und die wichtigsten Faktoren, die Inhalt und Absicht, Perzeption und Konzeption der sowjetischen Deutschlandpolitik bestimmten. Diese war zugleich abhängige Variable und wesentlicher Bestandteil einer neuen, ambivalent kombinierten Defensiv- und Offensivstrategie der UdSSR in Europa im Jahre 1952. Die Interpretation und Beurteilung der Vorschläge der UdSSR und der DDR zur Lösung der deutschen Frage ist in erheblichem Maße abhängig von der bisherigen Analyse und Bewertung der allgemeinen Situation, der Interessenlage und des Gewichts der einzelnen Determinanten der sowjetischen Deutschlandpolitik insbesondere im Frühjahr und Sommer 1952. Die zu Beginn dieses Abschnitts formulierte, noch weiter zu verifizierende, zentrale These sollte somit zugleich den Rahmen und die Richtung für die folgende Interpretation angeben; diese soll im einzelnen klären, inwieweit die UdSSR ihre frühere Verhandlungsbasis revidiert hatte, zu welchen Konzessionen sie eventuell bereit war, mit welchen Formulierungen sie welche Ziele verfolgte, wie sie sich eine politische Neuordnung in Mitteleuropa vorstellte, und schließlich worin Substanz und Ambivalenz dieser Vorschläge bestanden.

#### IV. DIE VORSCHLÄGE DER UdSSR UND DER DDR ZUR LÖSUNG DER DEUTSCHEN FRAGE

Nachdem sich eine baldige Einigung der westlichen Mächte über den EVG- und den Generalvertrag abzeichnete, mußte die UdSSR sehr schnell ein Angebot unterbreiten, wenn sie noch in die Verhandlungen zwischen den Westmächten und der BRD eingreifen wollte. Bemerkenswert war, daß die UdSSR das historische Datum des 10. März zur Übergabe ihres ersten Verhandlungsangebots wählte. Vielleicht wollte sie damit auf jene Rede Stalins vom 10. März 1939 anspielen, in der er die Westmächte wegen ihrer Appeasement-Politik gegenüber Hitler angriff, die Offenheit der UdSSR nach allen Seiten hin betonte und damit jene deutsch-sowjetische Annäherung atmosphärisch einleitete und andeutete, die schließlich zum Abschluß des Nichtangriffspaktes zwischen beiden Staaten am 23. Aug. 1939 führte. Der Zeitpunkt für diese Initiative war geschickt gewählt zwischen zwei Verhandlungsphasen der westlichen Mächte. Die UdSSR konnte sich so die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit sichern und zugleich eine heftige Diskussion über die Fortführung der westeuropäischen Integration auslösen. Dieses geschickte „timing“ der Noten galt ebenso für die Note vom 9. April und noch stärker für die vom 24. Mai, die zwei bzw. drei Tage vor Unterzeichnung des General- bzw. EVG-Vertrags

übermittelt wurde. Die Zahl der Noten in relativ kurzer Zeit (drei innerhalb von drei Monaten, eine weitere drei Monate später) und die jeweils schnellen Antworten auf die Noten der Westmächte (nach 45 bzw. 11 bzw. 43 Tagen) verdeutlichten die Intensität der sowjetischen Bemühungen, die sich nun vor allem in den Noten selber durch wiederholtes, betontes Drängen auf den sofortigen Beginn von Viermächteverhandlungen zeigte. „Unverzüglich“ und „in kürzester Frist“ solle der Westen „der Bitte um Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland“ entsprechen, forderte die UdSSR am 10. März 1952<sup>134</sup>. Und später war von der „schnellstmöglichen Bildung einer gesamtdeutschen... Regierung“ und der Durchführung von „Wahlen in kürzester Zeit“ die Rede<sup>135</sup>. Da die Zeit drängte, wenn die UdSSR sich nicht vor vollendete Tatsachen gestellt sehen wollte, mußten möglichst bald die ersten Schritte des von ihr vorgeschlagenen Verfahrens getan werden, das eine Einigung der vier Mächte über die von der Sowjetunion vorgeschlagene Alternative für die politische Entwicklung Deutschlands herbeiführen sollte.

### *1. Das Verfahren für die Wiedervereinigung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages*

#### a) Vorspiel: Die Scheininitiative der DDR

Am 13. Febr. 1952 beschloß die Volkskammer der DDR, ein Schreiben an die vier Großmächte zu richten mit der Bitte um den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland<sup>136</sup>. Der Friedensvertrag sollte danach die Spaltung Deutschlands beenden, das Wiederaufstehen des deutschen Militarismus verhindern, „einen einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Staat“ des deutschen Volkes schaffen und den Frieden in Europa sichern.

Allein die Regierung der UdSSR übermittelte am 20. Febr. 1952 eine Antwort. Darin stellte sie sich vorbehaltlos hinter die Auffassung der DDR, „daß der unverzügliche Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland in Übereinstimmung mit den Potsdamer Beschlüssen und unter Teilnahme Deutschlands notwendig ist“.

Allein die Tatsachen, daß die UdSSR bereits knapp drei Wochen später einen wohldurchdachten Entwurf eines Friedensvertrages vorlegte und daß die DDR-Führung faktisch der UdSSR-Führung unterstellt war, machten es mehr als wahrscheinlich, daß es sich bei der DDR-Initiative um ein vorher abgesprochenes Spiel mit verteilten Rollen handelte. Die DDR sollte als besorgter, aktiver Anwalt der „nationalen Interessen des deutschen Volkes“ und „des Friedens in Europa“ erscheinen, während die UdSSR als hochherziger Freund des deutschen Volkes und als verständigungsbereiter Friedens-

stirter in Europa gelten wollte. Der Briefwechsel war nicht mehr als ein Schein-Dialog, eine von der UdSSR selbstinszenierte Ouvertüre, um propagandistisch für sich und ihren Juniorpartner Prestige und Aufmerksamkeit zu gewinnen für die entscheidende Initiative vom 10. März 1952.

#### b) Rechtsgrundlagen: Potsdamer Abkommen und Viermächtekontrolle

In den sowjetischen Vorschlägen wurde das Potsdamer Abkommen immer wieder als alleingültige, politisch-rechtliche Grundlage für die Lösung der deutschen Frage bezeichnet<sup>138</sup>.

Zunächst wurde daraus abgeleitet, daß „nur die vier Großmächte befugt“ sind, „Kontroll-“ oder „Besatzungsfunktionen“ „in Deutschland“ auszuüben<sup>139</sup>. Damit wollte sich die UdSSR ein Mitspracherecht in allen ganz Deutschland betreffenden Fragen sichern, auch nachdem die unmittelbare Besatzungsherrschaft nach Konstituierung der beiden deutschen Staaten beendet war und sich die Befugnisse der vier alliierten Hochkommissare nur jeweils auf ihre Zone beschränkten. Weiterhin bestand die UdSSR darauf, daß auch in Westdeutschland das Potsdamer Abkommen konsequent durchgeführt werde, auch wenn sie diese Forderung nicht unmittelbar durchsetzen konnte. Das Potsdamer Abkommen, insbesondere seine Beschlüsse zur Entmilitarisierung und Demokratisierung, wurde von der UdSSR als Grundlage für die gegenwärtige wie für die zukünftige Behandlung Deutschlands bis zum Abschluß eines Friedensvertrages angesehen<sup>140</sup>. Es lege die Grenzen Deutschlands endgültig fest. Es liefere materielle Grundsätze für die innere Ordnung Deutschlands, an die die Regierungen der DDR und der BRD nur indirekt, eine künftige gesamtdeutsche Regierung jedoch direkt<sup>141</sup> gebunden seien. „Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands kann keine andere Rechtsgrundlage haben als das Potsdamer Abkommen“.<sup>142</sup>

Die politische und rechtliche Berufung auf das Potsdamer Abkommen und dessen Interpretation boten der UdSSR und der DDR die Möglichkeit, die Westmächte, die BRD und ihre Politik der Westintegration und der Wiederaufrüstung der BRD propagandistisch wirkungsvoll als Vertragsbruch hinzustellen. Das Potsdamer Abkommen mit seinen dilatorischen Formelkompromissen sollte der UdSSR aber vor allem die formale und materielle Mitbestimmung in ganz Deutschland sichern, insbesondere im Falle einer umfassenden Regelung der deutschen Frage.

#### c) Die Reihenfolge der Schritte zur Wiedervereinigung Deutschlands

Zunächst jedoch mußte man sich über das Verfahren einer Regelung der deutschen Frage einigen. Wir betrachten zunächst das Verfahren für die Wiedervereinigung Deutschlands, insbesondere für die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung durch freie Wahlen in ganz Deutschland; dann das Ver-

Stalin sah also für die Zukunft ein Anwachsen der Spannungen und Konflikte innerhalb des kapitalistischen Staatensystems. Es war primär ökonomisch, aber auch stark politisch begründet durch das zunehmende Verlangen der von den USA bisher unterdrückten, kapitalistischen Staaten nach größerer Selbständigkeit. Das bezog sich zunächst auch eindeutig auf „(West-)Deutschland“. Aus demnachfolgenden, auffälligen Wechsel der Bezeichnung zu „Deutschland“ sollte man keine zu weitgehenden Schlußfolgerungen ziehen. Zunächst ist aufgrund der unterschiedlichen Verwendung im Zusammenhang zu bezweifeln, ob beim Autor eine genau berechnete Absicht, eine hinreichende Reflexion der Wortbedeutung und der möglichen Interpretationen der nacheinander gebrauchten Bezeichnungen vorhanden waren. Der Text selbst bietet mehrere Bedeutungsnuancen des Wortes „Deutschland“. Alle vier Nuancen waren im Wortgebrauch enthalten, traten aber verschieden stark hervor. „Deutschland“ bezeichnet

1. einen „Gegenstand“ historischer Erfahrungen,
2. eine Beispielfigur in quasi-gesetzmäßigen Entwicklungen innerhalb des kapitalistischen Staatensystems,
3. die militärische, politische und wirtschaftliche Potenz des gesamten Landes,
4. einen zukünftigen, wahrscheinlich erneut erstarkten Partner im internationalen System.

Auffällig ist, daß Stalin nicht ein einziges Mal in seiner Schrift auf die DDR Bezug nimmt und sie ebensowenig wie das Problem der Wiedervereinigung im Zusammenhang mit der Zukunft „Deutschlands“ erwähnt. Was das bedeutet, muß offen bleiben. Aus dem Text ist nur ersichtlich, daß Stalins Aufmerksamkeit bei der Abfassung der Schrift offenbar sehr viel stärker der weiteren Entwicklung „(West-)Deutschlands“ als der Ausgangsbasis eines erneut erstarkenden „Deutschland“ galt. Dieses „Deutschland“ wiederum wurde vorwiegend im Kontext des kapitalistischen Staatensystems wahrgenommen. Es läßt sich kaum mehr sagen, als daß Stalin und die sowjetische Führung mit dem Wiedererstehen eines machtpolitisch ernstzunehmenden Partners „Deutschland“ rechneten<sup>120</sup>. Wahrscheinlich, aber keineswegs sicher war damit ein wiedervereinigtes, unabhängiges Deutschland gemeint, dessen konkrete Gestalt aber nicht einmal angedeutet wurde. Als Wunsch und noch ziemlich unbestimmte Konzeption, die hinter diesen Ausführungen wie in den späteren Vorschlägen zu erkennen waren, stand wohl die Absicht der UdSSR, einerseits die Gegensätze und Spannungen innerhalb eines komplexen kapitalistischen Staatensystems zu erhöhen, andererseits aber von dieser Schwäche des gegnerischen Lagers zu profitieren und einen Partner und potentiellen Verbündeten für die eigene Politik zu finden, der zwar-besonders wirtschaftlich-bedeutend, aber aufgrund vertraglicher Beschränkung - besonders seines militärischen Machtpotentials - im ganzen nicht gefährlich werden konnte<sup>121</sup>. Stalins Thesen

mag die Annahme zugrunde gelegen haben, durch diese Emanzipationsbewegung besonders der besiegten, früheren Großmächte entstehe wieder ein nationalstaatliches Mächtesystem, das gewisse Ähnlichkeiten mit Konstellationen des internationalen Systems der Vorkriegszeit aufweise. Gerade die Frage nach möglichen Garantien gegen einen - potentiell auch für die UdSSR gefährlichen - Wiederaufstieg Deutschlands macht einen hier nur implizit angedeuteten Rückgriff Stalins auf Grundgedanken der „Rapallo-Politik“ wahrscheinlich.

## *2. Aspekte des Entscheidungsprozesses: Divergenzen im Ostblock?*

Die offizielle Darstellung der Perzeption und - wie wir noch sehen werden - auch der Konzeption der sowjetischen Deutschlandpolitik erweckten nach außenhin den Eindruck, als seien sie zwischen und innerhalb den Partei- und Staatsführungen des Ostblocks unumstritten.

Die vorliegende Untersuchung geht von der Annahme aus, daß die Deutschlandpolitik der DDR und der osteuropäischen Staaten mit der der Sowjetunion identisch war. Wir wissen aus dem Jahre 1952 so gut wie nichts über Divergenzen zwischen den Partei- und Staatsführungen der Länder des Ostblocks in Fragen der Deutschlandpolitik. Die damalige Machtverteilung innerhalb des Blocks, insbesondere die Besatzungsherrschaft der UdSSR in der DDR, machten es sehr wahrscheinlich, daß Strategie und Taktik der kommunistischen Deutschlandpolitik in allen wesentlichen Punkten zentral für alle Länder des Ostblocks von der sowjetischen Parteiführung geplant und formuliert wurden; auch wurde ihre Durchführung - falls delegiert - direkt oder indirekt von der KPdSU kontrolliert. Alle uns bekannten Informationen deuten darauf hin, daß die SED bzw. die DDR-Regierung in nahezu allen wesentlichen Fragen der Deutschlandpolitik den Weisungen der KPdSU bzw. der Regierung der UdSSR unterworfen war. Auch gibt es keine Anzeichen dafür, daß im Jahre 1952 die Länder des Ostblocks (auch nicht die DDR!) eine selbständige und aktive Rolle im außenpolitischen Willensbildungsprozeß der UdSSR, insbesondere bei der Ausarbeitung ihrer Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage spielten. Daraus darf man jedoch nicht schließen, daß die politische Führung der DDR - ebenso wie die anderer Ostblockstaaten - nicht Einfluß zu nehmen suchte auf die Formulierung der sowjetischen Deutschlandpolitik - wie und mit welchem Erfolg bleibt allerdings ungeklärt. Meist schien es so, als ob die DDR-Führung im Bereich der Deutschlandpolitik nicht mehr als ein unselbständiger Propaganda-, Gesprächs- und Verhandlungsagent der Sowjetunion war.

Dagegen gab es durchaus einige Anzeichen für Divergenzen *innerhalb* der KPdSU über die sowjetische Strategie und Taktik in Deutschland. Stalins persönlicher Wille war auch in diesen Fragen sicherlich absolut herrschend und

entschied zwischen möglichen Alternativen. Doch gab es auf dem Gebiet der Außenpolitik eine begrenzte Selbständigkeit und Verantwortlichkeit, vielleicht auch begrenzte Einflußmöglichkeiten seiner Mitarbeiter, die die Akzente innerhalb der Generallinie, besonders im Bereich der Durchführung und Interpretation von Beschlüssen, durchaus verschieden setzen konnten. Die uns zugänglichen Informationen reichen jedoch nicht aus, um über die Zusammensetzung und den tatsächlichen Einfluß von Gruppierungen im Jahre 1952, über Existenz, Inhalt und Ergebnis möglicher interner Auseinandersetzungen, über Verbindungen dieser Gruppen zu entsprechenden Exponenten und Fraktionen innerhalb der SED sichere Aussagen machen zu können. Wir können im wesentlichen nur aufgrund von Informationen aus früherer (1946-1950) und späterer Zeit (besonders aus dem Jahre 1953) Vermutungen über die in den Parteiführungen herrschenden Meinungsunterschiede und Richtungen in den Jahren 1951 und 1952 anstellen. Mit diesem wichtigen, allgemeinen Vorbehalt sind die folgenden Aussagen aufzunehmen.

Vor allem kann eine kurze Analyse der inner- und zwischenparteilichen Auseinandersetzungen der KPdSU und der SED um die Einführung des „Neuen Kurses“ im Jahre 1953 indirekt einigen Aufschluß geben, welche Richtungen und Gruppierungen es möglicherweise bereits 1952 in der sowjetischen Deutschlandpolitik gab. Vorsichtige Analogieschlüsse von den Verhältnissen des Jahres 1953 auf die von 1952 sind deshalb begrenzt möglich, weil in den Jahren 1952/1953 die invariablen Elemente der sowjetischen Deutschlandpolitik, so vor allem die Handlungsbedingungen (Struktur des internationalen Systems, Grundzüge der politischen Entwicklung in Deutschland) sowie die mittel- und langfristigen Zielprojektionen so dominant waren, daß - bei relativ starker personeller Kontinuität - das Spektrum möglicher, alternativer Lösungsvorschläge und Strategien relativ begrenzt und in seinen Grundmustern relativ unverändert blieb bzw. lediglich situationsbedingt revidiert, vervollständigt und präzisiert wurde. Das gilt grundsätzlich auch trotz des Führungswechsels nach dem Tode Stalins, trotz der zahlreichen und wichtigen neuen Elemente sowie der erheblichen, aber im ganzen nur partiellen Kurswechsel der sowjetischen Deutschlandpolitik in den Jahren 1952 und 1953.

Die Deutschlandpolitik der KPdSU und der SED im Jahre 1953 kann hier jedoch nur im Überblick und ohne ihren Zusammenhang mit der internationalen Politik und der inneren Entwicklung der UdSSR, insbesondere in ihrer Funktion für die Machtkämpfe in der sowjetischen Führungsspitze dargestellt werden. Ein summarischer Hinweis auf die vorliegende, umfangreiche Literatur muß hier genügen<sup>122</sup>. Die Revision der sowjetischen Außenpolitik und in ihrem Rahmen besonders die der Deutschlandpolitik des Jahres 1953, die stärker als bisher nach Entspannung, Verständigung und Ausgleich mit dem Westen strebte, wurde eingeleitet und maßgeblich bestimmt von G. M. Malenkov und L. P. Berija, die unmittelbar nach dem Tode Stalins zu den mächtigsten

Politbüro-Mitgliedern zählten. Sie gerieten dadurch wahrscheinlich in Konflikt mit den Vertretern einer unnachgiebigen Deutschlandpolitik. Der außenpolitische Kurswechsel zeigte sich zunächst in einer Reihe von neuen, noch eindringlicher als bisher formulierten Aufforderungen und Angeboten an die drei Westmächte, auf höchster Ebene über internationale Probleme, vor allem aber über die Lösung der deutschen Frage zu verhandeln. Eine Reihe von Gesten zur internationalen und innerdeutschen Entspannung sollte die Ernsthaftigkeit dieser Bemühungen unterstreichen; so z.B. die Zustimmung zur Ernennung Dag Hammarskjölds zum Generalsekretär der UNO, die Fortsetzung der Waffenstillstandsverhandlungen in Korea, die Vorbereitung und Einführung des Neuen Kurses in der DDR, Erleichterungen im innerdeutschen Reiseverkehr u. a. m. Die Angebote des Jahres 1952 wurden uneingeschränkt aufrechterhalten<sup>123</sup>. Stärker als zuvor betonte die sowjetische Führung nicht nur die Möglichkeiten und Chancen, sondern auch die Notwendigkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands. Der Neue Kurs in der DDR war vor allem notwendig geworden, um die tiefgreifende, wirtschaftliche und politische Krise zu meistern, in die die DDR durch den im Juli 1952 beschlossenen, anschließend forciert durchgeführten Aufbau des Sozialismus und durch die damit verbundenen Repressionen geraten war. Die Maßnahmen des Neuen Kurses ebenso wie indirekte Anzeichen und die Urteile gut informierter Beobachter zeigen deutlich, daß Malenkov, Berija und V. Semenov (als ihr engster Mitarbeiter, Berater und Exponent in der DDR) eine weitgehende Verlangsamung der Sozialisierung des Landes, den Abbau terroristischer Pressionen, im ganzen also eine Konsolidierung des DDR-Regimes anstrebten. Das Ziel dieser Politik war nicht ganz klar: sie konnte einerseits als Fortführung der bloß aus taktischen Gründen vorübergehend verzögerten Politik der Separation der DDR verstanden werden; andererseits konnte sie aber auch als ein bedeutender Beitrag zur Entspannung und zur Verbesserung der Voraussetzungen für eine von der sowjetischen Führung ernsthaft gewollte Wiedervereinigung angesehen werden. Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß Malenkov, Berija und Semenov vor dem 17. Juni 1953 tatsächlich zu erheblichen Konzessionen in der deutschen Frage bereit waren. Doch sind jene Informationen, die wir aus der späteren Charakterisierung und Verurteilung ihrer Standpunkte durch obsiegende Rivalen gewinnen, nur mit größter Vorsicht zu benutzen. Anklagen dieser Art erfüllen in kommunistischen Parteien meist eine Reihe von Funktionen, die die wahrheitsgetreue Wiedergabe der kritisierten Auffassungen oft erheblich beeinträchtigen. So war die Darstellung von Berijas Haltung in der deutschen Frage in einer Anklagerede O. Grotewohls vom Juli 1953 wahrscheinlich parteilich verzerrt. Er warf Berija eine „kapitulantenhafte Politik“ vor, „die zur Restaurierung des Kapitalismus“ hätte führen müssen. Er sei gegen die LPG und den Aufbau des Sozialismus in Deutschland aufgetreten. „Seine Kompromißbereitschaft in der Deutschlandpolitik hätte



zur Aufgabe der DDR führen können"<sup>124</sup>. Bemerkenswert sind auch die verstreuten Hinweise auf Pläne der KPdSU und der SED für gesamtdeutsche, freie Wahlen, deren hypothetischer Charakter allerdings nicht übersehen werden sollte<sup>125</sup>. Danach befaßten sich diese Pläne sogar mit der Politik der SED/KPD als Oppositionspartei in einem gesamtdeutschen Parlament. Nicht ganz geklärt ist ferner, ob und inwieweit die von Malenkov, Berija und Semenov vertretene Deutschlandpolitik auch von K. Zaisser (Chef des SSD der DDR) und R. Herrnstadt (Chefredakteur des ND), den beiden führenden Mitgliedern der innerparteilichen Rechtsopposition der SED unterstützt wurde. Einige Anzeichen sprechen dafür, daß es - wahrscheinlich über Semenov - ein gewisses Maß an Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Gruppen gegeben hat, die wohl grundsätzlich gleiche oder ähnliche Auffassungen von der notwendigen Revision der Deutschlandpolitik der UdSSR und der DDR hatten<sup>126</sup>. K. Zaisser und R. Herrnstadt - so meint M. Jänicke - seien für eine Reform der SED (die SED als Partei des Volkes, Wechsel in der Parteiführung), für eine stärkere Berücksichtigung des „Volkswillens“ (Souveränität der Massen, besonders der Arbeiter), gegen den überstürzten Aufbau des Sozialismus in der DDR und für eine entschiedene, konzessionsbereite Wiedervereinigungspolitik (eventuelle Bereitschaft zur Übernahme einiger demokratischer Prinzipien des Grundgesetzes der BRD in einem neutralisierten Gesamtdeutschland) eingetreten<sup>127</sup>. Da sie zusammen mit Semenov die Politik des Neuen Kurses nachdrücklich unterstützten, gerieten sie in Opposition zu W. Ulbricht, der die neue Politik der KPdSU-Führung ablehnte und bekämpfte — und so seine Position aufs äußerste gefährdete. Die wochenlangen, hartnäckigen Machtkämpfe dieser beiden Gruppen in der DDR wurden schließlich - vor allem infolge der Ereignisse des 17. Juni und des Sturzes Berijas - zugunsten W. Ulbrichts entschieden. In gesamtdeutschen Fragen gewann sehr viel stärker als in der Innenpolitik der DDR nun eine zwar noch relativ flexible, aber doch deutlich weniger konzessionsbereite Politik die Oberhand.

Diese Vorgänge und Auseinandersetzungen im Jahre 1953 zeigen nicht nur, daß sich die sowjetische Deutschlandpolitik - bei strukturell ähnlichen Bedingungen - in erheblichem Umfang ändern konnte, sondern auch welche alternativen Optionen 1953 vorhanden und damit für das Jahr 1952 zumindest denkbar und z.T. möglich waren. Sie zeigen weiterhin, wie sehr 1953 Strategie und Taktik der Deutschlandpolitik innerhalb der KPdSU und der SED umstritten waren und in welchem Ausmaß der schließlich eingeschlagene Kurs nicht nur von den Erfordernissen der Situation, sondern entscheidend von der jeweiligen Vorherrschaft einzelner Gruppen und Richtungen abhängig war. Es ist daher nur schwer vorstellbar, daß die aufsehenerregenden, neuen sowjetischen Angebote, insbesondere die Noten vom 10. März und 9. April 1952 in der sowjetischen Führung unumstritten waren. Man kann

vermuten, daß die 1953 in offenem Konflikt ausgetragenen Richtungskämpfe im Jahre 1952 bereits mehr oder minder ausgeprägt latent und virulent wirksam waren - wahrscheinlich in Fortsetzung ähnlicher Auseinandersetzungen in den Jahren 1946-1951. Allerdings gab es wegen der absolut dominierenden Rolle Stalins bis zu seinem Tode im März 1953 erhebliche Unterschiede im Charakter des außenpolitischen Entscheidungsprozesses in der sowjetischen Führung. Eine Reihe gut unterrichteter Beobachter spricht von zwei rivalisierenden Gruppierungen innerhalb der Führung der KPdSU im Jahre 1952<sup>128</sup>. Der einen Gruppe gehörten danach an: V. Molotov und A. Mikojan (Mitglieder des Politbüros), A. Vysinskij (Außenminister), G. Pervuchin (Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter, Leiter der Mission der UdSSR in Ost-Berlin), J. F. Semisastnov (Stellvertretender Vorsitzender der SKKD) und - nach 1949 entmachtet - S. Tulpanov (Leiter der KPdSU in der DDR). Sie vertraten eine eher „harte“, gegenüber dem Westen unnachgiebige Deutschlandpolitik: separate Entwicklung, schneller Aufbau des Sozialismus und dessen Konsolidierung in der DDR; Desinteresse an einer Wiedervereinigung ohne begründete Aussicht auf eine baldige sozialistische Umgestaltung Gesamtdeutschlands; im ganzen militante, wenig konzessionsbereite, primär nicht auf diplomatischen Ausgleich angelegte Politik gegenüber dem Westen. Der anderen Gruppe gehörten L. P. Berija, G. M. Malenkov (beide Politbüro-Mitglieder), G. Dekanosov (außenpolitischer Berater Berijas) und V. Semenov (Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter, führender politischer Berater des Chefs der SKKD, V. J. Cuikov) an. Sie - vor allem für Semenov ist das gut zu belegen - vertraten eine eher „flexible“, auf Verständigung mit dem Westen bedachte Deutschlandpolitik: Mit Rücksicht auf die Teilung des Landes und aus Skepsis gegenüber der inneren Stabilität der inneren Ordnung der DDR gegen einen forcierten Aufbau des Sozialismus; vielmehr allmähliche und möglichst reibungslose Konsolidierung der neuen Staats- und Gesellschaftsordnung; positive Bewertung der Nationalen Front als Instrument einer noch stärker als bisher überparteilich orientierten, gesamtdeutschen Politik der SED vor und nach einer durchaus nicht abgelehnten, eventuellen Wiedervereinigung; wahrscheinliche Bereitschaft zu erheblichen Konzessionen in bezug auf die innere Ordnung der DDR wie eines wiedervereinigten Deutschland wegen der zunehmenden Aufrüstung und Integration in Westeuropa. Stalin als „oberster Schiedsrichter“ läßt sich - besonders für das Jahr 1952 - nur schwer einer der beiden Richtungen zuordnen; er scheint aufgrund seiner bisherigen Haltung in der deutschen Frage und in der sowjetischen Außenpolitik eher der ersten Gruppe nahegestanden zu haben. Doch war gerade die unter Stalins Führung ausgearbeitete Deutschlandpolitik des Jahres 1952 in ihren Formulierungen so flexibel und vielfach ambivalent, daß sie - was noch zu zeigen ist - sowohl als bloß verbal-propagandistisch verbesserte Fortsetzung der bisherigen, unnachgiebigen Linie, aber auch als ein bedeutender, partieller

Kurswechsel interpretiert werden konnte. Bemerkenswert war, daß die beiden wichtigsten Vertreter der revidierten Deutschlandpolitik der UdSSR im Jahre 1953, G. M. Malenkov und L. P. Berija, und ebenso die offiziellen Verlautbarungen der SED unverändert die Formulierungen des Jahres 1952 neben der Sprache des „Neuen Kurses“ benutzten, um eine nun sehr wahrscheinlich erheblich flexiblere und konzessionsbereitere Politik zu propagieren. Die in den Angeboten von 1952 enthaltene, ein Jahr später aktualisierte Möglichkeit eines erheblichen Kurswechsels hat nicht nur Bedeutung für deren Interpretation, sondern könnte auch als ein Hinweis auf eine mögliche Einflußnahme Malenkovs und Berijas auf die Formulierung der sowjetischen Deutschlandpolitik im Jahre 1952 angesehen werden. Meissner spricht davon, daß der partielle Kurswechsel in der sowjetischen Deutschlandpolitik im Frühjahr 1952 „im innenpolitischen Bereich mit dem stärkeren Hervortreten der von Berija und Malenkov geführten Gruppe im Politbüro verbunden“ gewesen sei<sup>129</sup>.

Noch schwerer lassen sich Aussagen machen über mögliche Richtungen und Gruppierungen innerhalb der SED im Jahre 1952. G. Wettig hat versucht, nachzuweisen, daß in den Erklärungen führender SED-Politiker, besonders zwischen O. Grotewohl und W. Ulbricht, zur Frage der Wiedervereinigung bedeutsame Nuancen hinsichtlich ihrer Verständigungsbereitschaft und Flexibilität enthalten waren<sup>130</sup>. Aber es handelte sich hier wohl doch eher um bloße Akzentunterschiede, die keineswegs allein aus unterschiedlichen Auffassungen, sondern ebensogut auch situationsbedingt (Zeitpunkt, Zuhörerschaft, taktische Absichten, propagandistische Erwägungen) oder durch eine - bewußt oder unbewußt vorgenommene - Rollenverteilung erklärt werden können.

### *3. Zum Verhältnis von Propaganda und Diplomatie in der sowjetischen Deutschlandpolitik*

In diesem Abschnitt soll die für die Beurteilung der sowjetischen Deutschlandinitiative des Jahres 1952 wichtige Frage behandelt werden, ob das sowjetische Angebot „ernst gemeint“ war oder nicht und welche Funktion die propagandistischen Elemente der zahlreichen Erklärungen der UdSSR und der DDR hatten. Oder anders gefragt: welche Gründe sprachen dafür, welche dagegen, daß die UdSSR tatsächlich an Verhandlungen auf der Grundlage der sowjetischen Vorschläge interessiert war und eine Verständigung mit dem Westen zur Lösung der deutschen Frage anstrebte?

#### a) Argumente gegen die „Ernsthaftigkeit“ des sowjetischen Angebots

Die „Ernsthaftigkeit“ des sowjetischen Angebots wurde häufig mit dem Argument angezweifelt, die Tatsache, daß die sowjetische Note gerade zu jenem Zeitpunkt veröffentlicht wurde, als die Verhandlungen der westlichen

Staaten über EVG und Generalvertrag vor dem Abschluß standen, beweise, daß es sich hier um ein bloßes Störmanöver handle. Die scheinbare Konzessionsbereitschaft habe nur das negative Ziel der Verhinderung, mindestens aber der Verzögerung der Vertragsabschlüsse gehabt. In zahlreichen Erklärungen sei dieses Ziel ausdrücklich an erster Stelle genannt<sup>131</sup>; es stünde im Mittelpunkt der gesamten Propaganda der UdSSR; mit diesem Thema setzten sich die kommunistischen Politiker am intensivsten, am aggressivsten und am ausführlichsten auseinander; und auch in der dritten und vierten Deutschlandnote der UdSSR nähme es breiten Raum ein. Wiederholt würden der Abschluß des Friedensvertrages und der Generalvertrag/EVG-Vertrag als sich ausschließende Alternativen dargestellt. Schon ein kleiner Aufschub, etwa durch die Suspension der Verhandlungen der westlichen Staaten untereinander zugunsten einer Viermächtekonferenz, hätte das ohnehin fragliche Inkrafttreten der geplanten Verträge um mindestens eineinhalb Jahre verzögert, besonders wegen der Präsidentenwahl in den USA Ende 1952. Mögliche Viermächteverhandlungen hätte die UdSSR ad infinitum verzögern können durch langwierige Debatten über Prozedurfragen, durch das Bestehen auf Einzelheiten, die Neuinterpretation ursprünglich attraktiver Vorschläge, das Aufstellen neuer Forderungen etc. Dabei müßte sie keineswegs an Ansehen verlieren und ihre Verständigungsbereitschaft unglaublich werden. Die UdSSR habe mit einem scheinbar attraktiven Angebot besonders die BRD von den Verhandlungen mit den Westmächten weglocken wollen, indem sie ihr Hoffnungen auf eine baldige Wiedervereinigung zu günstigen Bedingungen machte. Die UdSSR habe nur die zwischen- und innerstaatlichen Auseinandersetzungen im westlichen Lager intensivieren wollen. Kurzum: Die Angebote vom März und April werden von diesen Interpreten als „Scheingebote“, als taktische Maßnahmen gewertet, um die Pläne des Gegners zu durchkreuzen.

Daß die UdSSR tatsächlich verhandeln wollte, wird ferner bestritten mit dem Hinweis auf den generellen Charakter solcher Angebote in der sowjetischen Außenpolitik. Von solchen Vorschlägen sei das meiste an die breiten Massen gerichtete „Propagandadiplomatie“, auch wenn sie „in die Form einer diplomatischen Note gekleidet sind“<sup>132</sup>. In der sowjetischen „Deutschland-Kampagne“ fungierten die Noten „als Kampfmittel“ in der Form des „publizistische^ Appell(s)“<sup>133</sup>. Sie dienten vor allem dazu, die Bevölkerungen jener Länder, in denen eine verstärkte Rüstung geplant werde, gegen die westlichen Pläne zu mobilisieren. Der Inhalt des sowjetischen Angebots sei im wesentlichen aus solchen propagandistischen Elementen zusammengesetzt. Man nutze den Nationalismus der Deutschen, ihre Sehnsucht nach Wiedervereinigung, Größe und Souveränität der Nation aus. Man stelle ihnen eine Einheit in Aussicht, die sie angeblich selbst herbeiführen können. Man erkläre sich verbal bereit, eine „demokratische Ordnung“ zu errichten - eine populäre, für viele selbstverständliche Forderung. Man benutze Begriffe und Formeln, die schein-

bar klare Bedeutungen im Sinne der westlichen Demokratie hätten, mit denen die KPdSU und die SED in Wirklichkeit aber etwas ganz anderes, ja diametral Entgegengesetztes meinten. Die Neutralisierung Deutschlands wolle den Wunsch vieler Deutscher, endlich Ruhe zu finden fernab von den internationalen Konflikten, nur scheinbar erfüllen und diene in Wahrheit nur dazu, die BRD aus dem westlichen Block herauszubrechen. Man benutze den Mythos der deutsch-sowjetischen Freundschaft nach dem Vertrag von Rapallo, um die Deutschen für ein angeblich vorteilhaftes Zusammengehen mit der UdSSR zu gewinnen. Kurzum, die UdSSR habe auf sehr geschickte, für viele schwer durchschaubare Weise ein Angebot unterbreitet, dessen primäre Absicht die genau berechnete Propagandawirkung auf die breiten Massen und ihre Mobilisierung gegen die bestehende Regierungspolitik sei. Das lasse sich Abschnitt für Abschnitt nachweisen. Darüber hinaus wolle sich die UdSSR als die große Kämpferin für Frieden und Freiheit, für Demokratie und Fortschritt präsentieren und ihr eigenes Prestige erhöhen. Der Westen dagegen solle ins Unrecht gesetzt werden als „Kriegsbrandstifter“ und Unterdrücker „aller friedliebenden und demokratischen Menschen“. Man wolle genau jenes Bild der westlichen Politik bei den Massen erzeugen, das wir aus der bereits dargestellten, offiziellen sowjetischen Perzeption kennen.

Mit diesen Thesen wird dann häufig die Behauptung verbunden, diese Vorschläge seien gar nicht dazu bestimmt, angenommen zu werden; sie seien so formuliert, daß sie abgelehnt werden müßten; es wäre sogar höchst unerwünscht, wenn sie angenommen würden. Skeptisch müsse man gegenüber der Annahme sein, man könne „mit den Sowjets in den Kategorien der klassischen Diplomatie und auf der Basis eines ‚give and take‘ reden“, ihnen z. B. einen „Preis für ihr Sicherheitsbedürfnis“ zahlen, so daß die UdSSR dann „befriedigt“ und vor allem an Ruhe und Stabilität im internationalen System interessiert sei.

Überdies zeige der militante Antiamerikanismus, die Heftigkeit der Angriffe gerade gegen die angeblich umworbenen Verhandlungspartner, daß die sowjetische Außenpolitik lediglich die Methoden einer im Grunde offensiven Strategie und Taktik verbessert habe. Die Formel der „friedlichen Koexistenz“ könne die mangelnde Bereitschaft zum Ausgleich, den fortdauernden Willen zur Expansion und sozialistischen Revolutionierung nicht verschleiern. Nicht zuletzt aber seien der Inhalt und die Perspektiven der sowjetischen Vorschläge von vornherein für den Westen unannehmbar gewesen. Die Verschlechterung der militärischen Situation des Westens, die unklare, gefährdete Position eines neutralisierten Deutschland im Gravitationsfeld einer in Europa übermächtigen UdSSR, die mangelnde Garantie für Freiheit und Demokratie in einem wiedervereinigten Deutschland, das Fehlen freier Wahlen als erstem Schritt der Wiedervereinigung - all das habe den Westen von vornherein vom Verhandlungstisch fernhalten müssen. Die sowjetische Führung konnte und

mußte diese Reaktion im voraus kennen. Und gerade deshalb habe die UdSSR von vornherein nicht mit Verhandlungen gerechnet und sei nicht zu Konzessionen bereit gewesen. (Die Diskussion um Inhalt und Absicht der sowjetischen Vorschläge wird uns später noch ausführlicher beschäftigen.)

b) Argumente für die „Ernsthaftigkeit“ des sowjetischen Angebots

Es kann nicht bestritten werden, daß die UdSSR als zeitlich wie politisch-militärisch vordringlichstes Ziel die Verminderung oder mindestens die Verzögerung einer Entwicklung in Westeuropa anstrebte, die für sie tatsächlich bedrohlich und ernst geworden war. Es soll ebenfalls nicht bestritten werden, daß die sowjetischen Noten geschickt berechnete und durchaus wirkungsvolle Propagandainstrumente waren. Kam es nicht zu Verhandlungen, so konnte die in ihnen bekundete Verständigungsbereitschaft der UdSSR leicht zur Camouflage ihrer tatsächlichen Ziele und Absichten sowie zur Rechtfertigung ihrer in Wahrheit doch vorhandenen Unnachgiebigkeit dienen. Auch wird nicht übersehen, daß die hier so konsistent dargestellte Konzeption der UdSSR für eine Neugestaltung des Status Gesamtdeutschlands an zahlreichen Stellen so formuliert war, daß nahezu jederzeit eine Zurücknahme oder Neuinterpretation ursprünglicher Angebote seitens der UdSSR möglich war. Es war also keineswegs sicher, daß die Spielräume und Chancen der sowjetischen Politik auch vollkommen zugunsten des Westens ausgeschöpft würden: Jede einzelne der möglichen Konzessionen mußte ausgehandelt werden und setzte eine bewußte Option der UdSSR voraus. Die Sowjetunion strebte mit ihren Vorschlägen jedoch nicht nur propagandistische Wirkungen (Mobilisierung der Massen, Verminderung des westlichen Prestiges in der Weltöffentlichkeit), die Obstruktion der Integration und Aufrüstung in Westeuropa und die Verschleierung ihrer eigenen Interessen und ihrer langfristigen Offensivstrategie an. Das Gesagte ergänzend und korrigierend wird in dieser Untersuchung folgende zentrale These vertreten: Die Sowjetunion verband in Strategie und Taktik ihrer Deutschlandpolitik 1952 defensive und offensive Elemente, Obstruktion und Konstruktion, indem sie durch ein attraktiv wirkendes, wenn auch durchaus ambivalentes, wenigstens teilweise „ernstgemeintes“ Verhandlungsangebot eine - gegen die bedrohliche Politik der Integration und Aufrüstung im Westen gerichtete - Alternative für die politische Ordnung in Deutschland und Europa aufzeigen und den Status quo so verändern wollte, daß ihr trotz zahlreicher Kompromisse mittel- und langfristig mehr Vor- als Nachteile aus einer friedensvertraglichen Regelung der deutschen Frage erwachsen wären. \_J

Die folgende Argumentation soll in einem ersten Schritt diese These begründen und erläutern. Jene Faktoren, die die sowjetische Führung um 1950 veranlaßten, ihre Außenpolitik partiell neu zu orientieren sowie kurz- und mittelfristig vorwiegend eine Defensivstrategie zu verfolgen, waren auch noch und gerade im Jahre 1952 wirksam. Diese Defensivstrategie wurde, wie wir

gesehen haben, u. a. getragen von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, des Strebens nach diplomatischer Verständigung und wenigstens partiellem Interessenausgleich, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, des Verzichts der westeuropäischen KPs auf eine revolutionäre Politik, der weitgehenden Anerkennung des Status quo sowie der Verminderung der Spannungen und der Verhinderung von Konflikten „zwischen dem Lager des Kapitalismus und dem Lager des Sozialismus“. Zu jenen allgemeinen Faktoren kamen noch die besonderen Bedingungen der Situation im Frühjahr des Jahres 1952. Die bevorstehende Einigung des Westens über Generalvertrag und EVG, die Stärkung der NATO durch die Wiederaufrüstung in der BRD, den Beitritt der Türkei und Griechenlands sowie der Ausbau der amerikanischen Position im Fernen Osten waren für die UdSSR bedrohlich genug, um sie eine Politik der wirksamen Abwehr (Obstruktion) und zugleich des vorteilhaften Interessenausgleichs in einer Regelung der deutschen Frage (Konstruktion) einschlagen zu lassen. Gerade im geteilten Deutschland war die UdSSR in dieser Situation nicht allein auf eine Politik des Ausbaus ihrer Machtpositionen (Separation, Konsolidierung, Aufrüstung und Integration der DDR) angewiesen. Der Wunsch und Wille zur Wiedervereinigung besonders in der BRD einerseits, die günstige Ausgangsposition und die Dispositionsmöglichkeiten der UdSSR andererseits gaben ihr nämlich darüber hinaus die Chance, auf diplomatischem Wege eine Neubestimmung des Status Gesamtdeutschlands anzustreben, die der westlichen „Politik der Stärke“ einen wesentlichen Teil ihrer Basis entzogen und der UdSSR neue Einflußchancen in Mitteleuropa eingeräumt hätte. Diese zusätzliche Chance nahm die UdSSR im Frühjahr 1952 wahr, als sie - mit allerdings von vornherein begrenzten Erfolgsaussichten - den westlichen Staaten ein - wie sie meinte - für beide Seiten akzeptables Verhandlungsangebot für die deutsche Wiedervereinigung und die Neuordnung Mitteleuropas machte. Nachdem die bisherige Deutschlandpolitik und die Vorschläge der UdSSR und der DDR jedoch ohne Erfolg geblieben waren, mußte nun eine neue Initiative zugleich eine erhebliche, materielle Revision der bisherigen Verhandlungsbasis mit sich bringen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die UdSSR grundsätzlich an den allgemeinen Zielen ihrer bisherigen Deutschlandpolitik festhalten und ihre Position in Deutschland und Mitteleuropa nicht gefährden, sondern eher noch verbessern wollte. Unter diesen Voraussetzungen bestand aber für sie in der Situation des Frühjahrs 1952 nicht nur die Möglichkeit, sondern in einem erheblichen Maße auch die Notwendigkeit und ein ernsthaftes Interesse daran, den Westmächten ein so attraktiv wirkendes Verhandlungsangebot zu machen, daß immerhin der Beginn von Verhandlungen und damit eventuell schon das erste Ziel, die Störung und Verzögerung der westlichen Integrationspolitik, zumindest teilweise zu erreichen waren. Dieses Ziel war aber nur zu verwirklichen, indem die UdSSR eine akzeptabel erscheinende Alternative für die politische Neuordnung Mitteleuropas aufwies.

Diese Veränderung des Status quo wiederum gab der UdSSR die Chance, ihre langfristige Offensivstrategie für Gesamtdeutschland allmählich durchzusetzen. Die Interpretation der Noten wird noch deutlicher zeigen, daß sie diese beiden Ziele erreichen wollte. Daher waren die sowjetischen Vorschläge von 1952 nicht nur propagandistisch gemeint, sondern stellten eine substantielle Verhandlungsbasis dar. Die offiziellen Erklärungen der UdSSR und der DDR im Jahre 1952 enthielten nur jenen Teil der Perzeption der internationalen Politik und der Konzeption der eigenen Deutschlandpolitik, der in taktischer Berechnung für die Regierungen und die Öffentlichkeit besonders der westlichen Mächte bestimmt war. Es finden sich darin kaum Hinweise auf jene sicherlich vorhandenen, internen Überlegungen, wie die Führungen beider Staaten die eigene Situation im Frühjahr und Sommer 1952, Kalkül und Ratio ihrer Angebote, ihre subjektive - möglicherweise vorher festgelegte - Konzessionsbereitschaft, vor allem aber die Chance einer Annahme ihrer Vorschläge durch den Westen bzw. die Aussichten von Verhandlungen in Ergänzung und kritischer Korrektur des öffentlich Erklärten tatsächlich analysierten und kritisch beurteilten. Sehr selten nur wird - von außen erkennbar — der Versuch unternommen, die unabdingbaren Grundsätze, die nationale und internationale Machtstruktur der westlichen Welt, die Ziele und Argumente des Gegners in ihrem inneren Zusammenhang adäquat darzustellen, zu verstehen und als zumindest vorläufig gegeben und nur durch beiderseitige, substantielle Konzessionen veränderbar anzusehen. Strategie und Taktik, Argumente und Ziele der eigenen Politik erscheinen in den offiziellen Erklärungen selten als situationsbedingt oder gar als partiell defensive Reaktion auf die Aktivitäten des Gegners. Vor allem aber wird nicht der Grund ihrer vollzogenen oder möglichen Anpassung an das Verhalten und an die Forderungen des Gegenübers in kritischer Abwägung der Zweck-Mittel-Relation des eigenen Vorgehens im einzelnen analysiert und öffentlich diskutiert. Aus dem Fehlen solcher Überlegungen in den offiziellen Erklärungen und deren häufig sehr aggressiven und fordernden Charakter konnte jedoch keineswegs der Schluß gezogen werden, die UdSSR und die DDR seien nicht zu ernsthaften Verhandlungen oder zu keinerlei Konzessionen bereit oder gar von vornherein weder fähig noch interessiert, einen kurz- oder mittelfristig dauerhaften, partiellen Interessenausgleich mit dem Westen zu erreichen. Auch wenn eine negative Antwort der westlichen Mächte beim damaligen Stand ihrer Integrationsbemühungen in Westeuropa wahrscheinlich war, so gibt es dennoch keinerlei Beweise für die Ansicht, die UdSSR habe von vornherein nicht mit der Annahme ihrer Vorschläge oder auch nur mit dem Beginn von Verhandlungen gerechnet. Die Vorschläge des Jahres 1952 mußten im Selbstverständnis der sowjetischen Führung keineswegs nur als „Scheinofferten“ oder als vorwiegend an die Massen in Westeuropa, besonders in der BRD, gerichtete, publizistische Kampfappelle gelten.



Die wiederholten Beteuerungen der UdSSR und der DDR, sie seien zu ernsthaften Verhandlungen bereit, mußten von den westlichen Regierungen zwar mit Skepsis aufgenommen werden; doch machten die außenpolitische Situation und die Interessenlage der UdSSR, wie wir gesehen haben, eine Bereitschaft zur Verständigung durchaus wahrscheinlich; und die Sprache der Noten, insbesondere der vom 10. März und vom 9. April, widerlegte diese Annahme nicht, sondern unterstützte sie eher. Die Art, wie diese beiden Noten formuliert waren, entsprach in ihrer Taktik genau den Absichten der sowjetischen Deutschlandpolitik in dieser Situation. Sie erörterten umfassend alle wichtigen Fragen in Grundzügen. Sie waren konkret genug, um die Verhandlungsbereitschaft des Partners zu wecken; aber nicht zu konkret, um selbst noch Spielraum für Verhandlungen zu behalten. Sie waren zugleich propagandistisch wirksam genug, um breite Massen politisch-emotional mobilisieren zu können; aber in den Formulierungen unbestimmt genug, um sich - beim Wort genommen - nicht selbst desavouieren zu müssen.

Die UdSSR - das ist eine weitere wichtige These - verfolgte also mit ihrer Deutschlandinitiative nicht ein einziges, begrenztes Ziel, sondern eine Reihe von defensiven und offensiven Zielen, die sich am besten auf einer Skala darstellen lassen, die mit den Minimalzielen beginnt und den Maximalzielen endet:

- Propagandistische Wirkungen (Mobilisierung von Massen gegen die Politik der Westmächte; Verbesserung des eigenen internationalen Prestiges; Aufwertung der DDR)
- Verzögerung und Obstruktion der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Integration in Westeuropa unter der Führung der USA
- Entlastung, Ruhe und kommerzielle Vorteile für den Wiederaufbau, die wirtschaftliche Weiterentwicklung und Integration des Ostblocks, besonders der UdSSR
- Erhöhung der inneren Gegensätze und Spannungen des kapitalistischen Staatensystems und dessen Schwächung
- Herausbrechen der BRD aus dem Westblock durch eine für die UdSSR vorteilhafte Neubestimmung des Status Gesamtdeutschlands mit dem Maximalziel einer sozialistischen Revolutionierung und Einbeziehung Gesamtdeutschlands in den Ostblock.

Die hier entwickelte Argumentation, insbesondere die Thesen über die Ziele und Absichten der UdSSR bedürfen nun einer noch besseren Fundierung und einer Präzisierung durch eine ausführliche Interpretation der sowjetischen Vorschläge. Zwar ist die Frage, ob die Sowjetunion im Frühjahr 1952 auch und gerade an Verhandlungen und einem - noch näher zu definierenden - Interessenausgleich in Europa interessiert war, schon aus den genannten Gründen (vorherrschende Defensivstrategie in Europa, bedrohliche Situation im Frühjahr 1952, Interesse an vorteilhafter Veränderung des Status quo) zu

bejahen. Ein solches Interesse war aber auch ebensosehr begründet in den Vorteilen und Chancen, die sich für die UdSSR bei Annahme ihrer Vorschläge für die Regelung der deutschen Frage ergeben hätten.

Die bisherige Analyse bezog sich vor allem auf die allgemeinen Voraussetzungen und die wichtigsten Faktoren, die Inhalt und Absicht, Perzeption und Konzeption der sowjetischen Deutschlandpolitik bestimmten. Diese war zugleich abhängige Variable und wesentlicher Bestandteil einer neuen, ambivalent kombinierten Defensiv- und Offensivstrategie der UdSSR in Europa im Jahre 1952. Die Interpretation und Beurteilung der Vorschläge der UdSSR und der DDR zur Lösung der deutschen Frage ist in erheblichem Maße abhängig von der bisherigen Analyse und Bewertung der allgemeinen Situation, der Interessenlage und des Gewichts der einzelnen Determinanten der sowjetischen Deutschlandpolitik insbesondere im Frühjahr und Sommer 1952. Die zu Beginn dieses Abschnitts formulierte, noch weiter zu verifizierende, zentrale These sollte somit zugleich den Rahmen und die Richtung für die folgende Interpretation angeben; diese soll im einzelnen klären, inwieweit die UdSSR ihre frühere Verhandlungsbasis revidiert hatte, zu welchen Konzessionen sie eventuell bereit war, mit welchen Formulierungen sie welche Ziele verfolgte, wie sie sich eine politische Neuordnung in Mitteleuropa vorstellte, und schließlich worin Substanz und Ambivalenz dieser Vorschläge bestanden.

#### IV. DIE VORSCHLÄGE DER UdSSR UND DER DDR ZUR LÖSUNG DER DEUTSCHEN FRAGE

Nachdem sich eine baldige Einigung der westlichen Mächte über den EVG- und den Generalvertrag abzeichnete, mußte die UdSSR sehr schnell ein Angebot unterbreiten, wenn sie noch in die Verhandlungen zwischen den Westmächten und der BRD eingreifen wollte. Bemerkenswert war, daß die UdSSR das historische Datum des 10. März zur Übergabe ihres ersten Verhandlungsangebots wählte. Vielleicht wollte sie damit auf jene Rede Stalins vom 10. März 1939 anspielen, in der er die Westmächte wegen ihrer Appeasement-Politik gegenüber Hitler angriff, die Offenheit der UdSSR nach allen Seiten hin betonte und damit jene deutsch-sowjetische Annäherung atmosphärisch einleitete und andeutete, die schließlich zum Abschluß des Nichtangriffspaktes zwischen beiden Staaten am 23. Aug. 1939 führte. Der Zeitpunkt für diese Initiative war geschickt gewählt zwischen zwei Verhandlungsphasen der westlichen Mächte. Die UdSSR konnte sich so die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit sichern und zugleich eine heftige Diskussion über die Fortführung der westeuropäischen Integration auslösen. Dieses geschickte „timing“ der Noten galt ebenso für die Note vom 9. April und noch stärker für die vom 24. Mai, die zwei bzw. drei Tage vor Unterzeichnung des General- bzw. EVG-Vertrags

übermittelt wurde. Die Zahl der Noten in relativ kurzer Zeit (drei innerhalb von drei Monaten, eine weitere drei Monate später) und die jeweils schnellen Antworten auf die Noten der Westmächte (nach 45 bzw. 11 bzw. 43 Tagen) verdeutlichten die Intensität der sowjetischen Bemühungen, die sich nun vor allem in den Noten selber durch wiederholtes, betontes Drängen auf den sofortigen Beginn von Viermächteverhandlungen zeigte. „Unverzüglich“ und „in kürzester Frist“ solle der Westen „der Bitte um Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland“ entsprechen, forderte die UdSSR am 10. März 1952<sup>134</sup>. Und später war von der „schnellstmöglichen Bildung einer gesamtdeutschen... Regierung“ und der Durchführung von „Wahlen in kürzester Zeit“ die Rede<sup>135</sup>. Da die Zeit drängte, wenn die UdSSR sich nicht vor vollendete Tatsachen gestellt sehen wollte, mußten möglichst bald die ersten Schritte des von ihr vorgeschlagenen Verfahrens getan werden, das eine Einigung der vier Mächte über die von der Sowjetunion vorgeschlagene Alternative für die politische Entwicklung Deutschlands herbeiführen sollte.

### *1. Das Verfahren für die Wiedervereinigung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages*

#### a) Vorspiel: Die Scheininitiative der DDR

Am 13. Febr. 1952 beschloß die Volkskammer der DDR, ein Schreiben an die vier Großmächte zu richten mit der Bitte um den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland<sup>136</sup>. Der Friedensvertrag sollte danach die Spaltung Deutschlands beenden, das Wiederentstehen des deutschen Militarismus verhindern, „einen einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Staat“ des deutschen Volkes schaffen und den Frieden in Europa sichern.

Allein die Regierung der UdSSR übermittelte am 20. Febr. 1952 eine Antwort. Darin stellte sie sich vorbehaltlos hinter die Auffassung der DDR, „daß der unverzügliche Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland in Übereinstimmung mit den Potsdamer Beschlüssen und unter Teilnahme Deutschlands notwendig ist“<sup>137</sup>.

Allein die Tatsachen, daß die UdSSR bereits knapp drei Wochen später einen wohldurchdachten Entwurf eines Friedensvertrages vorlegte und daß die DDR-Führung faktisch der UdSSR-Führung unterstellt war, machten es mehr als wahrscheinlich, daß es sich bei der DDR-Initiative um ein vorher abgesprochenes Spiel mit verteilten Rollen handelte. Die DDR sollte als besorgter, aktiver Anwalt der „nationalen Interessen des deutschen Volkes“ und „des Friedens in Europa“ erscheinen, während die UdSSR als hochherziger Freund des deutschen Volkes und als verständigungsbereiter Friedens-

Stifter in Europa gelten wollte. Der Briefwechsel war nicht mehr als ein Schein-Dialog, eine von der UdSSR selbstinszenierte Ouverture, um propagandistisch für sich und ihren Juniorpartner Prestige und Aufmerksamkeit zu gewinnen für die entscheidende Initiative vom 10. März 1952.

b) Rechtsgrundlagen: Potsdamer Abkommen und Viermächtekontrolle

In den sowjetischen Vorschlägen wurde das Potsdamer Abkommen immer wieder als allein gültige, politisch-rechtliche Grundlage für die Lösung der deutschen Frage bezeichnet<sup>138</sup>.

Zunächst wurde daraus abgeleitet, daß „nur die vier Großmächte befugt“ sind, „Kontroll-“ oder „Besatzungsfunktionen“ „in Deutschland“ auszuüben<sup>139</sup>. Damit wollte sich die UdSSR ein Mitspracherecht in allen ganz Deutschland betreffenden Fragen sichern, auch nachdem die unmittelbare Besatzungsherrschaft nach Konstituierung der beiden deutschen Staaten beendet war und sich die Befugnisse der vier alliierten Hochkommissare nur jeweils auf ihre Zone beschränkten. Weiterhin bestand die UdSSR darauf, daß auch in Westdeutschland das Potsdamer Abkommen konsequent durchgeführt werde, auch wenn sie diese Forderung nicht unmittelbar durchsetzen konnte. Das Potsdamer Abkommen, insbesondere seine Beschlüsse zur Entmilitarisierung und Demokratisierung, wurde von der UdSSR als Grundlage für die gegenwärtige wie für die zukünftige Behandlung Deutschlands bis zum Abschluß eines Friedensvertrages angesehen<sup>140</sup>. Es lege die Grenzen Deutschlands endgültig fest. Es liefere materielle Grundsätze für die innere Ordnung Deutschlands, an die die Regierungen der DDR und der BRD nur indirekt, eine künftige gesamtdeutsche Regierung jedoch direkt<sup>141</sup> gebunden seien. „Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands kann keine andere Rechtsgrundlage haben als das Potsdamer Abkommen“.<sup>142</sup>

Die politische und rechtliche Berufung auf das Potsdamer Abkommen und dessen Interpretation boten der UdSSR und der DDR die Möglichkeit, die Westmächte, die BRD und ihre Politik der Westintegration und der Wiederaufrüstung der BRD propagandistisch wirkungsvoll als Vertragsbruch hinzustellen. Das Potsdamer Abkommen mit seinen dilatorischen Formelkompromissen sollte der UdSSR aber vor allem die formale und materielle Mitbestimmung in ganz Deutschland sichern, insbesondere im Falle einer umfassenden Regelung der deutschen Frage.

c) Die Reihenfolge der Schritte zur Wiedervereinigung Deutschlands

Zunächst jedoch mußte man sich über das Verfahren einer Regelung der deutschen Frage einigen. Wir betrachten zunächst das Verfahren für die Wiedervereinigung Deutschlands, insbesondere für die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung durch freie Wahlen in ganz Deutschland; dann das Ver-

fahren für die Ausarbeitung und den Abschluß eines Friedensvertrages und schließlich die Art der Verschränkung beider Verfahren in ihrer politischen Problematik. Dabei sind zwei wichtige Aspekte der Praxis der sowjetischen Deutschlandpolitik zu behandeln:

1. Die Funktion der Regelung des Verhältnisses von Viermächteverantwortung und Selbstverständigung der Deutschen in den Verfahrensvorschlägen der DDR und der UdSSR für die Strategie und Taktik der sowjetischen Deutschlandpolitik. (Da sich diese Problematik durch alle Vorschläge hindurchzieht, wird sie erst zum Schluß in einem zusammenfassenden Überblick erörtert. Zuvor werden die Verfahrensvorschläge meist nur referiert; es wird jedoch noch nicht ihre taktische Funktion analysiert.)
2. Das Problem, wie der Sowjetunion der glaubwürdige Nachweis gelingen konnte, daß „freie, gesamtdeutsche, demokratische Wahlen“ mit einer ihren Interessen entsprechenden Regelung des innen- und außenpolitischen Status eines wiedervereinigten Deutschland vereinbar waren. (Diese Problematik ist im Zusammenhang mit der Frage freier Wahlen zu erörtern.)

Die Vorschläge der UdSSR und der DDR unterschieden im ganzen drei „Verhandlungs- und Entscheidungsebenen“:

1. Verhandlungen zwischen Vertretern der BRD und der DDR und aus diesen zusammengesetzte Organe.
2. Verhandlungen zwischen Vertretern der USA, der UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs und aus diesen zusammengesetzte Organe.
3. Die Friedenskonferenz unter Beteiligung aller interessierten Staaten zur endgültigen Beratung und Annahme des Friedensvertrages<sup>143</sup>.

Die sowjetischen Deutschlandnoten sahen folgende Schritte auf dem Wege zur Wiedervereinigung vor:

1. Einigung der vier Großmächte über Einberufung und Tagesordnung einer Viermächtekonferenz.

Die Teilschritte 2 a und 2 b sowie die unter Punkt 2 a und 3.-7. genannten Schritte erfolgen zeitlich parallel zueinander.

2. a) Verhandlungen der vier Mächte über den Entwurf eines Friedensvertrages mit den wesentlichen materiellen Bestimmungen für den Status eines wiedervereinigten Deutschland unter Beteiligung deutscher Vertreter.
- b) Die vier Mächte einigen sich über Verfahrens- und Sachprobleme der Schritte 3.-7. und ergreifen die erforderlichen Maßnahmen zu ihrer Einleitung.

- 3 Nach der Festlegung ihrer Aufgaben, ihrer Befugnisse, ihrer Zusammensetzung und ihrer Arbeitsweise Bildung einer Kommission zur Prüfung der Frage, ob in ganz Deutschland die Voraussetzungen für freie, gesamtdeutsche Wahlen gegeben sind.
4. Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen und Konstituierung einer Deutschen Nationalversammlung.
5. Bildung einer gesamtdeutschen Regierung.
6. Soweit nicht schon in Verbindung mit den Wahlen erfolgt: Maßnahmen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.
7. Mitberatung, Unterzeichnung und Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland durch die zuständigen gesamtdeutschen Organe.
8. Inkrafttreten der Bestimmungen des Friedensvertrages für das wiedervereinigte Deutschland. «J

Die Vorschläge der UdSSR und der DDR enthielten noch eine Reihe weiterer Präzisierungen der Reihenfolge der Schritte zur Wiedervereinigung. Am 14. März 1952 erklärte der Ministerpräsident der DDR, seine Regierung erhalte nach wie vor ihren Vorschlag vom 15. Sept. 1951 zur Bildung einer „gesamtdeutschen Beratung“ vor der Abhaltung freier Wahlen aufrecht<sup>144</sup>. In der gleichen Rede erklärte O. Grotewohl ferner: „Man kann keinen Friedensvertrag mit Deutschland abschließen, ohne die Einheit Deutschlands wieder hergestellt zu haben“.<sup>145</sup> Allerdings blieb hier offen, wie diese Einheit im einzelnen beschaffen sein sollte, und welche Bedingungen im einzelnen impliziert waren. Schließlich machten die UdSSR und die DDR unmißverständlich klar, daß sie erfolgreiche Verhandlungen über einen Friedensvertrag auch *vor* Bildung einer gesamtdeutschen Regierung wünschten<sup>146</sup>.

#### d) Die Tagesordnung für eine Viermächtekonferenz

Zunächst sollten sich die vier Großmächte in einem Notenwechsel über die Einberufung einer Viermächtekonferenz und ihre Tagesordnung einigen. Aus den Deutschlandnoten der UdSSR ergab sich folgender Vorschlag für die Tagesordnung einer Viermächtekonferenz:

1. „Vorbereitung des Entwurfs eines Friedensvertrages“<sup>147</sup> mit Deutschland „unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung“<sup>148</sup>.
2. Wahrscheinlich gleichzeitig:
  - a) „Erörterung der Frage der Vereinigung Deutschlands und der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung“.<sup>149</sup>
  - b) Einigung über den Verfahrensmodus für die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung.

In ihrer 1. Deutschlandnote schlug die UdSSR die Prüfung der „Frage der Bedingungen“ vor, „die die schleunigste Bildung einer gesamtdeutschen, den

Willen des deutschen Volkes ausdrückenden Regierung fördern"<sup>150</sup>. In Ergänzung dazu sahen die 2. und 3. Deutschlandnote der UdSSR vor, daß auch die „Frage der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen“<sup>151</sup> einschließlich der Frage der „Zusammensetzung, Aufgaben und Vollmachten einer Kommission“<sup>152</sup> zur Untersuchung der Voraussetzungen freier, gesamtdeutscher Wahlen erörtert werden sollte.

3. Nur in ihrer 4. Deutschlandnote nannte die UdSSR als letzten Tagesordnungspunkt die Erörterung der „Frage des Termins für den Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland“<sup>153</sup>.

Vertreter der DDR schlugen am 20. Sept. 1952 - sicher nicht ohne vorherige Zustimmung der UdSSR - vor, die Viermächtekonferenz solle drei Kommissionen bilden, die gleichzeitig über den Friedensvertrag, die Wiedervereinigung und freie Wahlen verhandeln könnten. Der Streit über die Reihenfolge der Punkte werde so gegenstandslos<sup>154</sup>.

Die UdSSR legte zum erstenmal in ihrer vierten Deutschlandnote eine als solche formulierte, in der Reihenfolge der Punkte klar fixierte Tagesordnung einer Viermächtekonferenz vor, die im wesentlichen jedoch keine Verhärtung des sowjetischen Standpunkts mit sich brachte<sup>155</sup>.

Aber nicht so sehr die Festlegung der Tagesordnung für eine Viermächtekonferenz und die Reihenfolge der Schritte zur Wiedervereinigung selbst verhinderten eine Einigung der Großmächte. Es waren vielmehr die Modalitäten, Garantien und Risiken freier Wahlen, an denen eine Verständigung zunächst scheiterte.

## e) Freie, gesamtdeutsche Wahlen

### aa) Das politische Problem

Freie gesamtdeutsche Wahlen als erster Schritt zur Wiedervereinigung waren von der UdSSR offenbar erst unter dem Druck der westlichen Forderungen zugestanden worden - zuerst am 15. Sept. 1951<sup>156</sup>, dann erneut in der 2. (nicht in der 1.!) Deutschlandnote vom 9. April 1952. Was diese - zunächst ja nur verbale - Konzession tatsächlich bedeutete, ließ sich nur an der sowjetischen Antwort auf die Kernfrage dieses Problems überprüfen: unter welchen Bedingungen und für welche politischen Alternativen konnte sich die Bevölkerung in der BRD und der DDR frei entscheiden? Wieweit sollte die Freiheit der Deutschen nach sowjetischer Auffassung gehen?

Die Sowjetunion verfügte im wesentlichen über zwei Möglichkeiten, um ihre Ziele gegenüber einem möglicherweise abweichenden Willen des deutschen Volkes durchzusetzen: die Einflußnahme auf die gesamtdeutschen Wahlen und die Mitbestimmung über den innen- und außenpolitischen Handlungsspielraum einer gesamtdeutschen Regierung. Die außenpolitische Praxis der UdSSR mußte also Antwort geben auf die beiden folgenden Fragen:

1. Wie können wir die Bedingungen, das Verfahren und den Ausgang der Wahlen so beeinflussen, daß ein unseren Interessen minimal entsprechendes Ergebnis gesichert ist?
2. Welche Verpflichtungen mit welchen Sanktionsmöglichkeiten für die Vertragspartner muß eine gesamtdeutsche Regierung übernehmen, damit ein unseren Interessen minimal entsprechendes Verhalten gesichert ist?

Als Maxime für die Sowjetunion ergab sich der Korrelationssatz: Je begrenzter der Handlungsspielraum der gesamtdeutschen Regierung, desto freier können die Wahlbedingungen sein; je unkontrollierbarer das Wahlergebnis, desto mehr Verpflichtungen muß die zukünftige Regierung übernehmen.

Eine der Hauptfragen lautete weiter, ob, inwieweit und unter welchen Bedingungen die UdSSR bereit war, das sozialistische System der DDR, die Herrschaft der SED wie der SKKD wenigstens teilweise zur Disposition zu stellen. Schon die Vorbereitung und Durchführung einer freien Wahl hätte erhebliche, zumindest kurzfristige, liberalisierende Veränderungen im politischen System der DDR erfordert - mit unübersehbaren Folgen und Risiken für das System und nicht ohne dauernde Auseinandersetzungen mit den Kontrollorganen. Vor allem aber konnte die Sowjetunion nicht damit rechnen, daß sich das deutsche Volk in freier Wahl mehrheitlich für die SED/KPD entscheiden würde. Ob die SED/KPD über einen Minderheitsanteil von ca. 20 % der Stimmen hinauskommen würden, ob die SPD allein oder zusammen mit der SED/KPD die Mehrheit der Stimmen erhalten würde, und schließlich ob die SPD zu einer Koalition mit der SED/KPD oder gar zu einer partiellen Neuorientierung ihrer Politik i. S. der sowjetischen Interessen bereit war - das waren offene Fragen, die auf die Risiken freier Wahlen für die UdSSR hingenwiesen.

Die Sowjetunion war - wie wir gesehen haben — seit 1951 verstärkt und primär an einer für sie günstigen Regelung des militärischen und außenpolitischen Status Gesamtdeutschlands interessiert. Auf Grund der bedrohlich gewordenen Situation des Frühjahrs 1952 traten für sie nun die macht- und sicherheitspolitischen Gesichtspunkte der Deutschlandfrage noch mehr in den Vordergrund. Es ist eine wichtige These dieser Untersuchung, daß die UdSSR in ihren Vorschlägen von 1952 deutlich die Tendenz erkennen ließ, gegen eine für sie vorteilhafte Regelung des militärischen und außenpolitischen Status Gesamtdeutschlands, d.h. gegen die Garantie der Neutralisierung dieses Machtpotentials, größere, in ihrem Umfang noch genauer zu bestimmende Konzessionen in Bezug auf die Abhaltung freier Wahlen und die demokratische, innere Ordnung Gesamtdeutschlands in Aussicht zu stellen als noch im Jahr zuvor. Gerade weil sich noch im Herbst 1951 der Abschluß des EVG-Vertrages und des Generalvertrages keineswegs sicher abzeichnete, veranlaßte die überraschend schnelle Einigung der westlichen Staaten im Februar 1952 die



Sowjetunion wenig später zu einem Angebot, das den Deutschen ihre nationalen und demokratischen Ziele nun erreichbarer erscheinen lassen und zugleich die unter ihnen ohnehin umstrittene Wiederbewaffnung und Westintegration verhindern sollte. Eine gewiß ungesicherte, außenpolitisch nicht unproblematische Mittelstellung Deutschlands zwischen den Blöcken, aber scheinbar außerhalb des spannungsreichen Ost-West-Konflikts, so mochten die Sowjets rechnen, müßte für die Deutschen attraktiver sein als die Fortdauer der Spaltung und der Unzufriedenheit von mindestens 17 Millionen Deutschen. Zugleich aber hätte die UdSSR auf diese Weise einen wesentlichen Teil der bereits definierten Ziele ihrer gesamteuropäischen Defensivstrategie erreicht. Für eine dynamische und geschickte Außenpolitik der UdSSR boten sich mit der Neutralisierung Deutschlands kurz- und mittelfristig überdies Vorteile aus einer wirtschaftlichen und vielleicht auch politischen Zusammenarbeit, langfristig aber auch günstige Chancen für eine allmähliche Veränderung des Mächtegleichgewichts in Mitteleuropa.

Diese Aussichten wogen die notwendigen Konzessionen im Bereich freier Wahlen und innerer Demokratie für das deutsche Volk auf. Das situationsbedingte Interesse ebenso wie die notwendig vorherrschende Defensivstrategie legten der UdSSR also eine solche kompensatorische Festsetzung der Prioritäten und Bereiche der Konzessionsbereitschaft nahe. Wir werden versuchen, diese These weiter zu verifizieren, indem wir durch eine Interpretation der sowjetischen Vorschläge zunächst zum Problem der freien Wahlen Grenzen und Möglichkeiten der Deutschlandpolitik der UdSSR näher zu bestimmen versuchen.

#### bb) Einigung über die Modalitäten — Probleme einer „gesamtdeutschen Beratung“

Aus der Darstellung der von der UdSSR vorgeschlagenen Reihenfolge der Schritte zur Wiedervereinigung ging hervor, daß auf zwei „Ebenen“ über die Modalitäten freier gesamtdeutscher Wahlen verhandelt werden sollte: erstens auf der Viermächtekonferenz, eventuell in einer besonderen Kommission, und zweitens innerhalb der „gesamtdeutschen Beratung“. Über den ersten Vorschlag fehlen genauere Angaben.

Der am 14. März 1952 wiederholte Vorschlag der DDR vom 15. Sept. 1951 sah die Bildung einer „gesamtdeutschen Beratung“ vor, die sich aus Vertretern (wahrscheinlich der Parlamente) der BRD und der DDR, aber nicht notwendigerweise paritätisch zusammensetzen sollte<sup>157</sup>. Sie sollte „*alle* Fragen ... erörtern, die zur schleunigsten Durchführung gesamtdeutscher Wahlen und damit zur Bildung einer gesamtdeutschen, den Willen des deutschen Volkes ausdrückenden Regierung führen“<sup>158</sup>. (Es ist nicht klar, wenn auch nicht von großer Bedeutung, ob die Aufgaben dieses Organs identisch waren mit zwei anderen von der DDR bzw. der UdSSR angeregten, gesamtdeutschen Organen: einmal

der gesamtdeutschen Kommission zur Ausarbeitung eines Wahlgesetzes für ganz Deutschland, für die die DDR am 9. Januar 1952 fünf Vertreter ernannt hatte<sup>159</sup>; zum anderen der gesamtdeutschen Kommission für die Prüfung der Voraussetzungen freier Wahlen in ganz Deutschland<sup>160</sup>; für erstere ist es sehr •wahrscheinlich.)

Die politisch-institutionelle Problematik solcher gesamtdeutscher Gespräche •wird unter allgemeinen Aspekten später zu behandeln sein. Hier sei nur auf mögliche Auswirkungen solcher Vorverhandlungen für die Abhaltung freier gesamtdeutscher Wahlen hingewiesen:

Ausgestattet mit einem jederzeit anwendbaren Vetorecht bot eine „gesamtdeutsche Beratung“ der DDR die Chance, erheblichen Einfluß auf die Bedingungen freier Wahlen, also auf eine wichtige Vorentscheidung über die innere Ordnung des wiedervereinigten Deutschland zu nehmen. Hier wurde eine Taktik sichtbar, die sich in beinahe allen Vorschlägen der DDR nachweisen läßt: durch die Bildung gesamtdeutscher Gremien, die sich aus Vertretern der bestehenden Regierungen bzw. Parlamente der beiden deutschen Staaten zusammensetzten, die Verhältnisse in *ganz* Deutschland so zu präformieren, daß eine den Interessen der UdSSR und der DDR nicht minimal entsprechende Teilregelung der deutschen Frage durch freie Wahlen verhindert werden konnte.

#### cc) Prüfung der Voraussetzungen: Aufgaben, Befugnisse und Zusammensetzung einer Prüfungskommission

Die Großmächte waren sich im Verlaufe ihres Notenwechsels einig, daß auf einer Viermächtekonferenz die Frage der „Zusammensetzung, Aufgaben und Vollmachten“ einer „Kommission zur Untersuchung der Bedingungen für die Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland“ erörtert werden sollte. Ihre „erste Aufgabe“ sollte nach sowjetischer Auffassung „selbstverständlich“ darin bestehen, „zu prüfen, inwieweit jene Beschlüsse der Potsdamer Konferenz durchgeführt werden, deren Verwirklichung die Vorbedingung für wirklich freie gesamtdeutsche Wahlen und für die Schaffung einer gesamtdeutschen, dem Willen des deutschen Volkes entsprechenden Regierung darstellt“<sup>161</sup>. Zu jenen Beschlüssen zählte die UdSSR

1. den Beschluß über die Entmilitarisierung Deutschlands, der das Wiedererstehen des deutschen Militarismus verhindern sollte;
2. den Beschluß über die politischen Grundsätze für Deutschland, der die Auflösung der NSDAP und das Verbot aller nazistischen Organisationen vorsah und „jegliche nazistische und militaristische Tätigkeit oder Propaganda ... unterbinden“ sollte;
3. den Beschluß, „Vorbereitungen für die endgültige Umgestaltung des poli-

tischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage und für eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben zu treffen" <sup>162</sup>.

Die UdSSR und die DDR waren der Auffassung, daß die Potsdamer Beschlüsse in der DDR verwirklicht seien<sup>163</sup>. In der BRD dagegen seien diese Beschlüsse „immer noch nicht durchgeführt“<sup>164</sup>; vielmehr verstoße man mit der geplanten Remilitarisierung und mit dem Abschluß des Generalvertrages absichtlich gegen das Potsdamer Abkommen<sup>165</sup>. Ganz deutlich wurde hier die sowjetische Absicht, noch vor den Wahlen die politisch-gesellschaftliche Ordnung der BRD so umzugestalten, daß das Wahlergebnis erheblich beeinflusst und die innere Ordnung Gesamtdeutschlands teilweise präjudiziert worden wäre. Doch es blieb unklar, in welchem Umfang sie eine „Demokratisierung“ der BRD *vor* den Wahlen forderten. Auch war nicht ersichtlich, mit welchem Nachdruck sie auf dieser Forderung beharren würden und ob sie als einseitige Vorleistung des Westens gedacht war. Es blieb auch unklar, ob die vorgesehene Prüfungskommission nur die Voraussetzungen freier Wahlen *prüfen* oder eventuell auch *schaffen* und sogar ihre Aufrechterhaltung während der Wahl *garantieren* sollte<sup>166</sup>. Die UdSSR und die DDR hätten für die Durchführung freier Wahlen wahrscheinlich die Minimalforderung erhoben, daß die „großen Monopole“ keinen „Druck“ ausüben, wie sie es 1954 formulierten<sup>167</sup>. Vermutlich sollte die „Demokratisierung“ der BRD vor freien Wahlen nur soweit gehen, daß eine freie Betätigung aller sozialistisch/kommunistisch orientierten Gruppen gewährleistet war. Darüber hinaus wollte die UdSSR offenbar versuchen, freie Wahlen zu einem Handelsobjekt zu machen, d. h. sie wollte sie nur dann zulassen, wenn die westlichen Mächte ihre Pläne zur Wiederaufrüstung und Integration der BRD aufgäben. Doch blieben diese Vorbedingungen auffallend unbestimmt und wurden nur selten und ohne besondere Hervorhebung erwähnt<sup>168</sup>. Vor allem aber sind sie nur im Zusammenhang mit der häufig betonten Verständigungsbereitschaft der UdSSR und der DDR zu sehen. Andererseits ist nicht auszuschließen, daß sich hier ein erstes Hindernis für einen Ausgleich mit dem Westen andeutete, das vor allem in dem möglichen Widerspruch zwischen geforderten Vorleistungen und dem von der UdSSR prinzipiell bejahten Selbstbestimmungsrecht der Deutschen bestand.

Umgekehrt aber wollten UdSSR und DDR offensichtlich keine größeren Eingriffe in die bestehende Ordnung der DDR zulassen. Nachdrücklich wurde die Einreise und Untersuchung der Wahlbedingungen in der DDR durch eine neutrale UNO-Kommission mit der schon bekannten Begründung abgelehnt<sup>169</sup>. Es war zu erwarten, daß diese Kommission feststellen würde, die Voraussetzungen für eine demokratische Willensbildung vor und während möglicher freier Wahlen in ganz Deutschland seien in der DDR zumindest

teilweise nicht gegeben. Das hätte der UdSSR und der DDR viel internationales Ansehen gekostet. Die UdSSR unterbreitete statt dessen in ihrer 2. Note vom 9. April 1952 den Vorschlag, „eine Kommission... von den vier in Deutschland Besatzungsfunktionen ausübenden Mächten zu bilden“<sup>170</sup>. Am 24. Mai stellte die UdSSR fest, daß ihr „Vorschlag über die Ernennung einer Kommission für die Durchführung einer solchen Prüfung aufgrund eines Abkommens zwischen den vier Mächten die Objektivität und Unvoreingenommenheit dieser Kommission gewährleistet“<sup>171</sup>. In ihrer 4. Note vom 23. August modifizierte die UdSSR ihren Vorschlag dahingehend, „daß am objektivsten eine mit Zustimmung der vier Mächte von den Deutschen selbst gebildete und aus Deutschen - z. B. aus Vertretern der Volkskammer der DDR und des westdeutschen Bundestages - bestehende Kommission wäre“<sup>172</sup>. Dieser von der DDR schon am 2. Nov. 1951 unterbreitete Vorschlag<sup>173</sup> wurde am 20. Sept. 1952 noch ergänzt durch die Erklärung, die „Regierung der DDR“ sei „jederzeit bereit, dieser Kommission die Durchführung der notwendigen Prüfungen in allen Teilen der DDR zu ermöglichen unter der Voraussetzung, daß der Kommission auch in Westdeutschland die gleichen Möglichkeiten gegeben werden“<sup>174</sup>. Die grundsätzliche Bereitschaft der DDR zu einer Überprüfung verband sich hier mit dem Bestreben, ihre Durchführung und ihr Ergebnis durch die Zusammensetzung der Kommission (Bildung durch die vier Großmächte, Vetorecht der DDR bzw. UdSSR) und die faktisch mögliche Kontrolle ihrer Arbeitsbedingungen zugunsten der eigenen Interessen maßgeblich zu beeinflussen. Dennoch läßt der Wortlaut der Erklärungen der DDR, besonders der Volkskammer-Delegation vom 20. Sept. 1952<sup>175</sup>, durchaus die Interpretation zu, daß die UdSSR wie die DDR ernsthaft an einer baldigen Einigung über die Voraussetzungen und Modalitäten freier Wahlen interessiert waren - allerdings zu bestimmten „demokratischen“ Minimalbedingungen. Auch deutete die bedingte Zustimmung zu einer „internationalen Aufsicht über die Durchführung der gesamtdeutschen Wahlen“ vom 16. Jan. 1955<sup>176</sup> darauf hin, daß in der Frage einer internationalen Kontrollkommission von sowjetischer Seite vielleicht doch Konzessionen möglich waren.

dd) Modalitäten und Garantien freier, gesamtdeutscher Wahlen - die sowjetische Konzessionsbereitschaft

Über die Regelung der Modalitäten freier Wahlen in ganz Deutschland wollte die DDR auf der Grundlage der von der DDR<sup>177</sup> und der BRD<sup>178</sup> vorgelegten Wahlgesetzentwürfe mit Vertretern der BRD entweder in der „gesamtdeutschen Beratung“ oder in einer gesamtdeutschen Wahlgesetzkommission verhandeln. Nach Auffassung der DDR „stimmen diese Entwürfe sogar“ „in vielen grundlegenden Fragen“ überein<sup>179</sup>. Eine Einigung sei durchaus möglich, denn die DDR sei bereit, „eine gesamtdeutsche Nationalversammlung auch nach den Grundsätzen der formalen Demokratie zu wählen“<sup>180</sup>. Der DDR-

Entwurf für ein Wahlgesetz sah tatsächlich eine Reihe rechtsstaatlicher Garantien für freie Wahlen vor: Freiheit der politischen Betätigung aller zugelassenen Parteien, Organisationen und ihrer Kandidaten einschließlich ihrer Agitations-, Informations-, Versammlungs- und Bewegungsfreiheit; volle allgemeine Freizügigkeit in ganz Deutschland ab spätestens 3 Monate vor Wahlbeginn; Wahrung des Wahlgeheimnisses; öffentliche Stimmenauszählung. Die DDR betonte nachdrücklich, daß die volle Betätigungsfreiheit für *alle* demokratischen Organisationen, einschließlich der Vertriebsfreiheit für kommunistische Zeitungen, sowie völlig gleiche Bedingungen in ganz Deutschland gewährleistet sein müßten<sup>181</sup>. Die politischen Parteien, Organisationen und Wählervereinigungen sollten das Recht haben, „unbehelligt ihre Kandidaten aufzustellen“<sup>182</sup>, „gemeinsame Wahlvorschläge aufzustellen“ (Wahlgemeinschaften), „mehrere Wahlvorschläge miteinander“ zu verbinden (Blockbildung)<sup>183</sup> - und zwar auf zentraler Ebene wie auf der des Wahlkreises. Die Vertreter der DDR haben jedoch immer wieder betont, daß die Anerkennung dieser formal-demokratischen Rechtsgarantien allein noch nicht „freie, demokratische Wahlen“ gewährleisten könnten. Auf der Berliner Viererkonferenz präziserte der Außenminister der UdSSR diese Auffassung vom relativen Wert der formalen Prinzipien: „Man darf sich nicht nur einseitig von parlamentarischen Formalitäten und der organisatorisch-technischen Seite dieser Angelegenheit leiten lassen“.<sup>184</sup> Weder der „Faschismus“ noch der „Militarismus“ noch die „Industrie- und Bankmagnaten“ dürften „parlamentarisch-legal“ an die Macht kommen. Das widerspreche dem Selbstbestimmungsrecht und den Interessen des deutschen Volkes. Man dürfe sich nicht allein „auf den Selbstlauf“ und die Garantien des „formalen Konstitutionalismus“ verlassen, sondern müsse durch „Vorbeugungsmaßnahmen“ für die demokratische Struktur des neuen Deutschland sorgen. Eine solche Verpflichtung und Kontrolle widerspreche keineswegs dem Prinzip freier Selbstentscheidung<sup>185</sup>. Ohne die Einflußnahme internationaler Kontrollorgane, der vier Besatzungsmächte und ohne den Druck „der großen Monopole“ sollten „die Deutschen selbst entscheiden, was sie tun müssen, um eine normale demokratische Ordnung sowohl bei der Vorbereitung als auch während der Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zu gewährleisten. Das würde den Prinzipien des Demokratismus entsprechen“<sup>186</sup>. So schlug die DDR 1952 vor, die „gesamtdeutsche Beratung“ solle einen „zentralen Wahlausschuß“ für ganz Deutschland zur „Vorbereitung und Durchführung der Wahlen“ und zur „Feststellung der Wahlergebnisse“ bilden<sup>187</sup>. Deutschland sollte nicht einen einzigen, sondern entsprechend der Zahl seiner Länder siebzehn Wahlkreise, unterteilt in Stimmbezirke, bilden. Jeder dieser Wahlkreise und Stimmbezirke sollte analog einen Wahlausschuß erhalten, der „aus Vertretern der zur Wahl zugelassenen Parteien, Organisationen und Vereinigungen besteht“<sup>188</sup>. Das vorgeschlagene Wahlrecht war ein reines Verhältniswahlrecht (fakultativ Wahlvorschläge nur

für einen oder alle Wahlkreise; zentrale Reststimmenverwertung; pro 60 000 für eine Liste abgegebene Stimmen ein Mandat), dessen technische Regelungen hier im einzelnen nicht interessieren.

Die UdSSR bestand also auf materiellen Garantien für die Schaffung einer „demokratischen und friedliebenden“, gesamtdeutschen Regierung. Eine wichtige Vorentscheidung über die mögliche Zusammensetzung dieser Regierung versuchte die Sowjetunion dadurch zu erreichen, daß sie „faschistische“, „militaristische“ und „revanchistische“ Parteien und Organisationen von der Teilnahme am demokratischen Prozeß vor und nach freien, gesamtdeutschen Wahlen ausschließen wollte. In der ersten Deutschlandnote der UdSSR vom 10. März hieß es dazu: „Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht bestehen.“<sup>189</sup> Die Sowjetunion würde sich also weigern, von ihr als „friedensfeindlich“ und „antidemokratisch“ bezeichneten Parteien und Organisationen die Teilnahme an gesamtdeutschen Wahlen (freie Werbung, Aufstellung von Kandidaten, Erlangung von Parlamentssitzen, Regierungsbeteiligung) zu gestatten.

Zweifellos erlaubten diese sehr vagen Begriffe und Formeln eine beinahe willkürliche und parteipolitische enge Interpretation allein nach politischer Opportunität, wie man sie in der Verbots- und Strafpraxis der DDR häufig beobachten konnte. Auch sprach der „Präzedenzfall“ der interalliierten Verhandlungen über die Bildung einer Gesamtkoreanischen Provisorischen Regierung in den Jahren 1946-1949 nicht für eine flexible Haltung der UdSSR in dieser Frage; denn dort konnte man sich nicht einigen, welche Parteien und Organisationen als „demokratisch“ zu bezeichnen waren, weil die UdSSR beinahe ausschließlich kommunistische oder kommunistenfreundliche Gruppierungen anerkennen wollte<sup>190</sup>. Doch wiesen die politische und die militärische Situation in Korea und der Verlauf der alliierten Verhandlungen im Vergleich zu Deutschland einige wichtige Unterschiede auf. Konnten die in Korea gewonnenen Erfahrungen also nur mit Einschränkungen auf die Verhältnisse in Deutschland angewandt werden, so galt das doch kaum für den Vergleich mit Österreich, wo dieselbe Enge des sowjetischen Sprachgebrauchs zu beobachten war<sup>191</sup>. Und auch in Deutschland gab der bisher übliche Sprachgebrauch der Kommunisten beinahe ausschließlich Hinweise für eine restriktive Auslegung dieser Begriffe. Dennoch wäre es ganz unzureichend, allein von der bisherigen Verwendungsweise her oder auch aufgrund einer historisch-ideologischen Begriffsexegese, durch Auswertung der Analogiefälle und durch empirische Analysen zu versuchen, die in kommunistischer Sicht „noch“ bzw. „nicht mehr“ demokratischen Parteien und Organisationen einzeln bestimmen zu wollen. Denn viel stärker wurden die sowjetischen Vorschläge von - später noch zu erläuternden - strategischen und situationsspezifischen Gesichtspunkten für die Einflußnahme auf die innenpolitische Dynamik des

wiedervereinigten Deutschland bestimmt. Diese Strategie machte keineswegs eine völlige Absicherung der künftigen Alleinherrschaft (oder wohl auch nur der Vorherrschaft) der SED/KPD unbedingt notwendig. Die Formulierungen der Märznote waren vielmehr gerade so gewählt, daß auch nichtkommunistische Parteien und Organisationen von der UdSSR politische Betätigungsfreiheit erhalten konnten. Ein taktischer Kurswechsel gegenüber der bisherigen, engen Definition, eine strategisch kalkulierte Toleranz gegenüber politisch abweichenden Bündnispartnern im Rahmen vorteilhafter globaler Verhandlungsarrangements für Gesamtdeutschland mit gesicherten Minimalgarantien für die sozialistischen Kräfte - diese Möglichkeit war mindestens ebenso sehr in dem sowjetischen Angebot enthalten wie die bisher bekannte Unnachgiebigkeit gegenüber dem Westen, die man dann nur erneut sprachlich-propagandistisch verschleiern wollte.

Geht man einmal hypothetisch von der Flexibilität der UdSSR in dieser Frage aus, so lassen sich weiterhin recht gut begründete Vermutungen darüber anstellen, wen die Kommunisten in einem wiedervereinigten Deutschland für „demokratisch und friedliebend“ hielten, wen sie zulassen und wen sie allenfalls noch dulden würden. Im Sprachgebrauch der KPdSU und der SED galten als „demokratisch und friedliebend“ zunächst und uneingeschränkt die kommunistischen Parteien, die Weltfriedensbewegung und eine Reihe kommunistisch gesteuerter nationaler und internationaler Organisationen der Frauen, der Jugend, der Gewerkschaften etc. Außerdem wurden so auch „fortschrittliche Intellektuelle und Politiker“ in Westdeutschland bezeichnet, z. B. M. Niemöller, H. Wessel, Reichskanzler a. D. J. Wirth, W. Elfes, G. Heinemann und die ihnen nahestehenden Gruppen. Andererseits mußten neofaschistische Parteien, Veteranenvereine und alle anderen nationalkonservativen Vereinigungen mit mehr oder minder starker militärischer und antibolschewistischer Tendenz mit einem sicheren Verbot rechnen<sup>162</sup>.

Aber auch die rechten Flügel und vielleicht auch die Mitte der Parteien der damaligen Regierungskoalition (CDU/CSU, FDP, DP) und die anderen kleinen „bürgerlichen“ Parteien würden wohl aufgrund der kommunistischen Interpretation, als Träger der „antidemokratischen, imperialistischen Politik“ der BRD vom politischen Willensbildungsprozeß ausgeschlossen und entmachtet werden. Der linke Flügel besonders der CDU/CSU, der im wesentlichen Arbeitnehmerinteressen vertrat, mochte von der UdSSR und der DDR als noch integrationsfähig und als ein wichtiger Teil der sozialen Basis der neuen Demokratie angesehen werden. Auch die SPD und die Gewerkschaften waren heftigen Angriffen besonders seitens der DDR ausgesetzt, aber sie wurden zugleich auch als Partner in einer zu schaffenden „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ angesprochen. Ihre Mitgliedschaft bildete das weitaus wichtigste und größte Wählerpotential für die SED/KPD sowie für die mit ihnen verbündeten oder ihnen ideologisch-programmatisch nahestehenden Parteien und Massenorgani-

sationen. Nur ein Bündnis mit der - vielleicht partiell neuorientierten - bisherigen sozialdemokratischen Wählerschaft und mit deren offiziellen Vertretern gab der SED/KPD die Chance, sich in ganz Deutschland wenigstens teilweise durchzusetzen. Das Interesse an einer Einigung mit dem Westen auf der Grundlage der sowjetischen Vorschläge; das dargestellte Maß an wahrscheinlicher Konzessionsbereitschaft bei freien, gesamtdeutschen Wahlen; der gebotene Realismus in der Einschätzung der eigenen Chancen und Kräfte; die in der Bevölkerung, der SPD und den Gewerkschaften weitverbreitete, z. T. sehr grundsätzliche Opposition gegen die Innen- und Außenpolitik der damaligen Bundesregierung; der Glaube an die Einsichtsfähigkeit der „westdeutschen Werktätigen“ und die starke Überzeugtheit von der Qualität und Attraktivität der eigenen Argumente und Vorschläge - alle diese Momente und Gründe, und noch viele andere mehr, machten es unwahrscheinlich, daß die SED-Führung für ein Verbot der SPD, der Gewerkschaften und ihnen nahestehender Organisationen eingetreten wäre. Für diese Interpretation sprach auch die Bereitschaft der KPD/SED, im Rahmen einer „Nationalen Front“ mit beinahe allen eben genannten Kräften zusammenzuarbeiten - zweifellos ein wichtiges Indiz.

Außerdem forderten die SED und die KPD für eine Reihe von sog. Massenorganisationen (Gewerkschaften, Frauen- und Jugendverbände, Vereinigungen der Bauern und der Verfolgten des Nazi-Regimes) nach dem Vorbild der DDR das Recht auf Teilnahme an gesamtdeutschen Wahlen für parlamentarische Vertretungskörperschaften - eine in der nichtkommunistischen Parteien-demokratie unbekannte Einrichtung. Mit der Forderung nach Zulassung scheinbar überparteilicher, spezielle Interessen vertretender Massenorganisationen verfolgte die DDR die Absicht, politisch unerfahrene, stark sozial oder beruflich gebundene Wähler für Kandidaten zu gewinnen, die in Wirklichkeit innerhalb dieser Organisationen oder aber innerhalb von Listenverbindungen dieser Organisationen mit meist sozialistischen Parteien von einem sozialistischen Programm oder sozialistischen Verbands- oder Parteiführungen direkt oder indirekt, offen oder verdeckt abhängig waren. Verschleiende Argumente (bessere Interessenvertretung im pluralistisch-kooperativen System; größere Sachkunde und Erfahrung der Massenorganisationen; Betonung der führenden Rolle der Parteien) konnten die Absicht der SED/KPD kaum verbergen, durch weitgehend von ihnen kontrollierte oder ihnen zumindest nahestehende „Zubringer“-Organisationen die soziale und organisatorische Basis für ihre politischen Bestrebungen in ganz Deutschland zu stärken.

Eine Interpretation dieser Vorschläge, die den in ihnen enthaltenen Spielraum demokratischer Wahlmöglichkeiten auszumachen versucht, wird bei aller Deutlichkeit der sowjetischen Absichten dennoch nicht übersehen dürfen, daß das sowjetische Angebot einen großen Verhandlungs- und Aktionspielraum für die UdSSR enthielt, substantielle Konzessionen ermöglichte und durchaus ambivalent formuliert war.



Weder die UdSSR noch gar die SED-Führung waren bereit, „freie Wahlen“ etwa nach dem Vorbild der Bundestagswahl von 1949 zuzulassen, die sehr wahrscheinlich die Selbstaufgabe des sozialistischen Systems der DDR zur Folge gehabt hätten. Institutionelle Vorkehrungen (Gleichberechtigung und Vetorecht der Kommunisten in allen Gremien, die für die Durchführung freier Wahlen wichtig waren), materiell präjudizierende Bedingungen (Schaffung „demokratischer“ Voraussetzungen in der BRD; Zulassung von Parteien und Organisationen) und die tatsächlichen Machtverhältnisse in der DDR gaben der UdSSR und der DDR vielfältige Möglichkeiten, ein ihren Interessen entsprechendes Wahlergebnis zu erreichen. Es gab keine Möglichkeit, außer durch eine von den Kommunisten abgelehnte, internationale Kontrollbehörde mit weitreichenden Vollmachten, die Vorbereitung und Durchführung freier Wahlen in der DDR effektiv sicherzustellen. Die Wahlkreiseinteilung (Deutschland kein einheitliches Wahlgebiet, sondern in siebzehn [Länder-]Wahlkreise unterteilt) und die möglichen Listenverbindungen, die sogar ein Blocksystem nach dem Vorbild der DDR nicht ausschlossen, hätten es den Kommunisten auch institutionell ermöglicht, in der DDR von der SKKD bzw. der SED weitgehend manipulierte Wahlen zu veranstalten. Folgende aufschlußreiche Information deutet darauf hin, daß diese Absicht keineswegs auszuschließen war:

„Bereits im Zuge der Wiedervereinigungsoffensive der UdSSR im Frühjahr 1952 mußte - nach Angaben geflüchteter Mitarbeiter des sowjetzonalen Außenministeriums (Tagesspiegel am 23. April 1952) - der damalige Außenminister Georg Dertinger (Ost-CDU) auf Veranlassung der SKKD einen Plan ausarbeiten, der eine getrennte Wahl in beiden Teilstaaten für eine gesamtdeutsche Nationalversammlung vorsah, wobei sich in der Sowjetzone die dortigen Blockparteien zur Wahl stellen sollten.“<sup>195</sup>

Ferner wurde die sowjetische Absicht, in der DDR gegebenenfalls Separatwahlen abzuhalten, angedeutet in der Erklärung des Außenministers der UdSSR vom 26. März 1952, die gesamtdeutschen Wahlen sollten „unmittelbar von den beiden deutschen Regierungen unter Mitwirkung der Okkupationsmächte organisiert werden“<sup>196</sup>. Man kann vermuten, daß die Kommunisten beabsichtigten, in jedem Falle einen weit über der absoluten Mehrheit liegenden Anteil der Wählerstimmen in den fünf Wahlkreisen der DDR zu erhalten, um so einen gesicherten Mindestanteil der Sitze in der Deutschen Nationalversammlung zu erhalten. Ohne daß wir uns hier in gewagte Hypothesen über die Wahlsoziologie und das wahrscheinliche Wählerverhalten unter nicht zu definierenden Bedingungen freier, gesamtdeutscher Wahlen verlieren, kann man wohl doch sagen, daß die SED/KPD und ihre Verbündeten wohl kaum die absolute Mehrheit der Sitze in einer Deutschen Nationalversammlung erhalten hätten, selbst wenn wir die von uns angenommene Restriktion bei der Zulassung von Parteien und Organisationen zugrunde legen. Und selbst wenn außerdem die Wahlen in der DDR manipuliert worden wären und auch wenn wir die Durchführung jener von der UdSSR geforderten Maßnahmen

voraussetzen, die die Minimalbedingungen „freier, demokratischer Wahlen“ in der BRD gewährleisten sollten, so wären die Kommunisten auch in diesen „beschränkt freien und demokratischen“ Wahlen wohl doch majorisiert worden durch die nicht-kommunistischen Stimmen vor allem der Bevölkerung der BRD, deren Einwohnerzahl ungefähr dreimal so groß war wie die der DDR.

Auch wenn wir nicht wissen, wie die UdSSR und die DDR das Problem der Majorisierung für sich lösen wollten, müssen wir aufgrund unserer Kenntnis der allgemeinen Ziele der sowjetischen Außen- und Deutschlandpolitik folgendes annehmen: Trotz der offensichtlichen Schwierigkeiten einer Realisierung strebte die Sowjetunion wohl als Maximalziel an, daß die Kommunisten oder eine von ihnen geführte Koalitionsregierung aufgrund oben als „beschränkt frei und demokratisch“ bezeichneter Wahlen die Vorherrschaft in ganz Deutschland erlangten oder doch ein zumindest faktisches Vetorecht und weitgehende Mitbestimmung in allen wichtigen, innen- und außenpolitischen Fragen des wiedervereinigten Deutschland erhielten. Die DDR-Führung glaubte offenbar, daß bei einer vorherigen „Teil-Demokratisierung“ der BRD die „antidemokratischen“ Richtungen der „Großbourgeoisie“ und des „Neo-Nazismus“ von vornherein einen großen Teil ihres Rückhaltes und ihren Einfluß verlieren würden. Die in der Bevölkerung Westdeutschlands weit verbreitete Abneigung gegen die Remilitarisierung der BRD und die Perpetuierung der deutschen Teilung war ein durchaus erfolgversprechender Ansatzpunkt sozialistischer Wahlpropaganda. Und vielleicht war der mehrfach geäußerte Glaube der SED-Führung, die Mehrheit der - bloß unterdrückten - Volksmassen Westdeutschlands sei in Wahrheit gegen die von der Regierung Adenauer eingeschlagene Politik, doch etwas mehr als bloßer Zweckoptimismus<sup>195</sup>.

Aber was möglich war und als Maximalziel erreicht werden sollte, mußte keineswegs eine unabdingbare Forderung der Sowjetunion sein bzw. uneingeschränkt durchgeführt werden. Vielmehr waren gerade in der Frage der freien, gesamtdeutschen Wahlen (d. h. ihrer Voraussetzungen, Modalitäten und Garantien) sowie in der sowjetischen Haltung gegenüber nichtkommunistischen Parteien und Organisationen und deren Erfolgchancen substantielle Konzessionen der UdSSR durchaus möglich und in vielfacher Hinsicht mindestens ebenso wahrscheinlich wie eine im Westen meist unterstellte, unnachgiebige Haltung.

Die institutionellen, machtpolitischen und materiellen Garantien und Chancen für eine effektive Gewährleistung der sowjetischen Interessen in Deutschland und die externen Einflußchancen, die die UdSSR bei Annahme einer ganz zu ihren Gunsten konzipierten Neubestimmung des internationalen Status Gesamtdeutschlands erhalten hätte, boten der Sowjetunion und den deutschen Kommunisten auch bei relativ freien Wahlen in ganz Deutschland, die nicht zu einer Vorherrschaft der SED/KPD führten, immer noch so viele Vorteile und

Einflußchancen, daß ihnen hier gegebenenfalls erhebliche Konzessionen nicht schwerfallen würden. Da die Sowjetunion und die SED nach den Wahlen erhebliche Einwirkungsmöglichkeiten behielten, so daß sie eine ihren Interessen nicht minimal entsprechende Politik der gesamtdeutschen Regierung zumindest mittelfristig abwehren bzw. ändern konnten, war es nicht unbedingt notwendig, daß die Kommunisten durch gesamtdeutsche Wahlen die Regierungsgewalt übernahmen. Die Positionen der UdSSR und der SED/KPD würden in Europa bzw. in Deutschland auch durch ein ungünstiges Wahlergebnis nicht so sehr angetastet werden, daß sie nicht auch in einem veränderten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen System in ganz Deutschland noch eine genügend starke Ausgangsbasis bildeten, um die in vielfacher Hinsicht noch unbestimmte innere Ordnung Gesamtdeutschlands sehr wirksam mitzugestalten. Bei voller Betätigungsfreiheit für die Kommunisten und bei Ausschaltung der herrschenden Machtelite der Bourgeoisie konnte den Kommunisten das politische Risiko relativ freier, gesamtdeutscher Wahlen und nachfolgender, dauernder Auseinandersetzungen in einem System, das nicht mehr rein kapitalistisch, aber auch noch nicht sozialistisch, das weder extrem repressiv noch uneingeschränkt tolerant war, durchaus als nicht zu hoch erscheinen. Gewiß wollte die UdSSR die DDR nicht „aufgeben“: aber es konnte auch nicht ausgeschlossen werden, daß sie bereit war, beginnend mit dem Ringen um die Macht in relativ freien, gesamtdeutschen Wahlen die in der DDR und in der BRD vorhandenen sozialistischen Kräfte einer in erheblichem Umfange offenen und „unentschiedenen“, macht- und gesellschaftspolitischen Dynamik auszusetzen, die von der UdSSR noch über längere Zeit effektiv beeinflusst wurde. Freie Wahlen sollten nicht etwa zu einem kapitalistischen, aber auch nicht zu einem von vornherein kommunistischen Gesamtdeutschland nach dem Vorbild der DDR führen. Es sollten vielmehr - von einer vertraglich und machtpolitisch gesicherten, „günstigen“ Grundordnung ausgehend - die Voraussetzungen geschaffen werden für ein „Deutschland auf dem Wege zum Sozialismus“. Im Jahre 1952 brauchten die UdSSR und die SED ein ungünstiges Wahlergebnis auch deshalb keineswegs zu fürchten, weil die Verwirklichung der durchaus klaren Vorstellungen der UdSSR von den Minimalerfordernissen eines „demokratischen, friedliebenden Deutschland“ nicht allein von dem in freien Wahlen geäußerten Mehrheitswillen der Deutschen abhängig war. Vielmehr würde die UdSSR versuchen, ihre Minimalforderungen für eine Demokratisierung ganz Deutschlands, die später noch im einzelnen dargestellt werden, auch in Viermächteverhandlungen oder auf gesamtdeutscher Ebene noch vor Konstituierung einer gesamtdeutschen Regierung durchzusetzen.

Die Interessenlage der UdSSR in Deutschland 1952 war - wie wir gesehen haben - vom Primat außen- und sicherheitspolitischer Zielsetzungen im Rahmen einer auf partiellen Interessenausgleich bedachten, vorwiegend defensiven Strategie der sowjetischen Europapolitik bestimmt. Diese Prioritäten machten

es wahrscheinlich, daß die UdSSR in einem für sie weniger wichtigen Bereich der Verhandlungen, dem freier, gesamtdeutscher Wahlen, zu erheblichen Konzessionen bereit war. Da die Westmächte und die Bundesregierung einer Einigung in dieser Frage entscheidende Bedeutung zumaßen, hätte eine Lösung dieses umstrittenen Problems den angestrebten Interessenausgleich mit dem Westen erheblich erleichtert und westliche Konzessionen wahrscheinlich gemacht; zumindest gerieten die westlichen Mächte, wenn sie diese Angebote zurückwiesen, in eine schwierige Position gegenüber der internationalen und besonders der deutschen Öffentlichkeit.

Was bedeutete es im einzelnen, wenn die Sowjetunion - wie wir meinen - wahrscheinlich bereit war, „relativ freie, gesamtdeutsche Wahlen“ zuzulassen? Die Vorschläge der UdSSR und der DDR enthielten zunächst eine Reihe wichtiger demokratischer Garantien für freie Wahlen, die auch die nichtkommunistischen Parteien für sich in Anspruch nehmen konnten. Gewiß boten Rechtsnormen auf dem Papier keine ausreichende Sicherheit und die Formulierungen konnten gewiß restriktiv ausgelegt werden. Aber mindestens ebenso wahrscheinlich war, daß auch die nichtkommunistischen Parteien - einmal zugelassen - gemäß den von der DDR-Führung anerkannten Grundsätzen der „formalen Demokratie“ begrenzte Betätigungsfreiheit in der DDR und in vollem Umfang in der BRD erhielten. Mehr noch: einmal rechtsgültig vereinbart, war es schwer und nicht ohne größeren Prestigeverlust möglich, zugesagte Freiheiten vor der Weltöffentlichkeit zu sehr zu beschneiden oder gar zu verweigern. Auch bestand die reale Möglichkeit, daß alle von uns genannten Parteien und Organisationen mit Zustimmung der UdSSR zugelassen wurden. Da die Kommunisten wahrscheinlich nicht die absolute Mehrheit in relativ freien, gesamtdeutschen Wahlen erhalten hätten, bedeutete die Konkurrenz und Wahlmöglichkeit zwischen den Parteien und Programmen dieses relativ breiten Spektrums politischer Richtungen, daß die SED/KPD eventuell bereit waren, die Rolle einer Koalitionspartei in einer nichtkommunistisch geführten, gesamtdeutschen Regierung oder gar die Rolle der Oppositionspartei in der Deutschen Nationalversammlung zu übernehmen. Im Jahre 1953 schien die SED diese Möglichkeit nicht auszuschließen<sup>196</sup>. Für bestimmte außen- und sicherheitspolitische Gegenleistungen war die UdSSR wahrscheinlich bereit, den Deutschen ein in seinen Grenzen noch näher zu definierendes, aber sicher weitgehendes Selbstbestimmungsrecht über den zukünftigen Staats- und Gesellschaftsaufbau Deutschlands zu gewähren. In unserer Analyse der sowjetischen Konzeption für die zukünftige innere Ordnung Gesamtdeutschlands werden wir einige wichtige Äußerungen kommunistischer Politiker zu dieser Frage zu interpretieren haben. Sie enthalten zusätzliche Argumente für die hier vertretene Auffassung, daß die UdSSR möglicherweise doch bereit war, sich selbst, den sozialistischen Kräften und der Bevölkerung Westdeutschlands einen langen, nicht ganz risikolosen Weg voller

offener oder latenter Auseinandersetzungen um die Gestalt der deutschen Demokratie zuzumuten. Ein Weg, von dem die UdSSR nicht ohne Grund, aber keineswegs mit Sicherheit annehmen konnte und mußte, daß ihn die Deutschen im Sinne des Sozialismus - etwa nach dem Vorbild der DDR - gehen würden.

#### f) Gesamtdeutsche Organe: Nationalversammlung und Regierung

Freie Wahlen waren der wichtigste Schritt auf dem Wege zur Wiedervereinigung. Aber erst die Bildung gesamtdeutscher Organe in ihrem Gefolge gab die Möglichkeit, den hier bekundeten Willen des deutschen Volkes durch verfaßte Staatsgewalt in die Tat umzusetzen. Auch in diesem Bereich trat das schon behandelte Problem auf, wie das Prinzip der freien Selbstbestimmung mit den von der Sowjetunion geforderten, materiellen Vorentscheidungen für ein „einheitliches, friedliebendes, unabhängiges und demokratisches Deutschland“ zu vereinbaren war.

Außer dem Verfahren zu ihrer Konstituierung<sup>197</sup> konnte man den Vorschlägen der DDR nur entnehmen, daß die Nationalversammlung zwei Aufgaben erfüllen sollte: 1. Die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und 2. die „Prüfung der Bedingungen“<sup>198</sup> oder - wie es Ende 1952<sup>199</sup> und 1954<sup>200</sup> hieß - die Ratifizierung eines Friedensvertrages nach dessen Unterzeichnung durch die gesamtdeutsche Regierung. Das KPD-Programm von 1952 sah immerhin vor: „Die Nationalversammlung entscheidet über die innere demokratische und soziale Gestaltung Deutschlands und legt seine Außenpolitik fest...“<sup>201</sup> Es wurde nicht eindeutig festgelegt, ob die Nationalversammlung eine Verfassung für ganz Deutschland ausarbeiten sollte, ob die gesamtdeutsche Regierung vor diesem Akt (z. B. durch ein Gesetz über die vorläufige Staatsgewalt) oder nachher mit ihrer Arbeit beginnen sollte, ob diese Versammlung allgemeine Legislativbefugnisse haben sollte und welche u. ä. m. Für die UdSSR schien vor allem wichtig, daß eine legitimierte, gesamtdeutsche Regierung als handlungsfähige Vertreterin Gesamtdeutschlands geschaffen wurde, damit die Bestimmungen des Friedensvertrages möglichst bald von ihr angenommen werden und in Kraft treten konnten.

Ebenso wie schon für die freien Wahlen wollte die UdSSR nur eine „den Willen des deutschen Volkes ausdrückende Regierung“<sup>202</sup> zulassen, die die Schaffung eines „demokratischen und friedliebenden Deutschland“ gewährleisten mußte. „Wir können nicht zulassen, daß faschistische Ausgeburten wiederum durch diese oder jene Mittel - darunter auch mit Hilfe des parlamentarischen Verfahrens - die herrschende Position in den zentralen Machtorganen des vereinigten Deutschland einnehmen. Das nicht zuzulassen, daran ist auch das deutsche Volk interessiert.“<sup>203</sup> „Antidemokratische Elemente“

dürften nicht wieder „Spitzenpositionen im politischen Leben einnehmen“<sup>204</sup>. Auf diese Weise wollte sich die UdSSR eine weitere Möglichkeit zur Mitbestimmung im Prozeß der Wiedervereinigung sichern<sup>205</sup>, wobei wiederum die Bedingungen eines Veto nicht genau definiert waren.

Es blieb offen, welche Befugnisse und Stellung die gesamtdeutsche Regierung gegenüber den vier Kontrollmächten und gegenüber den noch (wie lange?) bestehenden beiden deutschen Regierungen erhalten sollte. Immerhin war es wahrscheinlich, daß die gesamtdeutsche Regierung wesentliche Schritte zur Wiedervereinigung des Landes unternehmen sollte. Doch wurde von den Sowjets nicht im einzelnen ausgeführt, wann, wie und welchen Befugnissen diese Regierung die Wiederannäherung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen, der politischen Systeme und des Erziehungswesens der beiden deutschen Staaten herbeiführen sollte. Welche materiellen Verpflichtungen die gesamtdeutsche Regierung in ihrer Innen- und Außenpolitik nach Auffassung der UdSSR übernehmen sollte, wird uns noch später beschäftigen.

Vor allem sollte die gesamtdeutsche Regierung beratend an der Ausarbeitung eines dann von ihr mitzuunterzeichnenden Friedensvertrages teilnehmen. Wie aber sollte das Verfahren einer Einigung über die Zukunft Gesamtdeutschlands aussehen?

g) Das Verfahren für die Ausarbeitung und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland

Die Vorschläge der DDR und der UdSSR sahen folgendes Verfahren für die Ausarbeitung und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland vor:

1. Einigung der vier Großmächte über Einberufung und Tagesordnung einer Viermächtekonferenz „im Einklang mit dem Potsdamer Abkommen, in dem dem Rat der Außenminister die Verpflichtung übertragen wurde, eine Friedensregelung für Deutschland vorzubereiten, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann ...“<sup>206</sup>.
2. Verhandlungen der vier Mächte zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Entwurfes für einen Friedensvertrag mit Deutschland, eventuell in einer besonderen Kommission<sup>207</sup> und „unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung“<sup>208</sup>. Den deutschen Vertretern wurde an keiner Stelle mehr als das Recht der Beratung zugebilligt; sie sollten nur „herangezogen und gehört werden“<sup>209</sup>. Außerdem wurde vorgeschlagen, bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung sollten auf Einladung der vier Großmächte<sup>210</sup> Vertreter der BRD und der DDR, nachdem eine „Verständigung über die gemeinsame Wahrnehmung der deutschen Interessen“ herbeigeführt wurde, als Berater bei der Ausarbeitung

des Friedensvertragsentwurfes teilnehmen, „um den Standpunkt des deutschen Volkes zu vertreten“<sup>211</sup>.

3. a) Vorlage dieses Friedensvertragsentwurfes auf einer internationalen Friedenskonferenz „unter Beteiligung aller interessierten Staaten zur Prüfung“<sup>212</sup>. Als „Teilnehmer eines Friedensvertrages wurden neben den vier Großmächten „Polen, die Tschechoslowakei, Belgien, Holland und die anderen Staaten, die sich mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland beteiligt haben“, genannt“<sup>213</sup>,
  - b) Annahme, Unterzeichnung und Ratifikation des Friedensvertrages durch die dazu legitimierten gesamtdeutschen Organe.
- h) Viermächteverantwortung und Selbstverständigung der Deutschen in den Verfahrensvorschlägen der DDR und der UdSSR

Wichtige Elemente der Strategie und Taktik der sowjetischen Deutschlandpolitik wurden in den Verfahrensvorschlägen der DDR und der UdSSR zur Regelung der deutschen Frage deutlich.

Die sowjetische Deutschlandpolitik ging von dem Grundsatz aus: „Der Weg zu einer ... Verständigung der vier Großmächte kann bedeutend, wahrscheinlich sogar entscheidend erleichtert werden durch eine Verständigung der Deutschen in West und Ost untereinander ...“<sup>214</sup> „Zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlichem Wege ist das gegenseitige Verständnis unter den Deutschen selbst notwendig“.<sup>215</sup> „Sache der Deutschen ist es, alles zu unternehmen, um sich zu einigen und den Partner für den Friedensvertrag zu schaffen“.<sup>216</sup> In mehreren gesamtdeutschen Organen („gesamtdeutsche Beratung“, Prüfungskommission für Wahlvoraussetzungen, Wahlgesetzkommision, zentraler Wahlausschuß, Beratungskommision bei der Viermächtekonferenz, Nationalversammlung und gesamtdeutsche Regierung) sollten sich Vertreter der DDR und der BRD einigen über das Vorhandensein der Voraussetzungen, über Modalitäten und Garantien freier Wahlen, über Schritte zur Wiedervereinigung, über die deutsche Haltung in Friedensvertragsverhandlungen, über die innere Ordnung und begrenzt auch über den internationalen Status eines wiedervereinigten Deutschland. Die Betonung der Eigenverantwortung der Deutschen bedeutete praktisch, daß die UdSSR den Schwerpunkt der Verhandlungen über alle Themen „gesamtdeutscher Innenpolitik“ auf die innerdeutsche Ebene verlagern, alle außen- und sicherheitspolitisch relevanten Verhandlungspunkte aber auf Viermächteebene zumindest mitentscheiden, wenn nicht vorentscheiden wollte.

Gesamtdeutsche Gespräche sollten zunächst die Viermächteverhandlungen von den Schwierigkeiten und den Details prozessualer und eher innerdeutscher Regelungen entlasten. Sie sollten aber zugleich auch die Einflußchancen der UdSSR erhöhen und die Durchsetzung der kommunistischen Deutschland-

politik erleichtern. In gesamtdeutschen Gremien - so mochten die Sowjets und die DDR rechnen - konnten die Westmächte nur indirekt und eventuell nicht ohne Konflikte mit den vielleicht kompromißbereiten Vertretern der BRD Einfluß nehmen, während die DDR-Vertreter wohl kaum eine wichtige Entscheidung ohne Billigung der sowjetischen Führung treffen konnten. Die von der SED-Führung straff kontrollierten, einheitlich abstimmenden DDR-Vertreter konnten versuchen, in ihrer Haltung schwankende BRD-Vertreter wenigstens in einzelnen Fragen auf ihre Seite zu ziehen; umgekehrt aber war das kaum möglich. Auch konnte die DDR die Öffentlichkeit und die Träger der politischen Willensbildung in der BRD wesentlich wirkungsvoller beeinflussen als umgekehrt. Gesamtdeutsche Verhandlungen und Vereinbarungen würden der DDR-Regierung mehr Anerkennung und Prestige, mehr implizit von der BRD anerkannte Legitimation als Sprecherin der DDR-Bevölkerung verschaffen und so auch das politische System der DDR stabilisieren. Auch im Sinne einer möglichen Alternativpolitik der Verfestigung des Status quo konnte der UdSSR nur an einer Aufwertung ihres Gesprächsagenten und Verhandlungsinstruments DDR gelegen sein. Überdies boten gesamtdeutsche Gespräche die Möglichkeit, sie propagandistisch zu nutzen. Vor allem aber konnte die UdSSR auf diese Weise alle notwendigen Entscheidungen und Maßnahmen je nach Opportunität verzögern, ja verhindern oder aber beschleunigen und erfolgreich beenden. Daß ein Interesse der UdSSR an einer innerdeutschen Verständigung über die Modalitäten freier Wahlen und zumindest teilweise auch der Wiedervereinigung als Voraussetzungen einer friedensvertraglichen Regelung vorhanden war, konnten wir wahrscheinlich machen. Es war also zumindest unsicher, ob die DDR wirklich so häufig von ihrem Veto Gebrauch machen würde, wenn die UdSSR Flexibilität wünschte. Und warum sollte z. B. eine Einigung unter den Deutschen über ein Wahlgesetz auf der Basis der beiden vorliegenden, vielfach übereinstimmenden Wahlgesetzentwürfe von vornherein ausgeschlossen sein, da die DDR doch die Grundsätze der „formalen Demokratie“ anerkennen wollte? War die betont verständigungsbereite, teilweise wenig aggressive Haltung der DDR und der UdSSR besonders bis zur Unterzeichnung des EVG- und des Generalvertrages wirklich nur propagandistisch gemeint? War es auszuschließen, daß es nicht auch in der DDR national gesinnte Kräfte gab, die für die Wiedervereinigung Deutschlands auch um den Preis einiger Kompromisse eintraten - zumal da sie darin der Unterstützung der DDR-Bevölkerung sicher sein konnten? Und war es auszuschließen, daß sich auch in der Sowjetführung jene auf Ausgleich und außenpolitische Entlastung bedachte Richtung in der sowjetischen Deutschlandpolitik noch stärker durchsetzte? Überdies konnten die BRD-Vertreter die DDR-Vertreter vor der gesamten deutschen und internationalen Öffentlichkeit beim Wort nehmen und die demokratische Substanz ihrer Wiedervereinigungsvorschläge überprüfen. Wir können durchaus sagen, daß gesamt-



deutsche Gremien auch den Westmächten und der BRD gewisse Chancen boten. Und Konflikte zwischen den Westmächten und der BRD waren bei guter Koordination und bei der beschränkten Handlungsfreiheit der BRD nicht eben wahrscheinlich.

Aber auch wenn sich die UdSSR so sehr für die Souveränität, die Selbstbestimmung und das Vertrauen in die „demokratischen Kräfte“ des deutschen Volkes einsetzte, die durch die Selbstverständigung der Deutschen gewährleistet seien, so konnte sie doch den Eindruck nicht vermeiden, daß sie mit dieser Taktik noch ein weiteres Ziel verfolgte.

Die UdSSR wollte die für sie wichtigen Verhandlungen auf Viermächteebene auch deshalb durch gesamtdeutsche Beratungen entlasten, weil sie jede mögliche Verzögerung durch langwierige Auseinandersetzungen über die Modalitäten freier Wahlen und die Einzelprobleme einer Wiedervereinigung zu vermeiden suchte. Überdies wollte sie nicht abhängig werden von Wahlen, deren Verlauf und Ausgang sie in mancher Hinsicht nicht berechnen konnte, und von der Zustimmung einer gesamtdeutschen Regierung, auf deren Zusammensetzung sie möglicherweise nicht genug Einfluß hatte. Das bedeutete keineswegs, daß sie sich nicht alle wichtigen Entscheidungen auch in diesem Bereich vorbehalten hätte. So war nicht nur die zeitliche Zuordnung und die materielle Abgrenzung der Aufgaben einer Viermächtekonferenz von denen der gesamtdeutschen Organe vielfach unklar geblieben. Vielmehr waren auch die Kompetenzen der gesamtdeutschen Organe nicht genau festgelegt. Zu beinahe allen Themen gesamtdeutscher Beratungen sahen die sowjetischen Vorschläge parallele oder gar vorentscheidende Verhandlungen der vier Mächte vor. Bei welchen Fragen sollten die Deutschen in welchem Umfange und mit welchen Rechten der Mitberatung oder Mitbestimmung an den Friedensvertragsverhandlungen beteiligt werden?

Es bleibt festzuhalten, daß sich die drei Westmächte und besonders die UdSSR von vornherein explizit die Möglichkeit vorbehalten hatten, alle wichtigen Fragen, die sie „an sich und zunächst“ an die Deutschen delegiert hatten, vor- oder mitzuentcheiden, aufzuheben oder zu bestätigen. Das gab der UdSSR nicht nur die Möglichkeit zum Veto, womöglich „in letzter Minute“, sondern auch zu Kompromissen und Konzessionen „auf höherer Ebene“, etwa im Wege eines „package deal“, eines globalen Ausgleichs mit den Westmächten. Unklar blieb auch, ob und inwieweit es eine chronologische und materielle Interdependenz der einzelnen Schritte gab, wo die UdSSR vielleicht - unausgesprochen - ein Junktim sah. In welchem Maße z. B. beeinflusste der Stand der gesamtdeutschen Verhandlungen Verhandlungsfortschritte auf Viermächteebene und umgekehrt? Oder inwieweit war das Ausmaß der Wiederannäherung der beiden deutschen Staats- und Gesellschaftsordnungen Voraussetzung für die deutsche Unterschrift unter einen Friedensvertrag?

Es läßt sich wohl soviel sagen, daß die UdSSR versuchte, ihre Ziele im

Bereich der inneren Ordnung wie der des militärischen und internationalen Status eines wiedervereinigten Deutschland möglichst gleichzeitig durchzusetzen. Erst wenn die Minimalbedingungen einer Demokratisierung erfüllt und eine gesamtdeutsche Regierung gebildet waren, wollte die UdSSR einen Friedensvertrag abschließen. Der erste, wichtigste Teil des Prozesses und des Ergebnisses einer Wiedervereinigung mußte also realisiert sein, bevor die UdSSR sich militärisch aus Deutschland zurückzog. So wie der zeitlichen Synchronisation die materielle Interdependenz von innen- und außenpolitischer Umgestaltung des Status quo in Deutschland entsprach, so entsprach dem Überwiegen der Viermächteverantwortung gegenüber der gesamtdeutschen Verständigung die Priorität der außen- und sicherheitspolitischen Interessen gegenüber den innenpolitisch-revolutionären Zielen der sowjetischen Deutschlandpolitik. Diesem Ungleichgewicht entsprach wiederum das Ausmaß der Konzessionsbereitschaft in beiden Bereichen: Sicherheit und Vorteil versuchte die UdSSR durch eine harte, relativ präzise formulierte Haltung vor allem auf dem Gebiet außen- und sicherheitspolitischer Regelungen zu erhalten; nicht in gleichem Maße war sie auf eine innenpolitische Garantie ihrer zuvor verbesserten Position in Deutschland angewiesen und konnte sich hier daher verständigungs- und konzessionsbereiter zeigen. Der Friedensvertrag stellte somit ein Instrument dar, das die Demokratisierung in Deutschland nicht nur teilweise voraussetzte, sondern auch schaffen und garantieren sowie der UdSSR erhöhte Einflußchancen auch in diesem Bereich einräumen sollte. Der Friedensvertrag war so ein integrales, konstituierendes und dynamisierendes Element in der strategischen Planung der sowjetischen Deutschlandpolitik.

Dieser auch juristisch-historisch abgesicherte Anspruch auf maßgebliche Mitbestimmung über die Zukunft Deutschlands sollte aber wohl vor allem dazu dienen, die zeitliche und sachliche Priorität, die unangefochten vorrangige Geltungskraft der Entscheidungen der vier Großmächte zu sichern. Sie drängte auf Verhandlungen auf Viermächteebene, um möglichst bald die für sie primär wichtigen Fragen zu erörtern und zu entscheiden, welchen militärischen und internationalen Status und welche innere Ordnung ein „demokratisches, friedliebendes und unabhängiges Deutschland“ erhalten sollte. Der UdSSR ging es um eine ihren Interessen entsprechende Präjudizierung der materiellen Regelungen der deutschen Frage und um die partielle, „demokratische“ Präformierung der innerdeutschen Verhältnisse. Der gesamtdeutschen Regierung sollte ein weitgehend festgelegtes Verhandlungsergebnis zur Unterzeichnung vorgelegt werden, das diese kaum ablehnen konnte und das sie zugleich in nahezu ihrer gesamten Innen- und Außenpolitik in mehr oder minder großem Umfang unwiderruflich für die Zukunft band. Eine Wiederherstellung der Viermächtekontrolle allerdings wurde während und nach dem Prozeß der Wiedervereinigung von der UdSSR ausdrücklich abgelehnt<sup>17</sup>. Vielmehr kam es der UdSSR gerade darauf an, eine frei auf dem Verhandlungswege verein-

barte, dauerhafte und vom deutschen Volk akzeptierte Regelung der deutschen Frage zu erreichen. Doch nahm sich die diplomatische Bilanz der Deutschlandinitiativen der UdSSR und der DDR im Jahre 1952 gegenüber diesem weitreichenden Vorhaben recht spärlich aus. Die UdSSR hatte versucht, durch einen - nur als kurze Einleitung gedachten - Notenwechsel die Westmächte möglichst bald zu direkten Verhandlungen über die Lösung der deutschen Frage zu bewegen. Zu diesem Zweck legte sie ihnen einen „Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland zur Prüfung vor“<sup>218</sup> und fand sich gleichzeitig bereit, „auch beliebige andere Vorschläge zu erörtern“<sup>218</sup>. Die Westmächte erklärten zwar - offenbar nicht ohne Meinungsverschiedenheiten untereinander<sup>220</sup> - in ihrer Note vom 10. Juli 1952<sup>221</sup> ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer Viermächtekonferenz, die jedoch wegen der schon erwähnten Uneinigkeit über eine Tagesordnung, hinter der sich viel tiefere Gegensätze verbargen, nicht zustande kam.

Gerade weil die UdSSR den sehr viel weiteren Fragenkomplex einer Gesamtregelung der deutschen Frage erörtern wollte, wollte sie z. B. nicht *nur* und nicht *zuerst* über die Zusammensetzung und Befugnisse einer Prüfungskommission für die Voraussetzungen freier Wahlen in ganz Deutschland verhandeln, wie die Westmächte es wünschten. Und so warf die UdSSR den Westmächten - gewiß nicht ohne propagandistische Nebenabsicht - vor, sie seien an einem Friedensvertrag mit Deutschland nicht interessiert, sie verzögerten und verhinderten bewußt direkte Viermächteverhandlungen und strebten stattdessen durch separate Abkommen die Einbeziehung der BRD in den „aggressiven Nordatlantikblock und damit die weitere Vertiefung der Spaltung Deutschlands an“<sup>222</sup>.

Obwohl die UdSSR in allen Noten nachdrücklich ihre Verständigungsbereitschaft betonte, alle westlichen Einwände ausführlich diskutierte und obwohl Stalin sehr vorsichtig ein Treffen der Regierungschefs als „möglicherweise von Nutzen“<sup>223</sup> anregte, gelang es der UdSSR und der DDR dennoch nicht, wesentliche und greifbare diplomatische Erfolge zu erzielen. Zwar konnte die DDR sehr begrenzt einen offiziellen Kontakt zur BRD herstellen und ihre Vorschläge unterbreiten, als der Präsident des westdeutschen Bundestages am 20. Sept. 1952 eine fünfköpfige Delegation der Volkskammer der DDR empfing. Aber ebenso wie angebliche sowjetisch-französische Geheimgespräche<sup>224</sup> führten diese Kontakte zu keinerlei nennenswerten Ergebnissen. Positiv in der sowjetischen Bilanz mochte immerhin zu Buch schlagen, daß es in Westeuropa und besonders in der BRD eine ausführliche, leidenschaftliche Diskussion über die Zweckmäßigkeit von Viermächteverhandlungen und damit über die Richtigkeit der eigenen Konzeption der Deutschlandpolitik kam. So konnte die Milderung des Art. 7 des Generalvertrages, der sog. Bindungsklausel, die von der Bundesregierung noch am Tage vor der Unterzeichnung erreicht wurde und die uns später noch beschäftigen wird, teilweise

auf eine erfolgreiche Wirkung der sowjetischen Angebote zurückgeführt werden.

Wir hatten anfangs gesagt, daß die UdSSR im wesentlichen auf zwei Wegen versuchen konnte, ihre Interessen durchzusetzen: Nachdem wir gesehen haben, welche Strategie und Taktik sie in der Festlegung der Verfahren einer Einigung, der Entscheidungskompetenzen und insbesondere der Modalitäten freier Wahlen verfolgte, wollen wir nun untersuchen, welche Vorstellungen sie von den Verpflichtungen der Innen- und Außenpolitik einer gesamtdeutschen Regierung entwickelte.

## *2. Die innere Ordnung und der militärische Status eines wiedervereinigten Deutschland*

Es war auffällig, daß die Frage der zukünftigen inneren Ordnung und des militärischen Status Gesamtdeutschlands nur relativ wenig Raum in den offiziellen Erklärungen der UdSSR und der DDR einnahm. Die UdSSR beschränkte sich darauf, wesentliche Grundsätze und Minimalbedingungen für die zukünftige deutsche Demokratie zu nennen und - als wichtige Neuerung - eine beschränkte Wiederbewaffnung Deutschlands vorzuschlagen. Die mangelnde Ausführlichkeit darf jedoch nicht zu dem Schluß verleiten, die UdSSR hätte diesen Fragen nur geringe Bedeutung beigemessen. Stellenwert und Funktion der Sachaussagen sind allerdings erst im Zusammenhang der Gesamtstrategie der sowjetischen Deutschlandpolitik zu bestimmen. Doch wurden bereits in der Art der Behandlung dieser Probleme bestimmte taktische Absichten deutlich, die dieser Strategie entsprachen. Knappheit, Allgemeinheit und Ambivalenz der Vorschläge sind vor allem begründet durch die Priorität der außen- und sicherheitspolitischen Interessen der UdSSR, durch die Dringlichkeit und die Bedeutung einer Einigung über den Beginn von Ost-West-Verhandlungen und über das Verfahren für die Wiedervereinigung; sie sind außerdem begründet in der Absicht der UdSSR, die Westmächte über die für diese vielleicht unannehmbaren, sowjetischen Minimalforderungen für eine „Demokratisierung“ Gesamtdeutschlands zunächst im unklaren zu lassen, sowie in dem Bemühen, möglichst viel Verhandlungsspielraum gerade in dieser Frage zu behalten, und schließlich in der Rücksichtnahme auf die innenpolitische Situation der BRD im Jahre 1952. Damals wäre es nicht sehr zweckmäßig gewesen, ein ideologisch fixiertes, detailliertes Programm für die „Demokratisierung Deutschlands“ vorzulegen, das von vornherein für den Westen unannehmbar und wegen starker deutscher Widerstände kaum realisierbar gewesen wäre. In der Situation des Jahres 1952 kam es für die UdSSR vor allem darauf an, die Außen- und Deutschlandpolitik der westdeutschen Machtelite anzugreifen und zu beeinflussen. Demgegenüber rückte der innere, sozio-ökonomisch begründete Klassenkampf in der Kritik und Propaganda wie als

revolutionäres Prinzip im Entwurf einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung sowie eines neuen politischen Systems für das wiedervereinigte Deutschland in den Hintergrund. Eine zu starke Betonung der Sozialrevolutionären Implikationen, Risiken und Ziele der sowjetischen Deutschlandpolitik hätte sicherlich eine noch größere Zahl westdeutscher Bürger, die in der BRD gerade durch den Wiederaufbau eines im Prinzip kapitalistischen Systems neue soziale und ökonomische Sicherheit suchten, von der Unterstützung der sowjetischen Deutschlandpolitik abgehalten.

Macht- und sicherheitspolitische ebenso wie ideologische und gesellschaftspolitische Gesichtspunkte prägten die sowjetischen Vorstellungen von der zukünftigen inneren Ordnung Deutschlands. Grundlegend waren auch hier der Rückgriff auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens<sup>225</sup>, die nach Auffassung der UdSSR die verbindlichen Leitlinien für die Ausarbeitung des Friedensvertrages wie für die Politik einer gesamtdeutschen Regierung geben sollten<sup>226</sup>. Das 1952 nur in Umrissen entwickelte Konzept einer Demokratisierung beruhte außerdem auf dem z. T. sehr präzisen und im Stalinismus prinzipiell dogmatisierten Begriff der Demokratie im Marxismus-Leninismus. Ebenso wie im Fall der Volksdemokratien hatte es jedoch in der Deutschlandpolitik der UdSSR den Anschein, daß sich das Verhalten der sowjetischen Führung flexibel genug erwies, um die besonderen historisch-politischen Bedingungen der inneren und äußeren Lage Deutschlands zu berücksichtigen. Für das Verständnis dieser stark situationsgebundenen, bisweilen nach taktischen Gesichtspunkten formulierten, spezifischen Konzeption würde daher ein Rückgriff auf die Einzelheiten der leninistisch-stalinistischen Demokratie-Theorie nur wenig leisten.

Die sowjetischen Vorschläge von 1952 enthielten dieselben Grundsätze für die Neugestaltung der inneren Ordnung eines wiedervereinigten Deutschland wie die Programme, Manifeste und Verlautbarungen der Nationalen Front, der SED und der KPD wie auch der der KPdSU aus den Jahren 1949-1951. Letztere jedoch waren sehr viel ausführlicher und präziser. Sie sind darin nur vergleichbar mit dem Programm der KPD vom 2. Nov. 1952<sup>227</sup>. Zahlreiche Erklärungen führender Politiker der KPdSU, der SED und der KPD ließen keinen Zweifel daran, daß sich die kommunistischen Vorstellungen für „ein demokratisches, einheitliches, friedliebendes und unabhängiges“ Gesamtdeutschland in der Zeit zwischen 1949 und Ende 1952 kaum geändert hatten. Wir dürfen daher von der Annahme ausgehen, daß die vor, in und nach den sowjetischen Noten entwickelten Vorstellungen für eine Demokratisierung grundsätzlich ähnlich oder gleich waren. Bedingungen, Fristen und Möglichkeiten ihrer geplanten Verwirklichung, ihre strategische und taktische Funktion war allerdings situationsbedingt unterschiedlich. Sie werden hier allein für das Jahr 1952 analysiert. Der Inhalt der Vorschläge der Jahre 1949-1951, die grundsätzlich auch für 1952 Gültigkeit haben, wurde bereits dargestellt

und kann hier als bekannt vorausgesetzt werden. Im Folgenden beziehen wir uns besonders auf das KPD-Programm von 1952, das einige ähnliche Erklärungen kommunistischer Politiker des Jahres 1952 zu diesem Thema am besten zusammenfaßt.

a) Die innere Ordnung eines „demokratischen“ Deutschland

Wie schon bei der Frage, in welchem Umfang wirklich freie, gesamtdeutsche Wahlen zugelassen werden sollten, so stand die UdSSR auch bei dem Problem der Neugestaltung der deutschen Demokratie vor dem Dilemma, daß sie den Deutschen einerseits das Recht freier Selbstbestimmung grundsätzlich und zumindest verbal zubilligen wollte, andererseits aber auf einer ihren Interessen minimal entsprechenden Regelung bestehen mußte. Theoretisch ließ sich dieses Problem dadurch lösen, daß man die „wahren Interessen des deutschen Volkes“ mit den eigenen identifizierte. Das ging jedoch nur solange, wie dieser virulente Interessenkonflikt nicht ausgetragen werden konnte. Doch unterließen es die Westmächte im Jahre 1952 wie auch danach zu prüfen, welches Maß an tatsächlicher Konzessionsbereitschaft bei der UdSSR vorhanden war. Unsere bisher gegebene Interpretation und ebenso eine Reihe sehr wichtiger sowjetischer Erklärungen aus der Zeit nach 1953 ließen es zumindest fraglich erscheinen, ob die Sowjetunion in bezug auf die Demokratisierung Deutschlands wirklich so unnachgiebig auf die Errichtung einer volksdemokratischen bzw. später sozialistischen Ordnung nach dem Vorbild der DDR drängte, wie man im Westen meist annahm. So erklärte die KPD, daß „... im Interesse der Vereinigung Deutschlands und des Kampfes für den Frieden Zugeständnisse von beiden Teilen Deutschlands“ erforderlich seien. Auch sah das Programm der KPD vor, daß die Nationalversammlung „über die innere demokratische und soziale Gestaltung Deutschlands und ... seine Außenpolitik“ entscheiden sollte<sup>228</sup>.

Einige Erklärungen der UdSSR aus den Jahren 1953-1955 deuteten darauf hin, daß die Sowjetunion den Deutschen in diesem Bereich zumindest grundsätzlich und verbal relativ große Handlungsfreiheit gewähren konnte und wollte. Diese späteren Äußerungen können allerdings nur als Indizien für eine mögliche, nicht aber als Beweise für eine tatsächlich gegebene Konzessionsbereitschaft der Sowjetunion im Jahre 1952 gelten. (Zum Problem des Ausgewertes späterer Äußerungen vergleiche unsere Bemerkungen in der Einleitung.) So schlug die UdSSR z.B. 1953 vor, es sollten freie Wahlen vorbereitet werden, „in denen das deutsche Volk selbst ohne Einmischung ausländischer Staaten die Frage des Gesellschafts- und Staatsaufbaus lösen wird“<sup>229</sup>». Auf der Viermächtekonferenz von Berlin 1954 sagte V. Molotov:

^ „Die Sowjetregierung tritt dafür ein, daß im Ergebnis gesamtdeutscher Wahlen der deutsche Staat wirklich frei sei, daß er sowohl in seiner Innenpolitik

als auch in seiner Außenpolitik wirklich freie Hand habe."<sup>230</sup> Und 1955 erklärte der sowjetische Außenminister:

„In ihren Vorschlägen über die Wiedervereinigung Deutschlands ist die Sowjetunion der Ansicht, daß ein wiedervereinigtes Deutschland nicht die Ausdehnung des einen der beiden gegenwärtig in Ostdeutschland oder im westlichen Teil des Landes herrschenden Regimes auf die ganze Nation darstellen sollte. Die Frage der Art des Regimes eines vereinigten Deutschland ist eine Angelegenheit, die vom deutschen Volke selbst durch freie, gesamtdeutsche Wahlen geregelt werden muß.“<sup>231</sup>

Selbstverständlich waren solche Erklärungen mit Skepsis und keineswegs naiv-wörtlich aufzunehmen; aber man konnte bei der schon häufiger beobachteten Taktik, durch sehr interpretationsfähige Formulierungen unbestimmte Chancen anzudeuten, keineswegs ausschließen, daß sich die UdSSR gerade in dieser Frage bewußt einen erheblichen, politisch-semantischen Verhandlungs- und Aktionsspielraum für Konzessionen gegenüber dem Westen schuf.

Die Sowjetunion wollte ein „einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland“ schaffen. Voraussetzung dafür war ihrer Meinung nach eine schrittweise, umfassende „Demokratisierung“ der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sowie der politischen Institutionen der BRD, die eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage weitgehend angeglicherer, innerer Strukturen ermöglichte. Die sowjetischen Vorschläge sagten zwar nichts über Änderungen der inneren Ordnung der DDR; doch sollte das deutsche Volk in freien, gesamtdeutschen Wahlen zumindest teilweise und innerhalb eines begrenzten Spektrums politischer Alternativen und Gruppierungen über die zukünftige innere Ordnung **ganz** Deutschlands, also auch über mögliche Veränderungen in der DDR entscheiden. Doch blieb unklar, welche Organe mit welchen Befugnissen innerhalb welcher Fristen und durch welche Maßnahmen die Wiedervereinigung durchführen sollten. Ebenfalls blieb ungeklärt, welche Minimalforderungen, die den demokratischen Charakter der neuen Ordnung Gesamtdeutschlands gewährleisten sollten, die UdSSR im einzelnen erhob und ob sie auf ihrer uneingeschränkten Durchführung bestand. Auch ging aus den sowjetischen Vorschlägen nicht deutlich hervor, welche Rolle der DDR bzw. der SED im Prozeß der Wiedervereinigung zugeordnet war und ob es vielleicht eine Art konföderativer Übergangsphase geben sollte. Sehr viel mehr als über den prospektiven **Prozeß** der Wiedervereinigung können wir dagegen über das **Ziel** dieses Weges, über die sowjetische Konzeption einer neuen Demokratie in Deutschland aussagen. Hier zeichnete sich eine umfassende „Demokratisierung“ ab, die „bürgerlich-demokratische“ Elemente mit „antifaschistisch-sozialistischen“ so verbinden sollte, daß sie eine sozialistische Entwicklung des Landes zwar weitgehend fördern, aber dennoch keineswegs garantieren konnte.

## aa) Die Wirtschaftsordnung

Nach, marxistisch-leninistischer Auffassung entscheidet die Art der Verteilung des Eigentums an Produktionsmitteln und die so durch die Klassenstruktur gegebene Verteilung politischer Macht über den demokratischen Charakter eines Staates, seiner Innen- wie seiner Außenpolitik. Die erste Forderung der UdSSR und der DDR mußte daher der Demokratisierung der Wirtschaftsordnung gelten. Doch es fiel auf, daß sich die Kommunisten zu diesem Thema nicht sehr häufig, z. T. wenig präzise und lediglich indirekt äußerten. Zwar wurde die Beseitigung des „Monopolkapitalismus“ und des Großgrundbesitzes nur gelegentlich ausdrücklich gefordert; doch waren diese Ziele selbstverständlich in der Aufforderung impliziert, „die hinter der Adenauer-Regierung stehenden Kreise“ aus dem politischen Leben auszuschalten<sup>232</sup>. Man griff das „Wiedererstehen des westdeutschen Imperialismus“ und die „gegen die Interessen des Volkes gerichtete Herrschaft“ der Parteien der Regierungskoalition in Bonn an; aber die *politische* Negation bedeutete zugleich - häufig unausgesprochen - die Beseitigung der eigentlichen, d. h. der *wirtschaftlichen* Ursachen dieser „antidemokratischen und aggressiven Politik“ auf nationaler und internationaler Ebene. Die grundlegende Umgestaltung wichtiger Teilstrukturen der sozio-ökonomischen Basis wurde mit Sicherheit angestrebt. Aber nicht nur mit dieser Aussicht, sondern vor allem mit prospektiven Veränderungen primär im politisch-institutionellen Überbau und mit einem umfassenden Sozialprogramm wie z. B. im Programm der KPD vom 2. Nov. 1952<sup>233</sup> versuchte die sowjetische Deutschlandpolitik, Anhänger zu gewinnen. Und die politische Taktik gebot auch, zunächst nur Minimalforderungen, unabdingbare Voraussetzungen der Demokratie zu formulieren. Es stand zwar wohl grundsätzlich fest, „daß die Betriebe der Großkonzerne, des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Großbanken und der großen Versicherungsgesellschaften, deren Besitzer den nationalen Verrat des Adenauer-Regimes unterstützen“, „der Verfügungsgewalt dieser Monopolherren entzogen und in Eigentum des Volkes umgewandelt“ werden sollten<sup>234</sup>. Den „Arbeitern, Angestellten und Beamten und ihren Gewerkschaften“ sollte „in den Betrieben und auf allen Gebieten der Wirtschaft das volle Mitbestimmungsrecht garantiert werden“<sup>235</sup>. Aber es blieb doch offen, in welcher Form (Entschädigungen, variierende Beteiligungen, Weiterbestehen der „bürgerlichen“ Betriebsführung, Größe und Zahl der Betriebe, Beschränkung auf Schlüsselindustrien, regionale Differenzierungen) und in welchen Fristen diese Umgestaltung vorgenommen werden sollte. Unbestimmt blieb auch, welche konkrete Gestalt die neue Wirtschaftsordnung Gesamtdeutschlands haben sollte. Allerdings konnte man annehmen, daß die UdSSR und die DDR zumindest langfristig eine Planwirtschaft anstrebten. Nahm man nun noch die ebenfalls unabdingbare Forderung nach der Enteignung des Großgrundbesitzes über



100 ha<sup>236</sup> und die früher genannten Programmpunkte für eine neue Wirtschaftsordnung (besonders von 1949) hinzu, so ergab sich das Bild eines Wirtschaftssystems ähnlich dem der DDR (ohne SAG-Betriebe) von 1945-1949. So sah z.B. das KPD-Programm von 1952 vor: „... den kleinen Unternehmungen, Handwerksbetrieben und den landwirtschaftlichen Betrieben wird staatliche Hilfe gewährt. Die private Initiative wird gefördert“<sup>237</sup>. Die KPD lehnte ausdrücklich eine „schematische Übertragung der in der DDR bestehenden Ordnung auf Westdeutschland“ ab, „da die objektiven Bedingungen in Westdeutschland sich von den Bedingungen in der DDR unterscheiden ...“<sup>238</sup>. Die UdSSR und die DDR schlugen keineswegs die sofortige Errichtung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung in Deutschland, d. h. die totale sozio-ökonomische Umgestaltung Westdeutschlands vor. Es zeichnete sich ein regional differenzierter Prozeß der Demokratisierung ab: einige Äußerungen der SED<sup>239</sup> deuten darauf hin, daß die Kommunisten - vielleicht beginnend mit der Schaffung der Voraussetzungen für freie, gesamtdeutsche Wahlen - eine mehr oder minder umfangreiche Teil-Demokratisierung in Westdeutschland wünschten. Die BRD sollte vielleicht erst eine Art „antifaschistisch-demokratische“ Phase der Umgestaltung durchlaufen, die nach Auffassung der SED in der DDR 1945-1950 oder auch bis 1952 dauerte, bevor eine synchronisierte und gleichartige Demokratisierung in ganz Deutschland einsetzte. Zunächst jedoch stellten die Kommunisten vielmehr nur allgemein für sie unaufgebbare Minimalforderungen, die als therapeutische „Vorbeugungsmaßnahmen“<sup>240</sup>, wie es Molotov 1954 formulierte, einem möglichen Wiederentstehen von „Faschismus und Militarismus“, von „Rüstungsmonopolen“ und „unkontrollierter Finanzherrschaft“ in Deutschland von vornherein die wirtschaftliche Basis entziehen sollten. Zugleich wurden auf diese Weise die Voraussetzungen für eine „demokratische Wirtschaftsordnung“ geschaffen, von der niemand genau sagen konnte, inwieweit sie schon sozialistisch war oder noch werden sollte. Gewiß konnte man den Kommunisten dieser Zeit ohne weiteres den Wunsch nach einer sozialistischen Umgestaltung ganz Deutschlands unterstellen. Bei freien, gesamtdeutschen Wahlen und in Viermächteverhandlungen konnten sie jedoch allenfalls mit der Annahme eines Systems rechnen, das zwar sehr bald die ersten, sehr wichtigen Schritte auf dem Wege zum Sozialismus zurücklegen würde, aber dennoch weit von diesem Endziel entfernt war. Zunächst, wie wir gesehen haben, würden wohl auch die UdSSR und die deutschen Kommunisten den Fortbestand eines wichtigen privaten Sektors, vor allem im Handel und Handwerk, bei den kleinen und mittleren Produktionsbetrieben, bei den sog. freien Berufen und nicht zuletzt in der Landwirtschaft nolens volens zunächst durchaus anerkennen, fördern und dulden. Daß sie die Vollsozialisierung und eine Planwirtschaft anstrebten, hieß noch nicht, daß sie diese Ziele bei den zu erwartenden, innenpolitischen Machtverhältnissen im wiedervereinigten Deutschland auch durchsetzen konnten.

Die „wirtschaftlichen Leitsätze“ des sowjetischen März-Angebots behandelten die Struktur des zukünftigen deutschen Wirtschaftssystems gar nicht, sondern stellten lediglich die freie Entfaltung der deutschen „Friedenswirtschaft“ sowie die Aufhebung aller „Beschränkungen in bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschifffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten“ in Aussicht<sup>241</sup>. „Im Namen der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes“ lehnte die DDR-Regierung nachdrücklich „die einseitige Orientierung der westdeutschen Industrie auf die Rüstungsproduktion“ ab<sup>242</sup>. Deutlich mit Richtung gegen den angeblichen, wirtschaftlichen Imperialismus der USA und gegen das Profitinteresse der ausländischen Monopole<sup>243</sup> wurde Deutschland „die große Perspektive eines friedlichen wirtschaftlichen Aufstieges in engster Zusammenarbeit mit allen anderen Völkern“<sup>244</sup>, insbesondere auch mit der „Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern“<sup>245</sup> vor Augen gestellt. Hier wurde der Wunsch der UdSSR erkennbar, die deutsche Wirtschaft stärker auf die sozialistischen Länder, „die östlichen und südöstlichen Märkte“ als „die natürlichen Absatzgebiete Deutschlands“ zu orientieren<sup>246</sup>.

Die UdSSR schien allerdings auf der Übernahme der Reparationsverpflichtungen der DDR durch die gesamtdeutsche Regierung bestehen zu wollen<sup>247</sup>. Daß hier erheblicher Verhandlungsspielraum bestand, zeigten jedoch die allmähliche Rückgabe der SAG-Betriebe an die DDR 1952/53 und die Aufgabe aller Reparationsansprüche auf der Viererkonferenz von 19 5 4<sup>248</sup>.

Eine „demokratische Wirtschaftsordnung“, eine ständig wachsende Produktion und ein freier Außenhandel sollten also die Grundlage für die Demokratisierung auch des politischen Systems Gesamtdeutschlands bilden. Ein freier Außenhandel und intensive Wirtschaftsbeziehungen zugleich nach Ost und West sollten die Voraussetzungen einer „unabhängigen Friedenspolitik“, einer deutschen Neutralitätspolitik zwischen Ost und West verbessern. J

## bb) Politisches System und gesamtgesellschaftliche Entwicklung

Ausgehend von einer grundlegend umgestalteten Wirtschaftsstruktur als Basis einer neuen Ordnung sollte sich die umfassende Demokratisierung - wie in Japan<sup>249</sup> und Österreich<sup>250</sup> - entsprechend den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens auf das gesamte öffentliche Leben, vor allem auf das politische System (einschließlich der Justiz), auf das Erziehungs- und Bildungswesen und auf die Massenmedien erstrecken. Das Konzept der „Demokratisierung“ sollte eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung einleiten, die langfristig den Aufbau des Sozialismus nach den Normen und Prinzipien des Marxismus-Leninismus zum Ziel hatte.

Von entscheidender Bedeutung für Struktur und Entwicklung der neuen Demokratie in Deutschland waren jene Grundsätze der Verfassung, die die politische Freiheit unmittelbar garantieren sollten, also die Formulierung der Grundrechte. Der Grundrechtskatalog war ein wichtiger Teil vieler „bürger-

lich-demokratischer" Verfassungen und hatte auch in die damals gültige, sozialistische Konzeption der Demokratie und der Verfassung Eingang gefunden. In den sowjetischen Vorschlägen bildeten die Kritik an der angeblichen, fortschreitenden Einschränkung der „demokratischen Freiheiten des deutschen Volkes“ in der BRD<sup>251</sup> und die unkritisch-positive Einschätzung der eigenen Demokratie den Ausgangspunkt der Vorschläge. Auch wenn solche Schwarz-Weiß-Malerei stark propagandistische Züge trug, so durfte man doch nicht übersehen, daß die Kommunisten ihr eigenes Modell zwar nicht für vollkommen, aber doch in allen wesentlichen Zügen für nachahmenswert hielten. So behauptete O. Grotewohl, der Ministerpräsident der DDR, dort sei die Forderung der Märznote, alle Deutschen sollten „ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion die Menschenrechte und die Grundfreiheiten genießen, einschließlich der Redefreiheit, der Pressefreiheit, des Rechts der freien Religionsausübung, der Freiheit der politischen Überzeugung und der Versammlungsfreiheit“<sup>252</sup>, bereits verwirklicht<sup>253</sup>. „Nur Feinde der Demokratie und des Friedens, Agenten und Saboteure“ würden in der DDR „in ihrer Freiheit beschränkt.“ In Westdeutschland dagegen würden „Friedenskämpfer verfolgt und demokratische Organisationen unterdrückt“ und Neo-Faschisten genossen völlige Freiheit<sup>254</sup>. So hatte Visinskij schon 1949 das Grundgesetz der BRD als „undemokratisch“ bezeichnet, weil es nichts gegen die „deutschen Monopole und Junker“, die „Urheber der faschistischen Aggression“ unternehme<sup>255</sup>.

Ferner sollte „allen ehemaligen Angehörigen der deutschen Armee, einschließlich der Offiziere und Generale, allen ehemaligen Nazis, mit Ausnahme derer, die nach Gerichtsurteil eine Strafe für die von ihnen begangenen Verbrechen verbüßen, ... die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie allen anderen deutschen Bürgern gewährt werden zur Teilnahme am Aufbau eines friedliebenden und demokratischen Deutschlands“<sup>256</sup>. Selbstverständlich war hier keine generelle Rehabilitation ehemaliger Soldaten und Nationalsozialisten beabsichtigt. Vielmehr wollten die UdSSR und die DDR mit nationalen Parolen und bedingter, politischer Anerkennung und Wiederaufwertung jene nicht kleine Zahl von Bürgern für ihre Deutschlandpläne gewinnen und sie während und nach der Wiedervereinigung als zumindest teilweise integriertes Wähler- und Aktivistenpotential für ihre Ziele benutzen. Nur wer von ihnen „fortschrittlich“ geworden war, war den Kommunisten als Partner oder Mitarbeiter willkommen. Jedoch darf auch nicht übersehen werden, daß dieses Bemühen um Ansprache und Integration nicht nur den Kommunisten, sondern jeder demokratischen Führung Gesamtdeutschlands als konfliktthemendes, stabilisierendes Element zugute kommen konnte.

Außer gegenüber der SED/KPD und ihren Verbündeten war nicht eindeutig festgelegt, welchen Parteien, Organisationen und Einzelpersonen die Wahrnehmung ihrer Grundrechte gestattet werden sollte. Als Minimum forderten

die UdSSR und die DDR auch hier wieder nur Vorkehrungen gegen den Neofaschismus und Betätigungsfreiheit auch für die Kommunisten und deren Sympathisanten. Man kann jedoch ohne weiteres analog schließen, daß die Sowjetunion denselben politischen Richtungen und Gruppierungen, denen sie die Teilnahme an freien, gesamtdeutschen Wahlen erlauben wollte, auch die Ausübung der genannten Grundrechte in einem wiedervereinigten Deutschland gestattet hätte. In der Märznote hieß es dazu:

„In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährleistet sein, sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen.

Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht bestehen.“<sup>257</sup>

Gewiß war aufgrund der Erfahrungen in den meisten sozialistischen Staaten äußerste Skepsis geboten gegenüber der Wirksamkeit verfassungsrechtlicher Grundrechtsgarantien in kommunistisch regierten Ländern. Doch war eine kommunistische Vorherrschaft in einem wiedervereinigten Deutschland zumindest kurz- und mittelfristig nicht sehr wahrscheinlich. Eine Übertragung früherer Erfahrungen war also nur mit erheblichen Einschränkungen möglich. Selbst wenn die SED/KPD in einem wiedervereinigten Deutschland oder in einem Teilgebiet an der Regierungsgewalt beteiligt worden wären, hätte sie wohl kaum die nötigen personellen, materiellen und organisatorischen Machtmittel sowie die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über Armee, Polizei und Geheimdienst besessen, um - ähnlich wie in der SBZ bzw. der DDR seit 1945 - alle dissentierenden Parteien, Organisationen, Gruppen und Schichten des Landes allmählich aus dem politischen Prozeß auszuschalten und z. T. offen zu unterdrücken. Insbesondere hätte das Fehlen direkter Interventions- und Repressionsmöglichkeiten einer allgegenwärtigen Besatzungsmacht, die z. B. wie die UdSSR die KPD/SED jederzeit und mit allen Mitteln unterstützen könnte, eine wesentliche und notwendige, wenn auch keine hinreichende Bedingung und virtuelle Garantie für die begrenzt pluralistisch-liberale Struktur und die Offenheit des politischen Prozesses in dieser Demokratie dargestellt. Offen blieb allerdings in den sowjetischen Vorschlägen, welche Institutionen, Rechtsnormen und Prinzipien die Funktionsfähigkeit des politischen Systems Gesamtdeutschlands gewährleisten sollten.

Unbestimmt blieben die sowjetischen Vorschläge zu der Frage, ob Deutschland einen föderalistischen oder einen zentralistischen Staatsaufbau erhalten sollte. Der Leiter der Volkskammerdelegation, H. Matern (SED) beantwortete diese Frage am 20. Sept. 1952 mit den Worten: „Der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Molotov, schlug bei früheren Außenministerkonferenzen die Weimarer Republik als Muster für den gesamtdeutschen Staat vor. Wir sind damit einverstanden. Das Volk soll entscheiden.

Wir fügen uns"<sup>238</sup>. Nahm man die noch präziseren Äußerungen aus den Jahren 1948/49 hinzu, so ergab sich der Eindruck, daß die UdSSR und die DDR sich in dieser Frage sehr flexibel zeigten, und den Deutschen die Entscheidung weitgehend selbst überlassen wollten, während ihre eigenen Wünsche wohl zu einem dezentralisierten Einheitsstaat oder einem „gemäßigten Föderalismus“ hintendierten.

Funktion und Bedeutung der kommunistischen Vorschläge zur „Demokratisierung“ der sozio-ökonomischen Basis und zur Struktur des politischen Systems werden erst deutlich im Rahmen der sowjetischen Konzeption für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung eines wiedervereinigten Deutschland. Die sowjetischen Vorstellungen erschienen doppelt negativ fixiert: erstens auf die deutsche Vergangenheit, indem man das Wiedererstehen des Faschismus, des Militarismus und des deutschen Kriegspotentials verhindern wollte; und zweitens auf die gegenwärtigen Verhältnisse in Westdeutschland, indem das „neue“ Deutschland deren genaues Gegenbild abgeben sollte. Dem entsprach eine doppelt positive Fixierung: erstens auf die - als beinahe vorbildlich hingestellte - demokratische Ordnung in der DDR; und zweitens auf das vage Ziel eines „einheitlichen, unabhängigen, friedliebenden und demokratischen Deutschland“. Doch die bloße Negation des Negativen blieb ebenso unbestimmt wie jene eben erwähnte Formel.

Das Modell der DDR aber war auf keinen Fall in naher Zukunft für ganz Deutschland verbindlich zu machen und durchzuführen. Das bedeutete keineswegs, daß die UdSSR und die DDR *langfristig* nicht doch ein sozialistisches Gesamtdeutschland anstrebten und vom schließlichen „Sieg der fortschrittlichen Kräfte“ überzeugt waren. SED-Agitatoren wurde z. B. intern erläutert: „In Westdeutschland sollte die ‚Vernichtung des deutschen Militarismus und Imperialismus‘ mit denselben Maßnahmen wie in der DDR durchgesetzt werden“<sup>239</sup>. Zahlreiche offizielle Erklärungen der UdSSR, der DDR und der Ostblockstaaten machten es wahrscheinlich, daß man eine Art Vorstufe zu einem volksdemokratischen Regime anstrebte, „ein antifaschistisches und anti-imperialistisches Regime ... , wie es in der DDR der Fall ist“<sup>240</sup>. Doch was den Kommunisten wünschbar sein mochte, war ihnen darum noch keineswegs erreichbar: die Bedingungen der Situation des Jahres 1952 legten eine andere Taktik nahe.

Es wurde schon gezeigt, daß es den Kommunisten zunächst darauf ankam, ihre unaufgebbaren Minimalforderungen für eine neue Demokratie durchzusetzen. Sie wollten weitgehende, reale Garantien gegen das Wiedererstehen von Faschismus und Militarismus in der tatsächlichen Neuordnung wichtiger Bereiche in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft erhalten. Den SED-Agitatoren wurde intern erläutert, es gehe darum, einen gesamtdeutschen Staat zu schaffen, „in dem die imperialistisch-militaristischen Kreise ausgeschaltet sind und die demokratischen Kräfte an der Entwicklung und Festigung eines demokra-

tischen Deutschlands wirken können"<sup>261</sup>. Diese ersten Schritte sollten die Voraussetzungen schaffen für einen weitergehenden Prozeß der „Demokratisierung“. Dessen einzelne Stufen waren zwar nicht genau festzulegen, werden aber wohl dennoch ungefähr zutreffend angedeutet durch die Theorie des „Übergangstaates“, „der antifaschistisch-demokratischen“, später der „volksdemokratischen“ Entwicklung<sup>262</sup>. Nach dieser Theorie soll die „demokratisch-patriotische Bewegung“ einen „Staat vom Übergangstypus“ schaffen, „dessen weiteres Schicksal vom Kräfteverhältnis der Klassen innerhalb des allgemein demokratischen Blocks, vom Ausgang des Klassenkampfes zwischen den Werktätigen, und den rechten bürgerlichen Elementen abhing“<sup>263</sup>. Die Kommunisten wollten gesicherte Ausgangspositionen und günstige Startchancen für die zu erwartenden, permanenten Auseinandersetzungen und Kämpfe im wiedervereinigten Deutschland. Wenn schon der sozialistische Endzustand vorläufig nicht erreichbar war, wollte man sicher sein, daß die Deutschen wenigstens begannen, den Weg zum Sozialismus einzuschlagen. Die DDR sollte dabei zugleich Modell, Instrument und „wichtigste Basis im Kampf“ für die neue Demokratie sein<sup>264</sup>. Die SED/KPD wollten sich alle Möglichkeiten für einen Erfolg sichern, wenn sie schon den Sieg nicht garantieren konnten. Sie wollten mitbestimmen und mitregieren, wenn sie schon nicht allein herrschen konnten. Daß sie dabei tatsächlich erhebliche Risiken eingegangen wären, hat W. Ulbricht einige Jahre später im Rückblick offen zugegeben:

„Ich sage ganz offen: Unser Vorschlag von 1952 war auch für die DDR, für die Werktätigen mit einem Risiko verbunden. Damals war die DDR noch nicht so gefestigt, und es waren noch nicht in der ganzen Bevölkerung die Fragen der Sicherung des Friedens und der Wiedervereinigung und des Charakters der westdeutschen Herrschaft so klar wie jetzt. Aber wir waren bereit, auf offenem Felde den Kampf zu führen. Das wäre ein langer Weg des Kampfes in Deutschland geworden. Aber letzten Endes hätten doch die fortschrittlichen Kräfte das Übergewicht bekommen.“<sup>265</sup>

Diese - z. T. gewiß hypothetischen - Überlegungen zur Strategie der sowjetischen Deutschlandpolitik vor und besonders nach freien, gesamtdeutschen Wahlen machen es wahrscheinlich, daß die UdSSR und die DDR kurz- und wohl auch mittelfristig nicht die Alleinherrschaft der SED/KPD und ein sozialistisches System im wiedervereinigten Deutschland anstrebten, sondern bereit sein konnten, die innere Entwicklung Deutschlands in vielfacher Hinsicht offen zu lassen und nur begrenzt zu präjudizieren in Viermächteverhandlungen. Ein stalinistischer Sozialismus war wohl weniger wahrscheinlich als ein System, das einen „Mittelweg zwischen Sozialismus und Kapitalismus“ - vielleicht ähnlich dem der SBZ von 1946 - oder einen gänzlich neuen Typ, vielleicht einen damals noch unbekanntem, „demokratisch-liberalen Sozialismus“, darstellte.

Die Problematik dieser Perspektiven aber war für die UdSSR weit weniger wichtig als die mit einer Demokratisierung verbundenen, außen- und

sicherheitspolitischen Ziele. Zunächst ging es um die grundlegenden Vorentscheidungen und die machtpolitische Absicherung der ersten Schritte der neuen Demokratie. Durch die Regelungen des Friedensvertrages wollte die UdSSR die Grundzüge der inneren Struktur Gesamtdeutschlands festlegen; sodann wollte sie als Garantiemacht „von außen“ und über die DDR, die SED und KPD als ihre Basis bzw. ihre Agenten „von innen“ Einfluß nehmen auf die innenpolitische Dynamik der neuen Macht. Denn nur ein wirklich demokratischer Staat konnte nach sowjetischer Auffassung aufgrund seiner inneren Struktur auch in seinen auswärtigen Beziehungen „Friedensliebe“ zeigen und die Freundschaft zu allen sozialistischen Ländern pflegen<sup>266</sup>. Die möglichen außenpolitischen Chancen und Erfolge einer friedensvertraglichen Regelung waren für die Sowjetunion dauerhaft nur gewährleistet, wenn die „deutschen Imperialisten, Militaristen und Faschisten“ nie mehr die Möglichkeit hatten, Sicherheit und Existenz der sozialistischen Länder zu gefährden.

#### b) Der militärische Status eines wiedervereinigten Deutschland

Neben der Demokratisierung der inneren Ordnung bildete die Festlegung des militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschland ein weiteres wichtiges Instrument der Strategie der sowjetischen Deutschlandpolitik.

Die UdSSR hatte bis zu ihrer Note vom 10. März 1952 strikt auf der Durchführung der - überdies extensiv interpretierten - Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über die vollständige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands bestanden<sup>267</sup>. Diese Forderung erhob sie auch noch in ihrer Note vom 23. 8. 1952; ihre Erfüllung - vor allem in Westdeutschland - gehöre zu den Voraussetzungen freier Wahlen in ganz Deutschland. Diese Forderung zielte darauf ab, „das Wiedererstehen oder die Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus zu verhindern“<sup>268</sup>. Die Sowjetunion wollte so bereits im Stadium der sich vollziehenden Wiedervereinigung die politisch-propagandistische Aktivität aller „nazistischen und militaristischen Kräfte“ in der BRD unterbinden. Und wie schon die Vorschläge früherer Jahre sah auch die Note vom 10. März u. a. vor: „Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden. Gleichzeitig werden sämtliche ausländischen Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands liquidiert“<sup>269</sup>.

Doch dann nahm die Sowjetunion in einem zentralen Punkt unvermittelt einen höchst bedeutsamen und kaum erwarteten Kurswechsel ihrer Deutschlandpolitik vor. Er war enthalten in zwei lapidaren Sätzen ihrer Note vom 10. März 1952:

1. „Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.“

2. „Deutschland wird die Erzeugung von Kriegsmaterial und - ausrüstung gestattet werden, deren Menge oder Typen nicht über die Grenzen dessen hinausgehen dürfen, was für die Streitkräfte erforderlich ist, die für Deutschland durch den Friedensvertrag festgesetzt sind“<sup>270</sup>.

Die Größe der Streitkräfte war nicht genau festgelegt, konnte jedoch ungefähr abgeschätzt werden. Im sowjetischen Friedensvertragsentwurf von 1954 hieß es ergänzend: „Die Größe dieser Streitkräfte wird entsprechend den Aufgaben inneren Charakters, der lokalen Verteidigung der Grenzen und des Luftschutzes beschränkt sein“<sup>271</sup>. Vor allem boten die sowjetischen Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Japan<sup>272</sup> eine aufschlußreiche Analogie an einem gut vergleichbaren Beispiel. Die sowjetische Note vom 9. April 1952 nahm selbst Bezug auf „diesen gleichartigen Vorschlag für Japan“ und versicherte, Deutschland solle nicht „in eine schlechtere Lage versetzt“ werden<sup>273</sup>. Für die „Aufgaben der Selbstverteidigung“ wollte die UdSSR Japan gestatten:

1. Streitkräfte (einschließlich Grenzschutz und Gendarmerie): Landheer 150000 Mann, Flotte 25 000 Mann und 75 000 Tonnen, Luftwaffe 20 000 Mann, 200 Jagd- und Aufklärungs-, weitere 150 unbewaffnete Flugzeuge.
2. Bewaffnung: Keine ABC-Waffen, Raketen, besondere Typen von Torpedos; Geschütze mit einer Reichweite von mehr als 30 km; nicht mehr als 200 mittlere und schwere Panzer<sup>274</sup>.

Ähnliche Regelungen in den Friedensverträgen mit Italien, Bulgarien, Rumänien und Ungarn von 1947 machten es wahrscheinlich, daß die UdSSR Deutschland *höchstens* ca. 300000 Mann bewaffnete Streitkräfte aller Art mit einer Bewaffnung gestattet hätte, die jeden Angriff, aber auch jede länger dauernde Verteidigung gegen die Übermacht der vereinten Kräfte des sozialistischen bzw. kapitalistischen Lagers unmöglich gemacht hätten. Der geplante Aufbau nationaler Streitkräfte eines „antifaschistisch-demokratischen und friedliebenden Deutschland“ ersetzte die Forderung der totalen Demilitarisierung durch eine beschränkte Remilitarisierung - jedoch ohne die Gefahr einer erneuten deutschen Aggression.

Genau das war das wichtigste Ziel dieses sowjetischen Vorschlags, „daß ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus und einer deutschen Aggression unmöglich wird“<sup>275</sup>. Dieses Ziel wollte die Sowjetunion auf vier Wegen erreichen.

Erstens wurde einem solchen Versuch die militärische, technische, organisatorische und rüstungswirtschaftliche Basis entzogen, d. h. das Angriffspotential wurde begrenzt und war dem der untereinander verbündeten Nachbarn unterlegen.

Zweitens wurde die Eingliederung der BRD in eine westeuropäisch-atlanti-



sehe Militärallianz, die gegen die Sowjetunion gerichtet war, und damit die Nutzung des weit überwiegenden Teils des deutschen Militärpotentials durch den Gegner verhindert.

Drittens wurden die „Friedensliebe“ und das „Streben nach freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion“ durch die Demokratisierung des politischen Systems und die Unterstützung ausschließlich „fortschrittlicher“, „anti-imperialistischer“ Führungskräfte in Armee und Regierung innen- und außenpolitisch abgesichert. Der den sowjetischen Absichten gegenüber sehr skeptische G. Wettig stellt die sicher nicht unbegründete These auf: „Die Art, in der im Ostblock von den angestrebten nationalen Streitkräften' Gesamtdeutschlands gesprochen wurde, läßt darauf schließen, daß diese mit zu den Kräften gerechnet wurden, die den wiedervereinigten deutschen Staat in das sowjetische Lager ziehen würden“<sup>276</sup>. „Nach allen Anzeichen wollte Moskau die nationalen Streitkräfte' des künftigen Gesamtdeutschlands aus den sowjetisch geprägten und kontrollierten Truppenverbänden der DDR hervorgehen lassen“<sup>277</sup>. Da die damalige KVP vor allem aus Offizieren und Unteroffizieren bestanden habe, hatte sie „die Struktur eines ausgesprochenen Kaderverbandes, der dazu bestimmt war, das Gerippe einer späteren Massarmee zu bilden“<sup>278</sup>.

Und viertens bot der Friedensvertrag mit seinen rechtsverbindlichen Auflagen und eventuellen Sanktionsrechten der Signatur- oder Garantiemächte zusätzliche Sicherheit für die UdSSR.

Die Annahme des sowjetischen Vorschlags für begrenzte nationale Streitkräfte hätte der UdSSR in Verbindung mit dem Abzug aller Besatzungstruppen, einer eventuellen Rüstungsbeschränkung und verdünnten Zonen in Europa und mit den sowjetischen Plänen zur Abrüstung erhebliche außen- und sicherheitspolitische Vorteile gebracht. Auf dem Territorium Deutschlands würde ein machtpolitisches Vakuum entstehen, das allein durch schwache innere Kräfte und ein prekäres Gleichgewicht der Großmächte nur höchst ungenügend abgesichert gewesen wäre. Die drei Westmächte, besonders die USA, gäben ihre militärische Präsenz, die entscheidende Basis ihrer Kontrolle über die BRD und ihrer Mitbestimmung über die Zukunft ganz Deutschlands, auf. Das würde zwar die unmittelbare, militärische Konfrontation von Ost und West in Deutschland beenden und die Gefahr eines Zusammenstoßes, z. B. in einer neuen Berlin-Krise erheblich vermindern. Aber zugleich verminderte sich die Zahl der Streitkräfte, die direkt für die Verteidigung Westdeutschlands und indirekt Frankreichs und der Beneluxstaaten sowie ferner Großbritanniens und Dänemarks zur Verfügung standen. Für die USA würde sich die Möglichkeit, militärisch wirksam in Europa einzugreifen, in jeder Hinsicht verschlechtern. Die westeuropäischen Staaten sähen sich ohne den strategischen Schild der BRD sehr viel schneller und schutzloser einem möglichen Angreifer aus dem Osten gegenüber. Die europäische Integration würde erheblich ge-

fährdet, wenn nicht verhindert; die Blockbildung der westlichen Militärallianz wäre eines Ecksteins beraubt worden. Konnte die UdSSR schon in Friedenszeiten ihre überragende, militärische Überlegenheit im Verein mit dem Potential ihrer Verbündeten politisch geltend machen, so hätte sie erst recht im Falle eines Krieges die wesentlich günstigere, strategisch-geographische Ausgangsposition besessen. Die Westmächte würden ein sehr viel größeres, zuvor besetztes Territorium aufgeben und die militärische Position einer größeren Zahl von Verbündeten erheblich schwächen als es die UdSSR bei einem Rückzug aus der DDR tun würde. Das westdeutsche Menschen- und Rüstungspotential war erheblich größer als das der DDR. Überdies behielt die UdSSR weiterhin ein breiteres und tieferes Glacis für eine Intervention oder im Verteidigungsfall, während die strategisch-logistischen Operationsmöglichkeiten des Westens auf ein existenzgefährdendes Minimum zu schrumpfen drohten. Selbst wenn die UdSSR die DDR militärisch und damit partiell auch politisch preisgab, forderte sie doch eine sehr viel höhere Gegenleistung von den westlichen Mächten. Im ganzen gesehen, wollte also die Sowjetunion eine drohende Verschlechterung des militärischen Status quo in Europa aufhalten, indem sie versuchte, diese Entwicklung umzukehren und das militärische Gleichgewicht durch einen - scheinbar attraktiven - Gegenvorschlag zu ihren Gunsten zu verändern.

Denn attraktiv, so konnte die sowjetische Führung annehmen, mußte dieser Vorschlag vor allem auf national gesinnte Kreise in Deutschland wirken. Geschickt verschleierte die zweite sowjetische Note die Interessen des Absenders und versuchte die deutsche Öffentlichkeit davon zu überzeugen, die UdSSR trete damit für die Grundsätze „der nationalen Souveränität und der Gleichberechtigung der Staaten“ ein<sup>279</sup>. Der Plan einer nationalen Armee sollte die Deutschen - ganz im Sinne von Stalins Schrift - in ihrem Wunsch nach Unabhängigkeit und Freiheit von der Bevormundung durch die Besatzungsmächte ansprechen, also sozialdemokratische wie national-konservative Wähler und sogar ehemalige Soldaten für die sowjetischen Vorstellungen gewinnen. In ihren Noten versuchte die UdSSR, den Eindruck, sie sei der Anwalt der nationalen Interessen der Deutschen, auch in der sprachlichen Formulierung von Mal zu Mal zu steigern. Hieß es zunächst „es wird Deutschland *gestattet* sein, eigene nationale Streitkräfte ... zu besitzen“<sup>280</sup>, so hieß es einen Monat später, Deutschland habe das „*Recht* auf eine Nationalarmee“<sup>281</sup> und am 23. Mai nannte die UdSSR dieses „Recht“ der Deutschen sogar „*unabdingbares Recht*“<sup>282</sup>«. Selbstverständlich mußte bei den Regierungen der Westmächte<sup>283</sup>, aber auch bei der Bevölkerung der deutschen Nachbarländer eine - zumal so zugespitzte - Forderung jedoch Skepsis oder gar Ablehnung hervorrufen. Besonders ausgeprägt war die negative Reaktion in Frankreich. Die französische KP, die bisher in einer großangelegten Kampagne gegen die deutsche Remilitarisierung die nationalen Ressentiments der Franzosen für ihre Politik und die Friedensbewegung benutzen wollte, sah sich nun plötzlich von dem

sowjetischen Vorschlag überrascht. In einer für die Franzosen wenig überzeugenden Weise versuchte sie zu begründen, daß zwischen der Wiederaufrüstung der BRD im Rahmen des „aggressiven, imperialistischen Atlantikblocks“ und der nationalen Armee eines „friedliebenden, demokratischen“ Gesamtdeutschland ein prinzipieller Unterschied bestehe<sup>284</sup>. Daß auch die UdSSR und die DDR gespürt haben, daß dieser Vorschlag keineswegs überall ungeteilte Zustimmung, nicht zuletzt im eigenen Lager, finden würde, zeigte die sehr kursorische, meist knappe Behandlung dieses Themas in der Publizistik beider Länder<sup>285</sup>. Es war immerhin auffällig, wie plötzlich die UdSSR ihre Politik in einem wichtigen Punkt ändern konnte, ohne eine ausführliche Begründung und Rechtfertigung zu geben, und wie wenig sie dabei auf die Interessen der westeuropäischen KPs Rücksicht nahm.

Auch wenn bisher notwendigerweise vor allem betont werden mußte, welche Vorteile die UdSSR aus einer Verwirklichung ihres Vorschlags gezogen hätte, so enthielt doch auch dieser sowjetische Plan gewisse Spielräume und teilweise auch eine Ambivalenz, die jedoch nur in einem weiteren Zusammenhang zu verdeutlichen sind. Denn der Vorschlag einer deutschen Nationalarmee fand seinen Stellenwert erst im Rahmen der sowjetischen Konzeption einer Neubestimmung der Stellung Deutschlands im internationalen System zu Beginn der 50er Jahre.

### 3. *Die Grenzen eines wiedervereinigten Deutschland*

Die UdSSR und die DDR haben - besonders seit dem sog. Görlitzer Abkommen von 1950 - keinerlei Zweifel daran gelassen, daß sie die Oder-Neiße-Linie als endgültige und unveränderliche Grenze auch eines wiedervereinigten Deutschland ansähen. Zunächst wurde juristisch argumentiert, die „Beschlüsse der Potsdamer Konferenz“ seien „voll ausreichend und endgültig“<sup>286</sup>. Sodann wurde die Anerkennung dieser „wirklichen Friedensgrenze zwischen Deutschland und Polen“ politisch als „die einzige reale Lösung dieser Frage“ empfohlen, um das inzwischen entstandene „enge Freundschaftsbündnis zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk“ nicht zu gefährden und um nicht erneut einen Weltkrieg zu provozieren<sup>287</sup>. Die wiederholte, scharfe Zurückweisung aller „Revanchegedanken und Revisionsforderungen“ machten es äußerst unwahrscheinlich, daß sich die UdSSR im Wege eines „package deal“ oder indirekt über die von ihr in diesem Punkt unklar formulierte Bindungsklausel zu einer Änderung des Bestehenden bereithalten würden.

Für Polen wie für die UdSSR war die Behauptung und Sicherung dieses zugleich außerordentlich bedeutenden und umstrittenen Territorialgewinns des 2. Weltkrieges eines der „essentials“ ihrer Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage. Dabei ging es der sowjetischen Führung nicht so sehr um die völkerrechtliche Sanktionierung eines *fait accompli* ihrer expansionistischen Nach-

kriegspolitik. Vielmehr waren die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie, nachdem die UdSSR große Teile Ostpolens annektiert hatte, nicht nur lebenswichtig für das polnische Volk geworden, sondern ihre uneingeschränkte Zugehörigkeit zu Polen war auch eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die polnische Regierung einen deutschen Friedensvertrag akzeptierte, an der Integration des Ostblocks mitarbeitete und unter der Führung der UdSSR die Deutschland- und Europapolitik der sozialistischen Länder auch in Zukunft unterstützte. Die indirekte Verfügungsgewalt der UdSSR über die militärstrategisch und wirtschaftlich wichtigen Gebiete jenseits der Oder und Neiße bildete zugleich eine der entscheidenden, machtpolitischen Voraussetzungen der mittel- und langfristigen Strategie der sowjetischen Deutschlandpolitik, die auf erhöhten, externen Einflußchancen gegenüber Deutschland basierte. Doch darf nicht übersehen werden, daß der hier von der UdSSR geforderte hohe Preis für eine Wiedervereinigung eine Einigung mit den Westmächten, vor allem aber die Annahme eines Friedensvertrages durch eine - wahrscheinlich nichtkommunistische - gesamtdeutsche Regierung erheblich erschweren würde. Ein großer Teil des deutschen Volkes hätte eine solche Regelung - wenn überhaupt - nur sehr widerwillig akzeptiert; die Spannungen zwischen einem wiedervereinigten Deutschland und Polen hätten sich wohl auch nur allmählich und nach längerer Zeit vermindern lassen. Doch stellten die sowjetischen Gebietsforderungen, wenn die UdSSR zum Ausgleich in anderen Bereichen erhebliche Konzessionen anbot, wohl kaum ein unüberwindliches Hindernis für den Abschluß und die Durchführung eines Friedensvertrages für Deutschland dar.

Wollte die UdSSR also einerseits auf keinen Fall die Integration des Ostblocks und die Stabilität einer neuen Friedensordnung in Europa gefährden, so versuchte sie andererseits mit ihrem Protest gegen die „Losreißung des Saargebiets von Deutschland“ den Konflikt zwischen Frankreich und der Bundesrepublik zu verschärfen. Das Saargebiet müsse „allein unter die Hoheit der deutschen Regierung gestellt werden“ - jede andere Regelung besitze „keine Rechtskraft“<sup>233</sup>. Auch in dieser Frage versuchte also die UdSSR, die Störung der Integration in Westeuropa mit ihrem Interesse an einer vorteilhaften, stabilen Neuordnung in Mitteleuropa zu verbinden.

#### *4. Die Stellung eines wiedervereinigten Deutschland im internationalen System*

Der Stellenwert und die Funktion der bisher erörterten, sowjetischen Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage wird erst deutlich im Zusammenhang mit jener von der UdSSR in Mitteleuropa verfolgten, indirekten Offensivstrategie, die in dem Plan der Neutralisierung und einer Neutralitätspolitik für ein wiedervereinigtes Deutschland sichtbar wurde. Zunächst sollen die von

der Sowjetunion angeführten Einzelemente zur Neubestimmung der internationalen Position Gesamtdeutschlands referiert, interpretiert und - besonders in völkerrechtlicher Hinsicht - begrifflich-theoretisch geklärt werden; danach erst ist ihre strategische Funktion in der sowjetischen Deutschlandpolitik näher zu untersuchen.

a) Die sowjetische Definition der Neutralisierung und der Neutralitätspolitik Gesamtdeutschlands

aa) Bündnisverbot und Bündnisfreiheit Gesamtdeutschlands

Die UdSSR versuchte ihr Hauptziel, die Verhinderung der westeuropäischen Integration (besonders der EVG) sowie die Nutzung des Potentials der BRD und deren Einbeziehung in das westliche Militärbündnis, zunächst dadurch zu erreichen, daß einem wiedervereinigten Deutschland nicht gestattet sein sollte, sich dem westlichen Allianzsystem anzuschließen. Die sowjetische Note vom 10. März forderte: „Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalition oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat“<sup>299</sup>.

Aus zahlreichen Erklärungen der UdSSR und der DDR ging hervor, daß damit vor allem die NATO, die geplante EVG und die politische Föderation Westeuropas, aber auch die EGKS und die OEEC/ERP als wirtschaftliche Basis der Nutzung des westdeutschen Potentials für die westliche Militärallianz gemeint waren. Alle diese Verträge wurden von der UdSSR als gegen die sozialistischen Staaten des Ostblocks gerichtet angesehen. Jede ähnliche „Einbeziehung Deutschlands in eine gegen irgendeinen friedliebenden Staat gerichtete Mächtegruppierung“<sup>300</sup> sollte für die Zukunft ausgeschlossen sein. Im übrigen aber unterließ es die UdSSR zu präzisieren, für welche Art von Bündnissen und Abkommen das Kontraktverbot bestand: als eine der Garantiemächte wollte sie sich die jeweilige Auslegung der faktisch ohnehin restriktiven Bestimmungen nach letztlich weithin selbstgewählten Gesichtspunkten vorbehalten. Faktisch - und das muß festgehalten werden — bedeutete diese Forderung ein Koalitions- und Vertragsverbot gegenüber allen nicht-sozialistischen Staaten, d. h. für alle Vereinbarungen, die Gesamtdeutschland einer solchen indirekten oder direkten militärischen, politischen oder wirtschaftlichen Abhängigkeit gegenüber den kapitalistischen Staaten unterworfen hätten, daß diese dadurch wesentlichen Einfluß auf die Politik Gesamtdeutschlands erhielten und so seine Mittelstellung zwischen Ost und West gefährden konnten. Oder pointiert gesagt: Die UdSSR strebte die faktische Neutralisierung Gesamtdeutschlands an. Sie tat es überdies so, daß der Bündnisfreiheit Gesamtdeutschlands nach Westen hin sehr enge, vertragliche Grenzen gesetzt waren, nach Osten hin aber praktisch keine Beschränkung formuliert wurde.

Die UdSSR stellte folgerichtig eine weitere Forderung, die die „volle Hand-

lungsfreiheit der gesamtdeutschen Regierung" gewährleisten sollte. Die Sowjetunion gehe davon aus, so hieß es in ihrer 3. Note vom 23. Mai, „daß keinerlei von dem einen oder anderen Teil Deutschlands mit den Regierungen anderer Staaten abgeschlossene separate Abkommen der gesamtdeutschen Regierung irgendwelche Verpflichtungen auferlegen...“<sup>291</sup>. Diese Forderung zielte bewußt gegen die bis dahin gültige Bestimmung des Artikels 7, Abs. 3, des Entwurfs des sog. Generalvertrags. Letztere sah vor, „daß ein wiedervereinigtes Deutschland durch die Verpflichtungen der Bundesrepublik nach diesem Vertrag, den Zusatzverträgen und den Verträgen über die Bildung einer integrierten europäischen Gemeinschaft... gebunden sein wird...“<sup>292</sup>. Eine solche automatische Bindung Gesamtdeutschlands mußte aber von vornherein alle ernsthaften Verhandlungen mit der UdSSR ausschließen. Die Regierung Adenauer gab schließlich nach und erreichte in zähen Verhandlungen am 26. Mai 1952 eine Neuformulierung des Artikels, die den Forderungen der SPD und weiter Kreise der westdeutschen Bevölkerung und nicht zuletzt der sowjetischen Note vom 23. Mai entgegenkam. Sie lautete:

„Im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands - vorbehaltlich einer zu vereinbarenden Anpassung - werden die drei Mächte die Rechte, welche der Bundesrepublik auf Grund dieses Vertrages und der Zusatzverträge zustehen, auf ein wiedervereinigtes Deutschland erstrecken und werden ihrerseits darin einwilligen, daß die Rechte auf Grund der Verträge über die Bildung einer integrierten europäischen Gemeinschaft in gleicher Weise erstreckt werden, wenn ein wiedervereinigtes Deutschland die Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber den drei Mächten oder einer von ihnen aufgrund der genannten Verträge übernimmt. Soweit nicht alle Unterzeichnerstaaten ihre Zustimmung erteilen, wird die Bundesrepublik kein Abkommen abschließen noch einer Abmachung beitreten, welche die Rechte der drei Mächte aufgrund der genannten Verträge beeinträchtigen oder die Verpflichtungen der Bundesrepublik aufgrund dieser Verträge mindern würde.“<sup>293</sup>

Auch nach dieser Neuformulierung sah die UdSSR in diesem Artikel (wohl besonders wegen des - allerdings nicht eindeutigen - letzten Satzes) einen Versuch, die unbedingte „Erhaltung all jener Privilegien der Regierungen der drei Westmächte“ aufgrund des General **Vertrages** zu perpetuieren, „die Deutschland der staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität berauben“<sup>294</sup>. Die sowjetische wie die westlichen Formulierungen erlaubten dennoch eine Fortführung des Gesprächs auch nach der Unterzeichnung des EVG- und des Generalvertrags. Darüber hinaus enthielt das sowjetische Angebot auch eine unbestimmte, aber reale Chance: die Freiheit der gesamtdeutschen Regierung, die von der DDR eingegangenen Bindungen gegenüber dem Ostblock zu lockern und neu zu gestalten. Gewiß durften die für den Westen zu erwartenden Nachteile der sowjetischen Formel nicht übersehen werden; andererseits ließen die sowjetischen Formulierungen nicht die Interpretation zu, die UdSSR sei nicht bereit, die völkerrechtlich-vertraglichen Bedingungen für eine Neutralitätspolitik Gesamtdeutschlands zu schaffen. Die UdSSR konnte und wollte in

den von ihr vorgeschlagenen Bestimmungen „keine unzulässige Beschränkung der souveränen Rechte des deutschen Staates“ erblicken<sup>295</sup>. Denn: „Diese Bestimmung beeinträchtigt nicht im geringsten das Recht Deutschlands, sich mit anderen Nationen zu friedlichen Zwecken zusammenzuschließen“<sup>296</sup>.

Die positive Vertragsfreiheit wurde grundsätzlich dadurch zugesichert, „daß eine gesamtdeutsche Regierung, die den Friedensvertrag unterzeichnet, alle Rechte besitzen wird, über die Regierungen anderer unabhängiger und souveräner Staaten verfügen“<sup>297</sup>. Doch nur in der 1. Note der UdSSR fand sich eine gewisse Konkretisierung der Möglichkeiten der „unabhängigen Friedenspolitik“ Gesamtdeutschlands. Sie sah vor, „daß die Unterzeichner des Friedensvertrages“, das Ersuchen Deutschlands um Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützen“ werden<sup>298</sup>. Auch sollte der gesamtdeutschen Regierung die Aufnahme von „Beziehungen zu anderen Mächten selbst vor dem Inkrafttreten eines Friedensvertrages“ erlaubt sein<sup>299</sup>.

#### bb) Die sowjetische Konzeption einer Neutralitätspolitik Gesamtdeutschlands

Die faktische Neutralisierung Gesamtdeutschlands als vertraglich geregelter und garantierter Dauerzustand implizierte völkerrechtlich und politisch auch eine dauernde Neutralitätspolitik Gesamtdeutschlands. Sie sollte vom Grundsatz „der guten Nachbarschaft nach Osten und Westen“, der freundschaftlichen Beziehungen zu allen europäischen Staaten getragen sein<sup>300</sup>. Voraussetzung dafür sollte zunächst die Nichtbeteiligung Deutschlands an irgendeiner Militärallianz, eine allgemeine Abrüstung und ein Disengagement in Europa schaffen. Ein System der kollektiven Sicherheit wurde von der UdSSR im Jahre 1952 noch nicht entworfen. Daß die UdSSR wohl auch 1952 prinzipiell bereit gewesen wäre, Pläne in dieser Richtung auszuarbeiten und Deutschland auf diese Weise ein gewisses Maß an militärischer Sicherheit zu garantieren, zeigten die detaillierten Vorschläge Molotovs auf der Berliner Viererkonferenz von 1954. Dort legte er einen Vertragsentwurf für ein gesamteuropäisches System der kollektiven Sicherheit<sup>301</sup> vor und konzedierte später sogar die Teilnahme der USA<sup>302</sup>. Doch ebenso wie die diesbezüglichen Bestimmungen der UN-Charta konnten solche Vorkehrungen nur von begrenztem Wert sein, da die strukturellen Voraussetzungen für ein Funktionieren eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa kaum vorhanden waren und sich durch die Neutralisierung Deutschlands erhebliche Veränderungen des militärischen Gleichgewichts in Europa ergeben hätten. Zwar betonte die DDR, daß durch eine Neutralisierung der Wunsch des deutschen Volkes erfüllt werde, nicht „in die Konflikte der ganzen Welt“ hineingezerrt zu werden<sup>303</sup>. Dieser Satz aber richtete sich ausdrücklich gegen die Pläne „aggressiver Kräfte“ in der BRD und der „amerikanischen Imperialisten“ zur „Vorbereitung eines neuen Weltkrieges“<sup>304</sup>. Oder anders gesagt: Die Neutralisierung

sollte Gesamtdeutschland nicht nur von einem Zusammengehen mit den Westmächten abhalten, sondern nicht zuletzt auch die Voraussetzungen für eine möglichst enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion schaffen. Immer wieder wurde von der UdSSR und der DDR betont, wie notwendig und nützlich die deutsch-sowjetische Freundschaft sei. Der historische Rückgriff auf die Rapallopolitik wurde ein häufig verwandtes Mittel, um die Prinzipien einer „deutschen Friedenspolitik“ zu definieren. Man zog eine Reihe von Parallelen zur Zeit nach dem 1. Weltkrieg. Der Vertrag von Rapallo sei auf der Basis der Anerkennung der Gleichberechtigung und Unabhängigkeit beider Staaten geschlossen worden. Während Deutschland seine wirtschaftliche und politische Position gegenüber den imperialistischen Mächten des Versailler Systems habe verbessern können, sei der Sowjetunion der Einbruch in die kapitalistische Einheitsfront gelungen. Doch die großen gegenseitigen Vorteile, die Chance von Rapallo sei von den bürgerlichen Regierungen Deutschlands verspielt worden durch den Vertrag von Locarno, der „Fortsetzung von Versailles“, die den Status quo von Siegern und Besiegten habe aufrechterhalten wollen. So müsse man sich auch heute gegen die „Politik der Anbiederung an den westlichen Imperialismus“ und der Unterwerfung Deutschlands unter dessen Herrschaft wenden<sup>305</sup>. Weitergehend war schon die Forderung, die nationalen Streitkräfte sollten „fest mit dem Weltfriedenslager verbunden“ sein<sup>306</sup>. Ein „friedliebendes und demokratisches Deutschland“ werde schon aufgrund seiner inneren Struktur den Frieden in Europa fördern. Die Anerkennung der bestehenden Grenzen, die Ausrottung des aggressiven deutschen Militarismus und die Beschränkung des deutschen Militärpotentials allein auf Verteidigungszwecke zwinge Deutschland zu einer defensiven, verständigungs- und kooperationsbereiten Politik der Freundschaft und friedlichen Koexistenz mit seinen früheren Gegnern. Der Friedensvertrag und die „friedliebende Sowjetunion“ würden die Unterdrückung der europäischen Länder durch den westlichen Imperialismus erheblich erschweren, denn er könne nicht mehr über Deutschland, sein wichtigstes Potential in Europa, verfügen. Die Friedenspolitik werde vielleicht auch die anderen kapitalistischen Staaten zu einer gewissen Neuorientierung ihrer Politik gegenüber der Sowjetunion veranlassen<sup>307</sup>.

Die UdSSR gab also im ganzen nur höchst unpräzise Auskunft über ihre Konzeption für eine Neutralitätspolitik Gesamtdeutschlands. Dahinter stand eine Strategie, die auf die eigengesetzliche Dynamik einer vorteilhaften Regelung der Handlungsbedingungen Gesamtdeutschlands setzte.

cc) Neutralisierung und Neutralitätspolitik in der politisch-rechtlichen Theorie der sowjetischen Außenpolitik.

Es war bemerkenswert und bezeichnend zugleich, daß die Begriffe „Neutralisierung“ und „Neutralitätspolitik“ - soweit dem Verfasser bekannt - nur sehr selten in den wichtigen, offiziellen Dokumenten der UdSSR und der DDR zu



finden waren. Das wies daraufhin, daß es zu dieser Zeit weder eine klar ausgearbeitete, völkerrechtliche Begriffsdefinition noch eine politische Konzeption dauernder Neutralität zwischen Kapitalismus und Sozialismus in der sowjetischen Theorie der internationalen Beziehungen gab. Der UdSSR war zwar Neutralität als von ihr akzeptierte Grundfigur im Ost-West-Konflikt keineswegs unbekannt. Aber sah man einmal von dem Sonderfall Finnland ab, so stellten im Rahmen der von der UdSSR seit 1951 verstärkt verfolgten Defensivstrategie die sowjetischen Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Japan<sup>308</sup> das einzige Beispiel dar, wo die UdSSR im Prinzip ähnliche Vorstellungen wie in den Deutschlandnoten entwickelte. Die Konzeption der Neutralisierung und einer Neutralitätspolitik stellte in der spätstalinistischen Phase der sowjetischen Außenpolitik ein Novum dar, dessen begrifflich-theoretische Fixierung man zunächst vermied und erst in den Jahren des Höhepunkts der Verständigungs- und konzessionsbereiten, sowjetischen Politik der friedlichen Koexistenz nachholte. Doch was theoretisch erst 1955 und 1956 formuliert wurde, war praktisch in vielen wesentlichen Punkten bereits in den früheren Vorschlägen des Jahres 1952 enthalten. Die spätere sowjetische Konzeption ging von einer positiven Einschätzung der dauernden Neutralität aus, während - wie wir gesehen haben - die stark dichotomische, spätstalinistische Theorie der internationalen Beziehungen eine eher negative oder zumindest skeptische Haltung gegenüber einer möglichen Mittelstellung zwischen Ost und West einnahm. In der bis 1952 entwickelten Theorie wäre für die sowjetische Führung allenfalls eine Neutralität akzeptabel gewesen, die ein kurzes Übergangsstadium bis zur Einbeziehung des Landes ins sozialistische Lager darstellte, vielleicht auch eine ad-hoc-Neutralität im Kriege<sup>309</sup> und gewiß auch die „sozialistische Neutralität“ bei Konflikten innerhalb des kapitalistischen Lagers. In Wahrheit aber konzipierte die Sowjetunion 1952 eine Stellung Gesamtdeutschlands im internationalen System, die viel eher den späteren Theorien entsprach. Sie können hier deshalb auch zur Verdeutlichung mit herangezogen werden.

In Ubereinstimmung mit dem allgemeinen Völkerrecht und auch mit den späteren Auffassungen der UdSSR von 1955/56<sup>310</sup> war der Status Gesamtdeutschlands als eines - aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung - dauernd neutralen Staates zunächst durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

1. Verbot, einen Krieg zu beginnen, an einem Krieg auf fremdem Territorium teilzunehmen oder eine kriegführende Partei zu unterstützen (Kriegsneutralität).
2. Unverletzlichkeit des neutralisierten Territoriums im Kriegsfall, außer wenn ein Kriegsteilnehmer dieses zu besetzen beginnt.
3. Verbot, fremden Mächten Militärstützpunkte oder Truppenstationierungen zu erlauben.

4. Verbot der Teilnahme an Militärallianzen, die den dauernd neutralen Staat in einen internationalen Konflikt hineinziehen könnten oder ihn im Konfliktfall zwingen, seine Neutralität aufzugeben.
5. Das Recht auf eigene nationale Streitkräfte in einer Stärke, „die zur Gewährleistung der Ordnung im Innern eines Landes und der Sicherheit vor einem Überfall von außen notwendig ist“<sup>312</sup>.
6. Pflicht, sich und seine Grenzen bei einem völkerrechtswidrigen Überfall gegen den Angreifer mit allen Mitteln zu verteidigen<sup>312</sup>. Gestattet sind ferner die Teilnahme an einem System kollektiver Sicherheit<sup>313</sup>, die Mitgliedschaft in der UNO<sup>314</sup> und wahrscheinlich auch reine Defensivbündnisse allein zugunsten des dauernd Neutralen<sup>315</sup>.
7. Verpflichtung des dauernd neutralen Staates, „ausschließlich eine Politik des Friedens zu betreiben, die ihn unter keinen Umständen in einen Krieg hineinziehen darf“<sup>316</sup>.  
Die Politik des ständig neutralen Staates darf nach Auffassung K. A. Bagin-jans (1956) nicht gegen einen fremden Staat gerichtet sein (Verbot der Kriegspropaganda, der politischen und wirtschaftlichen Diskriminierung)<sup>317</sup>. L. A. Modschorjan verstand (1956) unter permanenter Neutralität „eine Form friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit der Staaten, unabhängig von der sozialen und politischen Struktur dieser Staaten“<sup>318</sup>.
8. Garantie und Anerkennung der Unabhängigkeit, territorialer Integrität und dauernden Neutralität durch andere (Garantie-)Staaten, die im Falle einer Aggression gegen einen dauernd neutralen Staat verpflichtet sind, diese mit allen verfügbaren Mitteln zu verhindern oder gegebenenfalls Beistand zu leisten<sup>319</sup>.

Der eben skizzierte, traditionelle Begriff der dauernden Neutralität wurde nun in einem zweiten Schritt kritisch interpretiert und in das Konzept des internationalen Klassenkampfes eingeführt<sup>320</sup>. Nach sowjetischer Auffassung mußte die Neutralität je nachdem, im Interesse welcher Klasse sie im Kriege oder als Neutralitätspolitik im Frieden verwendet wurde, beurteilt werden. Jene Staaten, die eine „gerechte Sache“ verträten, einen „gerechten Krieg“<sup>321</sup> führten, *müßten* unterstützt werden. Da die UdSSR nach ihrem ideologischen Selbstverständnis mit dem Sozialismus die „gerechte Sache“ vertrat und die innere Ordnung der Sowjetunion von ihr geführte „ungerechte“, „imperialistische Eroberungskriege“ von vornherein unmöglich machten, konnte es theoretisch für die UdSSR keine Neutralität gegenüber den sozialistischen Staaten - auch und gerade nicht im Kriege - geben. Neutralität konnte und durfte von einer direkt oder indirekt offensiven Außenpolitik nicht „wertfrei“ als Selbstzweck und als absolute Unparteilichkeit angesehen werden. Pointiert in einem Paradox formuliert: es sollte nur eine Neutralität *gegen* den Kapitalismus und *für* den Sozialismus geben. Die Neutralität sollte nur solange zulässig

sein, als sie das kapitalistische Staatensystem schwächte oder/und einen sozialistischen Staat schützte oder ihm sonst nützte. Neutralitätspolitik, „die unter den heutigen Verhältnissen die Friedenskräfte stärkt und die Kriegskräfte schwächt“<sup>322</sup>, „... wird zu einem Bestandteil des allgemeinen Kampfes der Fortschrittskräfte der Menschheit für die Festigung des Friedens“<sup>323</sup>. „Daß manche Länder den Weg der Neutralität beschreiten, bedeutet, daß die Zone des Friedens auf Erden sich weitet, während der Machtbereich der Aggressionskräfte schrumpft“<sup>324</sup>. Und 1956 wurde auf dem XX. Parteitag erklärt, eine „Zone des Friedens“ sei entstanden, „die sowohl sozialistische als auch nicht-sozialistische friedliebende Staaten Europas und Asiens“ einschließt<sup>325</sup>. Eine solche Formulierung, die das 1956 teilweise erreichte Ziel einer Neutralitätspolitik mehrerer Staaten als Konzept formulierte und ihren Status nachdrücklich bejahte, wäre 1952 noch nicht möglich gewesen, war aber damals mit der sowjetischen Neutralisierungs-Kampagne in Europa und besonders mit ihren Deutschlandvorschlägen zweifellos intendiert.

Das theoretisch-programmatische Selbstverständnis der sowjetischen Konzeption der Neutralisierung und einer Neutralitätspolitik für bisher kapitalistische (oder mit diesen verbündeter) Staaten wies bereits deutlich auf die hier verfolgte Strategie der sowjetischen Außenpolitik hin.

#### b) Die Neutralisierung Gesamtdeutschlands und die Strategie der sowjetischen Politik in Europa

Die UdSSR hätte als eine der wichtigsten Garantiemächte einer dauernden Neutralität Deutschlands, die in einem Friedensvertrag verankert war, automatisch gewisse Rechte und Pflichten übernommen. Im Falle Deutschlands würde sich die Sowjetunion jedoch darüber hinaus höchstwahrscheinlich in einer Reihe von Klauseln, die nicht ohne stark interpretationsfähige, politische Begriffe zu formulieren waren, das Recht einräumen lassen, weiterhin erheblichen Einfluß auf ein neutralisiertes Gesamtdeutschland auszuüben. 1954 z. B. war sie „der Meinung, daß den vier Mächten die Verantwortung dafür nicht abgenommen werden kann, daß sich Deutschland auch nach den Wahlen auf friedlichem und demokratischem Wege entwickelt“<sup>326</sup>. Die UdSSR wollte sich sehr wahrscheinlich ein dauerndes *politisches* Interventionsrecht sichern, das die Anwendung einer ganzen Skala gestufter Pressions- und Sanktionsmöglichkeiten und selbst eine *militärische* Intervention als ultima ratio einschließen würde. So schlug die UdSSR 1954 z. B. nicht nur Inspektionsgruppen der vier Mächte, sondern auch ein Interventions- bzw. Reokkupationsrecht der vier Mächte in ihre früheren Zonen in Deutschland vor<sup>327</sup>. Da auch sorgfältig formulierte Generalklauseln und Spezialnormen eines Friedensvertrages kaum eindeutig festlegen konnten, unter welchen Bedingungen den Garantiemächten welche Maßnahmen erlaubt sein sollten, konnte die UdSSR die betreffenden Bestimmungen je nachdem, wie sie die innen- und außenpolitische Entwicklung

Deutschlands perzipierte, unschwer extensiv oder restriktiv je nach Zweckmäßigkeit und zu ihren Gunsten interpretieren und anwenden. Hinzu kam, daß die politisch-rechtliche Theorie der Konzeption der UdSSR für die dauernde Neutralität eines Staates nicht nur widersprüchlich war, sondern auch selbst politisch-strategische Funktionen erfüllte. Die in den Deutschlandvorschlägen von 1952 implizierte, aber erst später formulierte, theoretische Begründung und Rechtfertigung der sowjetischen Strategie zur Veränderung des Status quo ließ die dauernde Neutralität Deutschlands als nicht sehr gut gesichert erscheinen. Widersprüche ergaben sich daraus, daß die sowjetische Theorie einerseits auf der strikten Einhaltung der traditionellen Regeln des allgemeinen Völkerrechts gegenüber den kapitalistischen Staaten beharrte, andererseits aber das hergebrachte Rechtsinstitut ideologisch bestimmt neuinterpretierte und als Mittel einer verdeckten Offensivstrategie zugunsten des Sozialismus anwenden wollte. Die machtpolitische Statik und die rechtliche Verbindlichkeit einer vertraglich fixierten, permanenten Neutralität sollte den Westen für dauernd seiner Einflußchancen berauben, aber der UdSSR durch die Unbestimmtheit der Interventions- und Bindungsmöglichkeiten für dauernd Einflußchancen eröffnen. Diese neue, bei der UdSSR von vornherein vorhandene Konzeption einer „dynamischen“ permanenten Neutralität verwandelte die traditionelle, „statische“, „ewige“ und unbedingte permanente Neutralität nun in einen unsicheren, bedingten, unbestimmt befristeten Status zwischen Ost und West. Da es keine objektive Kriterien dafür gab, wer die „gerechte Sache“ vertrat, wer einen „gerechten Krieg“ führte, wem gegenüber also Neutralität unmöglich war, konnten die Sowjetunion und ihre sozialistischen Verbündeten von ihrem „fortschrittlichen Klassenstandpunkt“ aus allein entscheiden, wann es ihnen zweckmäßig, möglich oder notwendig erschien, von dem neutralen Deutschland eine Politik, eine deutliche Option, ein Abkommen zu ihren Gunsten zu fordern. Es gab in dieser Konzeption der dauernden Neutralität als potentieller Parteilichkeit keine objektiven Kriterien mehr, die ein sowjetisches Verhalten, das das Staats- und Klasseninteresse zumindest theoretisch über die rechtlichen Bindungen gegenüber den kapitalistischen Kontrahenten stellte, von der Theorie her berechenbar, kritisierbar und völkerrechtlich justitabel machten. Die sowjetische Theorie vom „gerechten Krieg“ und dem „gerechten Frieden“ ebenso wie die Konzeption einer „friedliebenden Neutralitätspolitik“ gaben der UdSSR von vornherein schon in der Theorie die legitime Möglichkeit, die permanente Neutralität Deutschlands in Frage zu stellen, zu ihren Gunsten zu verändern oder sie sogar - besonders im Kriegsfall - aufzuheben.

Aber nicht nur diese politisch-rechtlichen Theoreme zur Regelung zwischenstaatlicher Beziehungen, sondern auch die Möglichkeit einer „gerechten“ militärischen Hilfeleistung für die Revolution *in* den dafür reifgewordenen Ländern sicherte der UdSSR theoretisch weitere Interventionsmöglichkeiten. Ein

solcher Revolutionskrieg wurde jedoch nur befürwortet, wenn er notwendig war und die Kräfte der UdSSR dazu ausreichten und wenn die revolutionäre Situation im Interventionsgebiet auch tatsächlich „reif war“<sup>328</sup>. Die Bedingungen eines solchen Eingreifens wurden aber nicht näher definiert.

Skepsis war auch angebracht gegenüber dem Willen der UdSSR, sich tatsächlich an die Regelungen eines Friedensvertrages, an die fixierten Bedingungen eines für lange Zeit konzipierten Interessenausgleichs zu halten. Wie H. Fiedler<sup>329</sup> und andere<sup>330</sup> nachgewiesen haben, kannte die UdSSR theoretisch keine unbedingte und vorbehaltlose Anerkennung des traditionellen bzw. eines allgemein gültigen Völkerrechts, also auch aller Verträge nach dem Grundsatz *pacta sunt servanda*. In der Übergangsphase der friedlichen Koexistenz erkannte die UdSSR die Stabilisierung des Status quo und die Notwendigkeit eines geregelten, friedlichen Nebeneinanderbestehens der beiden großen Gesellschafts- und Staatensysteme an. Ihr Ziel einer revolutionären, sozialistischen Umgestaltung hatte sie aber prinzipiell nicht aufgegeben. Das Völkerrecht erschien einerseits als ein Mittel, die UdSSR zu schützen, den Status quo zu stabilisieren und die gegenseitige, vorteilhafte Zusammenarbeit zu sichern, andererseits als ein Mittel des Kampfes, der gesellschafts- und machtpolitischen Dynamik, die rechtlich fixierte Zustände nicht als unveränderbar und rechtlich unantastbar ansehen konnte. Die Sicherheit der UdSSR und die Dynamik des internationalen Klassenkampfes, die Sicherung und die Ausnutzung von Chancen für die Ausbreitung des Sozialismus bedingten somit theoretisch eine Relativierung der dauernden Gültigkeit von Normen und Verträgen als Grundsatz der sowjetischen Außenpolitik. Die tatsächliche Geltungskraft eines Friedensvertrages richtete sich also vor allem danach, welche Veränderungen des Status quo, d. h. der Handlungsbedingungen und Einflußchancen, der sowjetische Friedensvertragsentwurf selbst in Aussicht stellte und welche strategischen Ziele die UdSSR mit einer Neutralisierung Gesamtdeutschlands verfolgte und durchsetzen konnte. Das schloß in der Praxis wie in der Theorie nicht aus, daß sich die UdSSR strikt an Verträge hielt, wenn es die Situation und das Interesse der UdSSR erforderten. Aber ebenso war es möglich, daß sie Verträge nur als episodisch geltendes Verkehrsrecht, faktisch jederzeit aufhebbar durch die *clausula rebus sie stantibus* betrachtete. Wir haben bereits gesehen, welche Einflußchancen die UdSSR als Garantiemacht aufgrund der Rechtsnatur des Friedensvertrages selbst, der als ein Instrument geminderter, verdeckter, virtueller, fortdauernder Viermächteverantwortung für Deutschland gelten konnte, aufgrund eines nur schwer definierbaren Interventionsrechtes erhalten hätte.

Und ebenso haben wir gesehen, welche strategischen und machtpolitischen Vorteile die Sowjetunion erlangt hätte, wenn alle Besatzungstruppen aus Deutschland abgezogen worden wären, wie sehr die westliche Militärallianz und die westeuropäische Integration gefährdet worden wären, wenn die

sowjetischen Vorschläge zur Abrüstung, Rüstungsbegrenzung und Neutralisierung in Europa verwirklicht worden wären und sich die innere Ordnung Deutschlands (und vielleicht auch anderer Länder) vom kapitalistischen Modell stark entfernt hätten. Zweifellos wäre die Sowjetunion bei Annahme ihrer Vorschläge zur dominierenden Landmacht in Europa aufgestiegen, deren Pressionen sich die kleineren Länder, eines unmittelbaren Rückhalts durch die USA beraubt, nur mit Mühe und sicher nicht immer mit Erfolg hätten erwehren können.

Die UdSSR erklärte, mit ihren Vorschlägen wolle sie „zur Festigung des Friedens in Europa“ beitragen<sup>331</sup>. Da „ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus und einer deutschen Aggression unmöglich wird“, trage der Abschluß eines Friedensvertrages „zu einer Besserung der internationalen Gesamtlage“ bei<sup>332</sup>. Solche und ähnliche wohlklingenden Formulierungen dürfen nun nicht den Blick dafür verstellen, welche gesamteuropäische Strategie dem Plan einer permanenten Neutralität Deutschlands zugrunde lag. Sie wies genau jene Mischung aus Defensive und Offensive, aus Kampf und Zusammenarbeit, aus Statik und Dynamik, aus Unnachgiebigkeit und Flexibilität auf, die wir schon als allgemeines Charakteristikum der sowjetischen Außen- und Deutschlandpolitik kennengelernt haben.

Zunächst enthielt der Vorschlag einer Neutralisierung eine Reihe defensiver Elemente. Durch die Schwächung, maximal durch die Verhinderung der westlichen Militäralianz unter Einbeziehung der BRD sollte die militärstrategische Bedrohung der UdSSR gemindert werden. Dem bestehenden cordon sanitaire verbündeter Staaten sollte ein weiterer aus neutralen Ländern vorgelagert werden und die Sowjetunion noch besser vor einem möglichen Angriff schützen. Diese außen- und sicherheitspolitische Entlastung und Positionsverbesserung sollte dann die Lösung der innenpolitischen Probleme der UdSSR und die Konsolidierung des Ostblocks erleichtern. Diese Vorteile konnten aber nur erkaufte werden durch einen militärischen Rückzug aus der DDR. Offenbar war die UdSSR bereit, Deutschland seiner inneren Ordnung wie seiner internationalen Position nach eine Mittelstellung zwischen sozialistischem und kapitalistischem Lager einzuräumen, die der UdSSR zwar erhebliche Einflußchancen bot, aber doch auch - besonders in der Offenheit ihrer inneren Entwicklung - von vornherein einige erhebliche Risiken enthielt. Indem die UdSSR die DDR partiell zur Disposition stellte, machte sie einen wichtigen, militärstrategischen Rückzug und zugleich eine bedeutende, politische Konzession.

Hinzu kam, daß die Rückwirkungen dieses bedeutsamen Schrittes in Verbindung mit dem neu definierten Status Gesamtdeutschlands auf die osteuropäischen Staaten für die UdSSR im einzelnen nicht leicht berechenbar waren. Zwar konnten die vermutlichen Folgen die sowjetische Blockpolitik nicht

ernstlich und langfristig gefährden; doch mußte die UdSSR, wenn ihre Vorschläge in den wichtigsten Grundsätzen unverändert angenommen wurden, damit rechnen, daß eine Reihe wichtiger Umstände, Faktoren und Mittel, die zum Zusammenhalt des Ostblocks erheblich beitrugen, entweder fortfielen oder nur noch schwächer als bisher wirksam sein würden: die Gefährdung der territorialen Integrität Polens und der Tschechoslowakei in ihren derzeitigen Grenzen; die Furcht vor dem „westdeutschen Revanchismus und Militarismus“; die vollkommene und umfassende Unterordnung der Verbündeten unter die Führung der Supermacht UdSSR angesichts des „aggressiven Imperialismus“, der - wie die sowjetische Führung es sah - seine Schlagkraft in Europa durch Militärbündnisse (NATO, EVG) und Stützpunkte, durch die Beherrschung und Wiederaufrüstung Westdeutschlands sowie durch die politisch-wirtschaftliche Integration Westeuropas fortlaufend zu stärken suchte und direkt (Spionage, Infiltration, Propaganda, Unterstützung von „Befreiungsbewegungen“, Abwerbung qualifizierter Arbeitskräfte besonders aus der DDR) oder indirekt durch politisch-militärischen und wirtschaftlichen Druck die osteuropäischen Staaten bedrohte. Doch würde dadurch der Zusammenhalt des Ostblocks im ganzen keineswegs in Frage gestellt. Zu bedenken ist allerdings auch, daß ein wiedervereinigtes, möglicherweise wirtschaftlich wiedererstarktes Deutschland trotz seiner realen, militärischen Schwäche im Ostblock psychologisch und unbewußt-irrational dennoch als „Bedrohung“ empfunden werden könnte. So mochte sich mancher historisch bewußte polnische Politiker und Bürger fragen, ob die von der UdSSR und der DDR so sehr propagierte Rezeption der Rapallo-Politik trotz der grundsätzlich veränderten Situation wirklich nur positive Seiten für Polen haben würde; denn eine der Grundlagen der im Zeichen des Vertrages von Rapallo von der Sowjetunion und Deutschland verfolgten Politik war die gemeinsame Frontstellung gegen Polen, die wiederum die ohnehin bestehenden, deutsch-polnischen und mit Einschränkung auch die sowjetisch-polnischen Spannungen erhöhte. Doch sicherlich weniger das Gefühl möglicher „Bedrohung“ und diese Bedenken, sondern vielmehr die historisch einmalige Chance und Herausforderung, ganz Deutschland für den Sozialismus zu gewinnen, würden die Kräfte des sozialistischen Lagers erneut zu gemeinsamen Anstrengungen unter der Führung der UdSSR vereinen. Probleme für eine Verstärkung der Homogenität des Ostblocks konnte allerdings auch die mögliche Wiederbelebung des in der Deutschlandpolitik der UdSSR so sehr betonten Nationalstaatsgedankens, des nationalen Selbstbewußtseins sowie der nationalen Kultur und Tradition in den osteuropäischen Staaten mit sich bringen. Mögliche neue Wege der Konzeption und des Aufbaus des Sozialismus in Deutschland könnten das im Ostblock verbindliche stalinistische Modell in Frage stellen und zu einem unerwünschten Pluralismus in der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und deren ideologischer Begründung in den Ländern Osteuropas führen. Zwar würde die zunächst andauernde

Labilität des Mächtesystems in Mitteleuropa, die der unentschiedene macht- und gesellschaftspolitische Status Gesamtdeutschlands sehr wahrscheinlich hervorrufen würde, auch die Schwierigkeiten der UdSSR bei der Integration des Ostblocks und der Stabilisierung der inneren Ordnung der einzelnen Mitgliedstaaten erhöhen; doch bestand auf die Dauer kaum die Gefahr, daß die macht- und gesellschaftspolitischen wie die ideologischen Grundlagen des Zusammenhaltes im Ostblock und besonders der nahezu uneingeschränkten Vorherrschaft der Sowjetunion ähnlich labil werden könnten.

Der Rückzug aus der DDR eröffnete der UdSSR zugleich eine Fülle von Möglichkeiten, ihre langfristige Offensivstrategie durchzusetzen. Als Nahziel ihrer Offensivstrategie sah die sowjetische Führung ganz zweifellos die Verhinderung der Einbeziehung des westdeutschen Potentials in die EVG/NATO, das Wiedererstehen eines „bürgerlichen“ (West-)Deutschland als eines teilweise selbständigen Machtfaktors in Westeuropa und als Gegner aller sozialistischen Staaten, die Beendigung der Präsenz der USA in Europa sowie die Desintegration und Schwächung der übrigen verbündeten kapitalistischen Staaten an. Ein neutrales Deutschland hätte eine partielle Neuorientierung der Außenpolitik der meisten westeuropäischen Länder erforderlich gemacht. Und wahrscheinlich wäre das innen- und außenpolitische Modell Deutschlands nicht ohne Einfluß auf die innenpolitische Entwicklung dieser Länder, besonders Frankreichs und Italiens mit ihren starken sozialistischen Bewegungen geblieben. Struktur und Dynamik der neu konzipierten inneren Ordnung Gesamtdeutschlands konnten sich vielleicht zu einem bedeutenden und attraktiven Modell sozialistischer Gesellschaftspolitik entwickeln. Dieses Modell konnte - den damals im Ostblock gültigen, orthodoxen Marxismus-Leninismus in einigen Punkten ergänzend und korrigierend - für die UdSSR und ihre Verbündeten erhöhtes internationales Prestige sowie größere Einflußchancen und verstärkte Kooperationsbereitschaft in Europa und in den Entwicklungsländern mit sich bringen. In Deutschland konnte sich ein ganz neuer Typ der Demokratie moderner Industriegesellschaften „in der Mitte zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ oder auch nur ein neuer Typ einer für einige Jahre begrenzt pluralistischen, dynamisch-offenen und konfliktgeladenen Gesellschaftsordnung im Übergang zu einem Sozialismus entwickeln, der grundsätzlich mit dem stalinistischen Modell übereinstimmen konnte, aber nicht notwendig mit ihm identisch sein mußte. Das Bemühen der UdSSR, in Westeuropa vor allem machtpolitisch, aber auch gesellschaftspolitisch-ideologisch Labilität und Unsicherheit hervorzurufen und zu fördern, war eng verbunden mit dem Kampf der sozialistischen Weltmacht gegen den „US-Imperialismus“, d. h. mit dem Versuch der Sowjetunion, ihren Haupttrivalen, die USA, wo immer möglich aus den vorhandenen Positionen zu verdrängen bzw. deren Ausbau zu verhindern. Die Neutralisierung Deutschlands hätte weltweite Rückwirkungen auf die Stabilität, Glaubwürdigkeit und Effektivität des von den USA garan-



tierten Verteidigungssystem der meisten nicht-sozialistischen Staaten gegenüber der UdSSR gehabt. Und diese Labilität, die entstehenden Widersprüche und Spannungen in ganz Europa hätten wiederum die Chancen für eine effektive Einwirkung der UdSSR auf ein militärisch schwaches Deutschland erheblich verbessert.

Ein neutrales Gesamtdeutschland hätte *langfristig* wahrscheinlich nicht mehr genügend Rückhalt in Westeuropa und vor allem bei den USA besessen, um eine fortschreitende Sozialisierung im Innern und eine zunehmende Abhängigkeit gegenüber dem Ostblock zu verhindern. Es war zweifellos das langfristige Ziel der UdSSR, die beiden deutschen Staaten, vor allem aber die BRD, aus ihren jeweiligen engen Blockbindungen zu lösen, ein sodann wieder-vereinigtes, neutralisiertes Gesamtdeutschland in eine gefährdete, unentschiedene Mittellage zu versetzen und es schließlich durch „innere“ Homogenisierung und „äußere“ Integration allmählich in das sozialistische Lager zu überführen. Die langfristige Strategie der UdSSR konzipierte die permanente Neutralität Deutschlands nur als ein Transitorium, als eine Übergangsphase ohne festgelegten Zeitplan, aber mit einem feststehenden Endziel: dem sozialistischen Deutschland im sozialistischen Lager. Jedes Mitglied der „Friedenszone“ galt also als ein potentielles Mitglied des „Friedenslagers“. In einer ersten Phase sollten die Neutralisierung Deutschlands und die damit stark erhöhten außenpolitischen Einflußchancen der UdSSR eine wichtige Funktion in der Strategie der sowjetischen Deutschlandpolitik erfüllen. Sie sollten günstige, externe Bedingungen schaffen, um das zunächst erreichte Maß an Demokratisierung zu garantieren, vor allem aber um die Position der sozialistischen Kräfte in Deutschland abzusichern und die Sozialisierung zu erleichtern und zu fördern.

Umgekehrt erleichterte und förderte eine zunehmend sozialistische innere Ordnung Deutschlands den Anschluß an das sozialistische Lager. Es entsprachen sich also die außenpolitische Stellung Deutschlands zwischen Ost- und Westblock und sein innenpolitischer Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus als Ausgangsbasis und Gegenstand sowjetischer Einflußnahme. Stalin hatte schon in den 20er Jahren die hier beobachtete Verbindung von Defensiv- und Offensivstrategie prägnant formuliert: „Es ist am wahrscheinlichsten, daß die Weltrevolution sich auf dem Wege des revolutionären Ausschheidens einer Reihe neuer Länder aus dem imperialistischen Staatensystem entwickeln wird“<sup>333</sup>. Nach Lenin vollzieht sich die Revolution „zunächst in jenen Ländern, welche das schwächste Glied und den Knotenpunkt der Widersprüche des Welt-Imperialismus darstellen“<sup>334</sup>. Dieser Prozeß vollzieht sich nach Stalin „um so schneller und gründlicher“, „je gründlicher sich der Sozialismus in dem ersten siegreichen Lande festigen wird, je schneller sich dieses Land in eine Basis für die weitere Entfaltung der Weltrevolution, in einen Hebel zur weiteren Zersetzung des Imperialismus verwandelt“<sup>335</sup>.

Auch wenn sich deutlich abzeichnete, welche Absichten und welche Strategie die UdSSR mit ihrem Neutralisierungsplan verfolgte, so bestand doch auch hier ein erheblicher Spielraum zwischen unabdingbaren Minimal- und bloß gewünschten Maximalzielen. Es soll hier daher folgende These vertreten werden: Da die UdSSR grundsätzlich an einer Neutralisierung Gesamtdeutschlands stark interessiert war, konnte und mußte sie bereit sein, zumindest kurz- und mittelfristig ein nicht-sozialistisches, permanent neutrales Deutschland als einen bedeutenden, aber nicht gefährlichen Partner zu akzeptieren, dessen Innen- und Außenpolitik nur wenig oder gar nicht auf die Einbeziehung in das sozialistische Lager zielte.

Außer den genannten Vorteilen, die eine solche Lösung für die UdSSR bot, gab es noch einige weitere Gründe, warum sie an einer solchen Regelung interessiert und zugleich konzessionsbereit sein konnte. Diese sowjetische Bereitschaft war außerdem notwendig, weil die UdSSR keinesfalls erwarten konnte, in Viermächteverhandlungen eine Regelung zu erreichen, die den früheren westlichen Besatzungsmächten nicht ebenfalls alle Rechte und Pflichten einer Garantiemacht, vor allem aber ein gleiches politisches und notfalls auch ein militärisches Interventionsrecht wie der UdSSR gab. Sie konnte ebenso wenig erwarten, daß die Westmächte nicht genauso versuchen würden, auf die Innen- und Außenpolitik Gesamtdeutschlands Einfluß zu nehmen und ihm Rückhalt zu geben gegen zu starke sowjetische Pressionen. Ebenso war damit zu rechnen, daß es heftige, innenpolitische Auseinandersetzungen in Deutschland gab. Eine Alleinherrschaft der sozialistischen Kräfte war kaum wahrscheinlich oder sicher, und selbst ihre Vorherrschaft konnte die UdSSR nicht garantieren, wenn auch einige Gründe dafür sprachen. Auch konnte die sowjetische Führung nicht übersehen, daß sich die engen wirtschaftlichen, kulturellen, historischen, sozialen und politischen Bindungen Deutschlands, besonders der BRD gegenüber den anderen westlichen Nationen nur mit Mühe lockern oder gar aufheben ließen. Es wird hier keineswegs übersehen, daß sich die UdSSR zweifellos in einer weitaus besseren Ausgangsposition im zu erwartenden Ringen um Deutschland befand. Es soll nur auf ernstzunehmende Schwierigkeiten und Risiken hingewiesen werden, die einer Verwirklichung der weitreichenden, sowjetischen Absichten entgegenstanden. So bestanden durchaus Möglichkeiten, daß sich die Mittelstellung Deutschlands „zwischen Sozialismus und Kapitalismus“ soweit stabilisieren ließ, daß für die Sowjetunion zu massive politische Pressionen und militärische Sanktionen allmählich nicht mehr tragbare Risiken darstellten. Oder aber eine Einmischung in den innerdeutschen, politischen Prozeß konnte wegen deutscher Widerstände im wesentlichen zur Erfolglosigkeit verurteilt sein. Daß sich ein Widerspruch zwischen Wollen und Können ergab, war auch in dieser Phase der sowjetischen Deutschlandpolitik nicht ausgeschlossen. Es wird nicht übersehen, daß ein solcher Stand der Kräfteverhältnisse nur schwer herzustellen und zu stabilisieren

gewesen wäre. *Wahrscheinlicher* war gewiß eine erfolgreiche Einflußnahme der UdSSR auf Deutschland mit dem Ergebnis seiner allmählichen Einbeziehung in das sozialistische Lager. Aber eine solche Entwicklung war keineswegs unaufhaltsam und notwendig oder gar sicher. Wenn überhaupt, so konnte die UdSSR dieses Endergebnis nur nach einigen Jahren und in vielen Einzelschritten erreichen. Dabei konnten sich die innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland und in den Staaten des Ostblocks und die internationalen Bedingungen für die erfolgreiche Durchführung einer solchen Strategie unvorhergesehen so erheblich verändern, daß diese stark erschwert und verzögert, wenn nicht gar unmöglich werden konnte. So muß z. B. offenbleiben, ob nicht eine Stabilisierung des Status quo im internationalen System, die sich 1952 abzeichnete und nach 1953 - gefördert durch eine weltweite Entspannungspolitik der Großmächte - weiter verstärkte, auch eine Stabilisierung der permanenten Neutralität Deutschlands mit sich gebracht hätte.

Die Bereitschaft der UdSSR, den oben skizzierten Status Gesamtdeutschlands anzunehmen, war aber auch deshalb wahrscheinlich, weil ihr diese Lösung, auch wenn sie sich als relativ dauerhaft erwies, immer noch genügend Vorteile bot. Die Sowjetunion hätte auch dann alle wesentlichen Ziele ihrer Deutschlandpolitik erreicht, wenn sie diesen Status bei Annahme ihrer Forderungen zur Demokratisierung Deutschlands akzeptiert hätte. Er gab ihr überdies genug Zeit und Gelegenheit, langfristig dennoch erfolgreich zu sein und den Maximalzielen ihrer Außenpolitik näher zu kommen. Und auch während einer längeren Übergangsphase konnte eine konsequente, deutsche Neutralitätspolitik durchaus im sowjetischen Interesse liegen. Die Rezeption der Rapallo-Politik machte nämlich ein bisher häufig übersehenes Moment der sowjetischen Deutschlandpolitik deutlich. Einerseits waren sich die UdSSR und die Westmächte darin einig, daß Deutschland nicht wieder die Gelegenheit erhalten sollte, Ost und West gegeneinander aufgrund eigener Stärke auszuspielen, eine krisen- und konflikterzeugende Schaukelpolitik zwischen beiden Blöcken zu betreiben oder gar erneut eine beherrschende, seine Nachbarn gefährdende Stellung in Mitteleuropa einzunehmen. Doch um andererseits die Deutschen für ihre Pläne zu gewinnen und um eine vielleicht akzeptable Verhandlungslösung herbeizuführen; um wirtschaftlichen Nutzen aus einem ausgedehnten Handel mit einem prosperierenden Deutschland ziehen zu können und um die Gegensätze im kapitalistischen Lager zu erhöhen; und schließlich um die Integration des Ostblocks nicht durch neue Heterogenität zu gefährden - aus all diesen Erwägungen konnte und wollte die Sowjetunion in Deutschland einen besonders wirtschaftlich bedeutenden, gleichberechtigten Partner mit effektiver, wenn auch begrenzter, politischer Handlungs- und Optionsfreiheit finden. Sie konnte nicht damit rechnen, daß Gesamtdeutschland kurz- und mittelfristig ein von ihr kontrollierter, ohnmächtiger und passiver Satellit werden würde. Es lag vor allem im sowjetischen Interesse, daß das deutsche

Wirtschaftspotential, das technische und wissenschaftliche Können der Deutschen den sozialistischen Ländern und ihrer z. T. noch schwach entwickelten Wirtschaft durch intensiven Waren- und Erfahrungsaustausch und alle Formen der Kooperation und vielleicht sogar durch partielle Koordination zugute kam. Auf diese Weise ließen sich die wirtschaftliche Isolation des sozialistischen Lagers und die Embargobestimmungen der NATO-Länder überwinden. Und es wäre für die UdSSR auch von Vorteil gewesen, wenn ein neutrales Deutschland seine Produktion durch eine ebenso oder noch engere Zusammenarbeit mit dem Westen fortlaufend hätte steigern können. Denn auf diese Weise hätten einmal - wie die sowjetischen Angebote der Moskauer Wirtschaftskonferenz 1952 zeigen - erhebliche Engpässe und Mängel der sowjetischen Konsumgüterproduktion überwunden werden können. Zum anderen bot eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der Sowjetunion eine zusätzliche Chance, die Abhängigkeit Deutschlands vom sozialistischen Lager zu verstärken.

Ein solcher Partner, der kein Gegner war<sup>336</sup>, ein Deutschland, das bedeutend, aber nicht gefährlich war, eine Macht, die nicht mehr mit den kapitalistischen Staaten paktieren konnte, aber doch auch (vielleicht noch) kein Verbündeter war - ein so vorteilhafter Ausgleich zwar nicht ohne Kompromisse und Risiken, aber doch voll innerer Dynamik und aussichtsreicher Chancen für eine geschickt operierende Außenpolitik konnte durchaus im Interesse der Sowjetunion liegen.

#### V. FUNKTION UND TAKTIK DER KOMMUNISTISCHEN POLITIK IN DER BRD

Die sowjetischen Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage waren so konzipiert und formuliert, daß sie weitverbreitete Stimmungen und Wünsche der westdeutschen Bevölkerung zumindest verbal berücksichtigten und so auf eine möglichst breite Unterstützung im Volke abzielten. Eine umfangreiche Propaganda- und Agitationstätigkeit, Kundgebungen, Versammlungen, Reden und Kritik der KPD-Abgeordneten im Bundestag, Unterschriftensammlungen, politische Streiks und eine Reihe weiterer, gewaltloser Maßnahmen sollten der kommunistischen Politik neue Anhänger verschaffen. Aber es kam den Kommunisten in erster Linie nicht darauf an, neue Mitglieder für die KPD zu gewinnen, diese aus ihrer Isolierung zu befreien und als Instrument der sowjetischen Deutschlandpolitik zu stärken. Vielmehr versuchten die UdSSR, die SED und die KPD, vor allem eine möglichst breite, „nationale und demokratische Volksbewegung“ gegen „Wiederaufrüstung und Militarismus, Generalvertrag und US-Imperialismus“ ins Leben zu rufen. Die Kommunisten, die „Arbeiterklasse und ihre Organisationen“ sollten den Kern dieser Bewegung bilden und eine „führende“, aber nicht zu offensichtlich dominierende Rolle in ihrer Leitung spielen<sup>337</sup>. Um diesen Kern herum sollte die „Aktionseinheit der

Arbeiterklasse" alle proletarischen Elemente in der BRD in einem nächsten „Ring" vereinen. SED und KPD riefen wiederholt und dringlich zur Bildung dieser Aktionseinheit auf, zu der sich „kommunistische, sozialdemokratische, christliche und nicht organisierte Arbeiter" zusammenfinden sollten<sup>338</sup>. Die SED, die diesen Einigungsprozeß nachdrücklich zu fördern suchte, mahnte:

„Für die Verwirklichung der Aktionseinheit ist deshalb jetzt die wichtigste Voraussetzung, daß die Kommunisten täglich an die einfachen Mitglieder und an die Funktionäre der SPD, des DGB und an die parteilosen und nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter herantreten, um bei gleichzeitiger Demaskierung ihrer reaktionären Führer den Kampf um ihre materiellen und demokratischen Forderungen, um den Frieden und die nationale Einheit Deutschlands gemeinsam zu führen."

„In Westdeutschland ist eine Lage entstanden, die es der Arbeiterschaft ermöglicht, durch Massenaktionen, durch Streiks von Betrieben und Industrien und schließlich durch den allgemeinen Generalstreik sich an die Spitze der aufsteigenden patriotischen Volksbewegung zur Verhinderung der Ratifikation und Durchführung der Kriegspläne zu stellen und die Adenauer-Regierung hinwegzufegen."<sup>339</sup>

Die Einschätzung der SPD durch die SED und die KPdSU war höchst ambivalent. Einerseits diffamierte man die SPD wegen ihrer „unaufrichtigen Opposition" „als ein wichtiges Glied in dem von den Amerikanern geschaffenen System des Bonner Regimes"<sup>340</sup>. Gemäß der schon vor dem 2. Weltkrieg entwickelten historisch-ideologischen Theorie von der Rolle der sozialdemokratischen Parteien im Kapitalismus betrachteten die Kommunisten die SPD als eine nicht-revolutionäre, grundsätzlich systemkonforme und nicht mehr „wahrhaft sozialistische" Partei. Andererseits hielten die Kommunisten die SPD, genauer: ihre proletarischen Mitglieder viel eher als ihre Führung, für virtuell und potentiell fähig, im Bündnis mit der KPD und der SED eine zumindest teilweise „wirklich sozialistische" Gesellschaftspolitik zugunsten der Arbeiter und Bauern sowie - vielleicht im Rahmen einer Nationalen Front - eine „progressive" Wiedervereinigungspolitik zu verfolgen. Vor allem in der zugespitzten Situation des Jahres 1952 schrieb die SED der SPD die „Hauptverantwortung" im „Kampf um ein einiges, demokratisches Deutschland"<sup>341</sup> zu und appellierte mehrfach an sie und die Gewerkschaften, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu schaffen<sup>342</sup>. Doch waren es nicht nur die soziale Basis als politische Potenz und die Konzeption einer Aktionseinheit gegen Kapitalismus und Imperialismus, worin die SED und die KPdSU Ansatzpunkte für ein zumindest partielles Zusammengehen mit der SPD erblickten.

In ihrer Rolle als einzige große, sozialistische Oppositionspartei gegenüber den „bürgerlichen" Regierungsparteien entwickelte die SPD unter Betonung nationaler Ziele (Wiedervereinigung, Wiedergewinnung der Souveränität und Gleichberechtigung Deutschlands) ihre Konzeption einer alternativen Deutschlandpolitik, die sehr viel mehr als die damalige Bundesregierung bereit war, auf die Interessen der UdSSR Rücksicht zu nehmen. Das bedeutete jedoch nicht, daß die SPD die sowjetische Deutschlandpolitik in allen wesentlichen

Punkten unterstützte. Vielmehr bietet sich aus heutiger Sicht das Bild einer höchst widersprüchlichen Konzeption der SPD, die im Grunde unvereinbare Ziele gleichzeitig verfolgte und damit weder von den Westmächten noch von der UdSSR und der DDR als ein glaubwürdiger und zuverlässiger Partner angesehen werden konnte<sup>44</sup>. Die SPD versuchte nach 1950, das Streben nach Sicherheit und Integration in Westeuropa einerseits mit dem Bemühen um eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit aufgrund eines Interessenausgleichs mit der UdSSR und ihren osteuropäischen Verbündeten andererseits ohne eine klare Festlegung der Prioritäten in Theorie und Praxis ihrer Politik zu vereinen.

So trat die SPD - wie die damalige Bundesregierung - für die „Mitgliedschaft des deutschen Volkes im Kreise der freien Völker des Westens“ ein, sprach sich im Grundsatz für eine stärkere Zusammenarbeit und Integration mit den westeuropäischen Staaten aus (besonders mit den späteren WEU-Mitgliedern) und befürwortete prinzipiell ähnliche Maßnahmen, Schritte und Verträge, wie sie die Bundesregierung 1951-1953 vorbereitete und z.T. realisierte. Damit verbunden war eine außerordentlich militant antikommunistische und teilweise auch antisowjetische Haltung, die jedes innenpolitische Bündnis mit den Kommunisten strikt ablehnte und die sowjetische Politik in Osteuropa und besonders in der DDR aufs heftigste angriff.

Andererseits war die SPD stärker als alle anderen Parteien auf die Erhaltung und Förderung gesamtdeutscher Bindungen bedacht. Sie betrachtete die Garantie für freie Wahlen ohne Einflußnahme und Auflagen der Großmächte als den ersten, unabdingbaren Schritt auf dem Wege zu dem für sie wichtigsten Ziel: der nationalen Einheit. Auch bei der SPD fand sich damals die Auffassung, die Wiedervereinigung solle „die Befreiung der Bevölkerung Mitteldeutschlands“ zum Ziel haben bzw. Westdeutschland und Westeuropa sollten und könnten politisch-sozial, kulturell und ökonomisch eine solche Anziehungskraft entwickeln, daß die DDR „ganz von selbst“ den Anschluß an die „freie, westliche Welt“ suchen werde. Ziel der sozialdemokratischen Deutschlandpolitik war es, sowohl gegenüber den Westmächten wie gegenüber der UdSSR vor und in freien, gesamtdeutschen Wahlen wie auch nach der Wiedervereinigung ein Maximum an Handlungsfreiheit für das deutsche Volk bzw. eine gesamtdeutsche Regierung zu erreichen. Eine Einschränkung der Souveränität und Gleichberechtigung eines wiedervereinigten Deutschland, des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes in allen innen- und außenpolitischen Fragen - so gab die SPD indirekt und höchst unklar zu verstehen - wollte sie nur in einem Punkt zulassen: in der Bestimmung des militärischen Status Gesamtdeutschlands<sup>45</sup>. Gerade das Verhalten der SPD in der Frage der Remilitarisierung zeigte nun, in welchem grundsätzlichen Zielkonflikt sie sich befand: Einerseits bejahte sie prinzipiell die Notwendigkeit eines militärischen Beitrags der BRD zur Verteidigung Westeuropas und kritisierte - wenn auch

sehr heftig - lediglich die für die BRD unannehmbaren Bedingungen und Nachteile der geplanten Vereinbarungen; andererseits wandte sich die SPD seit Ende 1951 auch deshalb gegen eine Remilitarisierung, weil diese nicht genügend auf die Sicherheitsinteressen der UdSSR Rücksicht nehme und die Wiedervereinigung außerordentlich erschweren, wenn nicht unmöglich machen werde. So war die SPD sehr wahrscheinlich bereit, in Anerkennung der sowjetischen Sicherheitsinteressen und als Preis für eine Wiedervereinigung in freier Selbstbestimmung die geplante und später eventuell schon vollzogene Wiederaufrüstung und Eingliederung der BRD in eine westeuropäisch-atlantische Militärallianz aufzugeben und im Rahmen eines nur angedeuteten Systems der kollektiven Sicherheit in Europa einen militärischen Status für Gesamtdeutschland auszuhandeln, der wohl in mancher Beziehung der von der UdSSR 1952 vorgeschlagenen Regelung ähnlich gewesen wäre<sup>346</sup>. Seit dem Sommer/Herbst 1951 neigte die SPD immer mehr dazu, die geplante Westintegration mit ihren Bindungsklauseln im Falle einer Wiedervereinigung als ein Hindernis für jedes Bemühen um die nationale Einheit anzusehen. Schon vor dem Eintreffen der sowjetischen Noten vom 10. März und 9. April und noch verstärkt in den Wochen danach vertrat die SPD die Auffassung, man müsse noch vor dem Abschluß des EVG- und des Generalvertrages zuerst bei der UdSSR sondieren, welche Möglichkeiten für die Lösung der deutschen Frage gegeben seien. Man müsse die sowjetischen Angebote genau prüfen und zunächst alle Möglichkeiten ernsthafter Verhandlungen und Gespräche ausschöpfen, um zu erfahren, welche Strategie die UdSSR in der deutschen Frage tatsächlich verfolge, an welchen Forderungen sie unbedingt festhalten werde und zu welchen Konzessionen sie äußerstenfalls unter welchen Bedingungen bereit sei<sup>347</sup>. Dabei betrachtete die SPD die Erfolgsaussichten solcher Sondierungen und eventueller Verhandlungen durchaus skeptisch, denn sie nahm an, daß die UdSSR den Deutschen wohl kaum das von der SPD geforderte nahezu unbeschränkte Selbstbestimmungsrecht in innen- und außenpolitischen Fragen gewähren würde.

Die Bereitschaft der SPD, zunächst zu prüfen und zu verhandeln und dann erst die Verträge zur Westintegration zu unterzeichnen, den militärischen Status Gesamtdeutschlands ungefähr i. S. der sowjetischen Vorschläge alternativ zum EVG-Projekt zu bestimmen, ihre allgemeine Rücksichtnahme auf die Interessen der UdSSR und ihre Vorbehalte gegen die Westintegration der BRD machten es naheliegend und verständlich, daß die UdSSR trotz der unübersehbaren Gegensätze und Unvereinbarkeiten auf vielen Wegen versuchte, die Unterstützung der SPD-Mitgliedschaft, aber auch ihrer Führung für ihre Deutschlandpolitik zu gewinnen. Wenigstens aber wollte die Sowjetunion mit der direkten oder indirekten Hilfe der SPD Viermächte- und gesamtdeutsche Verhandlungen zur Lösung der deutschen Frage einleiten, um so und auf andere Weise die Remilitarisierung und Westintegration der BRD zu verzögern, besser noch zu verhindern.

Aber nicht nur die SPD und die Gewerkschaften sollten und konnten nach Auffassung der UdSSR dazu beitragen, daß wenigstens innen- und außenpolitische Teilziele der sowjetischen Deutschlandpolitik erreicht wurden. Dabei mußten allgemeine Zielsetzung und Strategie, soziale Herkunft und organisatorische Basis der Bündnispartner keineswegs identisch sein. Den äußeren „Ring“ der bereits erwähnten „nationalen Befreiungsbewegung“<sup>348</sup> sollten „Vertreter der Bauernschaft, der Intelligenz, der Kleingewerbetreibenden sowie der kleinen und mittleren Industriellen und Kaufleute“<sup>349</sup> angehören. Schon 1949 forderte die SED die „Zusammenarbeit mit solchen patriotischen Kräften, die nicht zum werktätigen Volk gehören oder sich noch nicht im demokratischen Lager befinden“<sup>350</sup>. „Die SED hält es für zweckmäßig und notwendig, mit diesen Schichten der Bevölkerung einen Kompromiß für die Zusammenarbeit im Rahmen des allgemeinen nationalen Kampfes einzugehen“<sup>351</sup>. Und 1952 erklärte sie: „Wir fühlen uns eins mit jeder Regung des patriotischen Widerstandes, gleich welcher politischen und weltanschaulichen Haltung ihre Träger sind. Wir fühlen uns eins mit jedem Deutschen, der die Sache der Nation zu der seinen macht“<sup>352</sup>.

Die „klassischen“ Bündnispartner der Kommunisten, Bauern, fortschrittliche Intelligenz, Kleinbürgertum und nationale Bourgeoisie<sup>353</sup> - „frühere Beamte, Soldaten, Offiziere und Generale der deutschen Wehrmacht sowie die früheren Nazis“<sup>354</sup> eingeschlossen - sollten wie einst im preußischen Befreiungskampf (1807-15)<sup>355</sup> „die Macht der nationalen und der demokratischen Traditionen des deutschen Volkes“<sup>356</sup> beweisen. Als Ziele wurden u. a. genannt der „einheitliche deutsche Nationalstaat“<sup>357</sup>, eine „bedeutende und unabhängige Rolle“ Deutschlands „in der Weltpolitik und Weltwirtschaft“<sup>358</sup>, die „Verteidigung der deutschen Nationalkultur“ gegen „die amerikanische Lebensweise“ und das „Europäertum“<sup>359</sup>, der „Sturz des Adenauer-Regimes“<sup>360</sup> und die „Bildung einer Regierung der nationalen und demokratischen Forderungen“<sup>361</sup>, „die sich auf alle patriotischen Kräfte in Westdeutschland stützt“<sup>362</sup>.

Deutlich wurde der Versuch der SED erkennbar, das Streben der Deutschen in Ost und West nach nationaler Einheit und Größe, den Mangel an „nationalem Selbstbewußtsein“ nach 1945 sowie die Ressentiments gegen die Herrschaft der drei westlichen Besatzungsmächte, besonders aber gegen den „US-Imperialismus“, für die Zwecke ihrer eigenen Deutschlandpolitik auszunutzen. Die häufig wiederholte Feststellung der SED, Wiedervereinigung und Westintegration seien unvereinbar, und die gleichzeitigen, attraktiv wirkenden Angebote, ernsthafte Verhandlungen über die Schaffung eines nach freien Wahlen wiedervereinigten, „demokratischen“, neutralen Deutschland zu beginnen, sollten gerade diejenigen Bürger der BRD, für die die Wiedervereinigung noch immer das höchste Ziel deutscher Politik war, gegen die von den westlichen Regierungen geplanten Bündnisverträge und für einen Ausgleich,



besser noch für eine Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten mobilisieren. Je näher der Tag der Unterzeichnung des EVG- und des Generalvertrages rückte, desto eindringlicher - teilweise in dramatischer Zuspitzung - stellten die Kommunisten der westdeutschen Bevölkerung die unabsehbaren, negativen Folgen für alle weiteren Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands vor Augen, so z. B. in Appellen „zur sofortigen Entscheidung gegen den Generalkriegsvertrag, für den Friedensvertrag, gegen die Fortdauer der Spaltung, für die Wiedervereinigung Deutschlands“<sup>343</sup>. Indem die UdSSR und die DDR die Gefahr der Zuspitzung der internationalen Lage betonten, die Furcht vor Konsequenzen insbesondere für die Bevölkerung der DDR nährten und die Propaganda für eine Befreiung der „Irredenta“ Bundesrepublik vom „Joch des kriegslüsternden US-Imperialismus“ und seinen „militaristisch-revanchistischen Helfershelfern“ in der BRD intensivierten, versuchten sie, die Taktik und die Ziele der Friedensbewegung mit ihrer Deutschlandpolitik zu verbinden. Hinter einer Bündnispolitik auf breitester Basis, hinter den patriotischen Sprachgebärden, deren Vokabular beinahe mit dem bürgerlich-nationaler Politiker übereinstimmte, und hinter der immer wieder betonten Verständigungsbereitschaft verbarg sich die Absicht, mit einer sehr flexiblen Taktik die kaum offen dargelegte Strategie der sowjetischen Deutschlandpolitik noch wirkungsvoller als bisher durchzusetzen<sup>344</sup>.

Der Druck der Öffentlichkeit, der Widerstand der Opposition, die Schlagkraft der KPD sollten so stark werden, daß sich die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien genötigt sahen, in Verhandlungen mit der UdSSR einzutreten und ihre Politik der Wiederaufrüstung und der Westintegration möglichst weitgehend zu ändern. Indem sich die Kommunisten „national“, „demokratisch“ und „friedliebend“ gaben im Rahmen einer Bündnispolitik auf breitester Basis, wollten sie kurz-, mittel- und langfristig auch ihre Isolierung überwinden und sich eine bessere Ausgangsposition in den innenpolitischen Auseinandersetzungen verschaffen. Die zu bildende „Nationale Front“ sollte in Zusammenarbeit mit ihrem Pendant in der DDR zugleich die organisatorisch-politische Basis für eine Vorherrschaft der sozialistischen Kräfte in einem wiedervereinigten Deutschland legen. In ganz Europa sollte eine gut koordinierte, z. T. national eingefärbte Friedensbewegung insbesondere alle Pläne und Aktionen verhindern, die der UdSSR schaden konnten. Der Außenpolitik der UdSSR und auch der DDR sollten hier zusätzliche Unterstützung, Einflußchancen und Glaubwürdigkeit verschafft werden. Die Presionen auf die westlichen Regierungen sollten deren Position nach innen wie nach außen und besonders in möglichen Deutschland-Verhandlungen maximal schwächen und so direkt oder indirekt den Status quo in Mitteleuropa auf dem „zweiten Wege“ der sowjetischen Außenpolitik, durch die Mobilisierung der Volksmassen, verändern helfen.

VI. FUNKTION UND TAKTIK DER POLITIK DER UdSSR UND DER SED  
IN DER DDR

Die sowjetische Deutschlandpolitik konnte prinzipiell zwei Grundlinien folgen: entweder versuchte sie, durch Verhandlungen mit den Westmächten die Einheit Deutschlands wiederherzustellen und in einem Friedensvertrag den Status Deutschlands und den Status quo in Mitteleuropa umfassend zugunsten der UdSSR neuzubestimmen; oder sie beschränkte sich darauf, durch Konsolidierung und Ausbau ihrer bisherigen Positionen, besonders in der DDR, dem Status quo, d. h. der Teilung des Landes und der starren Konfrontation der Blöcke Stabilität und Dauer zu verleihen. In der Zeit zwischen der Scheininitiative der DDR (13. Febr. 1952) bis zur II. Parteikonferenz der SED (9.-12. Juli 1952) folgte die sowjetische Deutschlandpolitik vorrangig der ersten, in den folgenden Monaten jedoch vorrangig der zweiten Grundlinie. Bis zum Februar 1952 und seit dem Frühjahr 1953 verfolgte die UdSSR gleichzeitig beide Grundlinien in je wechselnder Intensität nebeneinander; d. h. einerseits strebte sie die Konsolidierung und Sozialisierung der DDR an, andererseits suchte sie die so geschaffenen Verhältnisse im Hinblick auf eine mögliche Wiedervereinigung partiell disponibel zu halten, um flexibel und zielstrebig jene Einflußchancen und günstigen Ausgangspositionen optimal nutzen zu können, die ihr eine umfassende, friedensvertragliche Regelung bieten sollte. Schwanden die Aussichten auf eine vorteilhafte Veränderung des Status quo, so sank auch das Ausmaß der sowjetischen Bereitschaft, die DDR partiell zur Disposition zu stellen. Abnehmende Chancen für eine expansive Dynamisierung bedingten also eine intensiviertere Politik kontrahierender Stabilisierung. Die erneute Verlagerung des Schwerpunktes der sowjetischen Deutschlandpolitik im Juli 1952 darf jedoch nicht zu der ex post vereinfachenden Annahme führen, die UdSSR habe schon immer konsequent und ausschließlich die rücksichtslose Separation und repressive Umgestaltung der DDR angestrebt. Diese These übersieht die Ambivalenz der sowjetischen Deutschlandpolitik zumindest in den ersten Monaten des Jahres 1952: die sowjetischen Verhandlungsangebote waren gewiß auch, aber nicht vorwiegend oder gar ausschließlich Propagandamanöver, die der Tarnung und Rechtfertigung der Verhärtung der SED-Politik in der DDR dienen sollten. Gewiß stellten die sowjetischen Noten bzw. die ablehnenden Antworten der Westmächte später ein Alibi für die weitere Separation der DDR dar und konnten davon wie von den inneren Schwierigkeiten der DDR ablenken. Wie sehr die UdSSR und die SED hier tatsächlich in der Defensive waren, zeigten ihre Rechtfertigungsversuche in der letzten Note der UdSSR<sup>355</sup> bzw. in der Verordnung des DDR-Ministerrats über Maßnahmen an der Demarkationslinie<sup>356</sup>. Die Politik der SED in der DDR seit dem Juli 1952 läßt sich in

fünf Begriffen zusammenfassen: Separation, Konsolidierung, Sozialisierung, Aufrüstung, Blockintegration.

Isolation und Separation der DDR wurden vor allem durch die Sperrmaßnahmen bewirkt, die der DDR-Ministerrat schon am 30. Mai 1952, also wenige Tage nach Unterzeichnung des EVG- und General **Vertrags**, verfügte: Einrichtung gestaffelter, faktisch gesperrter, verstärkt bewachter Kontrollzonen an der Grenze zur BRD (10-m-, 500-m- und 5000-m-Streifen); Einschränkung bzw. Unterbrechung der Telefon- und Fernschreibverbindungen zwischen der DDR/Ostberlin und der BRD/Westberlin und andere Erschwerungen für Bewohner Westberlins<sup>67</sup>. Der Konsolidierung dienten die bis Oktober 1951 und vermindert auch zwischen Februar und April 1952 durchgeführten Säuberungen in der SED, sodann das Vorgehen gegen angeblich „titoistische Elemente“, das wohl spätestens seit dem Spätsommer 1952 vorbereitet wurde. Zu diesen Maßnahmen gehörten auch die Reorganisation der Regierung und Verwaltung der DDR, die Abschaffung der Länder und ihre Ersetzung durch vierzehn Bezirke, d. h. die Umgestaltung zum zentralisierten Einheitsstaat.

Auf der II. Parteikonferenz der SED wurde der historisch bedeutsame Beschluß zum „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR gefaßt. Er wurde eingeleitet mit Maßnahmen zur Einschränkung des privaten Sektors in der Wirtschaft, zur verstärkten Kollektivierung in der Landwirtschaft, zur grundlegenden Umgestaltung des kodifizierten Rechts (u. a. StGB, StPO), der Gerichtsverfassung und der Staatsanwaltschaft sowie der Einrichtung eines Arbeitsdienstes und mit einem verschärften Vorgehen gegen die Kirchen.

Die Gründung der „Gesellschaft für Sport und Technik“ mit paramilitärischen Ausbildungsformen lag schon ganz in der Linie der seit dem Juli enorm forcierten Aufrüstung in der DDR. Die politische, militärisch-strategische, ideologisch-propagandistische Begründung und Rechtfertigung dieser Maßnahmen, die Einzelheiten ihrer politischen und militärischen Konzeption und der praktischen Durchführung sind ausführlich von G. Wettig dargestellt worden und brauchen hier nicht wiederholt zu werden<sup>68</sup>. Gleichzeitig wurde auch die DDR von der fortschreitenden, wirtschaftlichen und militärischen Koordination und Integration im Ostblock erfaßt, ohne daß hier spektakuläre Maßnahmen zu verzeichnen wären. Wichtig war vor allem, daß die NVA der DDR nahezu vollkommen sowjetischem Oberbefehl unterstand.

Wie sich im Winter 1952/53 und verstärkt im Frühjahr 1953 zeigte, geriet das ohnehin nicht sehr stabile DDR-Regime durch diese neue Dynamik, Repression und umwälzende Reform in seine bisher schwerste Existenzkrise, die in den Ereignissen des 17. Juni ihren Höhepunkt fand. Noch im Jahre 1952 zeigte sich also, daß die Konsolidierung und Sozialisierung der DDR nur mit großer Mühe zu erreichen war. Diese Entwicklung stellte die also real ins Gegenteil umgeschlagene Politik der Verfestigung und Verbesserung der

Macht- und Kampfpositionen im Ost-West-Konflikt ernsthaft in Frage: die Basis sowohl für die Konfrontation der Blöcke auf der Grundlage der deutschen Teilung wie für die Überlegenheit der sowjetischen Ausgangsposition im Falle einer Wiedervereinigung war für die UdSSR erheblich gefährdet. Denn wenn auch die UdSSR vorwiegend die eingangs skizzierte, zweite Grundlinie in ihrer Deutschlandpolitik verfolgte, so hatte sie es doch nie aufgegeben, die DDR wenigstens teilweise als Modell und als „wichtigste Basis im Kampf für einen einheitlichen, demokratischen und friedliebenden deutschen Staat“ anzusehen<sup>66</sup>. Nun aber wurde ein vorher nur virulenter Faktor für eine eher defensive Deutschlandpolitik der UdSSR unmittelbar wirksam: die innere Schwäche des DDR-Regimes. Im Frühjahr 1952 konnten die UdSSR und die DDR ihre Vorschläge noch aus einer Position der zwar bedrohten, aber doch im wesentlichen noch nicht zu sehr geminderten Stärke unterbreiten und auf die Dynamik der späteren Entwicklung setzen. Dagegen mußte die verstärkte Flexibilität nach innen und außen, die die DDR und die UdSSR im Frühjahr/Frühsummer 1953 nach dem Tode Stalins zeigten, nun aus einer in der DDR tatsächlich gefährdeten Position heraus sehr viel risikvoller für beide Mächte werden, wenn sie - wie sie es taten - nolens volens an einer Politik der friedlichen Koexistenz und des partiellen Interessenausgleichs interessiert waren. Mit anderen Worten: nicht nur eine Politik der begrenzt risikvollen Veränderung des Status quo in Deutschland, sondern auch eine Politik der Verfestigung und Verhärtung trug - aus z. T. unterschiedlichen Ursachen - eine teilweise unvorsehbare, reale Dialektik von Stärke und Schwäche für die UdSSR und die DDR in sich.

## VII. ZUSAMMENFASSUNG:

### DIE FLEXIBILITÄT DER SOWJETISCHEN DEUTSCHLANDPOLITIK 1952

Um eine bloße Wiederholung bereits ausführlich dargestellter Ergebnisse zu vermeiden, soll in einer abschließenden Zusammenfassung der Untersuchungsgegenstand noch einmal insgesamt unter der veränderten Fragestellung nach Art und Ausmaß der Flexibilität der sowjetischen Deutschlandpolitik 1952 betrachtet werden. Eine solche Analyse bietet überdies den Vorteil, daß die Ergebnisse dieser Studie trotz deren methodischer, zeitlicher und geographischer Begrenztheit leichter zur Erarbeitung einer empirisch-systematischen Theorie des außenpolitischen Rollenverhaltens der UdSSR in Europa, insbesondere gegenüber Deutschland, seit 1945 verwendet werden können.

Wenn wir von der Flexibilität der sowjetischen Deutschlandpolitik sprechen, so ist damit keineswegs gemeint, die UdSSR habe sich in den meisten Fragen nachgiebig gezeigt gegenüber den Forderungen der Westmächte, oder sie habe den damals existierenden Vorstellungen der Mehrheit der Deutschen von einer

„Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“ weitgehend entsprochen. Flexibilität gab es für die Sowjetunion nur innerhalb bestimmter Grenzen: die „essentials“, die unabdingbaren, nicht negotiablen Minima konnten materiell durchaus unnachgiebig gegenüber den Forderungen des Gegners sein, konnten für diesen unannehmbare Gegenforderungen darstellen. Flexibilität blieb also immer relativ innerhalb der Zweckrationalität einer in vielen wesentlichen Punkten bereits festgelegten, politischen Planung. Ebenso wenig durfte die Unbestimmtheit vieler Formulierungen in den sowjetischen Angeboten mit Flexibilität gleichgesetzt werden: Unbestimmtheit deutete häufig auf Flexibilität hin, schloß diese aber keineswegs notwendig ein. Auch ist zu unterscheiden zwischen bereits erwiesener und bloß möglicher bzw. wahrscheinlicher Flexibilität im Verhalten der UdSSR. Tatsächlich vorhandene Flexibilität fand sich z. B. in dem Vorschlag eigener nationaler Streitkräfte und einer Neutralisierung Gesamtdeutschlands oder auch in der Bündnispolitik der KPD/SED in der BRD. Häufiger ließ sich dagegen ein flexibles Verhalten aufgrund der unterbreiteten Vorschläge nur als möglich oder wahrscheinlich erweisen. In beinahe allen Bereichen ihrer Deutschlandpolitik gab es für die UdSSR erhebliche Spielräume, also mögliche Flexibilität, die nicht nur bloß denkbar war, sondern von ihr absichtlich und z. T. auch ausdrücklich, aber häufig unbestimmt in ihrem Ausmaß eingeräumt wurde. Dagegen blieb ungewiß, inwieweit die UdSSR von ihren Möglichkeiten Gebrauch machen würde: Es können daher nur mögliche, vermutliche, wahrscheinliche, bisweilen auch erforderliche und notwendige Verhaltensweisen und Konzessionen der UdSSR im Rahmen ihres außenpolitischen Bezugssystems, ihrer damaligen Interessenslage und der besonderen Bedingungen Deutschlands bis hin zu äußersten Grenzen aufgezeigt werden. Wird im folgenden von der Flexibilität der sowjetischen Deutschlandpolitik gesprochen, so geschieht dies unter dem Vorbehalt verschiedener, jeweils bereits differenziert untersuchter Grade von Wahrscheinlichkeit in den einzelnen Aussagen.

### *Bedingungen der Flexibilität*

In diesem Rahmen ist es nicht möglich, eine systematisch-theoretische Analyse der allgemeinen Determinanten der Flexibilität der sowjetischen Deutschlandpolitik zu geben. Wir beschränken uns vielmehr im wesentlichen auf die Darstellung jener situationspezifischen Faktoren, die im Jahre 1952 zu einer vorwiegend' defensiven und flexiblen Haltung der Sowjetunion in Europa führten.

Die Lage der UdSSR war im Jahre 1952 grundsätzlich gekennzeichnet einerseits durch ihre - trotz zahlreicher Schwierigkeiten innerhalb des eigenen Landes und des sozialistischen Lagers — unangefochtene Position einer Weltmacht im Rahmen eines bipolaren Systems und andererseits durch ein für die Sowjetunion zunehmend bedrohlicheres Anwachsen der Stärke des Gegners,

d. h. der USA und ihrer Verbündeten. Auf den Versuch der UdSSR, ihren<sup>^</sup> Herrschaftsbereich in Europa und Asien nach 1945 auszudehnen, hatten die Westmächte sejj etwa. 1947 mit einer immer engeren militärischen, politischen und wirtschaftlichen Kooperation und Integration, besonders in Westeuropa, geantwortet. Marshallplan, Montan-Union, NATO, EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) und der sog. Generalvertrag zur Ablösung des Besatzungsstatuts in Westdeutschland sowie der Friedensvertrag und das Sicherheitsabkommen der USA mit Japan stellten für die UdSSR eine immer ernstere **Bedrohung ihrer Sicherheit** und ihrer Handlungsfreiheit dar. Der schnelle Aufbau einer integrierten, europäischen Armee unter Ausnutzung und Einbeziehung des Territoriums sowie des Wirtschafts-, Rüstungs- und Menschenpotentials Westdeutschlands in die westliche Militäralliance unter der Führung der USA, die gegen die UdSSR und die übrigen Ostblockländer gerichtet war; erschien der Sowjetunion äußerst gefährlich. Durch den sog. Generalvertrag, der die Beziehungen (einschl. des Rechtes auf Truppenstationierung) der drei Westmächte zur Bundesrepublik nach der Ablösung des Besatzungsstatuts regeln sollte, wurde die Bundesrepublik/mach Auffassung der UdSSR wieder ein bedeutender und gefährlicher, weithin selbständiger Machtfaktor in Europa („Wiedererstehen des deutschen Militarismus und Imperialismus im Dienste der aggressiven Weltherrschaftspläne der USA“).

Nimmt man die enge Verbindung von NATO und EVG, den Beitritt der Türkei und Griechenlands zur NATO (20. Febr. 1952), den Plan eines Nahostkommandos der NATO, ihre Reorganisation und Verstärkung hinzu, so, ergab sich für die UdSSR eine Lage, in der sie handeln mußte, um nicht **vollends** in die Defensive zu geraten. Der Westen begann, gestützt auf Atom-, **waffenbesitz** und ein riesiges Wirtschaftspotential, durch den **Aufbau einer Position der Stärke** besonders das militärische Mächtegleichgewicht in Europa so zu verändern, daß sich die Sowjetunion zu erheblich verstärkten Rüstungsanstrengungen und gewaltigen Produktionssteigerungen veranlaßt sah, um ihre 1950-1952 im wesentlichen noch ungefährdete Weltmachtstellung für die Zukunft ausreichend zu sichern. Die Sowjetunion befand sich zwar nicht in einer Periode akuter Schwäche, aber wohl doch in einer Phase relativer Verletzlichkeit und vorübergehender Unterlegenheit in einer Reihe wichtiger Waffengattungen. Die ohnehin angespannte Wirtschaftslage wurde aber nicht nur durch diesen äußeren Druck, sondern auch durch strukturelle Mängel, durch die immer noch nicht überwundenen Auswirkungen des letzten Krieges, durch die schlechte Versorgung auf dem Konsumgütersektor sowie durch die umfangreiche, aber unabdingbare Wirtschaftshilfe der UdSSR an die anderen sozialistischen Länder weiterhin verschärft. Hinzu kam, daß die Aufmerksamkeit der sowjetischen Führung sehr stark von der Entwicklung in Asien (Volksrepublik China, Koreakrieg, Japan) sowie **v o n** der notwendigen Konsolidierung **u n d** Integration **d e s** Ostblocks in Anspruch genommen wurde.

r

Allerdings entsprach die stark ideologisch fixierte Perzeption der Rolle, der Situation und der Erfolgchancen der UdSSR durch die sowjetische Führung nicht ganz ihrer gewandelten Position im internationalen System und der nun vorwiegend verfolgten Defensivstrategie ihrer Außenpolitik. Ein nicht nur propagandistisch gemeinter Optimismus sprach von der zunehmenden Kraft des sozialistischen Lagers, von der sich verschärfenden Krise des Kapitalismus und dessen selbstzerstörerischen, inneren Widersprüchen. Wir können nicht ausschließen, wenn auch nicht im einzelnen nachweisen, daß dieses Vertrauen in den Sieg des Sozialismus, in die „unbezwingbare, revolutionäre Kraft der Volksmassen“, dieser bisweilen deterministisch anmutende Glaube an die notwendige Erfüllung der Gesetze der Geschichte die Flexibilität, die Toleranzen der sowjetischen Europapolitik erhöht hat. Doch weder verhinderte eine solche ideologisch verhaftete Interpretation der Umwelt eine rational konzipierte und durchgeführte, außenpolitische Praxis, noch war die Theorie in sich zu starr für ein flexibles Verhalten. Schon Lenin hatte eine ganze Theorie des temporären Rückzugs, des Kompromisses und der vorteilhaften Kooperation mit dem Gegner entworfen. Oder aber die flexiblere Praxis kümmerte sich kaum um ihre theoretische Herleitung, die dann vielleicht erst später als Rationalisierung der Praxis nachgeliefert wurde wie z. B. im Falle der sowjetischen Neutralisierungspläne in Europa.

Aber nicht so sehr die außenpolitische Theorie, sondern mehr noch die Situation des Gegenübers und die eigene Ausgangsposition für ein diplomatisch-propagandistisches bargaining um Deutschland bestimmten das Ausmaß sowjetischer Flexibilität. Im Herbst 1951 waren die Verhandlungen zur Bildung der EVG in eine ernste Krise geraten. Im Januar/Februar 1952 jedoch zeichnete sich unerwartet eine weitgehende Einigung der zukünftigen Vertragspartner ab, und die Unterzeichnung des General- und des EVG-Vertrages konnte für den Frühsommer 1952 erwartet werden. Trotzdem gab es noch einige wichtige, ungelöste militärische, finanzielle und organisatorische Fragen, eine Reihe bedeutender, latenter oder offener Gegensätze zwischen den Partnern und vor allem heftigen Widerstand der Parlamente und Bevölkerungen in Westeuropa gegen die EVG aus den verschiedensten Gründen. Diese Divergenzen und der Streit um die Prioritäten der Außenpolitik der BRD (Westintegration vor Wiedervereinigung?) boten einer flexibel operierenden sowjetischen Außenpolitik eine Reihe guter Ansatzpunkte zum Eingreifen. Die Teilung Deutschlands, der deutsche Wunsch nach Wiedervereinigung und die günstige politisch-militärische Position der Sowjetunion in Mitteleuropa beschränkten sie nicht auf eine reaktive Politik der Verfestigung des Status quo, d. h. der Separation, Konsolidierung, forcierten Sozialisierung und Aufrüstung der DDR und des übrigen Ostblocks. Die UdSSR besaß in der DDR und vielleicht sogar in der Oder-Neiße-Linie zwei „Handelsobjekte“, für die sie, wenn sie diese auch nur partiell zur Disposition stellte, hohe Gegenleistungen

des Westens fordern konnte. Nahm man noch die Pressionsmöglichkeiten in Berlin und im innerdeutschen Verkehr, die Rechtstitel aufgrund des Potsdamer Abkommens und die Instrumentalisierung der DDR als Verhandlungs-, Gesprächs- und Propagandaagent hinzu, so ergaben sich für die UdSSR eine Fülle von Möglichkeiten für eine Deutschlandpolitik, die trotz der Verschlechterung des Status quo für den Ostblock gerade durch Flexibilität erfolgreich sein konnte. Selbst in der Defensive konnte die UdSSR Konzessionen machen und Regelungen akzeptieren, die erheblich hinter ihren Maximalzielen zurückblieben und dennoch genug Vorteile enthielten.

### *Flexibilität in der gesamteuropäischen Strategie der sowjetischen Außenpolitik*

Die Veränderung der globalen Handlungsbedingungen, insbesondere das ständig wachsende Militärpotential und die immer intensivere Zusammenarbeit der Staaten Westeuropas und der USA waren die entscheidenden Ursachen für die partielle Neuorientierung der sowjetischen Außenpolitik 1949/50. Die UdSSR sah sich veranlaßt, ihre bisherige Politik expansiver Konfrontation aufzugeben zugunsten einer - seit Anfang 1951 forcierten - **Politik der friedlichen Koexistenz in Europa**, d. h. einer partiell kooperativen Stabilisierung bzw. einer nur allmählichen, flexiblen Veränderung des Status quo auf friedlichem Wege. 1950 bis 1952 verfolgte die Außenpolitik der UdSSR **vorwiegend eine Defensivstrategie**, die zuerst die Sicherheit des Ostblocks gewährleistete und die äußere Entlastung, Entspannung und partiellen Ausgleich mit Gegner bringen sollte, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau, die Konsolidierung und Integration des Ostblocks sowie die Erhaltung des militärischen Gleichgewichts in Europa und der Weltmachtstellung der UdSSR zu ermöglichen und zu sichern/Außenpolitische Flexibilität war besonders im Jahre 1952 für die Sowjetunion zumal in Mitteleuropa nicht nur möglich, sondern auch erforderlich, nicht nur zweckmäßig, sondern teilweise auch notwendig. Diese Flexibilität diente vor allem kurz- und mittelfristigen (bis zu fünf Jahren), defensiven Zielen, aber auch mittel- und vor allem langfristigen, offensiven Zielen. Die sowjetische Europapolitik sollte langfristig dem Aufbau neuer, konsolidierter Ausgangspositionen überlegener Stärke dienen, die wiederum die Rückkehr zu einer militant-expansionistischen Strategie in Europa erlaubten. Sie wurde abgesichert durch eine Politik des unabdingbaren Minimums, sei es in einer vorteilhaften Veränderung des Status quo, sei es durch den immer möglichen Rückzug auf die risikolosere Verfestigung des Bestehenden. Vorrangiges Ziel der sowjetischen Europapolitik war die **Verhinderung der weiteren militärischen, politischen und wirtschaftlichen Integration Westeuropas unter der Führung der USA**, insbesondere die Wiederaufrüstung der BRD und die Einbeziehung ihres Potentials in die westliche Militärallianz, ferner die Erhöhung der Gegensätze und Spannungen zwischen den prospek-



tiven Bündnispartnern und die Mobilisierung der breiten Massen dieser Staaten, insbesondere der BRD und Frankreichs gegen die Pläne der Westmächte. Diplomatie, Propaganda und handelspolitische Maßnahmen sollten im Rahmen der propagandistisch groß herausgestellten „Friedenspolitik“ der UdSSR (Betonung der friedlichen Absichten und der Verständigungsbereitschaft der UdSSR; Vorschläge zur Abrüstung und Rüstungskontrolle, für einen Friedenspakt und zur Neutralisierung europäischer Staaten) nicht nur zur Desintegration des Westblocks beitragen, sondern auch zu ernsthaften diplomatischen Verhandlungen führen und der UdSSR direkt oder indirekt Positionsgewinne ermöglichen. Die kommunistischen Parteien aller europäischen Länder wurden angewiesen, auf eine offen-revolutionäre Politik zu verzichten und statt dessen möglichst viele Bürger aus allen sozialen Schichten und aller politischen Richtungen für die überparteilich-nationale „Friedensbewegung“ gegen „Aufrüstung, Militarismus und US-Imperialismus“ zu gewinnen, die mehr oder minder direkt die sowjetische Außenpolitik unterstützte.

Die Flexibilität der sowjetischen Europapolitik bestand also in einer *Mischung defensiver und offensiver Elemente*, in einer ernst zu nehmenden, weil objektiv begründeten Bereitschaft zur Verständigung und zum partiellen Interessenausgleich - doch blieb das Ausmaß der sowjetischen Konzessionsbereitschaft unbestimmt. In dieser gesamteuropäischen Strategie nahm Deutschland eine Schlüsselstellung ein. Die sowjetische Politik handelte in der zentralen Frage einer Regelung des Deutschlandproblems nach denselben oder mindestens sehr ähnlichen Grundsätzen wie in ihrer allgemeinen Europapolitik der Jahre 1950-1952. Die bedrohliche Situation des Frühjahrs 1952 machte es für die UdSSR dringend erforderlich, daß sie sich - zumindest scheinbar und bis zum Beginn von Verhandlungen - konzessionsbereiter gab und eine für den Westen möglicherweise akzeptable Alternative für die politische Zukunft Deutschlands aufzeigte. Die Sowjetunion verband in Strategie und Taktik ihrer Deutschlandpolitik 1952 defensive und offensive Elemente, Obstruktion und Konstruktion, indem sie durch ein attraktiv wirkendes, wenn auch durchaus ambivalentes, wenigstens teilweise „erstgemeintes“ Verhandlungsangebot eine - gegen die bedrohliche Politik der Integration und Aufrüstung im Westen gerichtete - Alternative für die politische Ordnung in Deutschland und Europa aufzeigen und den Status quo so verändern wollte, daß ihr trotz zahlreicher Kompromisse mittel- und langfristig mehr Vor- als Nachteile aus einer friedensvertraglichen Regelung der deutschen Frage erwachsen wären. Gewiß waren ihre Angebote *auch* geschickt berechnete und nicht wirkungslose *Propagandainstrumente*. Gewiß zielten sie zunächst darauf, die Verhandlungen im Westen durch ein Alternativprojekt zu stören und zu verzögern, möglichst aber zum Scheitern zu bringen. Und gewiß sollten sie auch dazu dienen, die eigenen Interessen und die eigene Unnachgiebigkeit zu verschleiern. Aber sie waren nicht nur das: gerade weil die UdSSR nach dem Scheitern

ihrer bisherigen Deutschlandpolitik ihre Vorschläge für den Westen annehmbarer machen mußte, gerade weil sie aus den genannten Gründen an Verhandlungen, an einem Ausgleich, an einer vorteilhaften Veränderung des Status quo interessiert war, **waren ihre Angebote „ernstgemeint“ und als substantielle Verhandlungsbasis gedacht.**

### *Flexibilität als Wandel in Strategie und Taktik*

Zunächst ist zu fragen nach der Flexibilität der sowjetischen Deutschlandpolitik, wie sie sich aus dem Vergleich der Positionen der Jahre 1950/51 mit denen des Jahres 1952 ergab. Zum erstenmal seit der Prager Außenministerkonferenz von 1950 wurde die UdSSR mit ihrem aufsehenerregenden Angebot vom 10. März 1952 wieder offen, im eigenen Namen und unter ausdrücklicher Berufung auf die Viermächteverantwortung in der Deutschlandfrage aktiv. Eine so drängende und formal gewichtige (Mantelnote und „Entwurf der Grundlagen eines Friedensvertrages“) Initiative zur friedensvertraglichen, endgültigen, umfassenden Lösung der deutschen Frage durch koordinierte, gesamtdeutsche und Viermächteverhandlungen hatte es in den Jahren zuvor nicht gegeben. Die sowjetischen Vorschläge von 1952 enthielten gegenüber den bisherigen eine Reihe neuer Punkte, die im ganzen bei gegebenen langfristigen Zielsetzungen einem, **überwiegend taktischen Kurswechsel** gleichkamen, der jedoch in einigen wichtigen Punkten auch eine Änderung mittelfristiger Zielsetzungen einschloß. Die DDR-Regierung war offenbar befangen in der Vorstellung, das Eingeständnis einer Diskontinuität sei ein Zeichen von Schwäche, während es sich doch in Wahrheit nur um eine flexible Fortentwicklung der sowjetischen Deutschlandpolitik handelte<sup>70</sup>. Neu waren u.a. folgende Punkte:

1. Verfahren: Delegation von mehr Aufgaben an die Deutschen; explizite Anerkennung des Grundsatzes: „erst freie, gesamtdeutsche Wahlen, dann Bildung einer gesamtdeutschen Regierung“; vermutlich größere Konzessionsbereitschaft in der Frage freier Wahlen als bisher.
2. Statt Demilitarisierung Deutschlands: eigene, begrenzte, nationale Streitkräfte und eine Bewaffnung, die für Zwecke der Selbstverteidigung ausreicht.
3. Faktische Neutralisierung Gesamtdeutschlands, Aufkommen der Problematik der sog. Bindungsklausel; Unterstützung des UNO-Beitritts Gesamtdeutschlands; explizite Ablehnung einer Wiederherstellung der Viermächte-Kontrolle über Deutschland.

J

Die schon 1951 beobachtete Schwerpunktverlagerung in der Behandlung der deutschen Frage durch die Sowjetunion, die vor allem die macht- und sicherheitspolitischen Aspekte ihrer Lösung betonte, wurde in den Vorschlägen von

1952 verstärkt wirksam. Die schon 1950/51 eher an negativen Zielen orientierte sowjetische Deutschlandpolitik (Abzug der Besatzungstruppen, Verhinderung der geplanten Remilitarisierung und Westintegration der BRD, Befreiung vom „US-Imperialismus“ u. a. m.) entwickelte nun zusätzlich klarere, positive Vorstellungen über den zukünftigen Status Gesamtdeutschlands. Es zeichneten sich nunmehr die Umriss einer gesamteuropäischen Strategie zur Veränderung des Status quo ab, die ausgeprägter als zuvor eine Mischung aus offensiven und defensiven Elementen aufwies. Ausgehend von einer zumindest mittelfristigen Prognose Stalins über die Zukunft des kapitalistischen Staatensystems, erhielt die Neubestimmung besonders des militärischen Status und der außenpolitischen Orientierung eines wiedervereinigten Deutschland eine zentrale, strategische Funktion.

Die 1952 neu eingeführten Elemente ihrer Realisierung (nationale Streitkräfte, Neutralisierung, wahrscheinliche Bereitschaft zu innenpolitischen und prozeduralen Konzessionen) versuchten stärker als bisher, den Wünschen und Interessen der Westmächte und großer Teile der westdeutschen Bevölkerung entgegenzukommen. Noch nachdrücklicher als zuvor betonten die UdSSR und die DDR ihre, *Bereitschaft zu Verständigung und Interessenausgleich* im nationalen und internationalen Rahmen/ Die langfristigen Ziele der sowjetischen Deutschlandpolitik blieben auch 1952 unverändert. Doch drängte die UdSSR stärker als je zuvor auf die Einleitung der ersten Schritte zur Realisierung ihrer Vorschläge (Viermächteverhandlungen, gesamtdeutsche Gespräche, freie Wahlen, Bildung einer gesamtdeutschen Regierung). Andererseits war in ihren Vorschlägen soviel Spielraum enthalten, daß sie kurz- und mittelfristig wahrscheinlich auch *Zwischenlösungen* hinzunehmen bereit war, die ihr in der Situation des Jahres 1952 vermutlich vorteilhafter erschienen als ein ungestörter Fortgang der Integration und Aufrüstung in Westeuropa. Mehr noch als 1950/51 in der Defensive, versuchte die Sowjetunion eine für sie negative Entwicklung aufzuhalten, indem sie zwar auf außen-, sicherheits- und innenpolitischen Minimalzielen bestand, aber dennoch durch Flexibilität und begrenzte Konzessionsbereitschaft eine - ihrer Meinung nach - für alle Partner akzeptable Lösung zu erreichen suchte.

Flexibel erwies sich die sowjetische Deutschlandpolitik aber nicht nur gegenüber früheren Positionen und Methoden, sondern auch *innerhalb* der Punkte ihrer Vorschläge von 1952, IN ihrer Strategie und Taktik. ^Der vorgelegte Perspektivplan für Deutschland enthielt *erhebliche Verhandlungs- und Aktionspielräume* in seinen Einzelementen wie in deren Funktionszusammenhang, in seiner Struktur wie in seiner offenen Dynamik, in seinen unmittelbaren Konsequenzen wie in seinen in mancher Hinsicht unentschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten. Unsere Interpretation der Vorschläge der UdSSR (und auch der DDR als wichtige Ergänzung und Präzisierung) zur Lösung der deutschen Frage versuchte, sowohl die Absichten, die Minimal- und die Maxi-

## Zusammenfassung: Flexibilität der sowjetischen Deutschlandpolitik

malziele der UdSSR, als auch Grenzen und Möglichkeiten der Flexibilität der sowjetischen Deutschlandpolitik 1952 aufzuzeigen, die gewisse Konzessionen meistens möglich, häufig sogar auch wahrscheinlich machte.

### *Verfahrensfragen*

Die UdSSR schlug zunächst den baldigen Beginn von Viermächteverhandlungen zur Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland und über die Wiedervereinigung vor. An diesen Verhandlungen sollte eine gesamtdeutsche Regierung - oder bis zu ihrer Bildung Vertreter der BRD und der DDR - beratend beteiligt werden. Die mit „freien, gesamtdeutschen Wahlen“ und der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung eingeleitete Wiedervereinigung Deutschlands sollte parallel zu den sofort zu beginnenden Friedensvertragsverhandlungen der vier Besatzungsmächte vollzogen werden. Ohne klare Kompetenzabgrenzung gegenüber der Viermächtekonferenz sollten sich Vertreter der DDR und der BRD in mehreren gesamtdeutschen Organen (u. a. „gesamtdeutsche Beratung“, Prüfungskommission für Wahlvoraussetzungen, Wahlausschüsse, Nationalversammlung, gesamtdeutsche Regierung) über das Vorhandensein der Voraussetzungen, über Modalitäten und Garantien freier Wahlen, über Schritte zur Wiedervereinigung, über die deutsche Haltung in Friedensvertragsverhandlungen, über die innere Ordnung und sehr begrenzt auch über den internationalen Status eines wiedervereinigten Deutschland einigen. Die zeitliche, materielle und prozessual-institutionelle Zuordnung von Viermächte-Friedensvertragsverhandlungen und Wiedervereinigungsprozeß blieb in zahlreichen Punkten unklar. Alle sowjetischen Vorschläge zu Verfahrensfragen, zur Bildung von gemeinsamen Organen der vier Großmächte bzw. der beiden deutschen Staaten waren *so formuliert, daß die Vertreter der UdSSR und der DDR in jedem Fall durch ein Veto alle Entscheidungen verzögern oder verhindern konnten* und daß die UdSSR auf Viermächteebene jederzeit eine oberste Entscheidungsbefugnis besaß, die sie für Obstruktion ebenso wie für Konzessionen benutzen konnte. Die UdSSR strebte in Viermächteverhandlungen eine ihren Interessen entsprechende Präjudizierung insbesondere aller außen- und sicherheitspolitischen Regelungen der deutschen Frage sowie eine partielle, „demokratische“ Präformierung der innerdeutschen Verhältnisse an. Zugleich konzessions- und verständigungsbereit wollte die Sowjetunion der gesamtdeutschen Regierung ein weitgehend feststehendes Verhandlungsergebnis zur Unterzeichnung vorlegen, das diese kaum ablehnen konnte und sie in mehr oder minder großem Umfang in weiten Bereichen ihrer Innen- und Außenpolitik für die Zukunft band. Gleichberechtigte Verhandlungen von Vertretern der DDR und der BRD hätten im ganzen die Einflußchancen der UdSSR erhöht und erheblich zur Aufwertung der DDR beigetragen.

*Flexible Grenzen deutscher Selbstbestimmung*

Die gesamtdeutsche Regierung sollte aufgrund „freier, gleicher, allgemeiner, direkter, geheimer, gesamtdeutscher Wahlen“ zu einer Deutschen Nationalversammlung gebildet werden. Für welche politischen Alternativen und unter / welchen Bedingungen sollten sich die Deutschen nach sowjetischer Auffassung \ frei entscheiden können?

In allen Fragen innerdeutscher Willensbildung (Wahlen, Regierungsbildung, „Demokratisierung“ der inneren Ordnung) gab es einen erheblichen Verhandlungs- und Aktionsspielraum für die sowjetische Politik, der substantielle Konzessionen teils möglich, teils wahrscheinlich machte. *Für bestimmte faußen- und sicherheitspolitische Gegenleistungen* (Aufgabe der geplanten bzw. vollzogenen Westintegration der BRD; faktische, permanente Neutralisierung Gesamtdeutschlands mit Bündnisverbot gegenüber dem Westen und Kooperationsfreiheit gegenüber dem Osten; Abzug aller Besatzungstruppen; schwache, deutsche Nationalarmee; Pressions- und Interventionsmöglichkeiten für die UdSSR bei verbesserter, militärstrategischer und politischer Ausgangsposition) *war die Sowjetunion wahrscheinlich bereit, den Deutschen ein ziemlich weitgehendes Selbstbestimmungsrecht über den zukünftigen Staats- und Gesellschaftsaufbau Deutschlands zu gewähren.* Die vorherrschende, objektiv bedingte Defensivstrategie der 1951/52 primär sicherheitspolitisch orientierten Außenpolitik der UdSSR; die bedrohliche Verschlechterung des Status quo in Europa aufgrund der voranschreitenden Integration Westeuropas unter der Führung der USA und der Wiederbewaffnung der BRD; das in der Situation des Frühjahrs 1952 dringliche Erfordernis einer propagandistisch wirksamen, diplomatischen Gegeninitiative, die zum baldigen Beginn von erfolgversprechenden Viermächteverhandlungen über eine Alternativlösung der deutschen Frage aufgrund eines attraktiven, flexiblen, ernstgemeinten Angebots der UdSSR führte; die also erhöhte Bereitschaft der UdSSR zu einem partiellen, zumindest mittelfristig dauerhaften Interessenausgleich mit dem Westen im Jahre 1952; das Ziel einer flexiblen, allmählichen Veränderung des Status quo zugunsten der Sowjetunion durch begrenzt risikofolle, kompensatorische Festsetzung der Prioritäten und Bereiche der Konzessionsbereitschaft (erhöhte externe, verminderte interne Einflußchancen gegenüber Deutschland) machten es wahrscheinlich, daß die UdSSR auf ihr Maximalziel, ein sozialistisches Gesamtdeutschland innerhalb des Ostblocks zumindest kurz- und mittelfristig verzichtete. Man kann zwar davon ausgehen, daß die UdSSR eine Vorherrschaft der Kommunisten als Ergebnis freier Wahlen in ganz Deutschland wünschte. Aber auch eine Regelung, die den westlichen Forderungen erheblich entgegenkam, konnte aufgrund der Vorteile, die sie der langfristigen Strategie der sowjetischen Deutschlandpolitik im ganzen bot, für die KPdSU wie für die SED durchaus annehmbar sein. Für die UdSSR war es keines-

wegs notwendig, daß die Kommunisten nach den Wahlen die Regierungsgewalt übernahmen, wenn bestimmte Minimalforderungen ihrer Deutschlandpolitik erfüllt wurden. Wahrscheinlich erstreckte sich der Verhandlungs- und Konzessionsspielraum des vieldeutig und flexibel formulierten, sowjetischen Angebots bis hin zu einer unbedingt einzuhaltenden Grenze äußerster Kompromißbereitschaft, deren politischer Gehalt im folgenden skizziert werden soll.

Ein von der DDR vorgelegter Wahlgesetzentwurf garantierte allen Parteien und Organisationen, die der „Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens“ nicht feindlich sind, volle Betätigungsfreiheit vor, während und nach demokratisch-rechtsstaatlich organisierten Wahlen in ganz Deutschland. Die DDR erklärte sich bereit, diese Wahlen nach den „Grundsätzen der formalen Demokratie“ und des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes durchzuführen. Sie betonte jedoch den relativen Wert dieser Prinzipien und die Notwendigkeit materieller Garantien für den „demokratischen und friedliebenden“ Charakter der gesamtdeutschen Regierung. Gewiß erlaubten diese vagen Begriffe und Zusagen eine parteipolitisch-ideologisch enge Interpretation, wie man sie in der repressiven Praxis der SBZ bzw. der DDR und anderer Volksdemokratien seit 1945 beobachten konnte. Doch die genannten Gründe machten es ebenso *wahrscheinlich*, daß nicht nur kommunistische oder mit ihnen verbündete, sondern auch *ein Teil der nichtkommunistischen Parteien und Organisationen der BRD die Teilnahme an freien Wahlen gestattet* worden wäre. Dazu gehörten vermutlich die - in ihrer Politik i. S. der sowjetischen Interessen vielleicht partiell neu orientierte - SPD und die Gewerkschaften, Pazifisten, Neutralisten, Linksliberale und wahrscheinlich auch der Arbeitnehmer-Flügel der CDU/CSU. Als „antidemokratisch, militaristisch und imperialistisch“ wären wohl die „bürgerlich-konservativen“ Parteien der damaligen Bonner Regierungskoalition zumindest teilweise, „weiter rechts“ stehende Gruppierungen vollkommen vom politischen Prozeß ausgeschaltet worden. Die Kommunisten würden wohl auf der Zulassung scheinbar überparteilicher, spezielle Interessen vertretender Massenorganisationen bestehen. Politisch unerfahrene Wähler sollten hier mehr oder minder offen sozialistisch inspirierte oder gelenkte Kandidaten und Programme wählen.

Die in diesem beschränkten, politischen Spektrum zugelassenen, politischen Parteien und Organisationen sollten wahrscheinlich in der DDR nur begrenzte, in der BRD volle Betätigungsfreiheit erhalten. Weder die UdSSR noch gar die SED-Führung waren bereit, „freie Wahlen“ etwa nach dem Vorbild der Bundestagswahl von 1949 zuzulassen, die sehr wahrscheinlich die Selbstaufgabe des sozialistischen Systems der DDR zur Folge gehabt hätten. Vielmehr wollte die sowjetische Führung wohl durch weitgehend manipulierte *Separatwahlen in der von der SED bzw. der SKKD kontrollierten DDR* in jedem Falle einen weit über der absoluten Mehrheit liegenden Anteil der Wähler-

stimmen in den fünf Wahlkreisen der DDR, also einen gesicherten Mindestanteil der Sitze in der Deutschen Nationalversammlung erhalten. Es gab keine Möglichkeit, außer durch eine von den Kommunisten abgelehnte, internationale Kontrollbehörde (etwa der UNO) mit weitreichenden Vollmachten, die Vorbereitung und Durchführung freier Wahlen in der DDR effektiv sicherzustellen. Weder die von der UdSSR vorgeschlagene, gesamtdeutsche Prüfungskommission für die Voraussetzungen freier Wahlen noch andere gesamtdeutsche Organe mit einem Vetorecht der kommunistischen Vertreter konnten unter Oberaufsicht der vier Besatzungsmächte die volle Betätigungsfreiheit aller zugelassenen politischen Kräfte in der DDR garantieren. Wir müssen also davon ausgehen, daß sich die UdSSR und die DDR eine möglichst starke, innenpolitische Ausgangsposition für die zu erwartenden, harten und langen Auseinandersetzungen um die demokratische Ordnung eines wiedervereinigten Deutschland sichern wollten. Dem diene auch die Konsolidierung und Verstärkung aller Machtträger in der DDR (Offiziers- und Unteroffizierskorps in Armee und Polizei; Parteiorganisation; Verwaltung), die im Wiedervereinigungsprozeß zugunsten der SED/KPD eine Rolle spielen könnten. Da die Kommunisten auch bei diesen nur „beschränkt freien Wahlen“ nicht mit einer Mehrheit in ganz Deutschland rechnen konnten, versuchte die UdSSR, durch ein *garantiertes Minimum an externen und internen Einflußchancen* sowie durch materielle Vorentscheidungen über einzelne Strukturelemente der demokratischen Ordnung Gesamtdeutschlands die zu erwartende Majorisierung durch die nichtkommunistischen Kräfte zu kompensieren. Dennoch war die UdSSR wahrscheinlich bereit, beginnend mit dem Ringen um die Macht in relativ freien, gesamtdeutschen Wahlen die in der DDR und in der BRD vorhandenen, sozialistischen Kräfte einer in erheblichem Umfange offenen und „unentschiedenen“ macht- und gesellschaftspolitischen Dynamik auszusetzen. Als wichtigste, äußerste Konzession konnte die UdSSR durchaus soweit gehen, zumindest kurz- und mittelfristig eine nichtkommunistisch geführte, gesamtdeutsche Regierung zuzulassen, deren Zusammensetzung tatsächlich weitgehend dem relativ frei (Zulassungsbeschränkungen!) geäußerten Willen des deutschen Volkes vor allem in der BRD entsprach. Freie Wahlen sollten nicht etwa zu einem „kapitalistischen“, aber auch nicht zu einem von vornherein sozialistischen Gesamtdeutschland nach dem Vorbild der DDR führen. Es sollten vielmehr nur die *Voraussetzungen* geschaffen werden *für ein „Deutschland auf dem Wege zum Sozialismus“*. Es bleibt zu betonen, daß die hier aufgezeigten Spielräume der sowjetischen Deutschlandpolitik äußerste Möglichkeiten der Konzessionsbereitschaft und Flexibilität der UdSSR darstellten, deren Realisierung keineswegs sicher war.

Was meinten nun die UdSSR und die DDR, wenn sie von der Schaffung eines „einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland“ sprachen? Zunächst betonten beide Staaten auch hier ihre Verständigungsbereit-

schaft und räumten den Deutschen ein - zumindest verbal - weitgehendes Selbstbestimmungsrecht ein. Die Sowjetunion forderte eine „demokratische Umgestaltung“ Deutschlands auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse über die Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands. Nach marxistisch-leninistischer Auffassung entscheidet die Art der *Verteilung des Eigentums an Produktionsmitteln*, d. h. das Verhältnis der Klassen zueinander und der ihnen zugehörigen politisch-sozialen Macht, über den demokratischen Charakter eines Staates.

Als Minimalforderungen einer Demokratisierung, d. h. des Abbaus der Klassenherrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, waren erkennbar: Verstaatlichung der großen Konzerne und Betriebe der Schlüsselindustrien; Nationalisierung der Banken und Versicherungen; „volle Mitbestimmung“ der Arbeiter in den Betrieben; Enteignung des Großgrundbesitzes über 100 ha; vermutlich Aufbau einer planwirtschaftlichen Leitung der Produktion.

Zugleich stellten die Kommunisten aber auch in Aussicht: die Unterstützung der Privatinitiative und den Schutz des Privateigentums der mittleren und kleineren Bauern und Unternehmer; Förderung des Handwerks und ein umfangreiches Sozialprogramm für alle Schichten des Volkes.

Die Grundrechte (Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Freizügigkeit, habeas-corpus-Rechte) sollten außer für „faschistische und militaristische Kreise“ vollauf gewährleistet sein. Es sollten sogar alle „ehemaligen Soldaten und Nationalsozialisten“, die bereit waren, am Aufbau eines „demokratischen und friedliebenden Deutschland“ mitzuarbeiten, alle politischen Rechte wiedererhalten. Alle zu den gesamtdeutschen Wahlen zugelassenen Parteien und Organisationen sollten volle Betätigungsfreiheit auch in einem wiedervereinigten Deutschland erhalten. Gewiß war Skepsis geboten aufgrund der bisher in den Volksdemokratien üblichen, restriktiven Interpretation und der nur sehr begrenzten Wirksamkeit der hier in Aussicht gestellten, verfassungsrechtlichen Grundrechtsgarantien. Doch war eine Übertragung dieser Erfahrungen nur mit erheblichen Einschränkungen möglich; denn die Kommunisten hätten, selbst wenn sie an der Regierungsgewalt beteiligt würden, kaum die nahezu uneingeschränkten Repressionsmöglichkeiten in einem wiedervereinigten Deutschland besessen (Verfügungsgewalt über Armee, Polizei, Verwaltung, vor allem die Unterstützung durch eine Besatzungsmacht), um wie in der SBZ bzw. der DDR jede politische Opposition allmählich auszuschalten.

Zwar konnte man davon ausgehen, daß die Kommunisten langfristig ein sozialistisches Gesamtdeutschland - wahrscheinlich nach dem Modell der DDR - anstrebten. Das wirtschaftlich-politische System, das die UdSSR und die DDR jedoch für die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung befürworteten, war lediglich eine Vorstufe zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, deren zukünftige Entwicklung in vielfacher Hinsicht durchaus offen und un-



entschieden war. Nach sowjetischer Vorstellung sollte wohl der Wiedervereinigungsprozeß - vielleicht nach einer Art konföderativer Übergangsphase und einer regional (BRD/DDR) differenzierten „Demokratisierung“ - zu einem „antifaschistisch-demokratischen, antiimperialistischen“ System führen, das zahlreiche Ähnlichkeiten mit der inneren Ordnung der SBZ etwa im Jahre 1946 aufwies. Die Sowjetunion wollte Garantien gegen das Wiedererstehen von Faschismus und Militarismus, gegen eine Herrschaft der „Großbourgeoisie“. Die SED/KPD wollten auf der Basis des skizzierten Minimums an Demokratie zugleich gesicherte Ausgangspositionen und günstige Startchancen für sich gewährleisten sehen, um mitbestimmen und wirregieren zu können, wenn sie schon nicht als Staatspartei oder parlamentarische Mehrheitsregierung herrschen konnten. Es konnte nicht ausgeschlossen werden, daß sich die Kommunisten mit der Rolle der schwächeren Koalitionspartei in der gesamtdeutschen Regierung oder gar mit der einer starken Oppositionspartei zufriedengeben würden. Die UdSSR und die DDR setzten auf ihre externen und internen Einflußchancen, um die Zukunft der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung Deutschlands in ihrem Interesse mitzugestalten. Die innere Ordnung Deutschlands wäre nach sowjetischen Vorstellungen zwar potentiell und tendenziell sozialistisch gewesen; zumindest kurz- und mittelfristig würde sie aber auch wesentliche Elemente der liberal-rechtsstaatlichen Demokratie, einen begrenzten, aber konfliktreichen Pluralismus wirtschaftlich-sozialer und politischer Kräfte sowie nicht zuletzt eine keineswegs gefestigte Machtstruktur besitzen. Der Ausgang des Kampfes um die zukünftige deutsche Demokratie war also keineswegs eindeutig vorhersehbar. Es war wahrscheinlich, aber keineswegs sicher, daß Deutschland auf dem Weg zum Sozialismus voranschreiten würde. Es war durchaus möglich, daß sich ein System stabilisieren ließ, das einen „Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ einschlug oder einen neuen Typ des sozialistischen Systems entwickelte, ohne daß sich die konkrete Gestalt einer solchen Ordnung schon ausmachen ließ. Die freie Entfaltung der deutschen „Friedensindustrie“ und des Außenhandels auf allen europäischen und überseeischen Märkten, nicht zuletzt gegenüber den sozialistischen Ländern, sollte zwar zu einer verstärkten Orientierung Deutschlands nach Osten führen, konnte aber ebensogut ein System stabilisieren und eine Außenpolitik unterstützen, die einen eigenen, unabhängigen Weg zwischen Ost und West gingen.

#### *Flexibilität in außen- und sicherheitspolitischen Fragen der Deutschlandpolitik*

Die UdSSR wollte mit ihren Vorschlägen zur begrenzten Remilitarisierung und faktischen Neutralisierung Deutschlands vor allem ein „Wiedererstehen des deutschen Aggressionspotentials, des deutschen Militarismus und Imperialismus“ verhindern und die Sicherheit aller europäischen Nachbarn Deutsch-

lands, besonders in Osteuropa, dauerhaft gewährleisten. Zunächst ließen die UdSSR und die DDR keinen Zweifel darüber, daß sie die *Oder-Neiße-Linie* als rechtmäßige, endgültige und unabänderliche Grenze auch eines wiedervereinigten Deutschland betrachteten. Nach Abschluß des Friedensvertrages sollten *alle Besatzungstruppen das Land verlassen*, Militärstützpunkte fremder Mächte sollten nicht erlaubt sein.

Dagegen sollte es Deutschland gestattet sein, *eigene nationale Streitkräfte* zur Verteidigung seiner Grenzen, zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zum Schutz vor einem bewaffneten Überfall zu unterhalten. Ihre Höhe sollte entsprechend diesen Erfordernissen begrenzt sein. U. a. aufgrund der sowjetischen Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Japan im Herbst 1951 konnte man annehmen, daß die UdSSR folgende *Beschränkungen* in der Größe und Bewaffnung dieser Streitkräfte auferlegen würde: Gesamtzahl (einschließlich Polizei und Grenzschutz) ca. 250 000-300 000 Mann; keine ABC-Waffen, Raketen, weitreichende Artillerie, Spezialtorpedos; begrenzte Zahl von Panzern, Flugzeugen; begrenzte Kriegsschifftonnage von ca. 75 000 t. Außerdem sollte den Deutschen die Produktion der für diese Streitkräfte erforderlichen Ausrüstung erlaubt sein.

Weiterhin sah die sowjetische Märznote die *faktische Neutralisierung Deutschlands* vor. Deutschland sollte sich nämlich verpflichten, „keinerlei Koalition oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat“. Da die UdSSR die NATO, die EVG, aber auch die Marshallplan-Hilfe und die Montan-Union, den Europarat wie die geplante politische Föderation westeuropäischer Staaten als gegen die UdSSR und alle anderen sozialistischen Länder gerichtet ansah, hätte die Annahme dieser Vorschläge für die westlichen Mächte erhebliche, militärisch-strategische, politische und wirtschaftliche Nachteile mit sich gebracht.

Zunächst würde Deutschland durch den Abzug aller Besatzungstruppen, womöglich verbunden mit der Verwirklichung sowjetischer Pläne zur Abrüstung und Rüstungskontrolle und insbesondere durch das Ende des amerikanischen Engagements in Mitteleuropa *ohne jeden schnell wirksamen, garantierten, militärischen Rückhalt* einer nun übermächtigen Sowjetunion gegenüberstehen. Die Westmächte würden ein sehr viel größeres, zuvor besetztes Territorium aufgeben, ihre strategisch-logistischen Operationsmöglichkeiten erheblich beschränken und die militärische Position einer größeren Zahl von Verbündeten erheblich schwächen als es die UdSSR bei einem Rückzug aus der DDR tun würde. Der Friedensvertrag würde der UdSSR überdies neben den normalen Rechten und Pflichten einer Garantiemacht auch ein in vagen politischen Klauseln verbrieftes, interpretationsfähiges, politisches und militärisches Interventionsrecht einräumen. Die nationalen, deutschen Streitkräfte wären zu schwach gewesen, um eine ausreichende Basis für die Abwehr mehr

oder minder massiver, politischer Pressionen oder gar einer militärischen Intervention der UdSSR abzugeben. Außerdem wäre die westeuropäische Integration und die politisch-militärische Emanzipation und Nutzung des Potentials der BRD gegen den Ostblock verhindert worden. Die westliche Militärallianz würde geschwächt und strategisch in die Defensive geraten, zudem ohne den Schild und das Operationsgebiet Westdeutschlands, relativ schutzlos einem sowjetischen Vorrücken ausgeliefert. Die politisch-militärische Desintegration, Schwächung und Gefährdung des nicht-sozialistischen Europa in Konfrontation mit einer potentiell offensiv-militant operierenden, weit überlegenen Weltmacht hätte nicht nur innenpolitische Auswirkungen, besonders in Italien und Frankreich, gehabt, sondern auch die Effektivität und Glaubwürdigkeit des von den USA geführten und aufgebauten, weltweiten Verteidigungssystems gegen die UdSSR erheblich vermindert.

Die UdSSR schlug vor, ein wiedervereinigtes Deutschland solle nicht gebunden sein an alle Abkommen, die vor der Wiedervereinigung von den Regierungen der beiden deutschen Staaten abgedilossen worden waren. Sie stellte damit die engen Bindungen der DDR, vor allem aber der BRD zu ihren jeweiligen Blöcken in Frage. Gesamtdeutschland sollte durch eine vertragliche Vereinbarung zumindest aller seiner Nachbarstaaten neutralisiert werden. Es sollte also ein permanent neutrales Deutschland entstehen, dessen territoriale Integrität, Souveränität und nationale Unabhängigkeit garantiert waren und das gleichzeitig eine „friedliebende“ Neutralitätspolitik der guten Nachbarschaft nach Ost und West, der guten diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu allen Staaten betreiben sollte.

Die starke Betonung der Notwendigkeit der Freundschaft und einer engen Zusammenarbeit Deutschlands und der Sowjetunion wies, eingekleidet in die Form einer stilisierten Wiederaufnahme der *Rapallo-Politik*, auf die Absicht der UdSSR, ein neutrales Deutschland immer mehr an sich zu ziehen und Abhängigkeiten herzustellen.

Der Bündnisfreiheit Gesamtdeutschlands wurden von der UdSSR *nach Westen hin* sehr enge, vertraglich fixierte Grenzen gesetzt, während *nach Osten* praktisch keinerlei Beschränkungen formuliert wurden. Faktisch sollten alle Vereinbarungen verboten sein, die Gesamtdeutschland einer solchen indirekten oder direkten militärischen, politischen oder wirtschaftlichen Abhängigkeit gegenüber den kapitalistischen Staaten unterworfen hätte, daß diese dadurch wesentlichen Einfluß auf die Politik Gesamtdeutschlands erhielten und so seine Mittelstellung zwischen Ost und West gefährden konnten. Dennoch gab es für die gesamtdeutsche Regierung hier durchaus einen gewissen Aktionsspielraum, den die UdSSR im Sinne einer positiven Bindungsfreiheit gestatten wollte. Prinzipiell sprach sich die Sowjetunion für eine „unabhängige Außenpolitik“ sowie für die „Souveränität, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung“ des wiedervereinigten Deutschland in der internationalen Politik

aus. Doch sie konzipierte Deutschlands permanente Neutralität als eine *Neutralität gegen den Westen und für den Osten*. Ihre theoretische Konzeption wie ihre frühere Praxis läßt erkennen, daß sie einerseits die strikte Einhaltung der traditionellen Regeln des allgemeinen Völkerrechts forderte, andererseits aber eine politische Neutralität gegenüber der „gerechten Sache“, einem „gerechten Kriege“ des Sozialismus für unmöglich hielt. Auch war Skepsis geboten gegenüber der tatsächlichen Wirksamkeit völkerrechtlicher Vereinbarungen, gegenüber der Möglichkeit übereinstimmender Interpretation strittiger Bestimmungen und gegenüber der Bereitschaft der UdSSR, auch unter - möglicherweise zu ihren Gunsten - veränderten Bedingungen einen von vornherein im Rahmen einer langfristigen Offensivstrategie konzipierten Friedensvertrag gegenüber ihren kapitalistischen Gegnern einzuhalten. Eine *Reihe defensiver Elemente* ist in dem sowjetischen Vorschlag nicht zu übersehen: der Schutz vor der sich bedrohlich verstärkenden, westlichen Militärallianz; die Sicherung der UdSSR durch einen weiteren cordon sanitaire neutraler, nichtsozialistischer Staaten; die militärische Preisgabe der DDR als ein bedeutender, politischer und strategischer Rückzug bei keineswegs unbegrenzten Einflußchancen der UdSSR auf Gesamtdeutschland. Auch mußte die UdSSR aufgrund der macht- und gesellschaftspolitisch unentschiedenen Mittelstellung Deutschlands mit begrenzten, desintegrierenden Wirkungen innerhalb des Ostblocks rechnen, die jedoch den Zusammenhalt des sozialistischen Lagers unter der Führung der UdSSR kaum ernstlich in Frage stellen konnten.

Mit der Neutralisierung verfolgte die UdSSR aber auch eine *langfristige Offensivstrategie*, die darauf zielte, das vom Westblock isolierte Deutschland in eine ungesicherte, unentschiedene Mittellage zwischen Ost und West zu versetzen und es dann allmählich durch innere Homogenisierung und äußere Integration in das sozialistische Lager zu überführen. Die permanente Neutralität war von der UdSSR gedacht als *Ubergangsphase* feststehenden Zeitplan, aber mit festem Endziel: ein sozialistisches Deutschland innerhalb des Ostblocks unter der Führung der UdSSR. Die durch einen Friedensvertrag noch *erhöhten, externen Einflußchancen* der UdSSR sollten dazu dienen, das erreichte Maß an Demokratisierung und die Position der sozialistischen Kräfte in Deutschland abzusichern und die Sozialisierung zu erleichtern und zu fördern. Umgekehrt erleichterte und förderte eine zunehmend sozialistische, innere Ordnung Deutschlands den Anschluß an das sozialistische Lager.

Aber auch wenn sich im außen- und sicherheitspolitischen Bereich deutlich abzeichnete, welche Vorteile die UdSSR bei Annahme ihrer Vorschläge erlangt hätte und welche langfristige (Offensiv-)Strategie sie hier verfolgte, so darf doch nicht übersehen werden, daß auch hier zwischen *wünschbaren* Maximalzielen und *unabdingbaren* Minimalzielen, zwischen Wollen und Können, zwischen Wünschbarem und Erreichbarem, eine erhebliche Differenz bestand.

Schon eine von der UdSSR angestrebte Minimallösung bot ihr genug Vor-

teile für die Gegenwart wie für die Zukunft. Sie kann so skizziert werden: da die UdSSR grundsätzlich an einer Neutralisierung Gesamtdeutschlands stark interessiert war, konnte und mußte sie *bereit* sein, *zumindest kurz- und mittelfristig ein nicht-sozialistisches, permanent neutrales Deutschland* als einen bedeutenden, aber nicht gefährlichen Partner zu *akzeptieren, dessen Innen- und Außenpolitik aber nur wenig oder gar nicht auf eine Einbeziehung Deutschlands in das sozialistische Lager zielte.*

Die *Westmächte* würden, wenn überhaupt, im Falle einer Neutralisierung Deutschlands darauf bestehen, ein gleiches, politisches und militärisches Interventionsrecht wie die UdSSR zu erhalten. Auch sie würden versuchen, Deutschland in ihr Lager hinüberzuziehen, ihm Rückhalt gegen die UdSSR zu geben, seine innere Entwicklung zu beeinflussen. Ihre Einfluß- und Erfolgchancen waren dabei gewiß geringer als die der Sowjetunion. Aber deutsche und westliche Widerstände konnten für die UdSSR eine Dauerintervention schwierig, risikvoll und immer weniger wirksam werden lassen, wenn es gelang, den Status quo in Europa direkt oder indirekt als Folge einer Veränderung des globalen, internationalen Systems zu stabilisieren.

Das war zwar zunächst Anfang der fünfziger Jahre nicht unbedingt wahrscheinlich. Aber es war ebenso fraglich, ob die UdSSR wirklich auf eine kurz- und mittelfristig kaum erreichbare Einbeziehung Deutschlands in den Ostblock gedrängt hätte: Ein Partner, der kein Gegner war; ein Deutschland, dessen Wirtschaftspotential bedeutend war und durch Kooperation und Handel von enormem Nutzen für die UdSSR gewesen wäre; eine Macht, die nicht mehr mit den kapitalistischen Ländern paktieren konnte, aber die Widersprüche im nicht-sozialistischen Lager erhöhte und zugleich ein potentieller Verbündeter war - ein so vorteilhafter Ausgleich nicht ohne Kompromisse und Risiken, aber doch voll innerer Dynamik und aussichtsreicher Chancen für eine geschickt operierende Außenpolitik konnte durchaus im Interesse der Sowjetunion liegen.

### *Die Politik der KPdSU und der SED in der BRD und in der DDR*

In der BRD versuchte die KPD mit Unterstützung der SED und der KPdSU, im Rahmen einer Bündnispolitik auf breitester Basis eine möglichst starke Oppositionsbewegung gegen die Politik der Wiederaufrüstung und Westintegration der BRD aufzubauen. Indem sich die Kommunisten „national“, „demokratisch“ und „friedliebend“ gaben, hofften sie, Mitglieder aller politischen Richtungen und sozialer Schichten (auch Großbourgeoisie, Kleinbürgertum, Bauern, ehemalige Soldaten und Nationalsozialisten) für die Vorschläge der UdSSR und der DDR zur Lösung der deutschen Frage zu gewinnen, um die Bundesregierung zu veranlassen, in Verhandlungen mit diesen beiden

Staaten einzutreten. Vor allem riefen die KPD und die SED zur *Aktionseinheit der Arbeiterklasse* auf und versuchten, besonders Mitglieder der SPD und der Gewerkschaften in einer „Nationalen Front der demokratischen Einheit“ für eine gemeinsame Oppositionspolitik zu organisieren. Die soziale Basis und das noch vielfach marxistisch orientierte Parteiprogramm der SPD, vor allem aber deren außenpolitische Konzeption, erschienen den Kommunisten als günstige Ansatzpunkte. Denn obwohl die SPD wie die Regierungsparteien für die Westintegration und den faktischen Anschluß der DDR an die BRD durch freie, gesamtdeutsche Wahlen als erstem Schritt zur Wiedervereinigung eintrat, war sie doch sehr viel mehr als die Bundesregierung bereit, auf die Interessen der UdSSR Rücksicht zu nehmen. Da die Wiederherstellung der nationalen Einheit und Souveränität als oberste Ziele die Deutschland- und Außenpolitik der SPD sehr viel stärker bestimmten als die der Bundesregierung, befürworteten die Sozialdemokraten nachdrücklich, Substanz und Chancen der sowjetischen Angebote noch vor Unterzeichnung des General- und des EVG-Vertrages in ernsthaften Verhandlungen zu prüfen. Sie gaben außerdem indirekt ihre Bereitschaft zu verstehen, die geplante bzw. später die vollzogene Remilitarisierung der BRD und ihre Eingliederung in die EVG zugunsten einer Wiedervereinigung aufgrund freier Wahlen in ganz Deutschland aufzugeben, wenn die UdSSR den Deutschen volles Selbstbestimmungsrecht in allen innen- und außenpolitischen Fragen im Rahmen eines gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit gewähren würde. Doch fanden sich weder die KPdSU noch die SED/KPD zu einer Zusammenarbeit auf der Basis solcher Konzessionen bereit; ebensowenig erfolgreich waren die Bemühungen der sowjetischen Deutschlandpolitik, ihre Ziele nicht nur durch diplomatische Initiativen und Kontakte zu den westlichen Regierungen, sondern auf einem „zweiten Weg“ zu erreichen, nämlich durch die propagandistische Mobilisierung der Massen in der BRD und deren organisatorischen Zusammenschluß in der Friedensbewegung und einer Nationalen Front.

Die sowjetische Deutschlandpolitik konnte prinzipiell zwei Grundlinien! *fow,* folgen; entweder versuchte sie, durch Verhandlungen mit den Westmächten die Einheit Deutschlands wiederherzustellen und in einem Friedensvertrag die politische Ordnung Mitteleuropas umfassend zugunsten der UdSSR neu zu bestimmen; oder sie beschränkte sich darauf, durch Konsolidierung und Ausbau ihrer bisherigen Positionen, besonders in der DDR, dem Status quo, d. h. der Teilung des Landes und der starren Konfrontation der Blöcke Stabilität und Dauer zu verleihen. In der Zeit bis zur II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952, auf der der Beschluß zum Aufbau des Sozialismus in der DDR gefaßt wurde, folgte die sowjetische Politik vorrangig der ersten Linie. Zunächst versuchte die UdSSR, die Verschlechterung ihrer Position in Europa durch diplomatische Initiativen und attraktive Angebote aufzuhalten und in ihr Gegenteil zu verkehren. Als dieser Versuch mißlang, ergänzte sie ihre Flexi-

bilität durch Härte: die Mitte 1952 einsetzende Politik der intensivierten Sozialisierung, Separation, Konsolidierung, Aufrüstung und Integration der DDR innerhalb des Ostblocks verhärtete erneut die Positionen in Europa. Doch auch nach Unterzeichnung des General- und des EVG-Vertrages wandelte sich die sowjetische Konzeption für eine Lösung der deutschen Frage in Art und Ausmaß ihrer Flexibilität nur in geringem, im ganzen nicht erheblichem Ausmaß - der Kampf gegen die Ratifizierung der Verträge ging weiter.

Die Formulierung der „essentials“, die in ihr enthaltenen Verhandlungs- und Aktionsspielräume und die zweckrational gebundene Flexibilität der sowjetischen Deutschlandpolitik 1952 zeigten also einen Akteur des internationalen Systems, der sich im wesentlichen ebenso rational verhielt wie jede andere auf Erhaltung ihres politischen Systems und ihrer internationalen Stellung bedachte Großmacht. Das außenpolitische Verhalten und die Definition des „nationalen Interesses“ der UdSSR in Mitteleuropa waren durchaus situationsgebunden und in erheblichem Maße wandlungsfähig. Nur die langfristige Zielsetzung und teilweise auch die Perzeption der Situation blieben deutlicher durch ideologische Vorentscheidungen bestimmt als die übrigen Bereiche ihrer außenpolitischen Praxis Anfang der fünfziger Jahre. Die Politik der Sowjetunion zielte in Theorie und Praxis, in Ideologie und strategischer Planung auf eine flexible Veränderung des Status quo auf friedlichem Wege, die umfassender war, als die von den Westmächten angestrebte. Doch überwog auch und gerade in der Situation des Jahres 1952 angesichts des Widerspruchs von Wollen und Können nicht das „Streben nach Weltrevolution“ innerhalb absehbarer Zeit, denn die Politik der UdSSR in Europa war zu dieser Zeit mindestens ebenso sehr defensiv wie offensiv orientiert.

### *Methoden der Flexibilität*

Die UdSSR und die DDR bedienten sich einer flexiblen Taktik, um ihre Vorschläge durchzusetzen. Sie boten Verhandlungen an und stellten baldige Erfolge in Aussicht, ohne doch die bisherige Verhandlungsbasis so sehr zu revidieren, daß sie für die Westmächte annehmbar wurde und Gespräche sichere Erfolgsaussichten boten. Zahlreiche materielle und prozedurale Fragen blieben in den sowjetischen Noten ungeklärt. Manche Formulierungen konnte die UdSSR in Verhandlungen immer neu restriktiv oder extensiv nach subjektiver Zweckmäßigkeit interpretieren und so Ost-West-Gespräche unendlich verzögern. Eine umfangreiche Propagandatätigkeit und eine Bündnispolitik auf breitester Basis sollte den sowjetischen Vorschlägen innerhalb und außerhalb Deutschlands breiteste Unterstützung sichern.

Vor allem aber wiesen die Vorschläge selbst jene spezifische Mischung von

Angebot und Forderung, von kampfbetonter Aggressivität und verständigungsbereiter Toleranz, von „Verdammung“ und „Verheißung“ auf, die den aufmerksamen Leser im Westen zwischen Hoffnung und Skepsis, zwischen spontaner Ablehnung des für ihn Unannehmbaren und vorsichtigem Abwägen der Chancen, zwischen Selbstgewißheit und Zweifel gegenüber der eigenen Politik hin- und herschwanken lassen konnte. Unbestimmtheit und Flexibilität in der Formulierung wie in der Sache; unklare Begriffe, die der Interpretation bedürftig und fähig waren; Formeln, die man dogmatisch-eng i. S. des Marxismus-Leninismus-Stalinismus, aber auch sehr extensiv beinahe i. S. der Wortbedeutung auslegen konnte, wie sie in den bürgerlich-westlichen Demokratien vorherrschte; eine Sprache, die im Ausdruck schillerte und die wirklichen Absichten des Sprechers nicht mit Sicherheit erkennen ließ; eine semantisch-politische Vieldeutigkeit und Ambivalenz, die das Vorhandensein von Spielräumen wahrscheinlich, aber nicht zwingend erscheinen ließ; Formulierungen, die manchmal eher verschleierte als verdeutlichte - kurzum, eine Mischung aus Präzision und Ungenauigkeit, Vermutung und Gewißheit in Analyse, Interpretation und Beurteilung machte den Leser gewogen, vorsichtige Erwartungen an das Angebot zu knüpfen. Mißtrauisch-aufmerksam versuchten die Interpreten, das teilweise Dunkel dessen, was die UdSSR positiv meinte und anstrebte, zu erhellen. Viel deutlicher war dagegen, was die DDR und die UdSSR nicht wollten. Ihre formulierte Alternative bewegte sich primär in einer „Anti-Haltung“, in der Negation des Negativen und ließ so das positive Ziel im Unklaren oder aber deutete es nur relativ vage in allgemeinen Wendungen an<sup>34</sup>. Doch selbst wenn man - wie wir - erhebliche Spielräume annahm, konnte man doch nicht umhin, das Ausmaß der sowjetischen Konzessionsbereitschaft sehr vorsichtig zu beurteilen. Frühere Erfahrungen und bisher im Spätstalinismus üblicher Sprachgebrauch machten zu Recht mißtrauisch gegenüber allzu optimistischen Interpretationen der hier gegebenen Chancen für die westliche Deutschlandpolitik. Zu oft schon hatten sich hinter vagen Formeln handfeste Eroberungs- und Majorisierungsabsichten, Tarnung und bloß taktische Übereinstimmung oder propagandistische Lockmanöver verborgen. Zu deutlich nur ließen sich manche Maximalziele, manche Möglichkeiten verschleierte Machtübernahme und scheinlegaler Intervention ausmachen. Aber dennoch blieb Zweifel: Skepsis und Mißtrauen dominierten zwar; doch mancher Vorschlag, manche Formulierung ließ Chancen, Spielräume und mögliche Konzessionen vermuten. Einiges davon ließ sich mit guten Argumenten wahrscheinlich machen. Spielräume zwischen äußersten Grenzen, zwischen den Absichten der indirekten, langfristigen Offensive und den Erfordernissen einer Defensivstrategie, zwischen Minimal- und Maximalzielen, zwischen Gewünschtem und Erreichbarem, zwischen Flexibilität und Härte wollte diese Interpretation zeigen. Sie geriet dabei notwendig in gewisse Widersprüche. Es war dies die Widersprüchlichkeit der Sache selbst.



### *Ausblick*

Die sowjetische Deutschlandinitiative von 1952 stellt eine wichtige Station in der Gesamtentwicklung der sowjetischen Deutschlandpolitik seit dem Ende des 2. Weltkrieges, besonders in der Phase zwischen 1949 und 1955 nach Gründung der BRD und der DDR dar. Die politische Entwicklung in Deutschland war während dieser Periode einerseits gekennzeichnet durch die Vertiefung der Gegensätze zwischen den beiden deutschen Staaten, deren Konsolidierung, Wiederaufrüstung und Blockintegration bis hin zur Wiederherstellung ihrer formalen Souveränität, andererseits durch die vergeblichen Versuche der vier Großmächte und der Deutschen, sich über die Wiedervereinigung des Landes und eine befriedigende Regelung der Probleme der europäischen Sicherheit zu einigen. Die vergeblichen Bemühungen der UdSSR und der DDR zwischen 1949 und 1951, die westlichen Mächte für eine Verhandlungslösung nach ihren Vorstellungen zu gewinnen, das Scheitern der sowjetischen Deutschlandinitiative von 1952 und die anschließende Politik der Verfestigung des Status quo waren entscheidende Stationen auf diesem Weg. Erst in der Zeit zwischen Stalins Tod und dem 17. Juni 1953 scheint eine Situation eingetreten zu sein, die auf der Basis der Vorschläge von 1952, der krisenhaften Entwicklung in der DDR und den unentschiedenen Machtkämpfen in den Führungsgremien der KPdSU wie der SED eine noch größere Chance für die diplomatische Lösung der deutschen Frage bot. Besonders Großbritannien und die UdSSR waren damals zu Verhandlungen bereit<sup>372</sup>. Doch verhinderten die Ereignisse des 17. Juni, der Ausgang der internen Auseinandersetzungen in der UdSSR und der DDR sowie ein gewisser Mangel an Aufmerksamkeit und Flexibilität auf westlicher Seite, daß die Möglichkeiten der Situation genutzt wurden. Immerhin blieb die folgende Phase der Verhärtung (Repression in der DDR nach dem 17. Juni, Ausschaltung Berijas und seiner Anhänger in der KPdSU wie der SED) stärker noch als 1952 begleitet von einer ausgeprägten Bereitschaft der sowjetischen Führung zur friedlichen Koexistenz und Verständigung mit dem Westen. Die Vorschläge von 1952, die die Bedeutung der noch vor freien Wahlen zu bildenden gesamtdeutschen Organe nicht sehr stark herausgestellt hatten, blieben auch im folgenden Jahr zunächst unverändert. Doch brachte die sowjetische Note vom 15. August 1953 eine wichtige Neuerung: eine Provisorische Gesamtdeutsche Regierung sollte noch *vor* freien Wahlen gebildet werden und weitreichende außen- und innenpolitische Befugnisse erhalten<sup>373</sup>. Vor und auf der Berliner Viererkonferenz begann die UdSSR, die selbständige Rolle der DDR zu betonen. Die Neutralisierung Deutschlands erschien nunmehr im Zusammenhang einer auch theoretisch fundierten, weltweiten Politik der UdSSR, die auf die Schaffung und Anerkennung einer „Friedenszone neutraler, friedliebender, sozialistischer und nichtsozialistischer Staaten“ abzielte. Vor allem ergänzte und entfaltete die

Sowjetunion nun ihre Pläne zur Lösung der Probleme der europäischen Sicherheit, indem sie einen vollständigen Entwurf eines gesamteuropäischen, kollektiven Sicherheitsvertrages über 50 Jahre vorlegte. Doch als auch dieser Vorschlag wie zahlreiche, oben z. T. zitierte Erklärungen der Konzessionsbereitschaft und der Flexibilität in der deutschen Frage im Westen keine Resonanz fanden, verhärtete sich wiederum die sowjetische Haltung (Gründung des Warschauer Pakts, Entwicklung der Zwei-Staaten-Theorie und später der auf ihr basierenden Konföderationspläne). Weder auf der Berliner Viererkonferenz von 1954 noch auf den Genfer Konferenzen von 1955 konnte die UdSSR die endgültige Integration der BRD in das westliche Allianzsystem verhindern und ihre geschickt formulierten Alternativvorschläge für Deutschland durchsetzen. Die Deutschlandinitiative der UdSSR im Jahre 1952, historische Entwicklung, Strategie und Taktik und schließliches Scheitern ihrer Pläne sind also sinnvoll nur als Stationen der sowjetischen Bemühungen zur Lösung der deutschen Frage, zur Überwindung bzw. Stabilisierung des machtpolitischen Status quo in Deutschland und Europa in die Entwicklung des internationalen Systems der Nachkriegszeit einzuordnen.

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> P. Sethe: Zwischen Bonn und Moskau. Frankfurt/M. 1956.
- <sup>2</sup> K. Erdmenger: Das folgenschwere Mißverständnis. Bonn und die sowjetische Deutschlandpolitik 1949-1955. Freiburg i. B. 1967.
- <sup>3</sup> Vgl. dazu:
- a) W. F. Hanrieder: West German Foreign Policy 1949-1963. International Pressure and Domestic Response. Stanford 1967.
- b) W. Feld: Reunification and West-German - Soviet relations. The Hague 1963.
- c) K. Erdmenger: Das folgenschwere Mißverständnis. Freiburg i. Br. 1967.
- \* Die beiden Begriffe stammen von W. Grewe: Die Diplomatie des Ost-West-Konflikts 1945-1963. In: W. Marken: Deutsch-russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart. Stuttgart. 1964, S. 183.
- <sup>5</sup> Am ausführlichsten untersucht und referiert die Deutschlandpropaganda der UdSSR und der DDR G. Wettig: Politik im Rampenlicht. Frankfurt/M. 1967. (Besonders Kap. V.: Der publizistische Appell als Kampfmittel: Die sowjetische Deutschlandkampagne vom Frühjahr 1952, S. 136-184.)
- <sup>6</sup> Vgl. M. D. Shulmann: Stalin's Foreign Policy Reappraised. Cambridge/Mass. 1963, S. 21/22. Der Abschnitt 2 ist dieser Darstellung teilweise verpflichtet.
- <sup>7</sup> Vgl. Stalins Interview v. 17. Febr. 1951. In: Pravda v. 17. Febr. 1951. Dt. Übers.: Neue Welt 6. Jg. (1951), Nr. 6, S. 3-7.
- <sup>8</sup> Survey of International Affairs 1949-1950, S. 480 u. Anm.
- <sup>9</sup> Vgl. Stalin, J. W. : Fragen des Leninismus (Dt. Ausgabe). Moskau 1947, S. 130 und besonders S. 132.
- <sup>10</sup> Zum Theorem von Ebbe und Flut der Revolution vgl. die ausführliche Sammlung von Belegstellen der Äußerungen Stalins zu diesem Problem in: Historicus (Pseudonym für G. A. Morgan): Stalin on Revolution. Foreign Affairs New York 28. Jg. (1949) Vol. 27 (Okt. 1948 bis Juli 1949) Nr. 2 (Jan. 1949). S. 193.
- » A.a.O., S.213 (Übers, d. Verf.).
- <sup>12</sup> Vgl. zum folgenden die Rede G. Malenkovs (ferner die Berijas und Bulganins) auf dem XIX. Parteitag der KPdSU (5. bis 14. Okt. 1952). In: Pravda v. 6. Okt. 1952. (Dt. Übers, in: Ost-Probleme 4. Jg. [1952], S. 1440-1459 u. 1472-1478.)
- <sup>13</sup> Aus der Rede Malenkovs auf dem XIX. Parteitag. In: Ost-Probleme, S. 1440.
- <sup>14</sup> Ebda., S. 1442.
- <sup>15</sup> Zur Bedeutung und zum Gebrauch der beiden Begriffe bei Stalin:
- a) Über die politische Strategie und Taktik der russischen Kommunisten. (Entwurf einer Broschüre aus dem Jahre 1921.) In: J. W. Stalin: Werke Berlin (Ost) 1953 ff., Bd. 5, S. 53-75; bes. S. 54/55, S. 59, 67, 72.
- b) Zur Frage der Strategie und der Taktik der russischen Kommunisten (1923). Werke Bd. 5, S. 141-158; bes. S. 142/43, 146-148, S. 152.
- c) Diplomaticus (Pseud.): Stalinist Theory and Soviet Foreign Policy. In: Review of Politics Notre Dame/Ind. Jg. 4 (1952) Nr. 10 (Okt.), S. 468-483.

<sup>16</sup> Shulman, S. 9 (Übers. d. Verf.).

<sup>17</sup> Vgl. die Rede Malenkovs auf dem XIX. Parteitag. In: Ost-Probleme 4. Jg. (1952), S. 1445.

<sup>18</sup> Als eine der ersten offiziellen Verlautbarungen aus dem Jahr 1949, die das Prinzip der friedlichen Koexistenz betonen, kann die Rede Malenkovs zum Jahrestag der Oktoberrevolution gelten. Vgl. Pravda und Izvestija v. 7. Nov. 1949 (Engl. Übers., in: Current Digest of the Soviet Press I [1949] v. 22. Nov., S. 3-10).

<sup>19</sup> So vor allem in den zahlreichen Wahreden führender Politbüromitglieder zu den Wahlen des Obersten Sowjet der UdSSR. Molotovs Rede in: Neue Welt 5. Jg. (1950), Nr. 6, S. 15. Reden Malenkovs und Kaganovics: Ausführliche Zitate in NZZ v. 24. März 1950. Vgl. auch L. Kriwskij: Zur Frage des friedlichen Nebeneinanderbestehens zweier Systeme. In: Neue Welt 5. Jg. (1950), Nr. 23, S. 13-27.

<sup>20</sup> Unveröffentlichte Dokumente W. I. Lenins. Antworten an die Korrespondenten einer amerikanischen und einer englischen bürgerlichen Zeitung. In: Pravda v. 22. April 1950. (Dt. Übers.: Neue Welt 5. Jg. [1950], Nr. 9, S. 3-6.)

<sup>21</sup> Zitiert nach B. Meissner: Rußland, die Westmächte und Deutschland. Hamburg 1954. S. 226/27.

<sup>22</sup> Vgl. Stalins Interview v. 17. Febr. 1951. In: Pravda v. 17. Febr. 1951.

<sup>23</sup> KAG 21. Jg. (1951), S. 2996.

<sup>24</sup> KAG 22. Jg. (1952), S. 3416.

<sup>25</sup> KAG 1952, S. 3429.

<sup>26</sup> TR v. 31. Okt. 1951.

<sup>27</sup> Mehnert, K.: Die Moskauer Wirtschaftskonferenz. In: Osteuropa 2. Jg. (1952) Nr. 3, S. 209.

<sup>28</sup> a) Vgl. die beiden Noten der UdSSR an Frankreich und Großbritannien v. 15. Dez. 1950 (In: Europa-Archiv 6. Jg. [1951], S. 3714/15) sowie ähnliche Noten an Frankreich v. 20. Jan. 1951 und v. 11. Sept. 1951. In: TR v. 13. Sept. 1951 bzw. 23. Jan. 1951.

b) Rede Malenkovs auf dem XIX. Parteitag. In: Ost-Probleme 4. Jg. (1952), S. 1445.

c) Vgl. auch die betont freundlichen Kommentare gegenüber Frankreich nach der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage in Ostberlin (9.-11. Nov. 1952) in der gesamten Presse des Ostblocks, nachdem Frankreich für eine Viermächtekonferenz eingetreten war. Vgl. auch NZZ v. 13. Nov. 1952.

<sup>29</sup> Shulman, S. 9 (Übers. d. Verf.).

<sup>30</sup> KAG 1952, S. 3310.

<sup>31</sup> Als Beispiel aus einer Fülle von Erklärungen sei genannt: Sedin, L.: Über Schwedens Beitritt zum Nordischen Rat. In: Neue Zeit v. 28. Mai 1952 (auch in: Ost-Probleme 4. Jg. [1952], S. 262/63).

<sup>32</sup> Vgl. KAG v. 1. Okt. 1952, S. 3677.

<sup>33</sup> Vgl. KAG v. 15. Okt. 1951 und v. 12. Nov. 1951, S. 3169 bzw. 3198.

<sup>34</sup> Vgl. KAG v. 16. Sept. 1952, S. 3654.

<sup>35</sup> Vgl. KAG v. 25. Jan. 1952, S. 3531.

<sup>36</sup> Vgl. KAG 1952, S. 3429.

<sup>37</sup> Vgl. KAG v. 28. Febr. 1952, S. 3365.

<sup>38</sup> Vgl. K. Mehnert: Die Sowjets in Asien. In: Osteuropa 2. Jg. (1952), S. 117-119.

<sup>39</sup> Vgl. KAG v. 23. Nov. 1951, S. 3211.

<sup>40</sup> Vgl. KAG v. 21. Mai 1952, S. 3478.

<sup>41</sup> Vgl. KAG v. 8. Mai 1951, S. 2932; v. 11. Juni 1951, S. 2971; v. 8. Sept. 1951, S. 3100 ff. (Konferenz v. S. Francisco).

- <sup>43</sup> Vgl. die Rede Malenkovs auf dem XIX. Parteitag. In: Ost-Probleme 4. Jg. (1952), S. 1445.
- <sup>44</sup> Die beiden bedeutendsten Veranstaltungen waren
- die 1. Tagung des Weltfriedensrates in Ost-Berlin v. 21.-26. Febr. 1951, die u.a. eine Resolution „Über die friedliche Lösung der deutschen Frage“ (In: Einheit 6. Jg. [1951] Nr. 4, S. 217-224) und „Über die friedliche Lösung der Japanfrage“ (a.a.O.) verabschiedete, sowie
  - die „Internationale Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage“ am 14./15. Juni 1952 auf Fünen (Dänemark) und die gleichnamige Konferenz in Ostberlin v. 9.-11. Nov. 1952, die vor allem bürgerliche, pazifistische und neutralistische Kreise in Westdeutschland ansprechen sollte.
- <sup>44</sup> Die wichtigsten Vorschläge sind in folgenden Dokumenten enthalten:
1. Manifest des Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden v. 30. Mai 1949. In: TR v. 31. Mai 1949 (zit. als *Manifest DV*).
  2. Die sechs Forderungen des Außenministers der UdSSR, A. Vyäinskijs, in einem Presseinterview im Anschluß an die 6. Tagung des Außenministerrates in Paris (23. Mai-20. Juni 1949). In: Neue Welt 4. Jg. (1949) Nr. 12, S. 9/10.
  3. Manifest der Nationalen Front des demokratischen Deutschland v. 7. Okt. 1949. In: Programmatische Dokumente der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Berlin (Ost) 1967, S. 94-99 (zit. als *Manifest NF*).
  4. Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland v. 15. Febr. 1950. In: Programmatische Dokumente der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Berlin (Ost) 1967, S. 102-118 (zit. als *Programm NF*).
  5. Kommuniqué der Außenministerkonferenz der Ostblockstaaten in Prag (20./21. Okt. 1950). In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion Berlin (Ost) 1957. Bd. 1, S. 244-253 (zit. als *Kommuniqué Prag*).
  6. Tagesordnungsvorschlag der UdSSR zur Pariser Konferenz der Außenministerstellvertreter v. 23. Juni 1951. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Bd. 1, S. 267/68 (zit. als *Tagesordnungsvorschlag UdSSR*).
  7. Schreiben des Ministerpräsidenten der DDR, O. Grotewohl, an Bundeskanzler Adenauer v. 30. Nov. 1950. In: Europa-Archiv 6. Jg. (1951), S. 3716 (zit. als *Schreiben DDR*).
  8. Beschluß der Volkskammer der DDR v. 15. Sept. 1951. In: KAG v. 22. Sept. 1951, S. 3122 (zit. als *Beschluß VK*). Erklärung des Ministerpräsidenten der DDR v. 15. Sept. 1951. In: KAG 1951, S. 3122.
  9. Entwurf eines Wahlgesetzes für eine Deutsche Nationalversammlung, verabschiedet von der Volkskammer der DDR am 10. Jan. 1952. In: Europa-Archiv 7. Jg. (1952), S. 4787-4791 (zit. als *WahlGE VK*).
- <sup>45</sup> Vgl. Tagesordnungsvorschlag UdSSR.
- <sup>46</sup> Vgl. Kommuniqué Prag.
- <sup>47</sup> Wortlaut in: Europa-Archiv 6. Jg. (1951), S. 3716.
- <sup>48</sup> Vgl. Beschluß VK.
- <sup>49</sup> Vgl. WahlGE VK.
- <sup>50</sup> Vgl. KAG 1951, S. 3184.
- <sup>51</sup> Vgl. dazu:
- a) Rede des Außenministers der UdSSR, A. Vysinskij, v. 13. Nov. 1951 vor der 6. UNO-Vollversammlung. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion Bd. 1, S. 280-287.
  - b) Erklärung der Delegation der DDR vor dem Politischen Sonderkomitee der Vereinten Nationen am 11. Dez. 1951. In: Dokumente zur Außenpolitik der DDR Bd. 1, S. 200-215.

- c) Anonym: Der Art 107 der UN-Charta und die gesamtdeutschen Wahlen In-TR v. 13. April 1952.
- d) Anonym: Die UN-Charta und ein deutscher Friedensvertrag. In: Pravda v. 12. April 1952. (Engl. Übers, in: Current Digest of the Soviet Press Vol IV (1952) Nr. 13, S. 3/4, 43/44.
- e) Die Argumentation der UdSSR in ihrer 2. Note v. 9. April 1952 bzw. in ihrer 4. Note v. 23. Aug. 1952 zur Ablehnung der Deutschlandkommission der UNO. Zur Zitierweise der vier Deutschlandnoten der UdSSR an die Westmächte im Jahre 1952 vgl. die Hinweise am Ende des 1. Teils des Literaturverzeichnisses.
- <sup>11</sup> Schreiben DDR.
- <sup>53</sup> Vgl. dazu u. a. den Vorschlag der UdSSR, den Friedensvertrag allein durch die Außenminister der vier Großmächte vorzubereiten, vom 13. Juni 1949. In: TR v. 14. Juni 1949.
- <sup>54</sup> Vgl. Tagesordnungsvorschlag UdSSR.
- <sup>55</sup> Rede Marschall Bulganins zum 33. Jahrestag der Oktoberrevolution v. 6. Nov. 1950. In: Neue Welt 5. Jg. (1951) Nr. 22, S. 12/13.
- <sup>56</sup> Vgl. Kommunique Prag Punkt 3.
- <sup>57</sup> A.a.O. Punkt 1.
- <sup>58</sup> Kommunique der Konferenz der Außenminister der acht Ostblockstaaten in Warschau (23./24. Juni 1948), Abschnitt 8, Punkt 4. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Bd. 1, S. 183-194.
- <sup>59</sup> Vgl. Manifest NF Punkt 2
- <sup>90</sup> Tagesordnungsvorschlag UdSSR Punkt 3.
- <sup>61</sup> Rede Marschall Bulganins am 6. Nov. 1950. In: Neue Welt 5. Jg. (1950), Nr. 22 (110) (Nov. 1950), S. 12/13.
- \* Vgl. dazu insbesondere die beiden Manifeste des Deutschen Volkskongresses und der Nationalen Front, die zwar schon 1949 verabschiedet wurden, aber dennoch ihre politische Gültigkeit nicht verloren und zumindest die Tendenz der von den Kommunisten gewünschten Entwicklung in Deutschland verdeutlichten. Vgl. Manifest DV Punkte A 2, 3 und B 1, Manifest NF Punkte 1 u. 9.
- <sup>88</sup> Kommunique der Konferenz der Außenminister des Ostblocks in Warschau. Abschnitt 3. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Bd. 1, S. 183-194.
- <sup>84</sup> Vgl. dazu das Kommunique der Konferenz der drei westlichen Besatzungsmächte und der Beneluxstaaten über Deutschland (13. Febr. bis 6. Juni 1948) (In: KAG 1948, S. 1522-1524) und die sog. Frankfurter Dokumente der drei westlichen Militärgouverneure (In: KAG 1948, S. 1552/53).
- <sup>85</sup> Vgl. Manifest NF Punkt 4.
- <sup>88</sup> Manifest DV Punkt B 2.
- <sup>87</sup> Manifest NF Punkt 10.
- <sup>88</sup> Manifest DV „Vorbereitende Maßnahmen“ Punkt 4.
- <sup>88</sup> Manifest DV Punkt B 2.
- <sup>78</sup> Manifest NF Punkt 15.
- <sup>71</sup> Rede Malenkovs v. 6. Nov. 1949. In: Neue Welt 4. Jg. (1949) Nr. 22, S. 16.
- <sup>74</sup> Manifest NF Punkt 18.
- <sup>73</sup> Ebenda.
- <sup>74</sup> Erklärung der Delegation der UdSSR zur Außenministerkonferenz in Paris (23. Mai bis 20. Juni 1949) v. 8. Juni 1949. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Bd. 1, S. 211-229.
- <sup>74</sup> Zahlreiche Belege dazu bei B. Meissner: Rußland, die Westmächte und Deutschland. Hamburg 1954, S. 234-236, 261/62, 268/69, 271, 294, 298.

<sup>76</sup> Manifest DV Punkt A 5.

<sup>77</sup> Manifest NF Punkt 5.

<sup>78</sup> A.a.O. Punkt 6.

<sup>79</sup> A.a.O. Punkt 7.

<sup>80</sup> Rede W.Piecks. In: Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED (20.-24. Juli 1950). Berlin (Ost) 1951. Bd. 1, S. 20-71, Punkte 4. und 9. der Forderungen zur Lösung der deutschen Frage.

<sup>81</sup> Als Beispiele seien genannt:

- a) A. Nesterow: Die UdSSR und Deutschland. In: TR v. 7. Nov. 1948.
- b) Anonymer Leitartikel: „1922 und 1949“. In: Berliner Zeitung v. 14. Okt. 1949.
- c) N.Orlow: Der Geist von Rapallo. In: TR v. 11. März 1949. Vgl. auch NZZ v. 18. Okt. und 18. Nov. 1949.

<sup>82</sup> Vgl.

- a) Presseinterview W. Ulbrichts v. 1. Febr. 1950. In: TR v. 2. Febr. 1950.
- b) Erklärung W. Piecks v. 24. Juli 1950 „... gegen die ‚Neutralitätstheorie‘, die das deutsche Volk wehrlos den Aggressoren ausliefert“. In: Dokumente der SED. Bd. III, S. 87.
- c) Aufsatz (anonym): „Im Kampf um den Frieden darf niemand neutral sein.“ In: Neue Zeit 8. Jg. (1950) Nr. 22 v. 31. Mai, S. 3/4.

<sup>83</sup> Vgl. zur Londoner Konferenz: KAG 1952, S. 3352/53; zur Lissaboner Konferenz: KAG 1952, S. 3361/63.

<sup>84</sup> KAG 1952, S. 3362.

<sup>85</sup> Vgl. dazu:

- a) das am 28. April 1952 der Außenministerkonferenz in Paris vorgelegte Memorandum des britischen Außenministers Eden zu dieser Frage, das auf seinen Europa-Plan vom 18./19. März 1952 zurückgeht.
- b) den Auftrag an die parlamentarische Versammlung der Montan-Union als „Europäischer Konstituante“, einen Verfassungsentwurf für einen europäischen Bundesstaat bis zum 10. März 1953 auszuarbeiten.

<sup>86</sup> So u. a.:

- a) Die Bewilligung von 100 Mio. US-Dollar im Rahmen des Mutual Security Act vom 10. Okt. 1951, die der Anwerbung von Personen, die innerhalb des Ostblocks lebten oder von dort geflüchtet waren, für geplante NATO-Kontingente dienen sollten.
- b) Die halboffizielle Unterstützung für Vereinigungen wie den „Rat zur Befreiung der Völker Osteuropas“ oder für Erklärungen wie die sog. Williamsburger Deklaration osteuropäischer Exilpolitiker v. 12. Juni 1952.
- c) Die Kündigung des amerikanisch-sowjetischen Handelsvertrages am 23. Juni 1951 und die sehr genaue Handhabung der Embargo-Bestimmungen der NATO-Länder gegenüber den Ostblock-Staaten.

<sup>87</sup> Vgl. G. Wettig: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943-1955. München 1967. Bes. S. 503-505.

<sup>88</sup> Am prägnantesten geben die folgenden Dokumente die Auffassungen der UdSSR und der DDR wieder:

- a) Kommunique der Konferenz der Außenminister der Ostblockstaaten in Prag (20./21. Okt. 1950). In: TR v. 22. Okt. 1950 (zit. als *Kommunique Prag*).
- b) 3. und 4. Note der UdSSR v. 24. Mai bzw. 23. Aug. 1952.
- c) Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR, O. Grotewohl, v. 14. März 1952 zur Note der UdSSR v. 10. März 1952. In: O. Grotewohl. Im Kampf um die einigige Deutsche Demokratische Republik, Reden und Aufsätze. Berlin (Ost) 1954. Bd. 3, S. 74-95 (zit. als *Grotewohl, Reden*).

- d) Erklärung des Ministerrats der DDR v. 17. April 1952. In: KAG 1952, S. 3435.  
 e) Appell des ZK der SED an das deutsche Volk v. 20. April 1952. In: Ost-Probleme 4. Jg. (1952), H. 18 v. 3. Mai, S. 580.

Ferner sei schon hier auf einige wichtige, im folgenden häufig zitierte Dokumente zur Deutschlandpolitik der UdSSR, der DDR/SED und der KPD hingewiesen:

- f) Vorschläge der Volkskammer der DDR anlässlich des Besuches einer Delegation der Volkskammer beim Deutschen Bundestag in Bonn am 19. Sept. 1952. In: KAG 1952, S. 3659/3660 (zit. als *Vorschläge VK, KAG*).  
 g) Programm der KPD zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands v. 2. Nov. 1952. In: Einheit 7. Jg. (1952), H. 12, S. 1385-1394 (zit. als *KPD-Programm, Einheit*).  
 h) Erklärung der gesamtdeutschen Delegation auf der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage (9.-11. Nov. 1952). In: Ost-Probleme 4. Jg. (1952) H. 48 v. 29. Nov., S. 1616/17 (zit. als *Erklärung gesamtdeutsche Delegation, Ost-Probleme*).

<sup>89</sup> Programm NF v. 3. Febr. 1950.

<sup>90</sup> Kommunique Prag Punkt 3.

<sup>91</sup> Erklärung des Vorsitzenden des Präsidiums der Nationalen Front, Prof. E. Correns. In: TR v. 12. Aug. 1951.

<sup>91</sup> 3. Note der UdSSR v. 24. Mai 1952.

<sup>98</sup> Ebenda. <sup>94</sup> Ebenda.

<sup>95</sup> Ebenda und Kommunique Prag Punkt 3.

<sup>96</sup> Zur These vom „Wiedererstehen des deutschen Imperialismus“ vgl. vier Aufsätze von W. Ulbricht (2), A. Ackermann und F. Oelssner in: Einheit 6. Jg. (1951), H. 10 (Juni), S. 602-623 und H. 11 (Juni), S. 719-725; H. 11 (Juni), S. 706-711; H. 11 (Juni), S. 711-718. Der Begriff wurde von A. Ackermann und W. Ulbricht gebraucht.

<sup>97</sup> Grotewohl, Reden, S. 93.

<sup>98</sup> 4. Note der UdSSR v. 23. Aug. 1952.

<sup>99</sup> Ebenda.

<sup>90</sup> Ebenda.

<sup>01</sup> Ebenda.

<sup>08</sup> Diese Alternative wird auch nachdrücklich betont in

a) Erklärung des Ministerrats der DDR v. 17. April 1952. In: KAG 1952, S. 3436.

b) N. Orlov: „Entweder Friedensvertrag und Wiedervereinigung Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen und die Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung oder Generalkriegsvertrag und Verewigung der Spaltung Deutschlands und die damit verbundene Gefahr eines neuen Krieges in Europa. Entweder - oder. Einen dritten Weg gibt es nicht.“ In: TR v. 1. Mai 1952.

c) Grotewohl, Reden, S. 88.

d) 2. Note der UdSSR v. 9. April 1952.

<sup>05</sup> Erklärung des Vorsitzenden des Präsidiums der Nationalen Front, Prof. E. Correns. In: TR v. 12. Aug. 1951.

<sup>04</sup> Ebenda.

<sup>04</sup> Ebenda.

<sup>06</sup> Vgl. dazu:

a) Stalins Telegramm zur Gründung der DDR v. 13. Okt. 1949. In: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR. Berlin (Ost) 1954, S. 232.

b) Rede Malenkovs zum 32. Jahrestag der Oktoberrevolution v. 6. Nov. 1949. In: Neue Welt 4. Jg. (1949) Nr. 22, S. 15/16.



- c) Grotewohl, Reden, S. 74-94.
- d) Pravda v. 29. Mai 1952. (Auszüge in engl. Übers., in: Current Digest 4. Jg. [1952], Nr. 18, S. 7-11.)
- <sup>107</sup> Stalins Telegramm zur Gründung der DDR (vgl. Anm. 106).
- <sup>108</sup> Rede Malenkovs v. 6. Nov. 1949 (vgl. Anm. 106).
- <sup>109</sup> Vgl. dazu das Protokoll der II. Parteikonferenz der SED. Berlin (Ost) 1952, S. 32.
- <sup>110</sup> Ein Beispiel dafür war die auch sprachlich sehr nüchterne Zusammenfassung der Ergebnisse der wichtigen Konferenz der westlichen Außenminister in Washington (10.-14. Sept. 1951), die einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Einigung über die EVG und den Generalvertrag darstellte. Regierungserklärung der DDR über die Beschlüsse der Washingtoner Konferenz vom 15. Sept. 1951. In: KAG 1951, S. 3122.
- <sup>111</sup> Stalin, J. W.: ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. Berlin (Ost) 1952.
- <sup>112</sup> Schreiben der Regierung der DDR an die vier Großmächte mit der Bitte um beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages vom 13. Febr. 1952. In: Dokumente zur Außenpolitik der DDR. Berlin (West) 1954, Bd. 1, S. 73-75.
- <sup>113</sup> Stalin, J. W.: ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. Berlin (Ost) 1952, S. 33.
- <sup>114</sup> A.a.O., S. 34.
- <sup>115</sup> Ebenda.
- <sup>116</sup> Ebenda.
- <sup>117</sup> A.a.O., S. 35.
- <sup>118</sup> A.a.O., S. 36.
- <sup>119</sup> Ebenda.
- <sup>120</sup> Dafür spricht auch die folgende Information:  
 Ein erfahrener amerikanischer Diplomat erklärte über die Einschätzung Deutschlands durch die UdSSR Anfang/Mitte der 50er Jahre:  
 „Deutschland ist das einzige Land, das man in Moskau sowohl schätzt als auch fürchtet. .. Mikojan sprach viel über die Unzulänglichkeiten der Amerikaner. Wir fragten ihn, welches Volk er in internationalen Angelegenheiten für am bedeutendsten hielt, und ohne Zögern antwortete er: Deutschland.“ Unveröffentlichte Aussagen aus Interviews. D-Papers, XYZ, Juli 1957, S. 16/17. Zit. nach A. Dallin: Sowjetische Außenpolitik nach Stalins Tod. Köln Berlin 1961, S. 70/71. Es zeigt sich in dieser Äußerung Mikojans aber auch jene eigentümliche Mischung von gedanklich klarer Analyse mit irrationalen, historisch geprägten, bisweilen traumatisch anmutenden Vorstellungen, Meinungen und Wertungen in der Einschätzung Deutschlands durch die sowjetische Führung (vgl. auch die folgende Anmerkung).  
 Schmeichelei und wohlberechnete Taktik, aber teilweise wohl auch Überzeugung steckte in den Worten V. Molotovs auf der Berliner Außenministerkonferenz von 1954: „... es besteht kein Zweifel..., daß das hohe Niveau der deutschen Kultur und die entwickelte friedliche Wirtschaft Deutschlands einen würdigen Platz unter den anderen Großmächten der Welt sichern wird.“ In: Viererkonferenz 1954, S. 85. Ähnliche Voraussagen finden sich auch schon 1952 in den sowjetischen Erörterungen über die Zukunft Deutschlands nach Abschluß eines Friedensvertrages.
- <sup>121</sup> In Berlin wies Molotov ebenfalls auf die Lehren hin, die die UdSSR aus der Entwicklung nach dem Versailler Vertrag gezogen habe. Die UdSSR wende sich deshalb entschieden dagegen, daß Deutschland unterdrückt und seiner Souveränität beraubt werde, weil daraus der deutsche Militarismus entstanden sei. Sicherheit

in Europa könne es nur geben, wenn Deutschland einerseits unabhängig sei andererseits durch ein Sicherheits- und Kontrollabkommen nicht zu stark werden könne. In: Viererkonferenz 1954, S. 91.

<sup>122</sup> Vgl. Literaturverzeichnis N. 2, 12, 26, 27, 32, 33, 54, 68, 72, 76, 78 81 87 96 105, 115, 116.

<sup>123</sup> Vgl. ND vom 19. 3.; 16. 5.; 30./31. 5. und 1. 6. 1953.

<sup>124</sup> a) Inhaltsangabe einer Rede O. Grotewohls vor dem 15. Plenum des ZK der SED Ende Juli 1953, nach dem parteiinternen Protokoll des 15. ZK-Plenums. In: C. Stern: Ulbricht. Eine politische Biographie. Köln Berlin 1964, S. 180.

Vgl. ferner:

b) H.Brandt: Die sowjetische Deutschlandpolitik im Frühsommer 1953 aus der Sicht fortschrittlicher Kräfte in der SED. In: Osteuropa 15. Jg. (1965) H. 6, S. 370.

c) Beschluß des ZK der SED zur endgültigen Verurteilung von Berija und Malenkov v. Nov. 1961. In: ND v. 28. 11. 1961.

d) Ähnliche Vorwürfe soll ein interner Brief der sowjetischen Parteiführung mehrere Wochen nach dem Sturz Berijas an die Parteiführungen der Ostblockländer enthalten haben. S. Bialer in: Hinter dem Eisernen Vorhang Nr. 10, Okt. 1956.

e) Eine Zusammenstellung der wichtigsten Punkte der späteren Anklagen sowjetischer Parteiführer gegen Berija findet sich bei W. Grottian: Das sowjetische Regierungssystem. Leitfaden und Quellenbuch. 2. Aufl. Köln Opladen 1965, S. 514-516.

Am 8. März 1963 behauptete N. S. Chruscev: „Von den ersten Tagen nach Stalins Tod an unternahm Berija Schritte, die die Arbeit der Partei desorganisierten und darauf gerichtet waren, die freundschaftlichen Beziehungen der Sowjetunion zu den Bruderländern des sozialistischen Lagers zu untergraben. Gemeinsam mit Malenkov machte er den provokatorischen Vorschlag, die DDR als sozialistischen Staat zu liquidieren und der SED zu empfehlen, auf die Losung des Kampfs für den Aufbau des Sozialismus zu verzichten.“ Rede bei der Begegnung der Führer von Partei und Regierung mit Literaturschaffenden. In: Pravda v. 10. März 1963. Dt. Übers, zitiert nach: Ost-Probleme 15. Jg. (1963), S. 294.

f) Eine gute Darstellung gibt auch W. Leonhard: Kreml ohne Stalin. Köln Berlin 1958, S. 111.

<sup>125</sup> Vgl. dazu:

a) M. Jänicke: Der dritte Weg. Köln 1954, S. 31.

b) Ein Generalplan der SED. In: SBZ-Archiv Nr. 10 (1955), S. 148. (Der anonyme Verfasser war an den Planungen beteiligt.)

c) E. Richert: Macht ohne Mandat. 1. Aufl. Köln Opladen 1958, S. 14.

<sup>126</sup> Einige Autoren bringen den im Mai 1953 entmachteten Franz Dahlem in die Nähe der Oppositionsgruppe um Zaisser und Herrstadt. F. Kopp berichtet, er sei 1952 für eine elastischere und verdecktere Benutzung der Nationalen Front durch die SED für gesamtdeutsche Belange eingetreten. (F. Kopp: Kurs auf ganz Deutschland? Stuttgart 1966, S. 147/48). Vgl. auch: W. Osten: Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion in den Jahren 1952/53. In: Osteuropa 14. Jg. (1964) H. 1, S. 1-13 bes. S. 5. Doch sind die Informationen zu spärlich, um auch nur begründete Vermutungen wagen zu können.

<sup>127</sup> Vgl. dazu: M. Jänicke: Der dritte Weg. Köln 1964, S. 32-34, S. 229 Anm. 65.

<sup>128</sup> a) Anonymus: Männer und Kräfte des Politbüros. In: PZ- (später SBZ-) Archiv Nr. 5 (1951).

- b) W. G. Contius: W. Semjonow. In: Osteuropa 4. Jg. (1954), S. 276, G. M. Puschkin. A.a.O., S. 367.
- c) H. Laeuen: Berijas Deutschlandpolitik. In: Osteuropa 14. Jg. (1964), S. 257-259.
- d) B. Meissner: Rußland, die Westmächte und Deutschland. Hamburg 1954. Besonders S. 185/186, 217, 219/220, 265.
- e) W. Osten: Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion in den Jahren 1952/53. In: Osteuropa 14. Jg. (1964), S. 1-13.

Besonders aufschlußreich für die sowjetische Deutschlandpolitik seit 1945 wären die internen Richtungskämpfe in der KPdSU und SED im Jahre 1953, auf die wir hier leider nicht eingehen können.

<sup>129</sup> B. Meissner: Rußland, die Westmächte und Deutschland. Hamburg 1954, S. 288.

<sup>130</sup> G. Wettig: Politik im Rampenlicht. Frankfurt/M. 1967, S. 146/47. Auffällig war auch das unterschiedliche Maß an Verständigungsbereitschaft bzw. Kritik der Bundesregierung in den Erklärungen O. Grotewohls und W. Ulbrichts gegenüber einer Delegation des westdeutschen „Kongresses für deutsche Verständigung“ am 24. April 1952. (In: TR v. 25. April 1952. Gekürzt auch in: Ost-Probleme 4. Jg. 1952, S. 614-620.) Ministerpräsident Grotewohl ebenso wie Außenminister G. Dertinger betonten, wie notwendig und wünschenswert eine innerdeutsche Verständigung sei; allerdings wollten sie nicht die Bundesregierung, sondern nur „das deutsche Volk“ in der BRD als Gesprächspartner akzeptieren. Dieser gemäßigte Ton stand in deutlichem Gegensatz zu militanten, agitatorischen Angriffen W. Ulbrichts, des 1. Sekretärs der SED, der von der Vorbereitung eines Staatsstreiches durch die Bundesregierung „im Dienste des US-Imperialismus“ sprach. Er warf der BRD vor, sie beabsichtige die imperialistische „Neuordnung Osteuropas“ in ihrem Sinne und trat - „trotz aller Verständigung“ - nachdrücklich für „schärfste Kampfmaßnahmen“ (einschließlich Massenstreiks) gegen die Bundesregierung ein.

<sup>131</sup> Vgl. z. B.:

- a) Erklärung der Regierung der DDR v. 14. März 1952: „... wird die Note und der Entwurf der Sowjetregierung als ein ‚Manöver‘ bezeichnet, das den Zweck verfolgt, die Eingliederung Westdeutschlands in die ‚europäische Integration‘, den Generalvertrag und die Errichtung einer faschistischen Wehrmacht in Westdeutschland zu verhindern ...  
Aber das ist doch kein Manöver, sondern der offen und ehrlich geäußerte Wille der Sowjetregierung ... Es geht der Sowjetregierung in der Tat darum, ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus und einer deutschen Aggression unmöglich zu machen. Es geht ihr darum, eine friedliche Lösung der Deutschlandfrage herbeizuführen ...“ Und später heißt es in derselben Rede: Wenn Adenauer den „Abschluß eines Friedensvertrages“, „die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat“ und den Abzug der Besatzungstruppen wolle, dann „muß er seine Verhandlungen über den ‚Generalvertrag einstellen“. In: Grotewohl, Reden, S. 75 bzw. S. 91.
- b) Leitartikel (anonym) des gesamten Jahrgangs 1952 der theoretischen Zeitschrift der SED, „Einheit“.
- c) Leitartikel (anonym): Neue Zeit 10. Jg. (1952) Nr. 1 v. 1. Jan., S. 2 und Nr. 4 v. 23. Jan., S. 3-5.
- d) Erklärung der gesamtdeutschen Delegation auf der internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage (9.-11. Nov. 1952). In: Ost-Probleme 4. Jg. (1952) Nr. 48 v. 29. Nov., S. 1616/17 (zit. als: Erklärung gesamtdeutsche Delegation, Ost-Probleme).

- <sup>132</sup> W. Grewe: Die Diplomatie des Ost-West-Konflikts 1945-1963. In: W. Marke« (Hrsg.): Deutsch-russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart. Stuttgart 1964, S. 183.
- <sup>133</sup> G. Wettig: Politik im Rampenlicht. Frankfurt/M. 1967 (Kapitelüberschrift)
- <sup>134</sup> 1. Note der UdSSR v. 10. März 1952.
- <sup>135</sup> 2. Note der UdSSR v. 9. April 1952.
- iss** Wortlaut des Schreibens in: Dokumente zur Außenpolitik der DDR Bd 1 S. 73-75.
- <sup>137</sup> Wortlaut des Schreibens in: Dokumente zur Außenpolitik der DDR Bd 1 S. 257/258.
- <sup>138</sup> Grotewohl, Reden, S. 78.
- <sup>139</sup> A.a.O., S. 90.
- <sup>140</sup> 4. Note der UdSSR v. 23. Aug. 1952.
- <sup>141</sup> 3. Note der UdSSR v. 24. Mai 1952.
- <sup>142</sup> Grotewohl, Reden, S. 79.
- <sup>143</sup> 1. Note der UdSSR v. 10. März 1952.
- <sup>144</sup> Grotewohl, Reden, S. 90. Zu den früheren Vorschlägen vgl. die Erklärung des Ministerpräsidenten der DDR v. 15. Sept. 1951. In: KAG 1951, S. 3122.
- <sup>145</sup> Grotewohl, Reden, S. 79.
- <sup>146</sup> « Vgl. dazu u.a. die 4. Note der UdSSR v. 23. Aug. 1952, die Vorschläge der Volkskammer v. 19. Sept. 1952 (KAG 1952, S. 3659/3660) sowie Grotewohl, Reden, S. 79, 90.
- <sup>147</sup> 1. Note der UdSSR v. 10. März 1952. Der Begriff „Vorbereitung“ findet sich in der 1. und der 4. Note, die sinnverwandten Ausdrücke „Erörterung“ in der 2., 3. und 4. Note und „Ausarbeitung“ in der 4. Note. Meist steht anstatt der exakteren Formulierung „des Entwurfes eines Friedensvertrages“ nur „eines Friedensvertrages“.
- <sup>148</sup> 2. Note der UdSSR v. 9. April 1952.
- <sup>149</sup> Ebenda. U. a. in der 3. Note v. 24. Mai 1952 wird von der „Wiedervereinigung Deutschlands“, in der 4. Note von der „Wiederherstellung der Einheit Deutschlands“ gesprochen. Dieser Tagesordnungspunkt fehlt in dieser Formulierung in der 1. Note der UdSSR v. 10. März 1952.
- <sup>150</sup> 1. Note der UdSSR v. 10. März 1952.
- <sup>151</sup> 2. Note der UdSSR v. 9. April 1952.
- <sup>152</sup> 4. Note der UdSSR v. 23. Aug. 1952.
- <sup>153</sup> Ebenda.
- <sup>154</sup> Die Delegation der Volkskammer erklärte am 19. Sept. 1952: „Durch eine Einigung über die Bildung der Prüfungskommission würde die Diskussion darüber, welcher Punkt an die Spitze der Tagesordnung einer Viermächtekonferenz gestellt wird, gegenstandslos werden.“ Vorschläge VK, KAG 1952, S. 3659. In diesem Sinne äußerten sich auch H. Matern als Mitglied der Volkskammerdelegation auf einer Pressekonferenz in Remagen am 20. Sept. 1952 (KAG 1952, S. 3660) und - sinngemäß gleich - W. Ulbricht vor dem Zentralkomitee der SED. In: TR v. 21. Nov. 1952.
- <sup>155</sup> Die in der 4. Note der UdSSR v. 23. Aug. 1952 vorgeschlagene Tagesordnung entsprach der oben dargestellten. Sie war ergänzt um einen weiteren Punkt (s. Nr. 3). Sie führte die erwähnten Punkte 2 a und 2 b jedoch getrennt als 2. und 3. Tagesordnungspunkt auf. Es handelte sich hier wohl eher darum, daß zuerst das zu bildende Organ, danach der dafür erforderliche modus procedendi als in der Sicht der UdSSR weniger wichtig aufgeführt wurde, nicht aber um eine Veränderung der Reihenfolge freie Wahlen - Regierungsbildung oder um das frühere

- (und spätere) Projekt einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung. Immerhin konnte begründeter Zweifel aufkommen, ob die Haltung der UdSSR sich nicht verhärtet hatte angesichts der bisherigen Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen, und ob sie die gesamtdeutsche Regierung wie bisher erst aufgrund freier Wahlen oder eventuell auf andere Weise (z. B. aus ernannten Vertretern der Regierungen der BRD und der DDR) gebildet sehen wollte. Es fällt auch auf, daß die Pravda und die Izvestija v. 25. Aug. 1952 nicht mehr von freien Wahlen sprechen. Dennoch hielten die UdSSR und die DDR gerade auch später noch an ihren früheren Vorschlägen, auch am Grundsatz vorgängiger freier Wahlen fest. Vgl. z. B. die Vorschläge der Volkskammer der DDR v. 19. Sept. 1952. In: KAG 1952, S. 3659/60.
- <sup>158</sup> Beschluß der Volkskammer der DDR v. 15. Sept. 1951. In: KAG 1951, S. 3122.
- <sup>157</sup> Grotewohl, Reden, S. 90. Vgl. die Erklärung des Ministerpräsidenten der DDR vom 15. Sept. 1951. In: KAG 1951, S. 3122.
- <sup>158</sup> Grotewohl, Reden, S. 90.
- <sup>159</sup> Vgl. KAG 1952, S. 3296 und die Erklärung der gesamtdeutschen Delegation: „... ist es notwendig, daß in Übereinstimmung mit den vier Großmächten sofort eine Kommission aus Vertretern West- und Ostdeutschlands gebildet wird, die unter Zugrundelegung der Vorschläge des Bundestages der BRD und der Volkskammer der DDR ein gemeinsames Wahlgesetz ausarbeitet.“ In: Ost-Probleme 4. Jg. (1952), S. 16/17.
- <sup>169</sup> 4. Note der UdSSR v. 23. Aug. 1952.
- <sup>161</sup> Ebenda.
- <sup>162</sup> Ebenda.
- <sup>163</sup> Als eine von vielen Äußerungen: W. Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin (Ost) 1956. Bd. IV, S. 315/16.
- <sup>164</sup> 1. Note der UdSSR v. 10. März 1952.
- <sup>165</sup> 4. Note der UdSSR v. 23. Aug. 1952.
- <sup>166</sup> Das KPD-Programm vom 2. Nov. 1952 wollte dieser Kommission auch „die Sicherung der Durchführung dieser Wahlen“ übertragen. In: Einheit 7. Jg. (1952), H. 12 (Dez.), S. 1395 (zit. als *KPD-Programm, Einheit*).
- <sup>167</sup> Erklärung V. Molotovs auf der Konferenz der vier Außenminister in Berlin 1954. In: Viererkonferenz 1954, S. 140.
- <sup>168</sup> So in der 4. Note der UdSSR v. 23. Aug. 1952. Vgl. auch die Äußerung Ulbrichts, durch eine mächtige patriotische Bewegung könnten in Westdeutschland „die Voraussetzungen für eine gesamtdeutsche Beratung und die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen geschaffen werden“. W. Ulbricht: a.a.O., S. 318.
- <sup>169</sup> So vor allem in der 2. Note der UdSSR v. 9. April 1952 und in der 4. Note v. 23. Aug. 1952. Zur Weigerung der DDR, mit der UNO-Kommission zusammenzuarbeiten vgl. KAG 1952, S. 3366, 3382, 3398 und 3595. Zur früheren Argumentation vgl. Anm. 50.
- <sup>170</sup> 2. Note der UdSSR v. 9. April 1952.
- <sup>171</sup> 3. Note der UdSSR v. 24. Mai 1952.
- <sup>172</sup> 4. Note der UdSSR v. 23. Aug. 1952.
- <sup>173</sup> KAG 1951, S. 3184.
- <sup>174</sup> Vorschläge VK, KAG 1952, S. 3659. Erklärung gesamtdeutsche Delegation. In: Ost-Probleme 4. Jg. (1952) Nr. 48 v. 29. Nov., S. 1617 Punkt 3.
- <sup>175</sup> Vgl. KAG 1952, S. 3659/60.
- <sup>176</sup> Erklärung der Regierung der UdSSR zur Deutschlandfrage vom 16. Jan. 1955: „Um die Erzielung eines Abkommens über die Durchführung der erwähnten Wahlen zu erleichtern, hält es die Sowjetregierung für möglich, im Falle des Ein-

- Verständnisses der Regierungen der DDR und der BRD über die Festsetzung der entsprechenden internationalen Überwachung gesamtdeutscher Wahlen herbeizuführen." In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion Bd 2 S 107**
- <sup>177</sup> Text in Europa-Archiv 7. Jg. (1952), S. 4787-4792.
- <sup>178</sup> A.a.O., S. 4791/92.
- <sup>178</sup> Grotewohl, Reden, S. 80.
- <sup>180</sup> Erklärung der Delegation der Volkskammer der DDR auf einer Pressekonferenz in Remagen am 20. Sept. 1952. In: KAG 1952, S. 3660.
- <sup>181</sup> Erklärung des Ministerpräsidenten der DDR am 15. Sept. 1951. In: KAG 1951 S. 3122.
- <sup>188</sup> Ebenda.
- <sup>183</sup> WahlGE VK § 23, 27.
- <sup>184</sup> Erklärung des Außenministers der UdSSR, V. Molotov. In: Viererkonferenz 1954, S. 135.
- <sup>185</sup> A.a.O., S. 136.
- <sup>186</sup> A.a.O., S. 138.
- <sup>187</sup> WahlGE VK § 15, 16.
- <sup>188</sup> A.a.O. § 17, 18.
- <sup>188</sup> 1. Note der UdSSR v. 10. März 1952.
- <sup>180</sup> Vgl. dazu KAG 1946, S. 782, 837, 843, 909. Die USA befanden sich in Korea in einer schlechteren Position als in Deutschland, da die meisten der von ihnen genannten Parteien die Beschlüsse der Konferenz der Außenminister vom Dezember 1945 nicht anerkennen wollten. Die UdSSR wollte dagegen von ihnen jedoch nicht nur - die schließlich von den USA erzwungenen - Anerkennungserklärungen und Parteiprogramme als Kriterien für ihren „demokratischen“ Charakter gelten lassen, sondern bestand auf einer „tatsächlich demokratischen“ Praxis dieser Gruppen. Auch ein von den USA vorgeschlagener Formelkompromiß fand nicht die sowjetische Zustimmung.
- <sup>181</sup> Vgl. die Beschwerde des sowjetischen Zonenbefehlshabers in Österreich über die mangelnde Demokratisierung des Landes. In: KAG 1952, S. 3630 v. 31. Aug. 1952.
- <sup>182</sup> Dafür boten - wie in zahlreichen anderen Fällen - nicht zuletzt die teils interpretationsfähigen, teils eindeutigen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens ausreichende Handhabe, besonders Abschnitt II, A, 3, besonders Punkt 1 a. In: E. Deuerlein: Die Einheit Deutschlands. Bd. I. Frankfurt/M. Berlin. 2. Aufl. 1961, S. 349; I. v. Münch (Hrsg.): Dokumente des geteilten Deutschland. Stuttgart 1968, S. 35.
- <sup>193</sup> M. Jänicke: Der dritte Weg. Köln 1964, S. 228 Anm. 48.
- <sup>184</sup> KAG 1952, S. 3405.
- <sup>185</sup> a) Erklärung des Ministerpräsidenten der DDR v. 15. Sept. 1951. KAG 1951, S. 3122.
- b) W.Ulbricht am 3. Mai 1952. In: W.Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin (Ost) 1956. Bd. IV, S. 338.
- <sup>186</sup> Vgl. Anm. 125.
- <sup>187</sup> WahlGE VK § 45-48.
- ><sup>88</sup> Vorschläge VK. KAG 1952, S. 3659.
- 199** KPD-Programm, Punkt IV 9 und 10, Einheit, S. 1395.
- <sup>200</sup> Viererkonferenz 1954, S. 95.
- <sup>201</sup> KPD-Programm, Punkt IV 10, Einheit, S. 1395.
- <sup>202</sup> 1. Note der UdSSR v. 10. März 1952.
- 203** v. Molotovs Worte in Berlin 1954 entsprachen genau der Auffassung der UdSSR im Jahre 1952. Viererkonferenz 1954, S. 136.

Ebenda.

<sup>805</sup> Vgl. dazu die Ausführungen Molotovs in Berlin 1954, es müsse „eine entsprechende Übereinstimmung der Schritte unserer vier Mächte und der Deutschen selbst erreicht werden“, um die Erfüllung der Bestimmung des Potsdamer Abkommens zu gewährleisten, wonach nur eine „für dieses Ziel geeignete Regierung Deutschlands“ den Friedensvertrag unterzeichnen dürfe.

<sup>806</sup> 4. Note der UdSSR v. 23. Aug. 1952.

<sup>807</sup> » Vorschläge VK, KAG 1952, S. 3659.

<sup>808</sup> 2. Note der UdSSR v. 9. April 1952.

Appell des ZK der SED an das deutsche Volk vom 20. April 1952. In: Ost-Probleme 4. Jg. (1952), S. 580. Etwas weiter ging Molotov, als er 1954 forderte, „... daß die Vertreter Deutschlands in allen Stadien der Vorbereitung des Friedensvertrages in breitem Maße herangezogen werden könnten... Die endgültige Behandlung und Annahme eines Friedensvertrages muß... unter Teilnahme einer gesamtdeutschen Regierung erfolgen, die aufgrund von gesamtdeutschen Wahlen gebildet ist, wobei der Friedensvertrag der Ratifizierung durch das gesamtdeutsche Parlament unterliegt“. In: Viererkonferenz 1954, S. 95.

<sup>810</sup> 4. Note der UdSSR v. 23. Aug. 1952.

<sup>811</sup> Vorschläge VK, KAG 1952, S. 3659. Erklärung gesamtdeutsche Delegation, Punkt 2. Ost-Probleme 4. Jg. (1952) Nr. 48 v. 29. Nov., S. 1617.

<sup>111</sup> 1. Note der UdSSR v. 10. März 1952.

<sup>818</sup> Ebenda.

<sup>814</sup> Erklärung gesamtdeutsche Delegation, Punkt 1, Ost-Probleme, S. 1617.

<sup>815</sup> Grotewohl, Reden, S. 79.

<sup>816</sup> ND v. 12. März 1952.

<sup>817</sup> 4. Note der UdSSR v. 23. Aug. 1952.

<sup>818</sup> 1. Note der UdSSR v. 10. März 1952.

<sup>81</sup> » 2. Note der UdSSR v. 9. April 1952.

<sup>880</sup> Vgl. KAG 1952, S. 3516.

<sup>881</sup> Note der drei Westmächte an die UdSSR v. 10. Juli 1952. In: H. v. Siegler (Hrsg.): Dokumentation zur Deutschlandfrage, S. 154/55.

<sup>888</sup> 2. Note der UdSSR v. 9. April 1952; 3. Note der UdSSR v. 24. Mai 1952; 4. Note der UdSSR v. 23. Aug. 1952. Vgl. ähnliche Vorwürfe der DDR-Regierung an die Bundesregierung in ihrer Erklärung vom 14. März 1952. Grotewohl, Reden, S. 89/90.

<sup>888</sup> Interview Stalins mit J. Reston am 18. Dez. 1952. In: KAG 1952, S. 3799. Vgl. dazu vorher:

a) Interview Stalins v. 2. April 1952. Dt. in: KAG 1952, S. 3416.

b) Die umstrittenen Äußerungen Stalins zu diesem Thema vom 5. April 1952. In: KAG 1952, S. 3422 u. 3439.

<sup>884</sup> Eine ausführliche Darstellung der nicht ganz geklärten Tatsachen mit genauen, umfangreichen Quellenangaben findet sich im Survey of International Affairs 1952. London 1955, S. 125.

<sup>885</sup> Die entsprechenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens finden sich in der Fassung des Communiqués der Potsdamer Konferenz v. 2. Aug. 1945, die jedoch in diesem Falle mit dem 1947 veröffentlichten, authentischen „Protocol of Proceedings“ identisch ist, in:

a) Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, 1945, S. 13-20.

b) englischer Text in: I. v. Münch (Hrsg.): Dokumente des geteilten Deutschland. Stuttgart 1968, S. 32-45.

- c) deutscher Text auch in: E. Deuerlein: Die Einheit Deutschlands. Bd I. Frankfurt/M. Berlin. 2. Aufl. 1961, S. 347-355.
- <sup>288</sup> 2. Note der UdSSR v. 9. April 1952.
- <sup>187</sup> In: Einheit 7. Jg. (1952) H. 12, S. 1385-1394.
- <sup>888</sup> KPD-Programm, Einheit S. 1391.
- <sup>889</sup> Note der UdSSR an die drei Westmächte v. 15. Aug. 1953. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Bd. 1, S. 329-339.
- <sup>830</sup> Viererkonferenz 1954, S. 63 . <sup>831</sup> KAG 1955, S. 5224.
- <sup>232</sup> Vgl. den halboffiziellen Kommentar v. W. Lehweß-Litzmann: „Das heißt: das einheitliche Deutschland wird entstehen ohne die heutigen Bonner Machthaber und ohne die inner- und außerdeutschen Kräfte, die hinter ihnen stehen.“ In: Die Weltbühne 7. Jg. (1952) H. 1, S. 682.
- <sup>833</sup> Vgl. die „sozialen Grundsätze“ des Programms der KPD, Einheit, S. 1396/97.
- <sup>234</sup> Vgl. a.a.O., S. 1395 und Molotov in: Viererkonferenz 1954, S. 133.
- 235** KPD-Programm, Einheit, S. 1395.
- 236** Vgl. die Punkte 5 u. 6 des KPD-Programms. Dort heißt es über „eine gerechte Verteilung des Bodens“: „Darum wird der Großgrundbesitz über 100 ha den landarmen Bauern, Bauernsöhnen, Umsiedlern und Landarbeitern übergeben.“ „Alle bäuerlichen Betriebe genießen zur Sicherung ihrer Existenz staatlichen Schutz und Förderung durch ausreichende langfristige, zinslose Darlehen für die Entwicklung ihrer Betriebe.“ In: Einheit, S. 1396.
- <sup>237</sup> KPD-Programm, Einheit, S. 1396.
- <sup>238</sup> A.a.O., S. 1391.
- <sup>238</sup> Vgl. dazu:
- a) Leitartikel (anonym) in: Einheit 7. Jg. (1952) H. 7 (Juli), S. 612: Nur indem „die Bevölkerung Westdeutschlands“ „durch Massenaktionen die Adenauer-Regierung stürzt“, „... können neue Kräfteverhältnisse in Westdeutschland geschaffen werden, können gesamtdeutsche Beratungen zwischen der DDR und wirklichen Repräsentanten des Willens der westdeutschen Bevölkerung zustande kommen. Das ist der Weg zur Durchführung gesamtdeutscher Wahlen, zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung...“
  - b) W. Ulbricht erklärte am 3. Mai 1952 in der Humboldt-Universität, nur eine Verständigung der SED, der KPD, der SPD und der Gewerkschaften könnte „die Kräfte der patriotischen Kreise des Bürgertums und der friedliebenden Bauern zur Entfaltung bringen“. „Eine mächtige patriotische Bewegung würde die Position der Bonner Regierung erschüttern.“ In: W.Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin (Ost) 1956. Bd. IV, S. 318.
- 246** Viererkonferenz 1954, S. 136.
- <sup>241</sup> 1. Note der UdSSR v. 10. März 1952.
- <sup>842</sup> Vgl. dazu Grotewohl, Reden, S. 85
- <sup>243</sup> Vgl. dazu ausführlicher Grotewohl, Reden, S. 84-86.
- <sup>244</sup> Grotewohl, Reden, S. 84.
- <sup>845</sup> Grotewohl, Reden, S. 85.
- <sup>848</sup> Ebenda.
- <sup>247</sup> Ausführungen der Delegation der Volkskammer vor der Presse am 20. Sept. 1952. In: Die Volkskammer-Delegierten vor der Presse. SBZ-Archiv 3. Jg. (1952), S. 275.
- 248** Viererkonferenz 1954, S. 99.
- <sup>849</sup> Vgl. die sowjetischen Vorschläge zu einem Friedensvertrag mit Japan aus dem Jahre 1951:
- a) Note der UdSSR an die USA zum japanischen Friedensvertrag v. 11. Juni 1951. In: KAG 1951, S. 2977-2979.



- b) Erklärung des stellvertretenden Außenministers der UdSSR, A. Gromyko, mit Änderungsvorschlägen zum Friedensvertragsentwurf mit Japan auf der Konferenz von San Francisco (4.-8. Sept. 1951). In: KAG 1951, S. 3101-3103.
- <sup>850</sup> Beschwerde des sowjetischen Zonenbefehlshabers in Österreich v. 31. Aug. 1952. In: KAG 1952, S. 3630.
- <sup>231</sup> Grotewohl, Reden, S. 80.
- <sup>282</sup> 1. Note der UdSSR v. 10. März 1952.
- <sup>153</sup> Grotewohl, Reden, S. 81.
- <sup>254</sup> Ebenda.
- 255** A. Vysinskij; in TR v. 1. Juni 1949.
- <sup>256</sup> 1. Note der UdSSR v. 10. März 1952.
- <sup>257</sup> Ebenda.
- <sup>258</sup> TR v. 21. Sept. 1952.
- <sup>259</sup> Aus dem Notizbuch des (SED-)Agitators März 1952. Nr. 5, S. 39/40. Zit. nach G. Wettig: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943-1955. München 1967, S. 512.
- <sup>260</sup> So der offiziöse tschechische Rundfunkkommentator V. Vesely. Zit. nach G. Wettig, Politik im Rampenlicht. Frankfurt/M. 1967, S. 159. Dort auch weitere ausführliche Zitate Veselys.
- <sup>281</sup> Aus dem Notizbuch des Agitators März 1952. Nr. 6, S. 2. Zit. nach G. Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung, S. 512.
- <sup>282</sup> Diese Formulierungen entstammen den Abschnitten über „Volksdemokratien“ des parteioffiziellen Lehrbuchs „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ (Autorenkollektiv, Moskau 1960. Dt.: Berlin [Ost] 1960, S. 620). Dieses Lehrbuch erschien zwar erst einige Jahre nach 1952, gibt aber wohl dennoch die damals geltende, stalinistische Theorie der Volksdemokratie im wesentlichen unverändert wieder, wenn auch differenzierter und stärker in ihrem ideologischen Zusammenhang. Vgl. besonders S. 556-566 und S. 619-623.
- <sup>283</sup> Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Berlin (Ost) 1960, S. 620.
- <sup>264</sup> Appell des ZK der SED an das deutsche Volk v. 20. April 1952. In: Ost-Probleme 4. Jg. (1952) Nr. 18 v. 3. Mai, S. 580.
- <sup>285</sup> W. Ulbricht am 28. Mai 1960 auf einer Bezirksdelegiertenkonferenz der SED in Leipzig. In: Neues Deutschland v. 10. Juni 1960.
- 266** Ygi E. A. Korowin: Die Grundprinzipien der Außenpolitik der UdSSR. Berlin (Ost) 1953, S. 39/40.
- <sup>287</sup> Vgl. besonders den Abschnitt III, A, 3 des Potsdamer Abkommens, v. Münch, S. 35/36, bei Deuerlein, S. 349.
- <sup>288</sup> 4. Note der UdSSR v. 23. Aug. 1952.
- <sup>189</sup> 1. Note der UdSSR v. 10. März 1952.
- <sup>270</sup> Ebenda.
- <sup>271</sup> Viererkonferenz 1954, S. 99.
- 272** Vgl. die Note der UdSSR an die USA zum japanischen Friedensvertrag vom 11. Juni 1951. In: KAG 1951, S. 2977-2979. Außerdem die Erklärung des stellvertretenden Außenministers der UdSSR, A. Gromyko, mit Änderungsvorschlägen zum Friedensvertragsentwurf mit Japan auf der Konferenz von San Francisco (4.-8. 9. 1951). In: KAG 1951, S. 3101-3103.
- <sup>273</sup> 2. Note der UdSSR v. 9. April 1952.
- <sup>274</sup> Vgl. KAG 1951, S. 3102 Punkt 9-11.
- <sup>275</sup> 1. Note der UdSSR v. 10. März 1952.
- <sup>278</sup> G. Wettig: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943-1955. München 1967, S. 503.

- <sup>177</sup> Ebenda. <sup>278</sup> A.a.O., S. 504.
- <sup>278</sup> 2. Note der UdSSR v. 9. April 1952. Dazu noch ausführlicher Grotewohl, Reden, S. 86/87.
- <sup>180</sup> 1. Note der UdSSR v. 10. März 1952.
- <sup>281</sup> 2. Note der UdSSR v. 9. April 1952.
- <sup>282</sup> 3. Note der UdSSR 24. Mai 1952.
- <sup>283</sup> Note der drei Westmächte an die UdSSR v. 25. März 1952. In: H. v. Sieglar (Hrsg.) Dokumentation zur Deutschlandfrage, S. 141. Der französische Ministerpräsident Schuman lehnte am 24. 3. 1952 nachdrücklich eine deutsche Nationalarmee „selbst nach der Unterzeichnung eines Friedensvertrages“ ab, „welche das Instrument einer geeinten Regierung wäre“. In: KAG 1952, S. 3345.
- <sup>284</sup> Die Darstellung der Reaktion in Frankreich stützt sich auf die Untersuchung von M. D. Shulman, S. 214/15.
- <sup>285</sup> Dieser Eindruck stützt sich auf eine aufmerksame Lektüre zahlreicher Erklärungen, Aufsätze, Artikel etc. der kommunistischen Publizistik, leider nicht auf eine systematische Inhaltsanalyse. So fällt auf, daß z. B. die Pravda und die Izvestija vom 11. März 1952 zwar die vollständige Fassung der Note vom 10. März bringen, die ausführlichen Leitartikel vom 12. März diesen Vorschlag jedoch nicht erörtern. Ebenso verschwieg die erste Nummer des Cominform Bulletins nach der sowjetischen Note vom 21. März diesen Vorschlag (vgl. M. D. Shulman, S. 192).
- <sup>288</sup> Vgl. dazu:
- a) die schon zitierten Äußerungen aus den Jahren 1950 und 1951.
- b) die Ausführungen der ersten drei sowjetischen Noten zu dieser Frage.
- <sup>287</sup> Erklärung der Regierung der DDR v. 14. März 1952. In: Grotewohl, Reden, S. 84. Vgl. dazu auch die Rede O. Grotewohls vom 18. April 1952 im „Monat der deutsch-polnischen Freundschaft“. Er erklärte damals, rein rechtlich gesehen, sollte die Grenzfrage erst in einem Friedensvertrag abschließend geregelt werden. Aber da dessen diesbezüglicher Inhalt ohnehin feststehe und da die Westmächte bisher den Abschluß eines Friedensvertrages verhindert hätten sei es das „selbstverständliche Recht“ des deutschen Volkes gewesen, „die Regelung der Grenzfragen zwischen beiden Völkern auf der Grundlage der gemeinsamen Potsdamer Beschlüsse der Siegermächte endgültig selbst in die Hand zu nehmen und zu regeln.“ In: TR v. 19. April 1952.
- <sup>288</sup> Grotewohl, Reden, S. 84.
- <sup>288</sup> 1. Note der UdSSR v. 10. März 1952.
- <sup>280</sup> 2. Note der UdSSR v. 9. April 1952.
- <sup>281</sup> 3. Note der UdSSR v. 24. Mai 1952.
- <sup>282</sup> W. Grewe, Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit. Stuttgart 1960, S. 57 (Erstveröffentlichung des bis Juli 1952 geheimen Artikels).
- <sup>283</sup> KAG 1952, S. 3485/86.
- <sup>184</sup> 4. Note der UdSSR v. 23. Aug. 1952.
- <sup>285</sup> 2. Note der UdSSR v. 9. April 1952.
- <sup>288</sup> 4. Note der UdSSR v. 23. Aug. 1952.
- <sup>287</sup> 3. Note der UdSSR v. 24. Mai 1952.
- <sup>288</sup> 1. Note der UdSSR v. 10. März 1952.
- <sup>288</sup> Außenminister Vysinskij am 26. März 1952. In: KAG 1952, S. 3405.
- <sup>300</sup> KPD-Programm, Punkt 10, Einheit, S. 1395.
- <sup>341</sup> Viererkonferenz 1954, S. 186-188. Vgl. den Vertragsentwurf in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Bd. 1, S. 475-478.
- <sup>302</sup> Vgl. die Note der UdSSR an die drei Westmächte vom 4. April 1954. In: KAG 1954, S. 4453.

<sup>303</sup> Grotewohl, Reden, S. 83.

<sup>304</sup> Ebenda.

**305** Vgl. dazu den Artikel von A. Ackermann: Rapallo oder Locarno? In: TR v. 16. April 1952. Ferner auch: W. Pieck: Der Rapallovertrag und seine nationale Bedeutung für das deutsche Volk. In: TR v. 17. April 1952.

**306** w/. Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin (Ost) 1956. Bd. IV, S. 332.

<sup>307</sup> Vgl. dazu die Rede Malenkovs auf dem XIX. Parteitag der KPdSU. In: Ost-Probleme 4. Jg. (1952) Nr. 43 v. 25. Okt., S. 1440-1459 und Nr. 44 v. 1. Nov., S. 1472-1478.

<sup>308</sup> Vgl. KAG 1951, S. 2978/79 und S. 3101/02.

<sup>309</sup> Vgl. H. Fiedler: Der sowjetische Neutralitätsbegriff. Köln 1959, S. 81-83. Dort gibt Fiedler (in deutscher Übersetzung) eine Reihe von Definitionen, die - soweit aus der Zeit bis 1952 (einschließlich) - beinahe nur den engeren Begriff der (Kriegs-)Neutralität definieren, nicht jedoch den weiteren der Neutralisierung und Neutralitätspolitik.

<sup>310</sup> Die folgende Zusammenfassung stützt sich auf:

- a) H. Fiedler: Der sowjetische Neutralitätsbegriff. Köln 1959, S. 80-118, dessen Gesamtdarstellung ich in diesem Abschnitt verbunden bin. (Literaturangaben S. 78).
- b) Modzorjan, L. A.: Postojanno nejtral'nye gosudarstva i mezdunarodnoe pravo. In: Sovetskoe Gosudarstvo i Pravo Nr. 7 (1955), S. 109-114. (Dt.: Modschorjan, L. A.: Die ständig neutralen Staaten und das Völkerrecht. In: RID 5. Jg. (1956), S. 151-159.)
- c) Durdenewskij, W.: Zur schweizerischen Neutralität. In: Neue Zeit v. 28. 5. 1955, Nr. 22, S. 28 ff.
- d) U. Scheuner: „Neutralisation“ und „Neutralität“. In: K. Strupp - H. J. Schlochauer: Wörterbuch des Völkerrechts. Berlin 1961, Bd. 2, S. 586-590 und 590-596.

<sup>311</sup> Modschorjan in RID, S. 154.

<sup>312</sup> Scheuner, Neutralisation. In: Strupp-Schlochauer, S. 587.

<sup>313</sup> Vgl. dazu die sowjetischen Vorschläge von 1954. (In: Viererkonferenz 1954, S. 186-188.) Dort wird auch - auf S. 189 - der Begriff der Neutralisierung gebraucht.

**314** Vgl. dazu Baginjan, K. A.: Postojannyj nejtralitet, pravo na samooboronu i sistema regionalizma v svete ustava OON. In: Sovetskoe Gosudarstvo i Pravo Nr. 6 (1956), S. 102-109. (Dt.: Baginjan, K. A.: Die ständige Neutralität, das Recht auf Selbstverteidigung und das System des Regionalismus im Zusammenhang mit der Charta der Vereinten Nationen. In: RID 5. Jg. (1956), S. 693 ff.) U. Scheuner vertritt die Ansicht, trotz Art. 2, 5; 39; 103 der UN-Charta sei aufgrund Art. 48, 1 ein Fernbleiben vom kollektiven Beistand möglich. (In: Strupp-Schlochauer, S. 593).

<sup>315</sup> U. Scheuner, Neutralität: in Strupp-Schlochauer (s. Anm. 310 d), S. 596.

<sup>316</sup> Modschorjan in RID, S. 154.

<sup>317</sup> Baginjan in RID, S. 693.

<sup>318</sup> Modschorjan: Der Neutralitätsgedanke heutzutage. In: Neue Zeit Jg. 14 Nr. 8 (1956), S. 13 ff.

<sup>319</sup> Modschorjan in RID, S. 154.

<sup>320</sup> Die folgende Darstellung stellt im wesentlichen eine Zusammenfassung der bei H. Fiedler, Der sowjetische Neutralitätsbegriff, S. 95-103 referierten sowjetischen Lehrmeinungen dar. Die hier gegebene Interpretation der sowjetischen Konzeption

- der permanenten Neutralität Gesamtdeutschlands weicht dagegen in einigen Punkten von Fiedler ab bzw. geht über ihn hinaus.
- <sup>321</sup> Vgl. dazu die stalinistische Definition des gerechten und des ungerechten Krieges. In: Bolsaja Sovjetskaja Enciklopedija. 2. Aufl. Bd. 8, Moskva 1951, S. 572 ff. (in dt. Übers., zitiert bei H. Fiedler: Der sowjetische Neutralitätsbegriff, Köln 1959, S. 70). H. Fiedler stellt sehr knapp und zutreffend die hier relevanten, sowjetischen Lehrmeinungen heraus (S. 68-75 und S. 95-110).
- <sup>322</sup> Modschorjan in: Neue Zeit Jg. 14 (1956) Nr. 8, S. 13.
- <sup>323</sup> A.a.O., S. 14.
- <sup>324</sup> Ebenda.
- <sup>325</sup> Bericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag. In: Ost-Probleme 8. Jg. (1956) Nr. 10, S. 330.
- <sup>326</sup> Viererkonferenz 1954, S. 137.
- <sup>327</sup> A.a.O., S. 188.
- <sup>328</sup> Zur Theorie des Revolutionskrieges vgl.:
- a) Die Literaturhinweise in Anm. 321.
  - b) V.I.Lenin: „Jeder Krieg ist Gewaltanwendung gegenüber Nationen, das“ hindert aber die Sozialisten nicht, für einen revolutionären Krieg zu sein. Der Klassencharakter des Krieges - das ist die grundlegende Frage, die vor dem Sozialisten auftaucht...“ W. I. Lenin: Werke. Hrsg. v. Institut für Marxismus..., Leninismus beim ZK der KPdSU. Deutsch nach der 4. russischen Ausgabe. Berlin (Ost) 1965 ff., Bd. 28, S. 285. Vgl. auch Bd. 27, S. 48.
  - c) Malenkov wandte sich in seiner Rede auf dem XIX. Parteitag der KPdSU mit einem Stalin-Zitat gegen die Unterstellung, die UdSSR wolle anderen Ländern den Sozialismus mit Gewalt aufzwingen. In: Ost-Probleme 4. Jg. (1952), Nr. 49 v. 25. Okt., S. 1445.
  - d) W. Grottian: Lenins Anleitung zum Handeln. Köln Opladen 1962, S. 42-62.
- <sup>329</sup> H. Fiedler: Der sowjetische Neutralitätsbegriff. Köln 1959, S. 45-68.
- <sup>330</sup> Th. Schweisfurth: Der internationale Vertrag in der modernen sowjetischen Völkerrechtstheorie. Köln 1968.
- <sup>331</sup> 1. Note der UdSSR v. 10. März 1952.
- <sup>332</sup> Ebenda.
- 333** j w/. Stalin: Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten. In: Fragen des Leninismus. Moskau 1947, S. 132.
- <sup>334</sup> Grundlagen der marxistischen Philosophie. Hrsg. v. Institut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Moskau 1958 (6. Aufl. Berlin-Ost 1965), S. 520.
- <sup>335</sup> Stalin: a.a.O., S. 132.
- 336** Vgl. dazu die Interpretation einer Äußerung des französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet gegenüber Bundeskanzler Adenauer durch den französischen Außenminister Pineau am 7. Juni 1956: „Als wir auf der Bedeutung der Wiedervereinigung Deutschlands als Symbol des europäischen Gleichgewichts bestanden, erklärte Chruschtschow, er ziehe es vor, zwanzig Millionen Deutsche auf seiner Seite zu haben als siebzig Millionen - selbst neutralisiert - gegen sich. Dies bedeutet nicht, daß er gegen ein neutralisiertes Deutschland ist, sondern daß er gegen ein neutralisiertes Deutschland ist, *das gegen ihn ist.*“ In: KAG 1956, S. 5809/10.
- <sup>337</sup> R. Herrnstadt: Der Separatvertrag und das deutsche Volk. In: Neue Zeit Jg. 10 (1952) Nr. 24, S. 9.
- 338** KPD-Programm, Einheit, S. 1392.
- <sup>339</sup> Anonym (Leitartikel): Der Kampf um den Frieden und die nationale Einheit Deutschlands ist die oberste Aufgabe. In: Einheit 7. Jg. (1952) H. 7, S. 614.

- <sup>349</sup> A.a.O., S. 615.
- <sup>341</sup> KPD-Programm, Einheit, S. 1393.
- <sup>342</sup> W. Ulbricht am 3. Mai 1952. In: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin (Ost) 1956. Bd. IV, S. 318.
- <sup>343</sup> U. a. seien genannt:
- a) Appell des ZK der SED an die SPD zur Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse v. 27. März 1952. In: KAG 1952, S. 3405.
  - b) Aufruf der KPD an die SPD zur Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse vom 4. Sept. 1952. In: KAG 1952, S. 3636.
  - c) Appelle der SED an die deutschen Arbeiter vom 1. und 22. Mai 1952 (u. a. m.). In: KAG 1952, S. 3452 bzw. 3481.
  - d) Rede W. Ulbrichts am 3. Mai 1952 in der Humboldt-Universität. In: W. Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin (Ost) 1956. Bd. IV, S. 318.
- <sup>344</sup> Vgl. zu dieser summarischen Darstellung der Politik der SPD die sehr detaillierte Studie von R. Hrbek: Die SPD, Deutschland und Europa. Die Haltung der Sozialdemokratie zum Verhältnis von Deutschlandpolitik und Westintegration (1945-1957). Masch. Diss. Tübingen 1968. (Druck in Vorb.)
- <sup>345</sup> Vgl. R. Hrbek: Die SPD, Deutschland und Europa, S. 148/49, 151-153.
- <sup>346</sup> Ebenda.
- <sup>347</sup> A.a.O., S. 145.
- <sup>348</sup> KPD-Programm, Einheit, S. 1391.
- <sup>349</sup> D. Melnikow: Der Einheits- und Friedenskampf in Westdeutschland. In: Neue Zeit 10. Jg. (1952) Nr. 33, S. 4.
- <sup>350</sup> Beschluß des Vorstandes der SED v. 4. Okt. 1949 über „Die nationale Front des demokratischen Deutschland und die sozialistische Einheitspartei Deutschlands.“ In: Dokumente der SED. Bd. 2, 2. Aufl. Berlin (Ost) 1950, S. 380.
- <sup>351</sup> A.a.O., S. 379.
- <sup>352</sup> Aufruf der Nationalen Front v. 22. Mai 1959 zum Volkswiderstand und zur Aktionseinheit. In: KAG 1952, S. 3481.
- 553** Organisationen, mit denen die Kommunisten in der BRD zusammenarbeiten wollten, waren z. B. die „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“, „Deutsche Sammlung - Bewegung für Einheit, Frieden, Freiheit“, der sog. Nauheimer Kreis des Prof. U. Noack, die „Agitationsgruppe gegen Remilitarisierung“ (Darmstadt) u. a. m.
- <sup>354</sup> Beschluß des Vorstandes der SED v. 4. Okt. 1949. In: Dokumente der SED. Bd. 2, 2. Aufl. Berlin (Ost) 1950, S. 370. Vgl. auch den Appell der NDPD der DDR an die „Frontgeneration in Deutschland“ zur Teilnahme am „nationalen Kampf“ v. 17. Juni 1952. In: KAG 1952, S. 3522.
- 355** Ygi A. Jerusalemiski: Bonner Komplott und Lehren der deutschen Geschichte. In: Neue Zeit (1952) Nr. 23, S. 6-10 passim. Außerdem auch: dm: Preußens Gloria im Dienste Stalins. In: Der Monat 4. Jg. (1952) H. 46 (Juli), S. 428/29.
- <sup>356</sup> Jerusalemiski, a.a.O., S. 9.
- <sup>357</sup> KPD-Programm, Einheit, S. 1386.
- <sup>358</sup> A.a.O., S. 1385.
- <sup>359</sup> A.a.O., S. 1386.
- <sup>360</sup> A.a.O., S. 1390.
- <sup>361</sup> A.a.O., S. 1391.
- <sup>362</sup> A.a.O., S. 1390.
- <sup>363</sup> Erklärung des Ministerrats der DDR v. 17. April 1952. In: KAG 1952, S. 3435/36.
- 364** Ygj , g jj; , folgenden Sätze der Erklärung der gesamtdeutschen Delegation

(s. Anm. 88 h), die auch von einer der westdeutschen Regierungsparteien hätten stammen können:

„Die Teilung Deutschlands ist ohne und gegen den Willen des deutschen Volkes geschehen. Sie kann vom Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes und aufgrund gültigen Völkerrechts nicht anerkannt werden. Sie widerspricht den elementarsten Lebensrechten, auf die jedes Volk Anspruch hat, das sich zu einem demokratischen Leben in der Gemeinschaft der Völker bekennt.“ In: Ost-Probleme 4. Jg. (1952), S. 1616.

<sup>365</sup> 4. Note der UdSSR v. 23. Aug. 1952.

<sup>366</sup> KAG 1952, S. 3495.

<sup>367</sup> KAG 1952, 3495/96, S. 3515, S. 3535.

<sup>368</sup> Vgl. dazu

a) G. Wettig: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943 bis 1955. München 1967.

b) Derselbe: Politik im Rampenlicht. Frankfurt/M. 1967. Bes. S. 173-183.

<sup>369</sup> Appell des ZK der SED an das deutsche Volk vom 20. April 1952. In: Ost-Probleme 4. Jg. (1952), S. 580.

<sup>370</sup> So stellte Grotewohl in seiner Regierungserklärung vom 14. März 1952 die Behauptung auf, der Vorschlag der UdSSR, Deutschland solle eigene nationale Streitkräfte besitzen, sei nichts „grundsätzlich Neues“ und führte zum Beweis ein Zitat Stalins aus dem Jahre 1942 (!) an. Grotewohl, Reden, S. 87.

<sup>371</sup> Ein gutes Beispiel für ein solches Vorgehen stellte der Appell des ZK der SED an das deutsche Volk vom 20. April 1952 dar. In: Ost-Probleme 4. Jg. (1952), S. 580.

<sup>372</sup> Vgl. dazu die Einleitung R. Loewenthals zu A. Baring: Der 17. Juni. 3. Aufl. Köln Berlin 1966.

<sup>373</sup> Note der UdSSR an die drei Westmächte vom 15. Aug. 1953. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Bd. 1, S. 329, 339.

## BIBLIOGRAPHIE

### */. Dokumente und Materialien*

1. Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten. (3 Teile) (Hrsg. v. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen) 4. erw. Aufl. Bonn 1958.
2. Die Beziehungen UdSSR-SBZ 1949-1958. Dokumente, Berichte, Materialien. In: Internationales Recht und Diplomatie. Hrsg. v. R. Laun. Hamburg 4. Jg. (1959) H. 1, S. 35-194.
3. Documents on International Affairs 1952. Ed. by D. Folliot. Oxford 1955.
4. Documents on Germany 1944-1961. Ed. by the U.S. Senate Committee on Foreign Relations. Washington 1961.
5. Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Aufkündigung des Viermächtestatus Berlins durch die UdSSR im November 1958. Band 1. Zusammengestellt v. H. v. Siegler. 2. erg. u. erw. Aufl. Bonn Wien Zürich 1961.
6. Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Bd. I 1943-1959. Hrsg. v. H. v. Siegler. Bonn Wien Zürich 1960.
7. Dokumente der SED. Berlin (Ost) 1951 ff.
8. Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR. Bd. I, 1949 - März 1954. Berlin (West) 1954.
9. Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Hrsg. v. Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin-Ost 1957.
10. H. Neef (Hrsg.): Programmatische Dokumente der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Berlin (Ost) 1967.
11. Protokoll der II. Parteikonferenz der SED (9.-12. Juli 1952). Berlin (Ost) 1952.
12. Die Viererkonferenz in Berlin 1954. Reden und Dokumente. Hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Berlin o. J. (1954) (zit. als *Viererkonferenz 1954*).
13. Survey of International Affairs 1952. Ed. by P. Calvocoressi. London New York Toronto 1955.
14. L' Année Politique 1952. Paris 1953.
15. Keesing's Archiv der Gegenwart Jgg. 1945-1956. Zusammengestellt von H. v. Siegler. Bonn Wien Zürich (zit. als *KAG*).  
Der Text der sowjetischen Noten vom 10. März, 9. April, 24. Mai und 23. August 1952 findet sich in russischer Sprache in der Ausgabe der Pravda des jeweils darauffolgenden Tages sowie in: Zbior Dokumentov 1952 (Warschau). Sie werden hier in der amtlichen deutschen Übersetzung des Organs der SKKD, der Täglichen Rundschau, zitiert. Diese Übersetzung ist abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Bd. 1 (1949 bis März 1954) Berlin (Ost) 1957. Im einzelnen:

1. Note: S. 289-293 (Pravda v. 11. 3., TR v. 12. 3.1952).
2. Note: S. 293-297 (Pravda v. 10. 4., TR v. 13. 4. 1952).
3. Note: S. 297-304 (Pravda v. 25. 5., TR v. 27. 5. 1952).
4. Note: S. 304-314 (Pravda v. 24. 8., TR v. 26. 8. 1952).

Die wichtigsten Einzeldokumente für diese Untersuchung finden sich mit abgekürztem Zitiertitel zusammengefaßt in den Anmerkungen Nr. 44 und 88.

// *Forschungsliteratur*

1. Abendroth, Wolfgang: Die Diskussion über gesamtdeutsche Wahlen. Übereinstimmung und Gegensatz in den Gesetzentwürfen von Bonn und Pankow. In: Europa-Archiv 7. Jg. (1952), S. 4781-4786.
2. Achminow, Herman: Die sowjetische Deutschlandpolitik in den Jahren 1952/53. Einwände und Ergänzungen. In: Osteuropa 14. Jg. (1964) H. 4, S. 251-257.
3. Ahlberg, René: Weltrevolution durch Koexistenz. (Zur Politik und Zeitgeschichte Heft 10) Berlin 1962.
4. Ajrapetjan, Michail i Deborin, Grigorij A.: Etapy vneinej politiki SSSR. Moskva 1961.
5. Anderson, Albin T.: The Soviets and Northern Europe. In: World Politics. New Haven/Conn. 5. Jg. (1952) Vol. 4 (Okt. 1951 - Juli 1952) H. 4 (Juli 1952), S. 468-487.
6. Altmann, Rüdiger: Das Erbe Adenauers. München 1963.
7. Anonym: Bor'ba nemeckogo naroda za sozdanie edinoj, demokraticeskoj, miroljubiroj Germanii, in: Bol'sevik 29. Jg. (1952) Nr. 18, S. 72.
8. Anonym (Obozrevatel'): Sovetskie predlozenija po voprosu o Germanii - vaznyj vklad v delo sochranenija mira, in: Bol'sevik 1952 Nr. 6, S. 63.
9. Anonym (Obozrevatel'): Bonnskij separatnyj dogovor - ugroza bezopasnosti narodov. In: Bol'sevik 29. Jg. (1952) Nr. 12, S. 49.
10. Anonym: Über sowjetische Skandinavienpolitik. (Kein Originaltitel.) In: Neue Zeit Moskau Febr. 1952. Dt.: Ost-Probleme 4. Jg. (1952), S. 263.
11. Anonym (Leitartikel): Der Kampf um den Frieden und die nationale Einheit Deutschlands ist die oberste Aufgabe. In: Einheit 7. Jg. (1952) H. 7, S. 609-620.
12. Anonymus: Männer und Kräfte des Politbüros. In: PZ- (später SBZ-) Archiv Nr. 5 (1951).
13. Aron, Raymond: Französische Gedanken über die deutsche Einheit. In: Außenpolitik 3. Jg. (1952), S. 576-582.
14. Ders.: Le Dialogue des quatre sur l'Allemagne. In: Politique Etrangère. Paris 17. Jg. (1952) H. 3, S. 135-143.
15. Ders.: Rede vor deutschen Studenten. In: Der Monat. München 5. Jg. (1952) H. 49, S. 3-11.
16. Aspaturian, Vernon V.: Soviet Foreign Policy. In: Macridis, Roy C. (Ed.): Foreign Policy in World Politics. 2nd Ed., Engelwood Cliffs, N.Y. 1962, S. 133-200.
17. Augstein, Rudolf: Konrad Adenauer und seine Epoche. In: Der Spiegel 17. Jg. (1963) Nr. 41.
18. Baade, Fritz: Entscheidung zwischen drei Deutschlandkonzeptionen. In: Außenpolitik 3. Jg. (1952) H. 9, S. 558-568.
19. Barnet, Richard J.: Initiative and Response in Soviet Foreign Policy. In: World Politics Vol. XVI (Oct. 1963), S. 173-187.
20. Barzel, Rainer: Gesichtspunkte eines Deutschen. Düsseldorf Wien 1968.
21. Bell, Coral: Negotiation from Strength. London 1962.



22. Bindschedler, R. D.: Völkerrecht und Neutralität in sowjetischer Sicht. In: österr. Zeitschrift für Außenpolitik 5. Jg. (1965) H. 3, S. 145 ff.
23. Bohn, Helmut: Die patriotische Karte in der sowjetischen Deutschlandpolitik. In: Ost-Probleme 7. Jg. (1955), S. 1446-1457, 1531-1541, 1606-1614.
24. v. Borch, Herbert: Glossen (zur sowjetischen Deutschlandinitiative und zur Reaktion des Westens). In: Außenpolitik 3. Jg. (1952), April, Juli, Oktober.
25. Bracher, Karl-Dietrich: Weichenstellungen deutscher Politik in den Anfängen der Bundesrepublik (1949-1955). In: Die moderne Demokratie und ihr Recht. Festschrift für G. Leibholz. 2 Bde. Tübingen 1966. Bd. 1, S. 15-34.
26. Brandt, Heinz: Die sowjetische Deutschlandpolitik im Frühsommer 1953 aus der Sicht fortschrittlicher Kräfte in der SED. In: Osteuropa 15. Jg. (1965) H. 6, S. 370-377.
27. Ders.: Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West. München 1967.
28. Brzezinski, Zbigniew K.: Ideology and Power in Soviet Politics. 3rd Ed. New York, Washington 1965.
29. Buchheim, Hans: Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. In: FAZ v. 15. April 1969, S. 87/88.
30. Bürger, G. A.: Die Legende von 1952. Zur sowjetischen März-Note und ihrer Rolle in der Nachkriegspolitik. Leer 1959.
31. Carantino, Bernard und Schiray, Alexis: Le XIX<sup>e</sup> Congrès du Parti Communiste de l'Union soviétique. In: Politique Etrangère 17. Jg. (1952) Nr. 5, S. 379-408.
32. Chruscev, Nikita S.: Rede bei der Begegnung der Führer von Partei und Regierung mit Literaturschaffenden. In: Pravda v. 10. März 1963. Dt.: Ost-Probleme 15. Jg. (1963), S. 290-301.
33. Contius, Wolf Günther: Wladimir Semjonow. In: Osteuropa 4. Jg. 1954, S. 276. Gregorij M. Puschkin. In: a.a.O., S. 367.
34. Cornides, Wilhelm: Die Weltmächte und Deutschland. Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945-1955. Mit einem Nachwort von P. Rassow. 2. Aufl. Tübingen 1957.
35. Ders.: Die Neutralitätslehre des Nauheimer Kreises und der geistige Hintergrund des West-Ost-Gespräches in Deutschland. In: Europa-Archiv 5. Jg. (1950) H. 11, S. 3069-3082; H. 12, S. 3103-3112; 6. Jg. (1951) H. 3, S. 3879-3892.
36. Dallin, Alexander: Soviet Conduct in World Affairs. New York 1960.
37. Dallin, A.: Soviet Foreign Policy after Stalin. New York 1960. Dt.: Die sowjetische Außenpolitik seit Stalins Tod. Köln und Berlin 1961.
38. Dethleffsen, Erich: The Chimera of German Neutrality. In: Foreign Affairs. New York 31. Jg. (1952) Vol. 30 (Okt. 1951 - Juli 1952) Nr. 3 (April 1952), S. 361-375.
39. Diplomaticus (Pseudonym): Stalinist Theory and Soviet Foreign Policy. In: Review of Politics. Notre Dame/Ind. 14. Jg. (1952) Vol. 14 (Okt. 1952), S. 468 bis 483.
40. Dirks, Walter: Das Angebot der Russen und die Deutschen. In: Frankfurter Hefte 7. Jg. (1952) H. 4 (April), S. 233-236.
41. Erdmenger, Klaus: Das folgenschwere Mißverständnis. Bonn und die sowjetische Deutschlandpolitik 1949-1955. Freiburg i. Br. 1967.
42. Erfurt, Werner: Die sowjetrussische Deutschlandpolitik. Eine Studie zur Zeitgeschichte. 6. Aufl. Esslingen 1959.
43. Eschenburg, Theodor: Die deutsche Frage. Die Verfassungsprobleme der Wiedervereinigung. München 1959.
44. Feld, Werner: Reunification and West-German - Soviet relations. The role of

- the reunification issue in the foreign policy of the Federal Republic of Germany 1949-1957. With Special Attention to Policy toward the Soviet Union. The Hague 1963.
45. Fiedler, Heinz: Der sowjetische Neutralitätsbegriff in Theorie und Praxis. Ein Beitrag zum Problem des Disengagement. Köln 1959.
  46. Ganjuskin, B. V.: Sovremennyj nejralityet. Moskva 1958.
  47. Geyer, Dietrich: Teilung und Wiedervereinigung in sowjetischer Sicht. In: Teilung und Wiedervereinigung. Eine weltgeschichtliche Übersicht. Hrsg. v. G. Franz. Berlin Frankfurt Zürich 1963, S. 233-242.
  48. Ginsburgs, George: The Soviet Union, Neutrality and Collective Security 1945-1959. In: Osteuropa - Recht 5. Jg. (1959) H. 2, S. 77 ff.
  49. Ders.: Neutrality and Neutralism and the Tactics of Soviet Diplomacy. In: The American Slavic and East European Review. New York 19. Jg. (1960) Vol. 19 Nr. 4 (Dez.), S. 531 ff.
  50. Goldwin, R. A.; Stourzh, G.; Zetterbaum, M. (Eds.): Readings in Russian Foreign Policy. New York 1959.
  51. Grewe, Wilhelm G.: Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit. Stuttgart 1960.
  52. Ders.: Die Diplomatie des Ost-West-Konflikts 1945-1963. In: W. Marken (Hrsg.): Deutsch-russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart. Stuttgart 1964, S. 167-192.
  53. Grotewohl, Otto: Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze. 3 Bde. (Hrsg. vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut der SED) Berlin (Ost) 1954 ff. (zit. als *Grotewohl, Reden*).
  54. Grottian, Walter: Lenins Anleitung zum Handeln. Theorie und Praxis sowjetischer Außenpolitik. Köln Opladen 1962.
  55. Gruliow, Leo (Ed.): Current Soviet Policies. The documentary record of the Nineteenth Party Congress and the reorganization after Stalin's death. Vols. I and II. New York 1953, 1957.
  56. Gurian, Waldemar: Soviet Imperialism - its Origins and Tactics. Notre Dame, Ind. 1953.
  57. Haines, C. Grove: The Threat of Soviet Imperialism. Baltimore 1954.
  58. Halle, Louis J.: The Cold War as History. London 1967 (Dt.: Der Kalte Krieg, Frankfurt/M. 1969).
  59. Hanrieder, Wolfram F.: West German Foreign Policy 1949-1963. International Pressure and Domestic Response. Stanford 1967.
  60. Hartmann, Frederick H.: Germany between East and West. The Reunification Problem. Englewood Cliffs, N. J. 1965.
  61. Hayter, William: The Diplomacy of the Great Powers. New York 1961.
  62. Herrstadt, Rudolf: Separatvertrag und das deutsche Volk. In: Neue Zeit 10. Jg. (1952) Nr. 24 v. 4. Juni, S. 7-11.
  63. Hinterhoff, Eugene: Disengagement. London 1959.
  64. Historicus (Pseudonym für George A. Morgan, s. dort).
  65. Höpker, Wolfgang: Europäisches Niemandsland. Moskaus Zwischeneuropa vom Nordkap bis Kreta. Düsseldorf Köln 1956.
  66. Hrbek, Rudolf: Die SPD, Deutschland und Europa. Die Haltung der Sozialdemokratie zum Verhältnis von Deutschland-Politik und Westintegration (1945 bis 1957). Masch. Diss. Tübingen 1968. (Druck in Vorb.)
  67. Ikle, Fred Charles: How Nations Negotiate. New York 1964. (Dt.: Strategie und Taktik des diplomatischen Verhandlens. Gütersloh 1965.)
  68. Jänicke, Martin: Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953. Köln 1964.

69. Jerusalemski, A.: Bonner Komplott und Lehren der deutschen Geschichte. In: Die Neue Zeit 10. Jg. (1952) Nr. 23 v. 28. Mai, S. 6-10.
70. Kabin, M.: Vozrozdienie germanskogo militarizma - ugroza mira. In: Bol'sevik 29. Jg. (1952) Nr. 8, S. 37.
71. Kertesz, Stephen D.: American and Soviet Negotiating Behaviour. In: M. A. Fitzisimons, St. D. Kertesz (Eds.): Diplomacy in a Changing World. Notre Dame, Ind. 1959, S. 133-170.
72. Kopp, Fritz: Kurs auf ganz Deutschland? Die Deutschlandpolitik der SED. Stuttgart 1965.
73. Korovin, E. A.: Osnovnye Principy Vnesnej Politiki SSSR. Moskva 1951. (Dt.: Die Grundprinzipien der Außenpolitik der UdSSR. Berlin [Ost] 1953.)
74. Ders.: Das Problem der Neutralität in der Gegenwart. Moskau 1958. (russ.)
75. Külz, Helmut R.: Lehren aus gescheiterten Konferenzen. In: Th. Sommer (Hrsg.): Denken an Deutschland. Hamburg 1966, S. 62-76.
76. Laeuen, Harald: Berijas Deutschlandpolitik. In: Osteuropa 14. Jg. (1964) H. 4, S. 257-259.
77. Leinweber, Hans: Österreichs immerwährende Neutralität und seine Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen. (Wissenschaftliche Arbeit für die Wiss. Prüfung für das Lehramt an Höheren Schulen.) Masch.schr. Manuskript. Tübingen 1967.
78. Leonhard, Wolfgang: Kreml ohne Stalin. Köln 1959.
79. Lippmann, Walter: Amerikanische Gedanken zur deutschen Einheit. Die Außenpolitik der USA in einer neuen Weltlage. In: Außenpolitik 3. Jg. (1952), S. 775-783.
80. Loewenthal, Richard: Stalins Vermächtnis. In: Der Monat 5. Jg. (1953) H. 55 (April), S. 16-26.
81. Ders.: Vorwort zu A. Baring: Der 17. Juni 1953. Köln Berlin. 3. Aufl. 1966.
82. Mackintosh, J. M.: Strategy and Tactics of Soviet Foreign Policy. London 1962. Dt.: Strategie und Taktik der sowjetischen Außenpolitik. Stuttgart 1963.
83. Majonica, Ernst: Der Mythos einer Note. Ein Beitrag zur sowjetischen Deutschlandpolitik. In: Politische Studien 10. Jg. (1959), S. 235-238.
84. Ders.: Deutsche Außenpolitik. Probleme und Entscheidungen. 2. erw. Aufl. Stuttgart 1966.
85. Mehnert, Klaus:
  - a) Der Kreml und die deutsche Frage. In: Osteuropa 2. Jg. (1952), S. 120-123.
  - b) Notenwechsel um Deutschland. Die Moskauer Wirtschaftskonferenz. In: a.a.O., S. 201-211.
  - c) Über Stalins „Wirtschaftsprobleme des Sozialismus in der UdSSR“ In: a.a.O., S. 401-415.
  - d) Der Notenwechsel um Deutschland. In: Osteuropa 3. Jg. (1953), S. 31-36.
  - e) Deutschlandpolitik der Sowjets. a.a.O., S. 349-355, 434-441.
  - f) Die Sowjets in Asien - Korea. a.a.O., S. 42-45.
86. Meissner, Boris: Die Deutschlandnote des Kreml. Wendepunkt in der sowjetischen Außenpolitik. In: Zeitschrift für Geopolitik 23 (1952), S. 196-201.
87. Ders.: Das Generationsproblem im Kreml. In: Der Monat 5. Jg. (1953) H. 59 (Juli), S. 322 ff.
88. Ders.: Rußland, die Westmächte und Deutschland. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943-1953. (Abhandlungen der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg Bd. 5) Hamburg 1954.
89. Melnikow, D.: Der Einheits- und Friedenskampf in Westdeutschland. In: Neue Zeit 10. Jg. (1952) Nr. 33, S. 3-7.

90. Ders.: Das Problem der Neutralität und die gegenwärtige internationale Lage. In: Internationales Leben (1956) Nr. 2, S. 72-80 (russ.).
91. Modzorjan, L. A.: Postojanno nejtral'nye gosudarstva i mezdunarodnoe pravo. In: Sovetskoe Gosudarstvo i Pravo Nr. 7 (1955), S. 109-114. (Dt.: Modschorjan, L. A.: Die ständig neutralen Staaten und das Völkerrecht. In: RID 5. Jg. (1956), S. 151-159.)
92. Ders.: Völkerrechtliche Formen der friedlichen Koexistenz von Staaten und Nationen. Moskau 1957. (russ.)
93. Morgan, George A. (Pseudonym für „Historicus“): Stalin in Revolution. In: Foreign Affairs. New York 28. Jg. (1949) Vol. 27 (Okt. 1948 - Juli 1949) Nr. 2 (Jan. 1949), S. 175-214.
94. Mosely, Philip E.: The Nineteenth Party Congress. In: Foreign Affairs. New York 31. Jg. (1953) Vol. 31 (Okt. 1952 - Juli 1953) Nr. 2 (Jan. 1953), S. 238-256.
95. Noack, Paul: Deutschland von 1945 bis 1960. München 1960.
96. Osten, Walter: Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion in den Jahren 1952/53. In: Osteuropa 14. Jg. (1964) H. 1, S. 1-13.
97. Pfeleiderer, Georg: Politik für Deutschland. Reden und Aufsätze. 1948-1956. Stuttgart 1961.
98. Pieck, Wilhelm: Gegen den Bonner Kriegsvertrag - für einen Friedensvertrag und die bewaffnete Verteidigung des Friedens. In: Einheit 7. Jg. (1952) H. 8, S. 758-772.
99. Pross, Harry: Deutsch-nationale Aspekte in der jüngsten SED-Publizistik. In: Ost-Probleme 4. Jg. (1952) Nr. 44 v. 1. Nov., S. 1282-1289.
100. Rovon, Joseph: L'opinion allemande et la rémilitarisation. In: Politique étrangère. Paris 16. Jg. (1951) Nr. 1 (Feb.), S. 59ff.
101. Sedin, L.: Wer die Einheit Deutschlands fürchtet und warum. In: Neue Zeit 10. Jg. (1952) Nr. 8 v. 20. Feb., S. 11-13.
102. Sethe, Paul: Zwischen Bonn und Moskau. Frankfurt/M. 1956.
103. Shulman, Marshall D.: Stalin's Foreign Policy Reappraised. Cambridge/Mass. 1963 (zit. als *Shulman*).
104. Spencer, Arthur: Soviet Pressure on Scandinavia. In: Foreign Affairs. New York 30. Jg. (1952) Vol. 30 (Okt. 1951 - Juli 1953) Nr. 4 (Juli 1952), S. 651-659.
105. Spittmann, Ilse: Wollte Moskau die DDR wirklich aufgeben? In: Süddeutsche Zeitung vom 16. und 17. März 1963.
106. Scheuner, Ulrich: „Neutralisation“ und „Neutralität“. In: K. Strupp - H. J. Schlochauer: Wörterbuch des Völkerrechts 2. Bd. Berlin 1961, S. 586-590 bzw. S. 590-596.
107. Ders.: Voraussetzungen und Verfahren der Wiedervereinigung Deutschlands. In: Europa-Archiv 16 (1955), S. 8071-8080.
108. Schiray, Alexis: La Conférence économique internationale de Moscou. In: Politique Etrangère 17. Jg. (1952) Nr. 2, S. 49-70.
109. Schmitt, Walther E.: Krieg in Deutschland. Strategie und Taktik der sowjetrussischen Deutschlandpolitik seit 1945. Düsseldorf 1961.
110. Schütz, Wilhelm W.: Deutschland am Rande zweier Welten. Voraussetzungen und Aufgaben unserer Außenpolitik. Stuttgart 1952.
111. Ders.: Neutralität oder Unabhängigkeit? In: Politische Bildung 3. Jg. (1952) H. 31, S. 53-74.
112. Stalin, J. W.: Fragen des Leninismus. (Dt. Ausgabe) Moskau 1947.
113. Ders.: Werke. Berlin (Ost) 1953 ff.
114. Ders.: ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. (Dt. Ausgabe) Berlin (Ost) 1952.

115. Stern, Carola: Porträt einer bolschewistischen Partei. Entwicklung, Funktion und Situation der SED. 2. Aufl. Köln 1957.
116. Dies.: Ulbricht. Eine politische Biographie. Köln Berlin 1964.
117. Studiengesellschaft für Zeitprobleme. (Staatspolitische Schriftenreihe): Die sowjetische Deutschlandpolitik seit 1917. 3. Teil: 1949-1953. Duisdorf b. Bonn 1962.
118. Tauer, Bernard: Stalin's Last Thesis. In: Foreign Affairs. New York 31. Jg. (1953) Vol. 31 (Okt. 1952 - Juli 1953) Nr. 3 (April 1953), S. 367-381.
119. Törnudd, Klaus: Soviet Attitudes Towards Non-Military Regional Co-operation. (Societas Scientiarum Fennica. Commentationes Humanorum Litterarum. Bd. 23) 2. rev. ed. Helsingfors 1963.
120. Cepakov, V.: Neravnornost' razvitija kapitalisticeskich stran i obostrenie protivorecij mezdu nimi, in: Bol'sevik. Teoreticeskij i politiceskij zurnal CK VKP 29. Jg. (1952) Nr. 9, S.38.
121. Triska, Jan F.: A Model for Study of Soviet Foreign Policy. In: The American Political Science Review. W. Menasha/Wisc. 53. Jg. (1958) Vol. 52 (März 1958 - März 1959) Nr. 1 (März 1958), S. 64-83.
122. Tudyka, Kurt P. (Hrsg.): Das geteilte Deutschland. Eine Dokumentation der Meinungen. Mit einem Vorwort v. W. Besson. Stuttgart Berlin Köln Mainz 1965.
123. Ulam, Adam B.: Expansion and Coexistence: Counterpoint in Soviet Foreign Policy. In: Problems of Communism. Washington 8. Jg. (1959) Vol. 8 (Sept./Okt.), S. 1-6.
124. Ders.: Expansion and Coexistence. The History of Soviet Foreign Policy 1917 to 1967. New York Washington D. C. 1968.
125. Ulbricht, Walter: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bde. III - V. (Hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED) Berlin (Ost) 1956 ff.
126. Ders.: Zur Geschichte der neuesten Zeit. 1/1. Berlin (Ost) 1955.
127. Verner, Paul: Zu gemeinsamen Aktionen gegen die Bonner Katastrophenpolitik. In: Einheit 7. Jg. (1952) H. 8, S. 791-795.
128. Vogelsang, Thilo: Das geteilte Deutschland. 2. Aufl. München 1966.
129. Warburg, James P.: Germany, Key to Peace. Cambridge/Mass. 1953.
130. Weber, Alfred: Nicht Neutralität, aber militärische Ausklammerung. In: Außenpolitik 5. Jg. (1954) H. 10, S. 627-631.
131. Weber, Jürgen: Das sowjetische Wiedervereinigungsangebot vom 10. März 1952. Versäumte Chance oder trügerische Hoffnung? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“. Beilage 50/69 v. 13. Dez. 1969. (Nach Fertigstellung des Druckmanuskriptes erschienen.)
132. Weghorn, Erich: Die Probleme des Ost-West-Handels auf der Internationalen Wirtschaftskonferenz in Moskau. In: Europa-Archiv 7. Jg. (1952) H. 10, S. 4931 bis 4936.
133. Wetter, Gustav A.: Die sowjetische Konzeption der friedlichen Koexistenz. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ v. 15. Juli 1959.
134. Wettig, Gerhard: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943-1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa. (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik Bd. 25.) München 1967.
135. Ders.: Politik im Rampenlicht. Aktionsweisen moderner Außenpolitik. (Fischer Bücherei Nr. 845) Frankfurt/M. 1967.
136. Winzer, Otto: Gegen Militarismus — für nationale Streitkräfte des demokratischen Deutschland. In: Einheit 7. Jg. (1952) H. 5, S. 429-444.

137. Wirth, Josef: Die Reise hinter den Eisernen Vorhang. (Eigenverlag) Freiburg i. Br. 1952.
138. Wolfe, James H.: Indivisible Germany. Illusion or Reality? The Hague 1963.
139. Zinner, Paul E.: The Ideological Bases of Soviet Foreign Policy. In: World Politics. New Haven/Conn. 5. Jg. (1952) Vol.4 (Okt. 1951 - Juli 1952) H. 4 (Juli 1952), S. 488-511.
140. Zwei Jahrzehnte deutsch-sowjetische Beziehungen 1945-1965. Beiträge von einem Kollektiv beim Institut für Geschichte der Völker der UdSSR an der Martin-Luther-Universität Halle. Mit einem Vorwort v. J. Dieckmann. Berlin (Ost) 1965.

### *///. Zeitungen und Zeitschriften*

BoPsevik  
Izvestija  
Neues Deutschland (ND)  
Neue Welt  
Neue Zeit  
Pravda  
Rechtswissenschaftlicher Informationsdienst (RID)  
Sovjetskoe Gosudarstvo i Pravo  
Tägliche Rundschau (TR)  
Current Digest of the Soviet Press  
Ost-Probleme  
Presse der Sowjetunion  
Neue Zürcher Zeitung

## NAMENREGISTER

- Adenauer, K. 5,45,49  
Baginjan, K. A. 113  
Berija, P. 55-58, 152  
Cuikov, V. J. 57  
Dekanosov, G. 57  
Dertinger, G. 80  
Dulles, J. F. 45  
Eisenhower, D. D. 45  
Elfes, W. 78  
Erdmenger, K. 6  
Fiedler, H. 116  
Grotewohl, O. 37, 39, 55, 58, 69  
Hammarskjöld, D. 55  
Heinemann, G. 78  
Herrnstadt, R. 56  
Heuss, Th. 38  
Hitler, A. 65  
Jänicke, M. 56  
Kekkonen, U. 31  
Lenin, V. I. 26  
Malenkov, G. M. 21, 50, 54-58  
Matern, H. 99  
Meissner, B. 58  
Mikojan, A. 57  
Modschorjan, L. A. 113  
Molotov, V. 57, 93, 96  
Niemöller, M. 78  
Pervuchin, G. 57  
Pieck, W. 38  
Pinay, A. 45  
Schumann, R. 45  
Semenov, V. 55-57  
Semisastnov, J. F. 57  
Sethe, P. 4  
Shulman, M. D. 25  
Stalin, J. V. 7, 15, 19-21, 27, 50-54, 57, 65, 120  
Tulpanov, S. 57  
Ulbricht, W. 56, 58, 101  
Varga, E. 16, 25  
Vosnesenskij, W. A. 16  
Vysinskij 57, 98  
Wessel, H. 78  
Wettig, G. 58, 104, 130  
Wirth, J. 78  
Zaisser, K. 56

## LEBENS LAUF UND STUDIENGANG

Am 8. Juli 1942 wurde ich als Sohn des kaufmännischen Angestellten Werner Meyer und seiner Ehefrau Irmgard, geb. Mackh, in Berlin-Schmargendorf geboren. Wenige Monate später siedelte unsere Familie nach Weida/Thüringen über. Ende 1948 verließen wir die sowjetische Besatzungszone und zogen nach Darmstadt/Hessen, wo ich seit Ostern 1949 die Volksschule, ab Ostern 1952 - ich hatte ein Schuljahr übersprungen - das Liebig-Realgymnasium besuchte. Ab 1953 lebte ich in Hildesheim/Niedersachsen und besuchte dort die Scharnhorstschule (neusprachlich-naturwissenschaftliches Gymnasium), wo ich am 13. Februar 1961 die Reifeprüfung ablegte.

Im Sommersemester 1961 begann ich mein Studium an der Universität Hamburg zunächst in den Fächern Jura, Volkswirtschaft und Philosophie, später entschied ich mich jedoch für die Fächerkombination Politische Wissenschaft, Geschichte und Germanistik. Diese Fächer - Politische Wissenschaft als Hauptfach - studierte ich vom SS 1962 bis zum SS 1964 an der Universität Tübingen, vom WS 1964/65 bis zum WS 1965/66 - davon zwei Semester als Austausch-Student an der Freien Universität Berlin, seit dem SS 1966 dann wieder in Tübingen. Bereits im SS 1964, dann erneut vom WS 1966/67 bis zum WS 1967/68 war ich am dortigen Seminar für wissenschaftliche Politik als Tutor für Studienanfänger tätig. Im Herbst 1967 und 1968 legte ich in Tübingen das Staatsexamen für das Lehramt an höheren Schulen zunächst in den beiden Nebenfächern Geschichte und Germanistik, dann im Hauptfach Politische Wissenschaft ab.